

# Beispiellose Herausforderungen

Deutsche Archäologie zwischen Weltkriegsende und Kaltem Krieg

Von Susanne Grunwald

*Schlagwörter: Deutschland / Römisch-Germanische Kommission / Akademie der Wissenschaften zu Berlin / Wissenschaftsgeschichte*

*Keywords: Germany / Romano-Germanic Commission / Academy of Sciences in Berlin / History of Sciences*

*Mots-clés: Allemagne / Commission romano-germanique / Académie des sciences de Berlin / Histoire des sciences*

## Inhalt

Einleitung	228
Forschungsstand und Fragestellungen	229
Großforschung und Diktatur	233
1945	242
Ostorientierung	244
„Reine Forschungsarbeit“ als Auflage	249
1946	251
Deutsche Ostforschung und ostdeutsche Archäologie	252
Masterplan vs. Chaos	254
Archäologen als Mitläufer	258
„die Akademie als die erstrebenswerteste Lösung“	265
Archäologen als Separatisten	268
„Eine RGK des Ostens“	271
Archäologen als Schachfiguren	275
1947	279
Raum und Geld	280
„Notgemeinschaft der deutschen Archäologie“	282
„Der geschlossene Süden muss der RGK bleiben“	283
„Der alte unselige Streit“	284
1948	288
Weickerts Appell	288
Neue Arbeitsgemeinschaften	290
Bersus Deutschlandbesuch	292
1949	295
Bonner Republik und Archäologie	296
1950	300
Bittels Diagnose	302
Bersus Rückkehr	305
Arbeitsgemeinschaft für archäologische Stadtkernforschung	308
Congrès International des Sciences Préhistoriques et Protohistoriques (CISPP)	310

Bersus Memorandum .....	312
Wer darf forschen und wer wird gefördert? .....	315
1951 .....	318
„Ein zweitklassiges Institut“ .....	320
Die „leidige Frage der Illegalität der gegenwärtigen Kommission“ .....	323
„Zuspitzung der Lage“ .....	324
Archäologen als Parteimitglieder .....	327
Herbst der Entscheidung .....	330
1952 .....	331
Wer baut den Sozialismus auf? .....	332
1953 .....	335
Die Justiziabilität von Forschung .....	335
„Das ewige Katz und Maus-Spiel“ .....	337
Archäologen als Verdächtige .....	339
Ein „unvoreingenommener Einblick in unsere Forschungsarbeit“ .....	342
1954 .....	343
„Das Chaos in der Institutsangelegenheit“ .....	344
„Intensivierung der Slawenforschung“ .....	346
Tagungskonjunktur .....	348
1955 .....	349
„Ich sehe Schwierigkeiten kommen“ .....	350
„die noch nicht völlig beendete Reorganisation der RGK“ .....	352
Ausblicke .....	353
Zentralisierung .....	355
Interdisziplinarität .....	357
Internationalität .....	358
Abkürzungsverzeichnis .....	360
Zitierte Literatur .....	360
Zusammenfassung · Summary · Resumé .....	373

## Einleitung

In seinem Festvortrag anlässlich des 75. Gründungsjubiläums der Römisch-Germanischen Kommission (RGK) bezeichnete Werner Krämer 1977 die Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges als die dritte „Periode der Institutsgeschichte“. Sie waren seiner Meinung nach eine glückliche Zeit, deren Akteure ja anwesend seien und „da ihnen Selbstkritik noch weniger liegt als Selbstlob und da die Dinge noch in lebendigem Fluß sind, soll diese Periode nicht Gegenstand historischer Betrachtungen sein“<sup>1</sup>. Tatsächlich waren aber die Protagonisten der unmittelbaren Nachkriegszeit gar nicht unter den Anwesenden. Dass nicht nur Krämer das Jahrzehnt zwischen 1945 und 1955 in den beiden eng verflochtenen Fächern Prähistorische und Provinzialrömische Archäologie beschrieb, entsprach ganz dem Geschichtsverständnis in der Bundesrepublik, das wenig Bedarf für eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg sah und die Jahre danach, zwischen Kriegsende und Wirtschaftswunder, gänzlich ignorierte<sup>2</sup>.

Es sollte bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts dauern, bis damit begonnen wurde, auch die jüngere Geschichte der RGK umfänglich darzustellen. In der Festschrift zum 100.

<sup>1</sup> KRÄMER 1977.

<sup>2</sup> FREI 2012.

Gründungsjubiläum der RGK wurden vor allem die institutionellen Schwierigkeiten des Neubeginns nach 1945 ausführlich beschrieben<sup>3</sup>, wobei die umfangreiche biografische Würdigung des zweimaligen Direktors der RGK Gerhard Bersu gleichsam den Rahmen bot für die wechselvolle Geschichte der RGK wie der beiden Fächer Prähistorische und Provinzialrömische Archäologie in Deutschland<sup>4</sup>. Man lieferte damit wichtige Beiträge zu einer allgemeinen wissenschaftsgeschichtlichen Konjunktur, in deren Mittelpunkt seit den späten 1980er Jahren vor allem die Aufarbeitung der Archäologiegeschichte während des Nationalsozialismus steht. Seit dem wurden aber auch Studien erarbeitet, die sich mit der Methoden- und Ideengeschichte der deutschen Prähistorischen Archäologie auseinandersetzen und die, neben einzelnen biografischen Studien, vor allem auf die vielen personellen und inhaltlichen Kontinuitäten verweisen, welche die verschiedenen, eben nur scheinbar voneinander getrennten Phasen der Fachgeschichte, untrennbar miteinander verbinden<sup>5</sup>. Demgegenüber ist der Grad der quellenmäßigen Erschließung der jüngeren Personen- wie Institutionengeschichte des Faches und deren wissenssoziologische wie ideengeschichtliche Analyse immer noch auffällig gering – obwohl die erwähnten Kontinuitäten sowie die einflussreichen fachpolitischen Weichenstellungen in der Nachkriegszeit selbst eine Aufarbeitung gebieten.

### Forschungsstand und Fragestellungen

Die Bedingungen für eine solche Aufarbeitung sind inzwischen sowohl durch die fortschreitende Erschließung und Modernisierung der Archive archäologischer Institutionen als auch durch korrespondierende Forschungen zur deutsch-deutschen Verflechtungsgeschichte außerordentlich günstig<sup>6</sup>. Denn das, was die deutsche Nachkriegsarchäologie ganz wesentlich prägte, die Teilung Deutschlands erst in Sektoren und dann in zwei Staaten, prägte lange auch die Zugänglichkeit der Quellen und damit auch die historische Forschung. Auch deshalb wird nun, nach einer ersten Konjunktur eines solchen Perspektivwechsels nach 1989/1990, dazu aufgerufen, statt zwei paralleler historischer Narrative besser Beiträge für eine vielschichtige deutsch-deutsche Verflechtungsgeschichte zu erarbeiten<sup>7</sup>. Aus Sicht überregionaler wissenschaftlicher Institutionen wie den Akademien wurden dazu bereits Beiträge geliefert<sup>8</sup>, aber bislang fehlt es an fachspezifischen Darstellungen.

Die RGK des Deutschen Archäologischen Institutes (DAI) hat diesen günstigen Bedingungen Rechnung getragen mit der Förderung eines wissenschaftsgeschichtlichen Projektes, das zwischen 2017 und 2018 von der Verfasserin durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Frage nach der Reorganisation der Prähistorischen Archäologie in ganz Deutschland nach 1945, die vor allem anhand der reichen Archivbestände der RGK bearbeitet wurde. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg war nicht nur das internationale Ansehen Deutschlands durch die nationalsozialistische Diktatur und den aggressiven Expansionskrieg zerstört, sondern das Land selbst zu weiten Teilen. Millionen Deutsche waren im Krieg umgekommen oder hatten ihre Heimat verloren und waren auf der Flucht. Das Land wurde von alliierten Besatzungsmächten kontrolliert und ab 1949 in zwei deutsche Staaten geteilt, die im Kalten Krieg zu Brückenköpfen der sich gegenüberstehenden politischen Systeme wurden. Für die (Re-)Organisation der archäologischen For-

<sup>3</sup> VON SCHNURBEIN 2001.

<sup>4</sup> KRÄMER 2001.

<sup>5</sup> Als jüngster Überblick: HOFMANN / STOCKHAMMER 2017, 5–7.

<sup>6</sup> JUNKER 2015; EICKHOFF 2015.

<sup>7</sup> MAUBACH / MORINA 2016; MÄHLERT 2016.

<sup>8</sup> VOM BRUCH / KADERA 2002; KOCKA U. A. 2002; VOM BRUCH 2006.

schung und Denkmalpflege ergaben sich daraus beispiellose Herausforderungen. Nicht nur mussten zerstörte Arbeitsräume, Museen und Depots instandgesetzt und wiedereröffnet sowie vakante Stellen neu besetzt werden. Es musste auch das internationale und nationale wissenschaftliche und kulturpolitische Vertrauen in Fächer zurückgewonnen werden, die sich in weiten Teilen seit dem Ersten Weltkrieg politisch opportun den Themen und Strategien der völkischen Bewegung und später des Nationalsozialismus geöffnet hatten. Vor diesem Hintergrund wurden im Projekt mit der Rekonstruktion der Entscheidungsprozesse hin zur Reorganisation des Faches die wechselvollen Beziehungen zwischen nationalem Selbstverständnis, Kulturpolitik und den Archäologien in Deutschland zwischen 1945 und dem Mauerbau analysiert und gleichzeitig die deutsch-deutsche Archäologiegeschichte als miteinander verflochten rekonstruiert<sup>9</sup>.

Im vorliegenden Beitrag wird ein Teil der umfangreichen Forschungsergebnisse für die ersten zehn Nachkriegsjahre aus der Perspektive zweier einflussreicher Forschungseinrichtungen vorgelegt. Ab 1945 musste auch der raumpolitische Bezugsrahmen des Faches neu verhandelt werden und dieser Aspekt findet im vorliegenden Text besondere Berücksichtigung. Hatten für das archäologische Forschen im 19. Jahrhundert noch die Kulturnation und spätestens seit dem Kaiserreich sowohl das Staatsterritorium als auch die Verbreitungsgebiete einzelner archäologischer Kulturen als Bezugsgrößen gegolten, waren sie alle nach 1945 aus verschiedenen ideologischen und realpolitischen Gründen fragwürdig und hinfällig geworden und mussten ersetzt werden. Der aufkommende Kalte Krieg schuf schließlich gänzlich neue Raumordnungen. Das Ende des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges markieren den Beginn meines Untersuchungszeitraumes. Diese Zeit wurde von Deutschen wie Alliierten als grundlegender Umbruch betrachtet<sup>10</sup>. Mehrere außenpolitische Grundsatzentscheidungen vor allem der Bundesrepublik kennzeichneten 1955 das Ende der Nachkriegszeit und damit auch das Ende meiner Darstellung. Am Beispiel der 1945 bereits traditionsreichen RGK und des in Gründung befindlichen späteren Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie (ZIAGA) an der Ost-Berliner Akademie der Wissenschaften werden für die Jahre zwischen 1945 und 1955 die Ausgangsbedingungen für die Reorganisation vor allem der Prähistorischen Archäologie, die dafür seinerzeit diskutierten Optionen und Raumbezüge und die Aktivitäten der wenigen Protagonisten dargestellt. Die Städte Berlin und Frankfurt am Main<sup>11</sup> erweisen sich dabei als zwei Knotenpunkte und Schaltstellen der Reorganisation der deutschen archäologischen Forschung. Damit ist es nicht nur im wörtlichen Sinne naheliegend zu versuchen, die Entscheidungen und Entwicklungen der Forschergemeinschaft, der *scientific community*, auch vor dem Hintergrund des sich in Berlin frühzeitig abzeichnenden Kalten Krieges und der deutschen Systemkonkurrenz<sup>12</sup> und der sich in Frankfurt etablierenden juristischen Aufarbeitung der deutschen Kriegsverbrechen zu betrachten<sup>13</sup>. Es sei aber vorausgeschickt, dass sich in

<sup>9</sup> Da die administrativen Entscheidungen und Diskussionen der Protagonisten der deutschen Prähistorischen Archäologie im Mittelpunkt der vorliegenden Darstellung stehen, wird auf deren Biografien nur sehr kurz eingegangen und auf die einschlägige Literatur verwiesen. Inwieweit sich in diesen Entscheidungen und Diskussionen das fachliche Selbstverständnis der Protagonisten, ihre soziale Herkunft und politische Orientierung spiegelten, kann meiner Meinung nach erst dann ernsthaft untersucht werden, wenn zu den

Einzelnen moderne, aussagekräftige biografische Studien vorliegen und wenn zu ihren Forschungsschwerpunkten Diskursanalysen erarbeitet wurden, die den Einfluss einzelner Wissenschaftler und (wissenschafts-)politischer Entscheidungen auf die Entwicklung dieser Schwerpunkte erkennbar werden lassen.

<sup>10</sup> KÄMPER 2005, 112–114.

<sup>11</sup> FREIMÜLLER 2009; DERS. 2010.

<sup>12</sup> ROGGENBRUCH 2008.

<sup>13</sup> WOJAK 2004.



Abb. 1. Das Team der Zentrale des DAI, das von der Maienstraße in Berlin aus die Belange des Institutes vertrat (1954; Archiv der Zentrale des DAI, Biografica Mappe). Links sind Erich Boehring, rechts Carl Weickert und als achte von rechts Gerda Bruns zu sehen.

den bisher eingesehen Archivalien allein für den erstgenannten Komplex Bezugnahmen nachweisen lassen. Während allenfalls die Ergebnisse einzelner Entnazifizierungsverfahren erwähnt wurden, fehlte es jahrzehntlang an Versuchen einer systematischen Vergangenheitsbewältigung. Die Fachvertreter der Archäologien standen ebenso wie die gesamte deutsche Gesellschaft vor der beispiellosen Herausforderung, Opfer, Täter und Nichttäter zu identifizieren<sup>14</sup> und kollektive wie individuelle Schuld zu definieren, anzunehmen und zu bewältigen – und scheiterte damit weitgehend.

Zu den einflussreichsten Akteuren der deutschen Nachkriegsarchäologie zählen nach Auskunft der Akten – nicht in der Selbstwahrnehmung des Faches – der Präsident des DAI Martin Schede (1883–1947)<sup>15</sup>, dessen Nachfolger, der Direktor der Berliner Antikensammlung Carl Weickert (1885–1975) (*Abb. 1*)<sup>16</sup>, der ehemalige Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin Wilhelm Unverzagt (1892–1971), der emeritier-

<sup>14</sup> KÄMPFER 2005. – Diese genannten Akteursgruppen sind das Ergebnis einer linguistischen Analyse des deutschen Schuld diskurses in den Nachkriegsjahren. Sie können nicht mit den juristischen zur Deckung gebracht werden, sollen aber in meiner Darstellung dennoch Anwendung

finden, weil sie fluidier als die juristischen sind und der (Selbst-)Wahrnehmung der Zeitgenossen besser gerecht werden als diese.

<sup>15</sup> Zu Schede: BITTEL 1988; JUNKER 1997; MAISCHBERGER 2016.

<sup>16</sup> KRUMME / VIGENER 2016.



Abb. 2. Theodor Wiegand (rechts) und Martin Schede in der Abteilung Istanbul des DAI (27.11.1929; Archiv der Zentrale des DAI, Biografica Mappe). Die Abteilung geht zurück auf das Engagement der Preußischen Museen in Anatolien seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Carl Humann (1839–1896) und anschließend Wiegand hatten von İzmir und dann Istanbul aus Ausgrabungen vorgenommen und die Sammlungsinteressen Berlins vertreten und Schede hatte diese Aufgaben als Nachfolger Wiegands mit Unterbrechung seit 1912 wahrgenommen. 1928 erfolgte die Umwandlung in eine ordentliche Abteilung des DAI, der Schede ab 1929 als Direktor vorstand (BITTEL 1979).

te Marburger Lehrstuhlinhaber Gero von Merhart (1886–1959), der Assistent der RGK Friedrich Wagner (1900–1966)<sup>17</sup> und der Althistoriker Matthias Gelzer (1886–1974)<sup>18</sup> von der Frankfurter Universität. Gerhardt Bersu (1889–1964), zwischen 1931 und 1935

<sup>17</sup> Wagner hatte im Ersten Weltkrieg gekämpft, machte nach dem Abitur eine Ausbildung zum Bankbeamten, studierte „mehrere Semester Jura“ und arbeitete anschließend bis 1931 als Bankbeamter in Bremen. Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und seine Arbeitslosigkeit studierte er ab dem Sommersemester 1933 in Göttingen, u. a. Alte Geschichte. In Göttingen

promovierte er im Wintersemester 1936/1937 (Wagner, Lebenslauf, 24.10.1947; Lebenslauf, 18.2.1963; Eidesstattliche Erklärung Wagner, 18.2.1963; Wagner an Bundesverwaltungsamt Köln, 15.6.1963; Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.).

<sup>18</sup> HAUSMANN 1998, 125–128; MEIER 2017.

Erster Direktor der RGK, war in den ersten Nachkriegsjahren eher Beobachter als Akteur der Entwicklungen in Deutschland<sup>19</sup>. Er nahm erst mit seiner Rückkehr nach Frankfurt am Main 1950 nachhaltig und intensiv Einfluss auf Form und Inhalt der Aushandlungsprozesse, die uns interessieren<sup>20</sup>, war aber seit seiner Ausreise aus Deutschland 1939 und ab 1945 wieder eingebunden in dieses genannte einflussreiche Netzwerk<sup>21</sup>. Vor allem die Korrespondenz zwischen diesen genannten sieben Wissenschaftlern erlaubt es, die Diskussionen und Ideen der unmittelbaren Nachkriegsjahre zu rekonstruieren<sup>22</sup>.

Auch der Ende 1936 verstorbene damalige Präsident des DAI, Theodor Wiegand (1864–1936), muss zu diesem Kreis der Architekten der deutschen Nachkriegsarchäologie gezählt werden (*Abb. 2*)<sup>23</sup>. Denn auf ihn und seine Gespräche auch mit den genannten sieben Wissenschaftlern während der 1930er Jahre gehen die Ideen zur Umstrukturierung der deutschen Prähistorischen Archäologie zurück, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erneut, nun allerdings unter gänzlich veränderten Bedingungen, von diesen diskutiert und zum Teil auch umgesetzt wurden. Daher muss die Darstellung der Reorganisation der deutschen Prähistorischen und Provinzialrömischen Archäologie zwischen 1945 und 1955 mit einem Rückblick auf die Strukturdebatten der 1930er Jahre beginnen.

### Großforschung und Diktatur

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wurden reichsweit Modelle für ein archäologisches „Reichsinstitut“ oder „Zentralinstitut“ diskutiert, aber erst ab den 1930er Jahren wurden die Ideen dafür konkreter. Auf Reichsebene waren es vor allem Hans Reinert (1900–1990)<sup>24</sup> Zentralisierungspläne, die sowohl durch seine Zeitgenossen als auch durch die Fachgeschichtsschreibung stets als der gefährlichste Angriff gegen das DAI beschrieben

<sup>19</sup> Bersus Wahrnehmungen und Konzeptionen für die deutsche Nachkriegsarchäologie werden in einem gesonderten Beitrag vorgelegt werden.

<sup>20</sup> KRÄMER 2002.

<sup>21</sup> Bersus Großeltern waren Juden gewesen, während er selbst getaufter Protestant war wie seine Eltern. Bersus Frau Maria stammte aus einer jüdischen Frankfurter Familie. Nach dem sog. Blutschutzgesetz und dem sog. Reichsbürgergesetz, beide 1935 erlassen, galt Bersu deshalb als „Vierteljude“. Im Juli 1935 wurde er von der RGK abberufen und an die Zentrale des DAI als Referent für Ausgrabungswesen versetzt (KRÄMER 2002, 47). Im Januar 1937 wurde er unter Verweis auf das Anfang April 1933 erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in den Ruhestand versetzt (ebd. 59). Danach reiste Bersu bis zum Kriegsbeginn wiederholt ins westeuropäische Ausland (ebd. 60–67) und hätte Gelegenheit gehabt zu emigrieren. Er kehrte jedoch stets nach Berlin zurück, erlebte dort auch die Novemberprogrome 1938 und dürfte sich der Risiken für sich und seine Frau, aber auch für all ihre Angehörigen bewusste gewesen sein. Im Sommer 1939 schloss er die Untersuchungen

in Little Woodbury in England ab und nahm angesichts der spürbaren Kriegsgefahr das Angebot einer Ausgrabung in Nordengland an, die er fünf Tage vor dem Kriegsausbruch abschloss (ebd. 67). Spätestens mit dem Kriegsbeginn 1939 unterlagen dann die Bersus als Angehörige einer feindlichen Kriegspartei einer ständigen Polizeikontrolle. Im Sommer 1940 wurden sie dann wie die meisten Deutschen auf den Britischen Inseln interniert, in ihrem Fall auf der Isle of Man (ebd. 69). Ob Bersu und seine Frau auch im Zuge der allgemeinen Ausbürgerung von im Ausland lebenden deutschen Juden, die 1941 erlassen wurde, betroffen waren, ist derzeit nicht sicher.

<sup>22</sup> Im vorliegenden Text bezeichne ich verschiedene Kollektive aus den Archäologien, anderen Wissenschaften oder der (Kultur-)Politik mit dem generischen Maskulinum, da so weitgehend den historischen Gegebenheiten entsprochen wird – der Anteil an Frauen in den genannten Wissenschaften war im Untersuchungszeitraum sehr gering und an den zu beschreibenden Entscheidungsprozessen praktisch inexistent.

<sup>23</sup> ALTHOFF / JAGUST 2016.

<sup>24</sup> WEGNER 2002; SCHÖBEL 2002.

und mit den nationalsozialistischen Maßnahmen zur Gleichschaltung der Wissenschaften und der Einführung des Führerprinzips in wissenschaftlichen Einrichtungen in Zusammenhang gebracht wurden und werden<sup>25</sup>. Damit wurden und werden aber weder Zentralisierungstendenzen in anderen Wissenschaften und eben den Archäologien seit der Wende zum 20. Jahrhundert<sup>26</sup> noch die konkreten Vorbilder zentralisierter Kulturpolitik für die deutsche Archäologiepolitik im faschistischen Italien<sup>27</sup> oder in der sozialistischen Sowjetunion berücksichtigt<sup>28</sup>. Deshalb bleibt bis heute weitgehend unerkannt und unerwähnt, dass sich bei diesen innerhalb der deutschen archäologischen Forschung diskutierten Ideen von Zentralisierung, Großforschung<sup>29</sup> und Führerschaft<sup>30</sup> verschiedene lokale, regionale und überregionale individuelle und kollektive wissensräumliche Strukturen und Konzepte kreuzten. Damit verbunden waren sowohl unterschiedliche methodische Zugriffe auf das archäologische Material als auch Vorstellungen darüber, wie Archäologie zu institutionalisieren sei, die vielfach dem Nationalsozialismus und dessen Wissenschaftsverständnis vorausgingen. Sie sind vielmehr mit der Vielfalt regionaler Institutionalierungsformen in der deutschen Archäologie zu erklären.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges existierten in nahezu allen Länderhauptstädten der Weimarer Republik archäologische Sammlungen oder Museen, die Denkmalpflegeaufgaben wahrnahmen oder bereits eigenständige Ämter dafür. Überregionale Forschungsgesellschaften und zwei Altertumsverbände (der 1900 gegründete West- und Süddeutsche Verband für Altertumsforschung und der 1904 gegründete Nordwestdeutsche) trugen die vielfach interdisziplinäre Altertumsforschung, aber auch an einigen Universitäten konnten bereits Lehrveranstaltungen zur Prähistorischen Archäologie, im Duktus der Zeit vielfach „Vorgeschichte“ genannt, besucht werden. Der erste außerordentliche Lehrstuhl für dieses Fach war 1902 in Berlin eingerichtet und mit Gustaf Kossinna (1858–1931) besetzt worden<sup>31</sup>, 1927 sollte der zweite, nunmehr ordentliche Lehrstuhl in Marburg gegründet werden, auf den Gero von Merhart berufen wurde. Beim DAI war bereits 1901/1902 die Römisch-Germanische Kommission gegründet worden<sup>32</sup>, die mit der archäologischen Er-

<sup>25</sup> Intern bezeichnete z. B. Gerhart Rodenwaldt anderslautend die Bemühungen von Josef Goebbels im Frühjahr 1933, das DAI dem Propagandaministerium zuzuordnen: Rodenwaldt an Carl Watzinger, 3.5.1942, zit. bei JUNKER 1997, 92–98 bes. 93.

<sup>26</sup> GLUM 1936; zu Großforschung allgemein: KAHLERT 2012.

<sup>27</sup> „Hatte die Archäologie Italiens lange im Schatten der großen Entdeckungen Griechenlands und des Orients gestanden, so ist sie jetzt dank den aufrüttelnden Kräften des gegenwärtigen Italiens in eine neue glänzende Epoche getreten. ... Jahr für Jahr sind neue ausländische Institute neben die schon bestehenden getreten. So ist Rom zu einer zentralen Arbeitsstätte der Archäologie geworden, und die Beziehungen der Institute stellen eine ständige internationale Zusammenarbeit dar, wie sie keine andere Wissenschaft besitzt.“ (RODENWALDT 1929, 50). Zu Rodenwaldt: SÜNDERHAUF 2004; DIES. 2009; zur faschistischen Kulturpolitik in Italien: SCHEMBS 2014.

<sup>28</sup> Schede, Denkschrift, undat., ca. Anfang Juni 1945, S. 1: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. – VON SCHNURBEIN 2001, 168; allgemein zu den Altertumswissenschaften und deren Kontakten zur Sowjetunion: REBENICH 2014. – Ab 1929 wurde die russische Akademie umstrukturiert und es wurden Forschungsinstitute gegründet (KASACK 1978).

<sup>29</sup> REBENICH 2004; DERS. 2009.

<sup>30</sup> Stellvertretend zur zeitgenössischen Diskussion (politischer) Führerschaft: WEBER 1919; DERS. 1922.

<sup>31</sup> Zu: Kossinna: GRÜNERT 2002; GRUNWALD 2017a.

<sup>32</sup> Immediatverfügung (Gründungsgenehmigung) Kaiser Wilhelm II. vom 20. Juli 1901; Erlass der Satzung der RGK durch den Reichskanzler vom 21. August 1901; Amtsantritt des ersten Direktors Hans Dragendorff, 1. Oktober 1902, was als der Gründungstag der RGK gefeiert wird (KRÄMER 1979, 14–16 Taf. 10–13).



forschung „derjenigen Theile des Deutschen Reichs“ beauftragt wurde, „die dauernd unter römischer Herrschaft gestanden haben [...] von den ältesten Zeiten bis zum Ende der Römerherrschaft“, wobei auch die Gebiete jenseits dieser Zone zwischen Elbe und Weser einbezogen werden sollten<sup>33</sup>.

Seit der Gründung der RGK wurde die wissensräumliche Gliederung der archäologischen Forschung im damals noch Deutschen Reich diskutiert. Die Arbeit der Reichs-Limeskommission (seit 1892)<sup>34</sup> und dann der RGK schien zahlreichen Fachvertretern die archäologische Gliederung des Reiches in einen römischen und einen – wahlweise – freien, germanischen oder barbarischen Teil institutionell zu reproduzieren, wobei dieser östliche Teil schnell als strukturell unterversorgt galt. Dieser Meinung waren nicht nur die Vertreter der sog. völkischen Archäologie, die eine Dominanz klassischer altertumswissenschaftlicher Arbeiten gegenüber solchen zur Prähistorie teilweise aggressiv beklagten<sup>35</sup>. Auch jüngere Wissenschaftler, die an einer europäisch vernetzten archäologischen Forschung interessiert waren, formulierten Ideen für einen institutionellen Ausbau bzw. eine Überarbeitung bestehender Fachstrukturen. So auch Bersu, der als Assistent der RGK 1927 konstatierte, dass die einheimische Archäologie „mehr denn je der Führung von zentraler Stelle“ bedürfe. In der Hoffnung, als Direktor an das RGZM in Mainz berufen zu werden, hatte er bereits mit Unverzagt, der seit 1926 als Nachfolger Schuchhardts der Vorgeschichtlichen Sammlung des Berliner Museums vorstand, Ideen für eine Koordination der Prähistorischen Archäologie in Deutschland von diesen beiden Standorten aus entwickelt (*Abb. 3–4*)<sup>36</sup>. Im DAI dagegen hatte sich offensichtlich nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und den daraus erwachsenen Schwierigkeiten beim Zugriff auf die Auslandsabteilungen die Perspektive auf die RGK und deren kulturpolitischen Stellenwert verschoben. Man erwog deshalb, die RGK stärker als deutsche Abteilung des Institutes zu profilieren, deren Tätigkeit auf ganz Deutschland auszudehnen und das auch in einer Umbenennung in „Deutsche Abteilung“ auszudrücken, wovon man sich möglicherweise eine stärkere kulturpolitische Würdigung der Arbeit des Institutes erhoffte<sup>37</sup>. Wohl kursierten auch Gerüchte über Pläne zur Gründung eines ostdeutschen Pendants zur RGK oder eines vorgeschichtlichen Reichsinstituts, das unabhängig vom DAI beim Reichsinnenministerium angesiedelt werden sollte<sup>38</sup>. Der Direktor der RGK, Friedrich Drexel (1885–1930), schlug daher Ende der 1920er Jahre, möglicherweise auch unter dem Einfluss seines engagierten Assistenten Bersu, die Gründung einer „Kommission für reine bzw. nordische Prähistorie innerhalb des archäologischen Instituts“ vor. Gleichzeitig lehnte er aber die

<sup>33</sup> § 1 der „Satzungen für die Römisch-Germanische Kommission des Kaiserlich deutschen Archäologischen Instituts“; Gründungsgenehmigung des deutschen Kaisers vom 20. Juli 1901; Erlass der Satzung der RGK durch den Reichskanzler vom 21. August 1901 (KRÄMER 1979).

<sup>34</sup> REBENICH 2007.

<sup>35</sup> Kossinna forderte in seinem einflussreichsten Buch „Die deutsche Vorgeschichte, eine hervorragend nationale Wissenschaft“ abschließend, „bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften eine zentrale Forschungseinrichtung für die deutsche Vorgeschichte zu schaffen“ (GRUNWALD 2017a; DIES. 2017b).

<sup>36</sup> KRÄMER 2002, 24; UNVERZAGT 1985, 12 Anm. 52.

<sup>37</sup> „Eine Abänderung der Bezeichnung der Frankfurter Dienststelle etwa als ‚deutsche Abteilung‘ würde ich für äusserst wünschenswert halten und werde mich gern in der Richtung bemühen, sobald die Verhältnisse wieder so konstant geworden sind, dass man mit diesen Angelegenheiten wieder kommen kann, ohne nachteilige Folgen befürchten zu müssen“ (Rodenwaldt an Drexel, 2.12.1924: Archiv RGK 272 Allg. Schriftverkehr RGK mit ZD DAI 1922–1925/ 1922 Jan. 22 – 1925 März 1928, Bl. 369); JUNKER 1997, 56.

<sup>38</sup> UNVERZAGT 1985, 11, JUNKER 1997, 56.



Abb. 3. Ausweisfoto des jungen Gerhard Bersu vom Beginn der 1920er Jahre (Archiv RGK; Ber RGK 82, 2001, 15).

Idee des Generalsekretärs des DAI, Gerhart Rodenwaldt (1886–1945), ab, Bersus Assistenz in die Stelle eines Zweiten Direktors umzuwandeln, da dies dazu geeignet sei, „einer künftigen Zweiteilung der Kommission oder einer völligen Abtrennung der Prähistorie vorzuarbeiten“<sup>39</sup>. Ungeachtet dessen wurde Bersu dann doch im Mai 1928 zum Zweiten Direktor berufen; ein Jahr später trat er die Stelle dann schließlich an<sup>40</sup>.

Vergleichsweise kleinformalig in Aufwand und Wirkung hinsichtlich einer Aufwertung der Prähistorischen Archäologie innerhalb des DAI waren dagegen einerseits die Berufungen ostdeutscher Wissenschaftler in die RGK<sup>41</sup> und die Ernennung Unverzagts zum Referenten „für nordische und östliche Vor- und Frühgeschichte“ beim DAI, der ab 1932 auch über einen Etat für Forschungen und Ausgrabungen verfügen konnte. Als Initiator und Koordinator der seit 1927 wirkenden „Arbeitsgemeinschaft für Vor- und frühgeschichtliche Wall- und Wehranlagen Nord- und Ostdeutschlands“ forcierte Unverzagt mit Vertretern des DAI, vor allem mit Rodenwaldt, die Fusionierung dieser AG mit der RGK als gesamtdeutsche Institution für prähistorische Forschungen. Die partikularistische Förderpolitik des Hauptfinanziers der AG, die 1920 gegründete Notgemeinschaft der

<sup>39</sup> Drexel an Rodenwaldt, 17.4.1927, zit. bei UN-  
VERZAGT 1985, 11.

<sup>40</sup> KRÄMER 2002, 26.

<sup>41</sup> Rodenwaldt an Carl Watzinger, 3.5.1942, zit. bei  
JUNKER 1997, 92–98 bes. 94.



Abb. 4. Portrait des jungen Wilhelm Unverzagt, mit dem Gerhard Bersu seit dem Studium und dem Einsatz im deutsch besetzten Belgien 1917 im Rahmen des sog. Deutschen Kunstschatzes bekannt war (1920; Archiv MVF Nachlass Unverzagt [links] F 27674 oder [rechts] F 27667; KOTT 2006; DIES. 2017).

deutschen Wissenschaft (seit 1929 Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung; DFG) verhinderte aber diese Idee<sup>42</sup>.

Den detailliertesten Plan zu einer Um- bzw. Neustrukturierung der prähistorischen Forschungen legte Ende 1931 Hans Reinerth dem Vorsitzenden des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ Alfred Rosenberg (1892/1893–1946) vor<sup>43</sup>; im Sommer des Folgejahres publizierte er diese Ideen<sup>44</sup>, wobei er wahlweise auch die Herauslösung der RGK aus dem DAI vorschlug<sup>45</sup>. Reinerth forderte u. a. die „Schaffung eines Forschungsinstituts für deutsche Vorgeschichte im Sinne und in der Ausstattung der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ und lieferte damit einen der seltenen Bezüge auf die zentralisierten, industrienah organisierten Naturwissenschaften, deren Organisation und Finanzierung vor dem Ersten Weltkrieg ebenso zum Aushängeschild deutscher Forschung geworden

<sup>42</sup> JUNKER 1997, 57 Anhang 94.

<sup>43</sup> PIPER 2005.

<sup>44</sup> APM Unteruhldingen Akte Briefwechsel 1.1.–30.3.1932, zit. bei HALLE 2002, 132; Hans Rei-

nerth, „Die deutsche Vorgeschichte im Dritten Reich“ zit. bei HALLE 2002, 135.

<sup>45</sup> Rodenwaldt an Wiegand, 13.3.1933, zit. JUNKER 1997, 49.

waren wie ihre Ergebnisse selbst<sup>46</sup>. Sowohl in der zeitgenössischen als auch der fachgeschichtlichen Wahrnehmung tritt dieser Vorschlag für eine moderne Institutionalisierung einer historischen Kulturwissenschaft hinter Reinerths völkischer Orientierung und seinen undemokratischen und schikanösen Vorschlägen zur Einebnung regionaler Forschungstraditionen und Strukturen zugunsten eines solchen Instituts gänzlich in den Hintergrund. Da die meisten Vertreter der Prähistorischen wie Klassischen und Provinzialrömischen Archäologie aber ebenso wie Reinerth die Idee der zentralisierten Großforschung, der *Big Science*<sup>47</sup> und auch das Führerprinzip teilten, war es wohl Reinerths Angriff auf die traditionellen archäologischen Reviere<sup>48</sup> und die Kulturhoheit der Länder sowie vor allem auf die Zuständigkeit des DAI für die deutsche prähistorische Forschung, die den Widerstand gegen ihn und seine Pläne so schnell so geschlossen anwachsen ließen. Zusammen mit der unerwarteten, bedrohlichen und chaotischen Dynamik der Anfangsjahre des Nationalsozialismus ergab sich aus Reinerths Plänen ein essentiell bedrohliches Szenario für das DAI und dessen RGK: „Eine Teilung des Institutes würden der sichere Anfang vom Ende der Auslandsinstitute sein“, so Rodenwaldt an Wiegand im Frühling 1933<sup>49</sup>. Auf diese Bedrohung reagierte man mit eigenen Vorschlägen und einer Art Imagekampagne, innerhalb derer die raumpolitische Ordnung der Forschung im Mittelpunkt stehen sollte.

Nach einem Vortragsabend Ende März 1933, bei dem die DFG „die Leistungen und Aufgaben der deutschen Vorgeschichte“ darstellen ließ und „Fachvertretern die Möglichkeit zum Gespräch“ bot, begannen u. a. Unverzagt, Ernst Sprockhoff (1892–1967), Peter Goessler (1872–1956) und von Merhart mit der Formulierung einer Denkschrift mit dem Titel „Vorschläge für den Ausbau der Vorgeschichtsforschung in Ostdeutschland“<sup>50</sup>. Ob darin bereits von einem eigenständigen ostdeutschen prähistorischen Institut die Rede war, ist vorläufig unklar. Die Übergabe der Schrift erfolgte (wahrscheinlich) zeitnah als Eingabe der Berufsvereinigung deutscher Prähistoriker an das Reichsinnenministerium und an das Preußische Kultusministerium<sup>51</sup>. Um die Jahreswende war wohl auch eine Eingliederung eines neu zu gründenden archäologischen Reichsinstitutes in das DAI in greifbare Nähe gerückt, ohne dass sich dazu bislang nähere Angaben finden lassen<sup>52</sup>.

Nahezu zeitgleich konzipierte Wiegand ein sog. Ostinstitut des DAI, wie er z. B. gegenüber dem Auswärtigen Amt vorschlug<sup>53</sup>, obwohl das DAI im Zuge der „Verreichlichung der kulturellen Kompetenzen“ im April 1934 vom Auswärtigen Amt erst zum Innenministerium und dann einen Monat später zum neu gegründeten Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) gewechselt war<sup>54</sup>. Um für seine Idee politisch werben zu können, bat Wiegand bei der RGK um Daten darüber, wie viele For-

<sup>46</sup> VOM BROCKE / LAITKO 1996; JESSEN / VOGEL 2002.

<sup>47</sup> KAHLERT 2012.

<sup>48</sup> GRUNWALD 2015.

<sup>49</sup> Rodenwaldt an Wiegand, 13.3.1933, zit. JUNKER 1997, 49.

<sup>50</sup> Unverzagt an Zeiß, 10.04.1933; Zeiß an Unverzagt, 9.5.1933: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 403; Archiv RGK 272 Allg. Schriftverkehr RGK mit ZD DAI 1922–1925/ 1922 Jan. 22 – 1925 März 1928, Bl. 110 [Brief], Bl. 111 [Entwurf]).

<sup>51</sup> „Über Wiegands anscheinend erfolgreiche Bemü-

hungen zur Schaffung des Ostinstituts werden Sie wohl noch besser informiert sein, als ich. Die Hauptsache ist, dass diese Tatsache vor der Gegenpartei streng geheim gehalten wird.“ (Unverzagt an Zeiß, 23.05.1933: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 412).

<sup>52</sup> Zeiss an Wiegand, 26.01.1934: Archiv RGK 99 Allg. Schriftverkehr RGK mit ZD des DAI 1934, 2.1.1934–Dezember 1928, Bl. 42–45.

<sup>53</sup> JUNKER 1997, 58.

<sup>54</sup> Ebd. 26; VIGENER 2012, 65–67 bes. 66.

schungsprojekte der Prähistorischen und Provinzialrömischen Archäologie das DAI bislang mit welchen Mitteln in ganz Deutschland gefördert hatte<sup>55</sup>. Wiegand entwarf ein zweigeteiltes DAI. Ein Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte sollte die Abteilung I bilden und sich aus der Zweigstelle für den Westen und Süden in Frankfurt am Main und einer noch zu gründenden Zweigstelle für den Osten und Norden zusammensetzen, während die Abteilung II sämtliche Auslandsunternehmungen des DAI umfassen sollte<sup>56</sup>. Wiegand signalisierte gegenüber seinen Mitarbeitern wie Schede, dass Adolf Hitler positiv auf diese Ideen reagiert habe, ohne dass sich dafür aber bislang schriftliche Verbindlichkeiten finden lassen. Im Februar 1936 gab Wiegand dann sogar gegenüber dem Engeren Ausschuss des DAI bekannt, der Reichskanzler habe sich für „die Eingliederung eines Instituts für den deutschen Norden und Osten in das Archäologische Reichsinstitut“ entschieden. Das neu zu gründende Institut sollte in Kiel entstehen, wofür die Stadt ein Gebäude zur Verfügung stellen würde und wofür bereits im Haushalt 1936 Mittel vorgesehen seien<sup>57</sup>. Tatsächlich wurden im April 1936 zwei Gebäude in Kiel besichtigt, aber Ende desselben Monats einigten sich Rosenberg und Reichserziehungsminister Bernhard Rust (1883–1945) darauf, dieses neue Institut unabhängig vom DAI zu errichten und dem Reichserziehungsministerium zu unterstellen, das zu diesem Zeitpunkt auch dem DAI vorstand<sup>58</sup>. Die Planungen zur Institutsgründung verliefen ohne Überlieferung konkreter Gründe im Sande; auch eine 1937 versuchte Neuauflage der Planungen, diesmal eines Archäologischen Instituts für die skandinavischen Länder, blieb ergebnislos<sup>59</sup>. Dennoch bemühte man sich seitens des DAI weiter um Anpassungsleistungen; so bat Schede Ende November 1936 Sprockhoff um dessen Zustimmung, „daß Ihre Abteilung als Abteilung Frankfurt a. M. bezeichnet wird, oder wenigstens die Diskussion mit uns darüber fortzusetzen“<sup>60</sup>. In die Reihe solcher Anpassungsleistungen darf auch die Reaktion der ZD auf eine Kampagne gegen jüdische Wissenschaftler im DAI eingeordnet werden. Es handelte sich namentlich um Bersu und Georg Karo (1872–1963), der die Abteilung des DAI in Athen leitete, die durch einen anonymen Artikel im Februar 1936 attackiert wurden<sup>61</sup>. Bereits im Sommer 1933 hatte man sich in der ZD nach scharfen Angriffen Reinerths gegen die RGK und Bersu<sup>62</sup> durch ein Schreiben des Außenministeriums die „Unentbehrlichkeit“ Bersus versichern lassen, wodurch Bersu bis Mitte 1935 in der RGK verblieb. Danach wurde er als Referent für Ausgrabungswesen bei der ZD des DAI angestellt, wodurch man weiteren Angriffen vorbeugen wollte<sup>63</sup>. Die kulturpolitische Konsolidierung und die politisch konformen sowie wissenschaftspolitisch engagierten Nachfolger von Wiegand und Bersu beeinflussten die Atmosphäre im DAI derart, dass Bersu schließlich Anfang 1937 zwangspensioniert wurde. Er führte danach verschiedene Ausgrabungskampagnen in Österreich, Bulgarien und Großbritannien durch und kehrte von dort im Sommer 1939 nicht nach Deutschland zurück (*Abb. 5*)<sup>64</sup>.

<sup>55</sup> Wegner an RGK, 3.1.1934: Archiv RGK 99 Allg. Schriftverkehr RGK mit ZD des DAI 1934, 2.1.1934–Dezember 1928, Bl. 2).

<sup>56</sup> JUNKER 1997, 58–59; VIGENER 2012, 68 Anm. 135.

<sup>57</sup> VIGENER 2012, 69 Anm. 137.

<sup>58</sup> JUNKER 1997, 60.

<sup>59</sup> VIGENER 2012, 69.

<sup>60</sup> Schede an Sprockhoff, 23.11.1936: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines,

1935–31.3.1950, unpag. – Diese Idee war bereits im Frühjahr 1933 in der ZD des DAI diskutiert worden, wobei man offensichtlich auf noch ältere Erwägungen zurückgriff (Rodenwaldt an Wiegand, 13.3.1933, zit. JUNKER 1997, 49).

<sup>61</sup> JUNKER 1997, 35–36.

<sup>62</sup> Rodenwaldt an Wiegand, 13.3.1933, zit. JUNKER 1997, 49.

<sup>63</sup> KRÄMER 2002, 47.

<sup>64</sup> Ebd. 48–60.

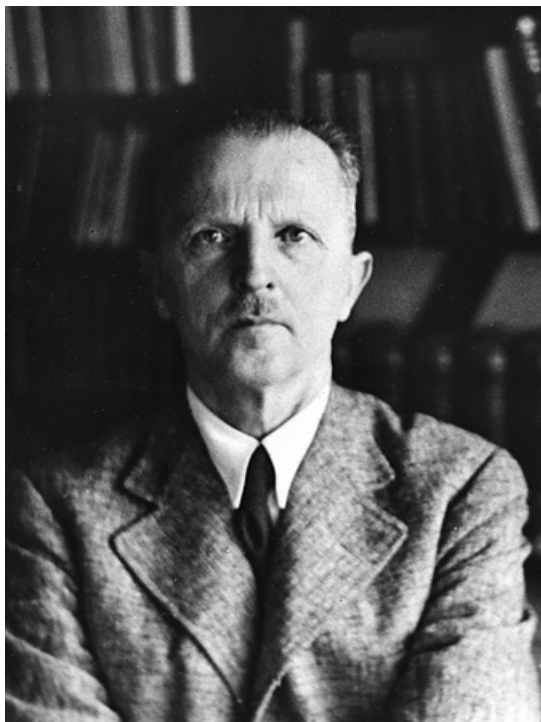


Abb. 5. Martin Schede während seiner Amtszeit als Präsident des DAI zwischen 1937 und 1945 (undat.; Archiv der Zentrale des DAI, Biografica Mappe).

Neben diesen konkreten Neukonzeptionen wurden die bisherigen Verdienste des DAI um die deutsche Vorgeschichtsforschung in Gestalt der Arbeiten der RGK stärker in der engeren Fachöffentlichkeit und den benachbarten Disziplinen betont. Dem sollte auch eine kleine Publikation dienen, die Wiegand zusammen mit dem Nestor der ostdeutschen Vorgeschichtsforschung, Carl Schuchhardt (1859–1943), 1934 herausgab<sup>65</sup>. Diese Schrift wurde wohl um den Jahreswechsel 1934/1935 an diejenigen Fachvertreter und Kulturpolitiker verschickt, deren Gunst man sich beim DAI sicher sein konnte, und zahlreiche Fachvertreter der Klassischen wie der Prähistorischen und der Provinzialrömischen Archäologie, aber auch Kulturpolitiker antworteten dem DAI wohl in den ersten Monaten des Jahres 1935<sup>66</sup>. In den Auszügen von insgesamt 119 Antwortschreiben sprachen sie sich nahezu einhellig dafür aus, dass die RGK wie bisher innerhalb des DAIs arbeiten sollte<sup>67</sup>, dass sie aber durchaus durch ein „Ostinstitut“ ergänzt werden könnte. Dadurch fände das „getrennte Marschieren“, das bereits durch die „archäologische Verschiedenheit des süd- und westdeutschen Bodens gegenüber dem nord- und ostdeutschen“ gegeben sei, sei-

<sup>65</sup> SCHUCHHARDT 1934. – Wiederabdruck in Ber. RGK 82, 2001, 461–471.

<sup>66</sup> Liste von Auszügen von 119 Schreiben an das DAI, ca. Anfang 1935, 46 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag. – Seitens der RGK unterstützte vor allem Bersu diese Kampagne, nahm Textkorrekturen vor und lieferte Versand-

adressen (Bersu an Wiegand, 06.01.1935: Archiv RGK 102 Allg. Schriftverkehr mit ZD 1935, Bl. 21–22).

<sup>67</sup> So auch Unverzagt (S. 5) und Merhart (S. 4): Liste von Auszügen von 119 Schreiben an das DAI, ca. Anfang 1935, 46 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

ne Entsprechung<sup>68</sup>. Zahlreiche Wissenschaftler sprachen sich explizit für die Einführung des Führerprinzips in der gesamten deutschen Archäologie aus<sup>69</sup> oder befürworteten ein Reichsinstitut in Abhängigkeit von einer „guten Führerschaft“<sup>70</sup>. Die von Reinerth mit der Gründung des Reichsinstituts letztlich vorgeschlagene Trennung der archäologischen Forschung in eine prähistorische und eine provinzialrömische wurde dagegen als besonders gefährlich abgelehnt<sup>71</sup>. Der pensionierte Lehrer und provinzialrömische Archäologe August Oxé (1863–1944) sah darin den Versuch einer Entrechtung der gesamten deutschen Wissenschaft<sup>72</sup> und Friedrich Behn (1883–1970), der Denkmalpfleger aus Rheinhessen, bezeichnete diese Idee sogar als unvereinbar mit dem „Totalitätsgedanken des nationalsozialistischen Staates“, denn: „Auch die Wissenschaft muss den Anspruch auf Totalität erheben: keine Zersplitterung und fortschreitende Spezialisierung, sondern Synthese, kein neues Sonderinstitut, sondern Ausweitung der bestehenden Organisation zu einem ‚Zentralinstitut deutscher Altertumsforschung‘“<sup>73</sup>.

Dass es Reinerth nicht gelang, das Reichsinstitut zu gründen, wird bis heute als Sieg des innerfachlichen Widerstandes betrachtet<sup>74</sup>; dass es nicht gelang, im DAI eine „gesamtdeutsche Vorgeschichtsforschung“ zu verankern, wird dagegen als ein Scheitern des DAI gesehen<sup>75</sup>, während die Bewahrung der Strukturen des DAI als Erfolg beschrieben wird<sup>76</sup>. Für unsere Fragen ist jedoch bedeutsam, welches Stimmungsbild sich vor dem Hintergrund dieser Debatte um das Reichsinstitut rekonstruieren lässt: Vieles spricht dafür, dass es Mitte der 1930er Jahre innerhalb des DAI ein mehrheitsgetragenes Interesse an einer „Ost“-Erweiterung gegeben und dass es sich dabei nicht nur um eine strategische Idee in der Auseinandersetzung mit Reinerth gehandelt hat. Mit Sicherheit befürworteten viele Fachvertreter die Idee überregional zentralisierter, „totalitärer“ Wissenschaft parallel zur regionalen Bodendenkmalpflege als Geste moderner Wissenschaft und sahen auch keinen Widerspruch zwischen dem im Frühling 1934 beim DAI eingeführten Führerprinzip<sup>77</sup>

<sup>68</sup> Paret (S. 31): Liste von Auszügen von 119 Schreiben an das DAI, ca. Anfang 1935, 46 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>69</sup> So Walther Veeck, Direktor der Altertümersammlung in Stuttgart (S. 12), und Siegfried Loeschke vom Trierer Provinzialmuseum (S. 14): Liste von Auszügen von 119 Schreiben an das DAI, ca. Anfang 1935, 46 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>70</sup> So Kurt Luthmer, Direktor der Staatlichen Kunstsammlung in Kassel (S. 17), Walther Veeck, Direktor der Altertümersammlung in Stuttgart (S. 12) oder Karl Anton Neugebauer, Kustos an den Berliner Staatlichen Museen (S. 39; zu Neugebauer: Rhode 1988): Liste von Auszügen von 119 Schreiben an das DAI, ca. Anfang 1935, 46 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>71</sup> So Johannes Böhlau, der vormalige Direktor der Staatlichen Sammlungen in Kassel (S. 14), der Kunsthistoriker Rudolf Kautzsch (S. 15) oder Kurt Regling, der Direktor des Berliner Münzkabinetts (S. 17): Liste von Auszügen von 119 Schreiben an das DAI, ca. Anfang 1935, 46 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>72</sup> „Was jene kurzsichtigen Heißsporne planen, ist in Wirklichkeit eine ‚capitis deminutio‘ der deutschen Wissenschaft.“ (Auszug Oxé an DAI, undat., S. 34: Liste von Auszügen von 119 Schreiben an das DAI, ca. Anfang 1935, 46 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.)

<sup>73</sup> Behn (S. 8): Liste von Auszügen von 119 Schreiben an das DAI, ca. Anfang 1935, 46 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag. – Zu Behn: KRAUS 2014.

<sup>74</sup> UNVERZAGT 1985, 39–40; HALLE 2002.

<sup>75</sup> VIGENER 2012, 70.

<sup>76</sup> U. a. JUNKER 1997, 60.

<sup>77</sup> „Als Führer des Archäologischen Instituts hat danach der Präsident zu gelten. Er ist für die Führung der Geschäfte des Instituts in seiner Gesamtheit allein verantwortlich und besitzt volle Autorität bei den nachgeordneten Dienststellen“ (Wiegand an Dienststellen DAI, 1.3.1934: Archiv RGK 99 Allg. Schriftverkehr RGK mit ZD des DAI 1934, 2.1.1934–Dezember 1928, Bl. 114–115). Einwände gegen die Einführung des Führerprinzips sind nicht überliefert (JUNKER 1997, 27–32).

und dem wissenschaftlichen Ethos. Sie verhielten sich damit ebenso wie die meisten Vertreter anderer Disziplinen, die sich dem Führerprinzip als einem allgemeinen Organisationsprinzip des NS-Staates unterwarfen, da es einerseits Effizienz für die Forschung und andererseits den gesamtgesellschaftlichen Schulterschluss versprach. Nach 1945 wurde dieser autoritäre Führungsstil als „energisches“ Handeln im Interesse der „wahren“ Forschung bewertet<sup>78</sup>. Mehrere einflussreiche, dem DAI nahestehende Fachwissenschaftler waren in die Diskussion dieser Pläne einbezogen und konnten nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl auf die damaligen Argumentationen für ein „Ostinstitut“ zurückgreifen als auch unter neuen, radikal veränderten Bedingungen zu der Überzeugung gelangen, dass eine Zentralisierung der Prähistorischen Archäologie der Archäologie als Ganzes dienlich wäre.

### 1945

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, am 8. Mai 1945, lagen die ehemals einflussreichsten Häuser der Prähistorischen Archäologie und der benachbarten Archäologien und damit die Wirkungsstätten unserer Protagonisten buchstäblich wie im übertragenen Sinne in Trümmern. Die Zentrale des DAI in Berlin hatte verhältnismäßig wenig Schaden genommen<sup>79</sup>, während das Gebäude der RGK als der „einzigen Außenstation“ des vor dem Krieg vier Abteilungen umfassenden Instituts schwer beschädigt war<sup>80</sup>. Das Zentrum Frankfurts war zu 90 % zerstört und damit auch Teile der Universität. Frühere Mitarbeiter waren im Kriegseinsatz ums Leben gekommen oder hatten wie Rodenwaldt Suizid begangen, die Immobilien der einzelnen Abteilungen waren deutscher Kontrolle entzogen und alle Forschungen ruhten. Die große Bibliothek der RGK, ausgelagert in verschiedenen Depots, war immerhin erhalten, aber es herrschte völlige Unklarheit über den Verbleib, vielmehr das Überleben sowohl der Direktoren als auch der meisten Mitglieder der Kommission der RGK<sup>81</sup>. In Berlin waren zusammen mit dem weitläufigen Stadtzentrum auch die Universität und das Museum für Vor- und Frühgeschichte mit seiner Bibliothek und den Arbeitsräumen völlig zerstört, ein Großteil der Sammlung war jedoch ausgelagert und damit gerettet worden<sup>82</sup>.

<sup>78</sup> WAGNER 2010, 190–191.

<sup>79</sup> Weickert, 8-seitiger Bericht an Berliner Magistrat, Abt. Volksbildung, 2.12.1946, Bl. 1–4: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>80</sup> Nach den Abteilungen in Rom, Kairo, Athen und Istanbul wurde während des Zweiten Weltkrieges die Abteilung Madrid 1943 gegründet.

<sup>81</sup> Zur RGK als der Institution gehören einerseits ihre Mitarbeiter, zu denen Referenten und die beiden Direktorinnen oder Direktoren, aber auch technisches Personal zählen. Die Arbeit der RGK wurde und wird beratend begleitet von der Kommission der RGK, ein Gremium aus Fachvertretern der Universitäten, Archäologischen Denkmalpflege und Museen. Im hier behandelten Zeitraum setzte sich die Kommission laut § 2 der 1901 erlassenen Satzung der RGK zusammen aus: „1. dem General-Sekretär und zwei weiteren von der Central-Direktion des

Archäologischen Instituts aus ihrer Mitte zu wählenden Mitgliedern, 2. dem in § 3 erwähnten Direktor [der RGK], 3. drei vom Reichskanzler zu berufenden Mitgliedern, 4. sechs weiteren Mitgliedern, von denen je eins die Regierungen Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen berufen. 5. Außerdem hat die Central-Direktion das Recht die Berufung von Vertretern einzelner Alterthumsvereine und anderer an der römisch-germanischen Forschung interessierter Körperschaften bis zur Zahl von fünf Personen bei dem Reichskanzler zu beantragen.“ (KRÄMER 1979). Dieses Gremium wird in den Quellen verschiedentlich selbst als Kommission bezeichnet; ich verwende zum besseren Verständnis im Folgenden jedoch einheitlich die Bezeichnung Kommission der RGK.

<sup>82</sup> VON SCHNURBEIN 2001, 229–248; VIGENER 2012, 104–106.



Das zerstörte Deutschland wurde unter alliierter Aufsicht gestellt, deren Vielfalt unmittelbar Einfluss nahm auf den Wiederaufbau dieser genannten archäologischen Einrichtungen und der Forschungskonzepte, für die sie standen. Frankfurt in Hessen unterstand dem Reglement der Amerikaner, Berlin jedoch war in vier Sektoren unter den Alliierten aufgeteilt. Dort sollte die Universität ursprünglich der Viermächtekontrolle unterstellt werden, aber die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland (SMAD) erklärte sich als allein zuständig, auch weil die Liegenschaften sich im sowjetischen Sektor der Stadt befanden. Die Zentrale des DAI lag dagegen im amerikanischen Sektor, die Aktenbestände des Institutes waren von Schede in sein Haus in Glienicke-Nordbahn, einer Gemeinde im heutigen Landkreis Oberhavel nördlich von Berlin ausgelagert worden, das in der sowjetischen Besatzungszone lag. Neben unklaren oder umstrittenen Zuständigkeiten erschwerten Passierscheinpflichten und Reisebeschränkungen technischer und administrativer Art die Kommunikation zwischen den Beteiligten erheblich, da sowohl Telefonverbindungen als auch der Postverkehr praktisch zum Erliegen gekommen waren. Zwischen dem letzten Brief, der im Dezember 1944 von der RGK an die Berliner Zentrale des DAI ging, bis zur ersten Nachkriegs-Post sollte es bis zum Oktober 1945 dauern<sup>83</sup>.

Die institutionellen Verankerungen der genannten archäologischen Einrichtungen hörten in den ersten Nachkriegswochen auf zu existieren. Mit der Übernahme aller Regierungsgeschäfte durch die alliierten Siegermächte gingen alle Aufgaben und Befugnisse des einstigen Auswärtigen Amtes und des Reichserziehungsministeriums an die Hohe Kommission der Alliierten über, so dass das DAI, das seit 1871 eine Reichsbehörde gewesen war, ohne übergeordnete behördliche Zuordnung blieb<sup>84</sup>. Der juristische Status, der Etat, das Personal, die Liegenschaften, vor allem aber die Aufgaben und Funktionen des DAI waren deshalb absolut unklar und das alles galt ebenso für die RGK. Angesichts dessen entwickelten und debattierten die verbliebenen Fachvertreter bald Vorschläge zur Weiterführung oder Umgestaltung dieser Einrichtungen. Auf den ersten Blick mag es dabei erscheinen, als ob die Zerstörung des Museums für Vor- und Frühgeschichte und die Schließung der Berliner Professur für deutsche Vorgeschichte, des Lehrstuhls von Gustaf Kossinna und Hans Reinerth<sup>85</sup>, dort zur Entwicklung einer ganz neuartigen archäologischen Forschungseinrichtung geführt hätte, wobei das bisherige Verhältnis zwischen deutscher und sowjetischer Forschung und eine Orientierung an sowjetischen Forschungsstrukturen und -inhalten eine besondere Rolle gespielt hätten. Auf den zweiten Blick spricht jedoch vieles dafür, dass man vielmehr an ältere Debatten um *Big science* und Zentralisierung anknüpfte und sich dabei wahrscheinlich nicht nur am Beispiel der deutschen Naturwissenschaften orientierte, sondern auch an den wissenschaftspolitischen Strukturen im nach-revolutionären Russland, die z. B. Rodenwaldt und Schede lange vor 1945 persönlich kennengelernt hatten.

<sup>83</sup> Schede an Wagner, 4.12.1944; Wagner an den Präsidenten des DAI, 28.10.1945; DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag. – Ab Oktober 1945 begannen zuerst nur Postkarten und offene Behördenpost zwischen den Zonen zu zirkulieren, am 1. Mai 1948 verließ die erste Luftpost die westlichen

Besatzungszonen Richtung Westeuropa und zwei Wochen später wurde der innerdeutsche Luftpostverkehr auf der Strecke Frankfurt am Main – Berlin wieder aufgenommen.

<sup>84</sup> CONZE 2013.

<sup>85</sup> LEUBE 2007, 273–274.



Abb. 6. Der Assistent der RGK Walter Wagner als Sachwalter des Hauses und der Bibliothek in den ersten Nachkriegsjahren (undat.; Negativ 66-14-84; Archiv RGK).

### Ostorientierung

Im Sommer 1945 begann die Reorganisation der deutschen Archäologie und sie begann in Berlin mit verschiedenen Versuchen der Kontaktaufnahme und der Bestandsaufnahme. Der Berliner Magistrat erwies sich dabei als kooperativ, denn „Es liegt in unser aller Interesse, Ihrem berühmten Institut sein altes Ansehen wieder zu verschaffen“<sup>86</sup>. Das geltende Reiseverbot verhinderte aber vorerst die erforderlichen Treffen und Gespräche<sup>87</sup>, so dass man am 31. August 1945 vom DAI in Berlin ein Rundschreiben erließ, das im Telegrammstil den Zustand der Berliner Zentrale und die Namen der Beschäftigten nannte und in dem konstatiert werden musste, „Von allen weiteren wissenschaftl. Mitarbeitern d. Inst. noch keine Nachricht. Hoffe, daß Jahrbuch 1944 bald erscheint, dgl. andere bei de Gruyter verlegte Publ. Todesfälle, soweit bisher bekannt: Rodenwaldt, Neugebauer, Sarre. [handschriftlich: „Rolert“ o. ä.] Bitte diese Nachricht an alle Interessierten weitergeben & selbst Lebenszeichen & Auskünfte senden.“<sup>88</sup> Ende November 1945 waren bezüglich der

<sup>86</sup> Magistrat Stadt Berlin, Abteilung für Wissenschaften, an Schede, 3.9.1945: DAI Archiv der Zentrale 10-01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936-31.12.1951“, unpag.

<sup>87</sup> Magistrat Stadt Berlin, Abteilung für Wissenschaften, an Schede, 22.9.1945: DAI Archiv

der Zentrale 10-01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936-31.12.1951“, unpag.

<sup>88</sup> DAI Rundschreiben, 31.8.1945: DAI Archiv der Zentrale 10-01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936-31.12.1951“, unpag. – Einen Monat später wurde an sechs Professoren der Klassischen



Abb. 7. Gero von Merhart war durch Martin Schede anlässlich der Einberufung Walter Wagners zum Kriegsdienst im September 1943 mit der kommissarischen Leitung der RGK betraut worden (1940er?; Archiv RGK).

RGK dann zumindest folgende Fakten bekannt: „Zur Zeit besteht eine Verbindung nur mit der Abteilung des Deutschen Archäologischen Institutes ‚Römisch-Germanische Kommission‘ in Frankfurt a. M., soweit es die postalischen Verhältnisse gestatten. Die Anschrift dieser Abteilung in Frankfurt a. M. lautet: nach der Zerstörung des Hauses Palmengartenstr. 10–12 jetzt: Bockenheimer Landstr. 97. Die Römisch-Germanische Kommission wird z. Zt. geleitet von dem Assistenten Dr. W. Wagner, der Direktor Dr. Ernst Sprockhoff ist noch nicht zurückgekehrt. Bisher führte die komm. Leitung bis zur Rückkehr des Assistenten Prof. Dr. G. von Merhart, Universität Marburg<sup>89</sup>. Die Bibliothek des Frankfurter Institutes lagert noch in Ausweichstellen, z. B. im Forsthaus Diana im Spessart und in Katzenellenbogen. Das wissenschaftliche Material befindet sich unversehrt in Frankfurt a. M., Mainz und Marburg.“ (Abb. 6–7)<sup>90</sup>.

Archäologie ein nahezu gleichlautendes, ausführlicher formuliertes Rundschreiben geschickt, in denen hinsichtlich der Todesfälle ergänzt worden war „25.4. G. Rodenwaldt (Freitod mit Gattin), 25.4. H. Schleif (Freitod mit Familie), 27.6. K. A. Neugebauer (Operation)“ (DAI Rundschreiben, 28.9.1945: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.).

<sup>89</sup> Merhart war durch Schede anlässlich der Einberufung Wagners zum Kriegsdienst im September 1943 mit der kommissarischen Leitung der RGK betraut worden (Schede an Merhart, 09.02.1944: Archiv RGK Nr. 256).

<sup>90</sup> Weickert an Captain Harry D. Grier, Monuments Fine Arts Archives, Econom. Building, Military Government Headquarters, Berlin Zehlendorf, 16.11.1945, 2 S., S. 1: DAI Archiv

Schede nannte für eine Inventur aller materiellen und personellen Verhältnisse Berliner wissenschaftlichen Einrichtungen<sup>91</sup> in seiner Aufstellung für das DAI insgesamt 12 wissenschaftliche und technische Mitarbeiter, die für die Wiederaufnahme des Betriebes der DAI-Zentrale bzw. Bergungsarbeiten erforderlich waren<sup>92</sup> und konnte Ende Mai/Anfang Juni mit praktischer Unterstützung der sowjetischen Kommandantur Akten und Arbeitsmaterialien in seine Berliner Wohnung unterbringen<sup>93</sup>. Zeitnah verfasste er eine 3-seitige Denkschrift mit dem Titel „Beziehungen des Archäologischen Institutes zur Sowjetunion“<sup>94</sup>, in der, nach einer kurzen Einleitung über die Gründungsgeschichte und Aufgaben des DAI, eine Bestandsaufnahme der Vorkriegsverhältnisse folgte, wobei Schede versuchte, die Beziehungen zwischen dem DAI und Russland als besonders eng darzustellen: „Etwa 1000 Fachgelehrte in 33 Kulturstaaten gehören dem Archäologischen Institut als ordentliche und korrespondierende Mitglieder an; davon waren noch 1938, als die Beziehungen fast völlig unterbunden waren, 19 Angehörige der Sowjetunion.“<sup>95</sup> Die Beziehungen zwischen Rußland und dem DAI seien fast so alt wie das DAI selbst, schrieb Schede, aber nach der durch den Ersten Weltkrieg und die Revolution bedingten Unterbrechung in den frühen 1920er Jahren begann erst 1926 deren Wiederaufnahme<sup>96</sup>. Die „Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Ausland“ sowie die Eremitage im damaligen Leningrad (heute: St. Petersburg) luden den damaligen Direktor des DAI Rodenwaldt ein und er besuchte die Museen in Moskau und Leningrad und besprach mit den dortigen Kollegen die Möglichkeiten von zukünftigen Kooperationen. Als Ergebnisse zählte Schede drei veröffentlichte deutschsprachige Sammelwerke deutscher und russischer Wissenschaftler „über russische Altertümer“ auf<sup>97</sup>. „Gleichzeitig begann ich selbst als damaliger Leiter der Zweigstelle in Konstantinopel von dort aus in gleichem Sinne Fäden nach Kaukasien und Südrußland zu spinnen, was aber wegen der zeitweilig gespannten Beziehungen zwischen Türkei und Rußland nicht voll gelang.“<sup>98</sup> Schede knüpfte aber, wie er berichtete, enge Kontakte zum sowjetischen Botschafter in der Türkei, Jakow Sacharowitsch Suriz (1882–1952), und zu dem Historiker und Orientalisten Wassili Wladimirowitsch Bartold (1869–1930), dessen Schriften noch 1943 in deutscher Übersetzung von der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, deren Vorsitzender Schede

der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>91</sup> Ende Mai 1945 nahm der dienstälteste Beamte des ehemaligen Reichserziehungsministeriums, Ministerialrat Otto von Rottenburg (1885–1945), im Auftrag der Abteilung für Volksbildung des Magistrates von Berlin diese Inventur vor (Otto Winzer, Vorläufiger Auftrag, 28.05.1945; Rottenburg an Schede, DAI, 29.5.1945; DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.).

<sup>92</sup> Schede an Stadtverwaltung Berlin, Abteilung für Volksbildung, 3.6.1945; DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>93</sup> Schede an Winzer, Abteilung für Volksbildung beim Magistrat Berlin, 5.6.1945; DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>94</sup> Schede, Denkschrift, undat.; ca. Anfang Juni 1945; DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>95</sup> Schede, Denkschrift, undat.; ca. Anfang Juni 1945; S. 1: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. – Schede nannte das DAI in seinen Schriften ebenso wie die meisten Zeitgenossen entweder Archäologisches Institut, AI oder einfach das Institut.

<sup>96</sup> REBENICH 2014.

<sup>97</sup> Schede, Denkschrift, undat.; ca. Anfang Juni 1945; S. 1: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>98</sup> Schede, Denkschrift, undat., ca. Anfang Juni 1945; S. 1–2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

war, herausgegeben worden waren. Nach 1933 sei der Kontakt zwischen deutschen und sowjetischen Wissenschaftlern verboten gewesen, aber er selbst sei 1935 nach Palästina gereist, „um die Verbindung mit dem Professor der Archäologie an der Universität Jerusalem Sukenik“ [Eleasar Lipa Sukenik (1889–1953)]<sup>99</sup> zu pflegen, der Schede als ideale politisch opportune Referenz erschien: „dieser ist ein Jude aus Sowjetrußland gebürtig und ausgesprochen kommunistisch eingestellt; auch er ist ein Mitglied des Archäologischen Institutes und wir haben eine Publikation von ihm gedruckt.“<sup>100</sup>

Unmittelbar nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes 1939 habe er, Schede, sich beim Reichserziehungsministerium um die Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Kontakte mit den Kollegen in der Sowjetunion bemüht, aber erst Mitte 1940 nahm er neue Beziehungen zu [Sergei] Zebelew von der Akademie der Wissenschaften auf. Man einigte sich auf die Herausgabe weiterer sowjetischer Fachbücher auf Deutsch, aber der Kriegsausbruch machte alle Hoffnungen zunichte: „Da man in Moskau natürlich genau weiß, was von der Bedeutung des von mir vertretenen weltberühmten Institutes zu halten ist, war ich des Erfolges sicher, als der Ausbruch des Krieges 1941 alles Erreichte in Frage stellte.“<sup>101</sup> Statt solcher Kooperationen sah sich Schede mit konkreten Projektideen des Ahnenerbe SS als auch des Amts Rosenberg konfrontiert, die ihn aufforderten, sich während der Besetzung Südrusslands an der geplanten wissenschaftlichen Bearbeitung der Altertümer der Ukraine, der Krim und des Kuban-Gebietes zu beteiligen<sup>102</sup>. Er lehnte dies entschieden ab „mit der Begründung, daß das Archäologische Institut als wissenschaftliche Anstalt von Weltruf so etwas nur mitmachen könne, wenn die südrussischen Gelehrten unter voller Wahrung ihres geistigen Eigentumes daran beteiligt würden und wenn die Museums- und Bibliotheksbestände unangetastet blieben. Daraufhin ist man zu meiner Freude auf meine Mitarbeit nicht wieder zurückgekommen. Nachdem nunmehr eine neue Wandlung in dem Verhältnis Deutschlands zu Rußland eingetreten ist, ist es für das Archäologische Institut eine Selbstverständlichkeit, daß es die sofortige Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Beziehungen begrüßt und anstrebt. Alle diese hier vorgetragenen Tatsachen lassen sich aktenmäßig belegen“ schloss Schede<sup>103</sup>.

Im Juli berief der Magistrat der Stadt Berlin, der bis zum Ende 1948 ungeteilt war und seinen Sitz im Ostteil Berlins hatte, Schede zum „vorläufigen Leiter des früheren Archäologischen Institutes des Deutschen Reiches“<sup>104</sup>. Buchstäblich als Mittel der Standortbestimmung legte Schede dem Magistrat einen Monat später eine 9-seitige Denkschrift vor mit einem 7-seitigen Anhang über die Geschichte, Aufgaben und aktuellen, unterbrochenen Projekte des DAI. Die RGK erwähnte er nur kurz als dritte, 1902 gegründete Zweigstelle. Er beschrieb deren Statut und dass sie „im Ganzen nahezu 1000 Mitglieder aus 33 Kulturstaaten“ umfasse<sup>105</sup>. Die RGK bearbeite „die Archäologie in Süd- und Westdeutschland

<sup>99</sup> SILBERMAN 2000.

<sup>100</sup> Schede, Denkschrift, undat., ca. Anfang Juni 1945; S. 2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>101</sup> Schede, Denkschrift, undat., ca. Anfang Juni 1945; S. 2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>102</sup> Rückblickend wird das Verhältnis von SS und DAI dagegen, vor allem durch die Vermittlung von Alexander Langsdorff und Werner Buttler,

als kooperativ beschrieben (u. a. JUNKER 1997, 62–63; 78–79).

<sup>103</sup> Schede, Denkschrift, undat., ca. Anfang Juni 1945; S. 3: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>104</sup> Magistrat Berlin an Schede, 12.7.1945: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>105</sup> Schede, Denkschrift, 13.8.1945, 9. S.; S. 3: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

von der Paläolithik über die Römerzeit hinweg bis zum Fränkischen und Sächsischen und berichtet über die entsprechende Forschung in England, Frankreich, Belgien, Holland und den Donauländern.<sup>106</sup> Mit dem Verweis auf dieses weite Arbeitsgebiet der RGK betonte Schede, dass damit das DAI das umfasse, was „der Franzose“ unter dem Begriff „archéologie“ verstehe und dass das DAI also nicht allein „für die Grundlagen der humanistischen Bildung, nämlich für die griechische und römische Kultur“ verantwortlich sei<sup>107</sup>. Schede knüpfte auch an die Anfeindungen an, denen sich das DAI während der 1930er Jahre seitens der völkischen Vorgeschichtsforschung ausgesetzt gesehen hatte, und widersprach der früheren Auffassung, dass der Klassischen Archäologie „eine Vorrangstellung vor anderen Kulturwissenschaften zukomme“. Er behauptete vielmehr, dass er selbst „auf Gleichstellung aller vom Institut betreuten Arbeitsgebiete hingewirkt und damit das gegenseitige Vertrauensverhältnis weitgehend verbessert“ habe<sup>108</sup>. Dafür sprächen die alljährlichen gedruckten Arbeitsberichte und der aktuelle Personalschlüssel<sup>109</sup>.

Schede beschrieb das DAI als ein „reines Forschungsinstitut, dass nicht zufällig sein Dasein als internationale Anstalt begonnen hat und später nur im weitesten deutschen Rahmen, d. h. als Reichsinstitut denkbar war.“ Durch das weite Arbeitsgebiet des DAI war Deutschland aufgrund der „Allgemeingültigkeit der klassischen Kultur und wegen der Verflechtung aller kulturhistorischen Beziehungen“ freundschaftlich und uneigennützig mit dem Ausland verbunden: „Daraus erklärt sich auch das hohe Ansehen, das es überall im Ausland – in Friedens- und Kriegszeiten – genießt und die Leichtigkeit, mit der es nach dem ersten Weltkrieg die angerissenen Fäden mit der Fachwelt der feindlichen Länder wieder angeknüpft hat.“<sup>110</sup> „Aus allem Vorhergehenden ergibt sich, daß das Deutsche Archäologische Institut ein nicht fortzudenkender Faktor der Weltkultur ist. Seine ruhmreiche Tradition von 116 Jahren, in denen es unbestechlich seine streng wissenschaftliche Haltung bewahrt hat, seine wissenschaftliche Leistung, seine uneigennützige Hilfestellung für die Fachgenossen aller Nationen sichern ihm den Anspruch auf den Dank nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch der gesamten gebildeten Welt. Es muß daher die Erwartung ausgesprochen werden, daß sowohl die deutschen Stellen wie auch die Siegermächte ihr Möglichstes tun werden, um das Archäologische Institut am Leben zu erhalten.“ Ziel

<sup>106</sup> Schede, Denkschrift, 13.8.1945, 9. S.; S. 3: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>107</sup> Das DAI betreue vielmehr „das gesamte Gebiet der Vorgeschichte, die altägyptische Kultur, die altorientalische (bes. sumerische, babylonische, assyrische, hethitische, altpersische) Kultur, die griechische und römische Inschriftenkunde, die spätantike, altchristliche, koptische und byzantinische Kunst, die Kultur der Völkerwanderungszeit (Franken, Sueben, West- und Ostgoten, Langobarden), die islamische (arabische, persische, türkische) Kunst.“ (Schede, Denkschrift vom 13.8.1945, übersandt, 15.8.1945, 9. S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.).

<sup>108</sup> Schede, Denkschrift, 13.8.1945, 9. S.; S. 4–5: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>109</sup> „von den insgesamt 23 Gelehrten des Stabes sind nur 8 klassische Archäologen, von den übrigen 15 sind 3 Ägyptologen, 1 Orientalist, 3 Bauforscher, 4 Prähistoriker, 1 Frühgeschichtlicher, 2 byzantinische und ein 1 islamischer Kunsthistoriker; von den insgesamt 57 Mitgliedern der Zentralkommission und der Fachausschüsse sind nur 15 klassische Archäologen, die übrigen sind Vertreter der Vorgeschichte, Frühgeschichte, alten Geschichte, Ägyptologie, Papyrologie, frühchristliche Archäologie, Byzantinistik und byzantinische, islamische und neueren Kunstgeschichte, Arabistik, Turkologie, Bauforschung.“ (Schede, Denkschrift, 13.8.1945, 9. S.; S. 4–5: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.).

<sup>110</sup> Schede, Denkschrift, 13.8.1945, 9. S.; S. 6: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

müsse also die Weiterführung und der Abschluss der begonnenen Arbeiten sein und deren würdige Veröffentlichung<sup>111</sup>. Schede listete neben der Fortsetzung der institutseigenen Publikationsreihen vor allem solche Projekte auf, die entweder für deutsche Wissenschaftler noch erreichbar oder für die auswertbare Materialien zugänglich waren, und die deutlich machten, welchen Stellenwert zukünftig Prähistorische und Provinzialrömische Forschungen für das DAI haben würden, so lange der Status der Auslandsinstitute und Liegenschaften sowie die Etats unklar sein würden.

„Reine Forschungsarbeit“ als Auflage<sup>112</sup>

Auf Vorkriegskontakte mit sowjetischen Wissenschaftlern und wahrscheinlich auch Funktionären konnte Unverzagt nicht verweisen. Er war im Zuge der Entlassung aller NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen Ämtern als der wichtigste Archäologe in Berlin/Brandenburg der Jahre vor 1945 aus dem Museumsdienst stellenlos<sup>113</sup> und bemühte sich mit Unterstützung zahlreicher anderer Wissenschaftler um seine Rückberufung an die Universität. Bereits im August 1945 formulierte er dafür einen Lehrplan für das kommende Semester und ein privates Forschungsprogramm, in dem er seine bisherigen Arbeiten zur „altslawischen Kultur in dem Gebiet zwischen Oder und Elbe“ fortsetzen und als Lehrgrabung eine Untersuchung der Dominsel von Brandenburg an der Havel anbieten wollte<sup>114</sup>. In enger Orientierung an Runderlassen sowohl der SMAD als auch des Berliner Magistrats, wonach ehemalige NSDAP-Mitglieder nach Möglichkeit nicht wieder in dem Magistrat unterstellten Behörden und Einrichtungen beschäftigt werden sollten, lehnten Universitätsleitung und Magistrat Unverzagts Bemühungen um eine Wiederbeschäftigung an der Universität ab. Im Oktober 1945 beschloss die Abteilung Volksbildung beim Berliner Magistrat, „auf das ganze Gebiet vorübergehend zu verzichten“ und den Lehrstuhl nicht neu zu besetzen<sup>115</sup>. Unverzagt empfahl man reine Forschungsarbeit, „bei der keine Berührungspunkte mit der Öffentlichkeit“ gegeben wären<sup>116</sup>. Für das DAI war Unverzagt damals lediglich ein Mitglied; seine Berufung zum Referenten „für nordische und östliche Vor- und Frühgeschichte“ beim DAI Anfang der 1930er Jahre war an die politische und wissensräumliche Gliederung des nationalsozialistischen Deutschland gebunden gewesen und nun hinfällig. Unverzagt war damit ohne behördliche und institutionelle Patronage und in Berlin schien einzig die ehemalige Preußische Akademie der Wissenschaften für Kontinuität und Weiterbeschäftigung zu stehen. Um dort die Möglichkeit zur reinen Forschung zu erlangen, stellte sich Unverzagt einer „Kommission für Entnazifizierung“ beim Berliner Magistrat und lieferte Gutachten für seine Glaubwürdigkeit u. a. von Paul Reinecke (1872–1958), von Merhardt und Herbert Kühn (1895–1980)<sup>117</sup>.

Ende Mai 1945 erbat der Direktor der ehemaligen Preußischen Akademie, der Turkologe und Orientalist Helmuth Scheel (1895–1967), die weitere Betreuung der Akademie durch den Berliner Magistrat bis zur Gründung einer zuständigen Zentralverwaltung. Das Land Preußen hatte als der Finanzier und Patron der Akademie mit dem Kriegsende

<sup>111</sup> Schede, Denkschrift, 13.8.1945, 9. S.; S. 8–9: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>112</sup> LEUBE 2007, 278.

<sup>113</sup> LEUBE 2007, 273.

<sup>114</sup> Unverzagt, Persönlicher Fragebogen, 15.8.1945: zit. nach LEUBE 2007, 274 Anm. 45.

<sup>115</sup> Aber Anfang 1946 wurde doch ein kleiner Lehrauftrag u. a. für Grabungstechnik an Walter Andrae (1875–1956) vergeben (LEUBE 2007, 276; 278).

<sup>116</sup> Ebd. 2007, 278.

<sup>117</sup> Ebd. 277; GRUNWALD 2019, 159–163.

aufgehört zu existieren und deren offizielle Auflösung war nur eine Frage der Zeit. Der Magistrat war damals in Berlin die einzige arbeitsfähige deutsche Behörde, konnte jedoch gegenüber der Akademie keinerlei Zusicherungen hinsichtlich ihrer juristischen und finanziellen Zukunft machen. Für die einst regional konzipierte Akademie bot sich daher nun einzig die größere nationale Perspektive an. Über eine Erweiterung der Akademie z. B. durch eine Verschmelzung mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatte man bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Berlin diskutiert und noch 1940 war eine Reichsakademie der deutschen Wissenschaft erwogen worden<sup>118</sup>. Deshalb war das Konzept einer nationalen Großforschungseinrichtung, wie es ab Sommer 1945 zwischen in Berlin stationierten sowjetischen Kulturfunktionären einerseits und deutschen Wissenschaftlern wie Unverzagt oder Schede andererseits kommuniziert wurde, weder unbekannt noch unattraktiv, sondern vertraut und vielversprechend<sup>119</sup>.

Mitte Juni 1945 wurden ein neuer Akademiepräsident und neue Klassensekretäre gewählt. Auf Grund der Entnazifizierungsbestimmungen verloren nur etwa ein Dutzend Wissenschaftler ihre Akademiemitgliedschaft<sup>120</sup>, mehrheitlich waren Tod oder Flucht die Gründe für das Erlöschen der Mitgliedschaft und partielle Auflösungserscheinungen in der Akademie.<sup>121</sup> Die wenigen noch in Berlin verbliebenen Mitglieder führten mehrere Monate hindurch Gespräche und Konzeptionsdebatten und übergaben schließlich Mitte Dezember 1945 dem Berliner Magistrat „einen Plan über den ‚Bestand der Unternehmungen und die Arbeitsbereiche der einzelnen Kommissionen‘“<sup>122</sup>. Unverzagt hatte kurz davor, im November 1945, mit ebendiesen Mitgliedern sowie Vertretern der sowjetischen Militäradministration und dem Archäologen und Mitglied der der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften S. N. Zamjatnin Gespräche darüber geführt, welche Vorarbeiten für die Gründung eines „Institutes zur Erforschung der materiellen Kultur der Altslaven“ an der Akademie geleistet werden könnten<sup>123</sup>. Es sollte mit der *Akademie der Wissenschaften der UdSSR* zusammenarbeiten und sich teilweise inhaltlich am Konzept des gleichnamigen sowjetischen Institutes orientieren<sup>124</sup>. „Als Mittelpunkt und Zentralstelle“ sollte das Institut die archäologischen Kulturen des Zeitraumes 8.–12. Jahrhundert im Gebiet zwi-

<sup>118</sup> NÖTZOLDT 2002, 41.

<sup>119</sup> WALTHER 1997, 236; TIMOFEEVA 2002.

<sup>120</sup> GRAU 1993, 249–250.

<sup>121</sup> Nur noch etwa 20 Mitglieder der einstmaligen 80 wirkten nach dem Kriegsende in Berlin (WALTHER 1997, 236). – Bericht Helmuth Scheels über die Situation der ehemaligen Preußischen Akademie an das Amt Wissenschaft im ehemaligen Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 4. Juni 1945: ABBAW Bestand AKL 660, unpag. – Zur Vielfalt, dem Ausmaß und den Konsequenzen der akademischen Migrationsbewegungen im Gefolge des Zweiten Weltkrieges: ASH 2010, 216–223.

<sup>122</sup> WALTHER 1997, 252.

<sup>123</sup> Die Preußische Akademie der Wissenschaften, so der offizielle Titel, in Berlin, wurde, 1.7.1946, dem 300. Geburtstag von Leibniz, auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland wieder eröffnet. Ansonsten stellte

die Berliner Akademie als Zusammenschluss verschiedener Wissenschaftler eine der wenigen Kontinuitäten im chaotischen Deutschland der Nachkriegszeit dar. Gemäß der Satzung vom 31.10.1946 wurde die Akademie in „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ umbenannt. – Zur sowjetischen Kulturpolitik in der SBZ, besonders hinsichtlich der ehem. Preußischen Akademie: TIMOFEEVA 2002.

<sup>124</sup> Unverzagt, Vorschlag zur Gründung eines Instituts für die Erforschung der materiellen Kultur der Altslaven in Berlin, 22.11.1945; zweiseitiger Entwurf bzw. Protokoll „Aufzeichnung über die Gründung eines Institutes zur Erforschung der materiellen Kultur der Altslaven“, 3.12.1945; Hans Stille, DAW, an Unverzagt, 27.11.1945; Unverzagt an Johannes Stroux, Präsident der ADW, 3.12.1945: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.



schen Elbe, Saale und Oder erschließen und dafür eine grundlegende Inventarisierung aller beweglichen und unbeweglichen Reste vornehmen. An besonders wichtigen Fundstellen sollten anschließend Ausgrabungen vorgenommen werden, „die einen vollkommenen Einblick nicht nur in die materielle Hinterlassenschaft, sondern darüber hinaus auch in die sozialen und stammesgeschichtlichen Verhältnisse gewähren“ würden<sup>125</sup>.

## 1946

Unverzagt diskutierte seine Konzeption offensichtlich weniger mit Archäologen als vielmehr mit Historikern und Mediävisten von der Berliner Akademie, die er teilweise seit Ende der 1920er Jahre kannte<sup>126</sup>. Bei diesen Gesprächen spielte die Anerkennung der politischen Gegebenheiten ebenso eine Rolle wie die Anschlussfähigkeit der zukünftigen Forschungen und deren wissensräumliche Formatierung. So empfahl der Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse, der Verfassungshistoriker Fritz Hartung (1883–1967), nach einer Besprechung mit Unverzagt und dem Mediävisten Friedrich Baethgen (1890–1972)<sup>127</sup> und dem Historiker Friedrich Rörig (1882–1952)<sup>128</sup>, „bei der Erwähnung des Plans eines Institutes den Ausdruck ‚altslawische Archäologie‘ und die Begrenzung auf den Raum westlich der Oder zu vermeiden. Es soll nicht der Anschein erweckt werden, als ob wir im Raum zwischen Saale, Elbe u. Oder, der praktisch natürlich zur Zeit allein in Frage kommt, nur altslawische, nicht auch deutsche Archäologie treiben könnten, u. wir wollen auch nicht grundsätzlich auf die Erforschung der Gebiete östlich der Oder verzichten.“<sup>129</sup> Unverzagt entwickelte daraufhin in Fortsetzung seiner eigenen Forschungen an den Oder-Burgen einen inhaltlich weiterführenden Arbeitsplan, den er dem Akademiepräsidium Mitte Juni 1946 vorlegte<sup>130</sup>. Er plante die Veröffentlichung der meisten seiner Burgwallgrabungen, um schließlich eine zusammenfassende Darstellung des „Lebuser Landes als Schlüsselstellung an der Oder“ als dem „Kernstück der ganzen Oderlandschaft, dessen Besitz immer von entscheidender Bedeutung für den Aufbau einer Machtstellung im Osten gewesen“ sei<sup>131</sup>. Unverzagt postulierte zur Bestätigung dessen, dass „seit dem Ausgang der Bronzezeit“ in dieser Region „der Kampf“ geht – zwischen den Trägern der Lausitzer Kultur und den Frühgermanen, später zwischen den Elbslawen und den Polen,

<sup>125</sup> Zweiseitiger Entwurf bzw. Protokoll „Aufzeichnung über die Gründung eines Institutes zur Erforschung der materiellen Kultur der Altslawen“, 3.12.1945; S. 2: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag. – Der bislang früheste nachgewiesene Entwurf für dieses Institut stammt vom 22.11.1945: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>126</sup> Unverzagt war zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der Akademie; Reinerth hatte 1939 seine Zuwahl in die Preußische Akademie verhindert. Eine Anfrage Schuchhardts (29.12.1939) an das Reichserziehungsministerium damals keine Klärung; vielmehr wurde Schuchhardt und damit auch Unverzagt auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet (Ministerialrat Frey vom gen. Reichsministerium an Schuchardt,

13.3.1940: ABBAW Bestand II–III–105 Unverzagt, unpag.; Weickert an Schmidt, Giessler, Oskar Paret, Merhart, Bersu und Unverzagt, 27.10.1948; Unverzagt an Bittel und Weickert, 13.11.1948: SMB-PK/MVG Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1949–1951, unpag.).

<sup>127</sup> LEMBERG 2015.

<sup>128</sup> LEUBE 2017, 413–415; PAULSEN 2017.

<sup>129</sup> Hartung an Unverzagt, 6.4.1946: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>130</sup> Unverzagt an Johannes Stroux, 13.6.1946, 4. S.: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>131</sup> Unverzagt an Johannes Stroux, 13.6.1946, Bl. 1–2: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.



Abb. 8. Wilhelm Unverzagt in den frühen Nachkriegsjahren (wahrscheinlich vor 1950; Archiv MVF Nachlass Unverzagt F 27618).

den Deutschen und den Askanern und schließlich 1945 zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee: „In der Schlacht um den Lebusener Höhenrand wurde über das Schicksal Berlins und damit vielleicht über die deutsche Zukunft überhaupt entschieden.“<sup>132</sup> Für die Mark Brandenburg wollte Unverzagt ein Inventar aller vor- und frühgeschichtlichen Wall- und Wehranlagen vorlegen, das auf den Ergebnissen der Burgwall-AG aufgebaut hätte; plante er ein „Handbuch der Wall- und Wehranlagen Ostdeutschlands“ für die Gebiete Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Freistaat Sachsen und Provinz Sachsen sowie Ost- und Westpreußen (*Abb. 8*).

#### Deutsche Ostforschung und ostdeutsche Archäologie

Im Juni 1946 lag keine neuerliche Äußerung von sowjetischer Seite zu den Plänen eines archäologischen Institutes vor und so empfahl Unverzagt der Akademie, sein Konzept selbst aufzugreifen und zu finanzieren: „Sie würde damit nur die von ihrem verstorbenen Mitglied C. Schuchhardt begonnenen und von ihr stets geförderten und unterstützten Arbeiten fort[zusetzen].“<sup>133</sup> Damit würde eine „Keimzelle für den späteren Wiederaufbau der ostdeutschen Vor- und Frühgeschichtsforschung geschaffen werden“, die in Pommern und Schlesien durch die Kriegereignisse und in Brandenburg durch Mittelkürzungen „völlig

<sup>132</sup> Unverzagt an Johannes Stroux, 13.6.1946, Bl. 2: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>133</sup> Unverzagt an Johannes Stroux, 13.6.1946, Bl. 3: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

zum Erliegen gekommen“ sei. Als letztes Argument für ein Engagement der Akademie hinsichtlich der ostdeutschen Archäologie verwies Unverzagt darauf, „dass unser schärfster und rühmrigster Gegner, Prof. J. Kostrzewski, ein ehemaliger Schüler G. Kossinnas in Posen, wieder aufgetaucht ist“ und dass dieser mit Sicherheit seine Forschungen auf frühmittelalterlichem Gebiet und besonders im Hinblick auf das Lebuser Land wieder aufnehmen würde<sup>134</sup>. Mit seinem Gruppenbezug meinte Unverzagt zweifellos die Reste des interdisziplinären Bündnisses der deutschen Ostforschung der Zwischenkriegszeit, die in Berlin koordiniert worden war. Im Sommer 1946 sahen sich deren verbliebene Vertreter neuerlich alarmiert. Bereits Anfang 1945 war in Posen das *Westinstitut (Instytut Zachodni)* gegründet worden, „das sich in der Tradition der Zwischenkriegszeit wissenschaftlich mit Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen auseinandersetze und somit politikberatend tätig“ werden sollte<sup>135</sup>. Initiiert von Vertretern der älteren bürgerlichen polnischen Westforschung, galt es nun durch zentral koordinierte interdisziplinäre Forschungen, „der polnischen Nation das uralte Polentum derjenigen Gebiete ins Bewusstsein zu rufen, auf die sie zurückkehren sollte, und moralisch-politischen Rechte sie zu besitzen gegenüber der ausländischen Wissenschaft zu verteidigen, die in dieser Beziehung seit Jahrzehnten durch chauvinistisch gefärbte deutsche Publikationen falsch informiert war“<sup>136</sup>.

Bei den Vorbereitungen für den polnischen Volksentscheid am 30. Juni 1946 forcierten sowohl Vertreter des *Westinstitutes* als auch Wissenschaftler, die sich dem kommunistischen Lager verbunden fühlten, die Diskussion um die Festschreibung der neuen polnischen Westgrenze. Die Vertreter der ehemaligen Londoner Exilregierung hatten sich für eine Orientierung an den jüngeren historischen Grenzen ausgesprochen, während sich die Vertreter der 1944 in Lublin gegründeten provisorischen Regierung in Verbindung mit der UdSSR für die sog. „piastische Linie“ aussprachen, also für die Konzentration auf die polnischen Westgebiete als vermeintlich alte polnische Stammlande. Um die Verluste der polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion auszugleichen, wurden die Oder-Neiße-Grenze in Frage und Gebietsgewinne jenseits dessen in Aussicht gestellt<sup>137</sup>.

Deutsche Zeitungen berichteten im Sommer 1946, als noch keine offiziellen Kontakte zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen in Polen und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bestanden, über diese nationalpolitischen Visionen zum „polnischen Westgedanken“ („*myśl zachodnia*“) auf eine Art und Weise, dass auch die Vertreter der ehemaligen Ostforschung die deutsche Ostgrenze gefährdet und sich selbst wieder an die wissenschaftspolitische Front gerufen sahen<sup>138</sup>. Bei Unverzagt erregte vor allem die Schrift

<sup>134</sup> Unverzagt an Johannes Stroux, 13.6.1946, Bl. 4: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>135</sup> BRIER 2003, 25. – Zur Entwicklung des sog. polnischen Westgedankens und der interdisziplinären polnischen Westforschung: PISKORSKI 2003; BRIER 2003.

<sup>136</sup> Tadeusz Lehr-Splawiński, „Słowianoznawstwo w pracach i wydawnictwach Instytutu Zachodniego w latach 1945–1954 [Die Slawistik in den Arbeiten und Publikationen des Westinstituts in den Jahren 1945–1954].“ *Przegląd Zachodni* 11 (1955), 3/4, 551–560, hier 551, zit. nach BRIER 2003, 28

<sup>137</sup> BRIER 2003.

<sup>138</sup> Unverzagt sandte Albert Brackmann mehrere Artikel deutscher Zeitungen aus dem Zeitraum 29.6.1946–8.11.1946 zu den Diskussionen in Polen (Unverzagt an Brackmann, 22.9.1946; Brackmann an Unverzagt, 19.10.1946; Unverzagt an Brackmann, 19.11.1946, einschl. der Artikel: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.) – Der Historiker Brackmann (1871–1952) war 1929 zum Generaldirektor der Preussischen Staatsarchive ernannt worden und hatte von dort angesiedelten sog. Publikationsstelle Dahlem aus die Inhalte der deutschen historischen Ostforschung bestimmt (BURLEIGH 1988; HAAR 2000; WÖLLHAF 2008).

des polnischen Anthropologen Karol Stojanowski „O reslawizację Wschodnich Niemiec“ aus dem Jahr 1946 Unmut; forderte doch der in anthropologischen und archäologischen Forschungen geschulte Lehrstuhlinhaber darin eine „Reslawisierung“ Deutschlands von Osten her bis zur Elbe<sup>139</sup>. Für Unverzagt war damit der Anlass gegeben, hinsichtlich der Frage der Reorganisation der ostdeutschen Archäologie grundsätzlich, also national, und nicht etwa regional zu argumentieren.

### Masterplan vs. Chaos

Nachdem am 1. Juli 1946 die Sowjetische Militäradministration die Wiedereröffnung der Akademie als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) befohlen hatte<sup>140</sup>, legte Unverzagt im selben Monat die Strukturen einer zukünftigen „Zentralstelle“ für Archäologie in Berlin vor<sup>141</sup> und nannte als Aufgaben des zukünftigen Instituts die „wissenschaftliche Erforschung, Bestandsaufnahme und Erhaltung der beweglichen und unbeweglichen kulturgeschichtlichen Bodentalertümer im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach einheitlichen Methoden und Grundsätzen. In zeitlicher Hinsicht erstrecken sich die Arbeiten auf die Überreste der materiellen Kultur von der frühesten menschlichen Betätigung in der Eiszeit bis zum Ende des frühen Mittelalters (13. Jahrh. n. Chr.). [...] Ferner soll das Institut Verbindungstelle zur Fachwissenschaft in den anderen deutschen und europäischen Ländern werden. [...] Die Frage, ob der Aufbau des Instituts nach Sachgebieten oder Ländern erfolgen soll, entscheidet sich durch die Art der im Vordergrund stehenden Tätigkeit. Wird der Schwerpunkt auf die wissenschaftliche Forschung gelegt, dann ist die Gliederung nach Sachgebieten vorzuziehen, da sich die heutigen politischen Grenzen mit denen der vor- und frühgeschichtlichen Kulturreise in keiner Weise decken. Wird dagegen zunächst die Bestandsaufnahme und Erhaltung der Funde und Bodendenkmäler in den Vordergrund gestellt, so muß dem Aufbau nach den heutigen Ländern der Vorrang gegeben werde. [...] Der zunächst sehr hoch erscheinende angemeldete Finanzbedarf erklärt sich durch die Tatsache der äußersten Gefährdung, der die kulturgeschichtlichen Bodendenkmäler durch Arbeiten ausgesetzt sind, die mit der Bodenreform, der Einebnung von Stellungen aus dem Kriege und dem Wiederaufbau in Zusammenhang stehen. [...]“<sup>142</sup>.

Abschließend positionierte Unverzagt das künftige Institut gegenüber dem DAI und bemühte dafür, wie dies bereits 1934 in der kleinen Schrift von Wiegand und Schuchhardt unternommen worden war<sup>143</sup>, die Gründungsgeschichte des DAI. Im ausgehenden 19. Jahrhundert sei die gesamtdeutsche Ausrichtung des DAI am ostdeutschen Widerstand

<sup>139</sup> Der Lehrer Stojankowski (1895–1947) leitete zwischen 1934 und wahrscheinlich 1945 die anthropologische Abteilung des Posener Lehrstuhls für Vorgeschichte. Ab 1946 lehrte er am Lehrstuhl für Anthropologie in Breslau und wurde Ende 1946 zum ao. Professor ernannt. Stojanowski war politisch außerordentlich aktiv und publizierte zahlreiche Schriften ([http://pl.wikipedia.org/wiki/Karol\\_Stojanowski](http://pl.wikipedia.org/wiki/Karol_Stojanowski); Stand: 16.10.2018; ich danke Karin Reichenbach für die Übersetzung).

<sup>140</sup> Befehl des Obersten Chefs der SMAD und Oberkommandierenden der Sowjetischen Be-

satzungstruppen in Deutschland Nr. 187 vom 1.7.1946: WALTHER 1997, 274.

<sup>141</sup> Unverzagt an Stroux, 20.7.1946 u. 25.7.1946: SMB-PK/MVG Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, unpag.; Unverzagt an Kunkel, 19.9.1946: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.; GRUNWALD 2019, 163–168.

<sup>142</sup> Unverzagt an Präsident Akademie der Wissenschaften, 25.7.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>143</sup> SCHUCHHARDT 1934. – Wiederabdruck in Ber. RGK 82, 2001, 461–471.

gescheitert und „Erst im Jahre 1930 wurde durch meine Berufung in die Zentralkommission des Instituts und die Einrichtung eines Referates für nordische und östliche Vorgeschichte die notwendige Verbindung mit den bisher abseits gebliebenen Gebieten hergestellt.“ Eine mögliche Integration seines geplanten Akademie-Institutes in das DAI oder dessen Selbstständigkeit machte Unverzagt von den politischen Rahmenbedingungen und dem Votum der ostdeutschen Wissenschaftler abhängig: „Da die Tätigkeit des Archäologischen Instituts auf deutschem Gebiet jetzt zunächst nur in den westlichen Zonen durch die Röm.-Germ. Kommission aufgenommen werden können, dürfte es sich empfehlen, einstweilen von einer Eingliederung des Instituts für Vor- und Frühgeschichte abzusehen und dieser Frage erst näherzutreten, wenn eine deutsche Zentralregierung eine Zusammenfassung der gesamten Vor- und Frühgeschichtsforschung auf deutschem Gebiet ermöglichen wird. In diesem Falle wäre aber auf alle Fälle eine vorherige Befragung der deutschen Forscher notwendig, ob sie der Eingliederung eines gesamtdeutschen Instituts für Vor- und Frühgeschichte in das Archäologische Institut zustimmen oder ersteres als eigene selbstständige Einrichtung neben dem Archäologischen Institut bestehen lassen wollen.“<sup>144</sup> Im Sommer 1946 lag damit ein erster Masterplan für die Zukunft der ostdeutschen Prähistorischen Archäologie vor, der wesentlich auf den Diskussionen und Erfahrungen Unverzagts und seiner Fachkollegen aus den 1930er Jahren basierte. Dass Unverzagt dabei die Kulturpolitik einer zukünftigen deutschen Zentralregierung zu berücksichtigen versuchte, entsprach ganz den Akademierichtlinien. Nach Ausweis der Akademiestatuten vom 31. Oktober 1946 und auch noch vom 17. Juni 1954 sah man sich der Förderung der Wissenschaften in ganz Deutschland verpflichtet und war dafür auch autorisiert. Erst mit dem Mauerbau wurde der nationale Bezug ersetzt durch denjenigen auf die Wissenschaften in der DDR<sup>145</sup>.

Vor allem aber trug Unverzagt mit seinem Masterplan dem wissenschaftlichen- und bildungspolitischen Zentralismus Rechnung, der sich in der SBZ entwickelte. Bereits in der seit 1945 laufenden sog. Ersten Hochschulreform<sup>146</sup> war beschlossen worden, dass die Universitäten langfristig als ausschließliche akademische Ausbildungsstätten entwickelt und die Berliner Akademie auf die eigentliche Forschungsarbeit ausgerichtet werden sollten, weshalb für universitäre Forschungsvorhaben an den wieder eröffneten archäologischen Lehrstühlen nur ein sehr enger Rahmen bestand<sup>147</sup>. Der lange anhaltende Fachkräftemangel bei gleichzeitiger landesweiter enormer Bautätigkeit und den daraus resultierenden vielerorts notwendigen archäologischen Baubegleitungen und Rettungsarbeiten führte parallel dazu zur Einrichtung bzw. Umbenennung einzelner Universitätsinstitute und Landesmuseen in sog. Forschungsstellen<sup>148</sup>.

Unverzagt, der allein sich und den potentiellen Kooperationspartnern bei der Akademie verpflichtet war, agierte und plante damit wesentlich schneller und „unverzagter“ als die Vertreter des DAI, die für Mitarbeiter und Mitglieder verantwortlich waren und sich

<sup>144</sup> Unverzagt an Präsident Akademie der Wissenschaften, 25.7.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>145</sup> Satzung DAW vom 31.10.1946 (HARTKOPF / WANGERMANN 1991, 150–158); Statut DAW vom 17. 6.1954 (ebd., 158–165); Statut DAW vom 2. 5.1963 (ebd. 166–177).

<sup>146</sup> U. a. HOSSFELD U. A. 2007; SCHULZ 2010.

<sup>147</sup> LINGELBACH U. A. 2001. – Der Lehrbetrieb im Bereich Prähistorische Archäologie wurde z. B. in Halle 1946, in Jena 1947 und in Leipzig 1948 wieder aufgenommen.

<sup>148</sup> Unverzagt an Sekretar der gesellschaftswiss. Klasse, 15.10.1952: ABBAW Bestand AKL Sektionen 226, Sektion für VFG, unpag.

einem kooperativen Arbeits- und Kommunikationsstil verpflichtet sahen, der bis zur Einführung des Führerprinzips 1934 gegolten hatten. Aus Sicht des DAI hatte sich inzwischen die Situation in Berlin dramatisch verschlechtert. Schede war nicht länger verantwortlich für das DAI; er befand sich seit dem 27. September 1945 in russischer Haft und wurde vertreten von dem inzwischen zum kommissarischen Generaldirektor der Staatlichen Museen ernannten Direktor der Antikenabteilung Carl Weickert<sup>149</sup>. Anfang 1946 wurde dann bekannt, dass Schede „im Zuge einer Untersuchung der Beziehungen sämtlicher höherer Reichsbeamter zu ihren vorgesetzten Ministerien im dritten Reich“ inhaftiert worden war<sup>150</sup>. Außerdem war zum 1. Oktober 1945 auf Verlangen der Alliierten Kommission bei der Stadtkommandantur das DAI aus dem Etat des Magistrats von Berlin gestrichen wurden: „Hiermit verliert das Institut, also auch die Zweiganstalt Frankfurt a. M., formell ihre zentrale Leitung wie auch die Möglichkeit einer regelrechten Finanzierung.“<sup>151</sup> Der Berliner Magistrat hatte kurzfristig nach dem Kriegsende die Zentrale des DAI treuhänderisch verwaltet und auch mit einem Etat finanziert. Deshalb wurden nun Möglichkeiten erwogen, welche strukturellen Einheiten in welcher Form weitergeführt oder verändert werden könnten und man diskutierte u. a., „die Zweigstelle Frankfurt a. M. als Deutsches Archäologisches Institut weiterzuführen mit der Aufgabe, in erster Linie die in Gang befindlichen Veröffentlichungen des Institutes zu Ende zu führen.“<sup>152</sup>

Mit Weickert stand nun dem DAI ein Wissenschaftler vor, der ähnlich wie Unverzagt vielfältige berufliche Erfahrungen gesammelt hatte (*Abb. 9*). Der Klassische Archäologe Weickert hatte als Direktor die Staatliche Antikensammlung in München (1934–1936) und dann als Direktor die Antikensammlung der Berliner Museen bis 1945 geleitet und lehrte nun, neben seiner Funktion als kommissarischer Leiter des DAIs, an der Berliner Universität Klassische Archäologie. Er überblickte damit also ebenso wie Unverzagt alle Arbeitsfelder der Altertumswissenschaft – Forschung, Lehre und Museum – während der zweitgenannte zusätzlich noch über Erfahrungen in der brandenburgischen Denkmalpflege verfügte. So konnten beide die Erfordernisse dieser Arbeitsbereiche gut vertreten und es sollte sich als größte Herausforderung für sie und ihre Kollegen erweisen, angesichts mangelhafter Kommunikation, widerstreitender Kulturpolitik der Besatzungsmächte und den eigenen lokalen und regionalen wissenschaftspolitischen Ambitionen genügend Geduld und Anpassungsfähigkeit aufzubringen, um diesen Erfordernissen gerecht zu werden. Geduld war allein deshalb erforderlich, weil Themen wie die archäologische Forschung

<sup>149</sup> Weickert an Captain Grier, Monuments Fine Arts Archives, Econom. Building, Military Government Headquarters, Berlin Zehlendorf, 16.11.1945, 2 S., S. 1: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. – Die Berufung erfolgte formlos durch den letzten in Berlin verbliebenen Referenten des DAI Heinrich Fuhrmann (KRUMME / VIGENER 2016, 214–215).

<sup>150</sup> Rundscheiben Weickert an Mitarbeiter des DAI, 22.2.1946, 3 S., S. 1–2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.; gleichlautende Version an Wagner vom 25.2.1946 unterzeichnet von Heinrich Fuhrmann, Referent des Insti-

tutes: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag. – Weickert wurde zum 1.7.1947 mit der kommissarischen Leitung betraut (Weickert an Mitglieder der ZD, 5.7.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.).

<sup>151</sup> Rundscheiben Weickert an Mitarbeiter des DAI, 22.2.1946, 3 S., S. 1: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>152</sup> Rundscheiben Weickert an Mitarbeiter des DAI, 22.2.1946, 3 S., S. 2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.



Abb. 9. Erich Boehringer (links) und Carl Weickert wahrscheinlich Anfang der 1950er Jahre (undat.; Archiv der Zentrale des DAI, Biografica Mappe).

und deren internationale Kooperationen oder Forschungsinstitutionen im Ausland allen Entscheidungsträgern marginal erscheinen mussten angesichts der zerstörten Städte und Transportwege und etwa 12 Millionen Vertriebenen sowie mehr als fünf Millionen Kriegsheimkehrern, die alle Obdach und Nahrung brauchten<sup>153</sup>. Auch deshalb forderte Weickert Anfang 1946 in einem Rundschreiben die Mitarbeiter des DAI in den Zweigstellen auf, nicht in Eigeninitiative Schritte zum Wiederaufbau der Zweigstellen zu unternehmen, „um eine nicht gewünschte Zersplitterung der Aktionsfähigkeit des Instituts zu vermeiden und den gesamt deutschen Charakter des Instituts unter allen Umständen zu wahren. Verhandlungsfähig ist allein die Zentraldirektion bzw. deren Leiter.“<sup>154</sup>

<sup>153</sup> KOSSERT 2009; GOLTERMANN 2009.

<sup>154</sup> Rundschreiben Weickert an Mitarbeiter des DAI, 22.2.1946, 3 S., S. 1–2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.; gleichlautende Version an Wagner vom 25.2.1946 unterzeichnet von Heinrich Fuhrmann, Referent des DAI:

Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag. – Weickert wurde zum 1.7.1947 mit der kommissarischen Leitung betraut (Weickert an Mitglieder der ZD, 5.7.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.).



Abb. 10. Der Althistoriker Matthias Gelzer wurde 1919 an die Frankfurter Universität berufen (hier sein offizielles Ernennungsfoto) und lehrte dort bis zu seiner Emeritierung 1955 (Archiv RGK).

### Archäologen als Mitläufer

Die RGK war zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder einberufen worden, und der Althistoriker Gelzer von der Frankfurter Universität koordinierte auf Bitte Weickerts kommissarisch die verbliebenen Amtsgeschäfte der RGK<sup>155</sup>, die sich auf den Schutz der Ruine und ausgelagerten Bestände und auf die Beantwortung von Anfragen beschränkten, und „von dem bisherige Assistenten Dr. Wagner wahrgenommen“ wurden (*Abb. 10*)<sup>156</sup>. „Über den Verbleib der Direktoren Sprockhoff und Schleiermacher, die sich in Kriegsgefangenschaft befinden, ist noch nichts bekannt.“<sup>157</sup> Weickert und mit ihm wohl das gesamte DAI und

<sup>155</sup> Weickert an Gelzer, 27.5.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

22.2.1946, 3 S., S. 2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>156</sup> Rundscheiben Weickert an Mitarbeiter des DAI,

<sup>157</sup> Rundscheiben Weickert an Mitarbeiter des DAI,



die archäologische *community* gingen wahrscheinlich davon aus, dass die meisten Überlebenden auch ihre Ämter und Positionen wieder einnehmen würden und das unabhängig von ihrem Rang im untergegangenen System oder ihrer Handlungen während des Kriegseinsatzes. Dieses Unvermögen der Auseinandersetzung mit vergangenen Entscheidungen und deren Konsequenzen teilte die deutschen Archäologen mit der Mehrheit der deutschen Gesellschaft, die sich nur widerwillig mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzte, auch weil die Gegenwart im kriegszerstörten Land von so großen Entbehrungen geprägt war<sup>158</sup>. Die Kriegsverbrecherprozesse und auch die Entnazifizierungsverfahren boten eigentlich kontinuierlich Anlass zur Vergangenheitsbewältigung, aber die Bemessungskriterien variierten in den verschiedenen Besatzungszonen und die diensthabenden Archäologen entwickelten bald wirkungsvolle Vermeidungsstrategien<sup>159</sup>. Vermieden wurde damit unmittelbar und langfristig die Einstufung von Handlungen und Entscheidungen als unmoralisch oder kriminell und indem so Täterschaften gelehnet wurden, konnte es auch keine Opfer oder Rehabilitationsansprüche geben.

Zwischen November 1945 und Oktober 1946 fand der erste der sog. Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse durch einen Internationalen Militärgerichtshof statt; zwischen 1946 und 1949 folgten 12 weitere dieser Prozesse gegen Militärangehörige, Ärzte und Verwaltungsbeamte<sup>160</sup>. Zwischen 1963 bis 1968 fanden dann die sog. drei Frankfurter Auschwitzprozesse statt<sup>161</sup>. Bereits im August 1945 war mit dem Potsdamer Abkommen der Alliierten die sog. Entnazifizierung beschlossen worden, die in den vier Besatzungszonen bis April 1951 unterschiedlich konsequent umgesetzt wurde. Einflussreich sollte die Entscheidung des Nürnberger Militärtribunals sein, dass „das Führerkorps der NSDAP, die SS einschließlich des SD und der Waffen-SS, und die Geheime Staatspolizei (Gestapo) zu verbrecherischen Organisationen“ erklärt wurden, „während die Reichsregierung und das Oberkommando der Wehrmacht als juristische Personen“ für nicht schuldig im Sinne der Hauptklagepunkten (Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit) erklärt wurden, aber einzelne Vertreter dieser Institutionen konnten durchaus schuldhaft gehandelt haben<sup>162</sup>. „Damit wurde eine Richtschnur vorgegeben, an der sich vor allem die Erfassung und Aussonderung Belasteter durch die Fragebögen orientierte.“<sup>163</sup> Die vielfältigen und engagiert unternommenen Entnazifizierungsbemühungen der Alliierten scheiterten aber aus verschiedenen Gründen letztlich; der einflussreichste Grund, der auch auf mehrere hier genannte Wissenschaftler zutraf, war der Artikel 131 des Grundgesetzes. Darin wurde festgelegt, dass die Widereinstellung von Personen im öffentlichen Dienst, die „aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind“ – also z. B. auf Grund eines Entnazifizierungsverfahrens – durch Bundes- und Landesrecht geregelt wird. Es war dieser Artikel, der nach der Gründung der Bundesrepublik die schnelle Rückkehr „der noch nicht wieder im öffentlichen Dienst befindlichen Beamten ermöglichte“<sup>164</sup>.

Wissenschaftsgeschichtlich interessieren meist die Entnazifizierungsprozesse solcher ranghohen Wissenschaftler wie Sprockhoff und Schleiermacher sowie ihre Rehabilitierung und ihre Selbstdarstellung. Diese Fachvertreter stellen aber eine zahlenmäßige Minderheit dar und haben, so ist zu vermuten, seltener als andere, weniger einflussreiche betroffene

22.2.1946, 3 S., S. 2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>158</sup> BENZ 1999.

<sup>159</sup> OSTERLOH / VOLLNHALS 2011.

<sup>160</sup> PRIEMEL / STILLER 2013.

<sup>161</sup> WOJAK 2004.

<sup>162</sup> MAHSARSKI 2011, 286.

<sup>163</sup> Ebd. 287.

<sup>164</sup> Ebd. 290–291.

Mitarbeiter, über diese Verfahren kommuniziert und so wesentlich dazu beigetragen, dass die Aufarbeitung der unmittelbaren Fachvergangenheit so lange unterblieb. Wagner, der Assistent der RGK, war dagegen einer dieser weniger bedeutenden Mitarbeiter, der sein Entnazifizierungsverfahren als lästiges Ärgernis darstellte und gleichzeitig dabei intensiv beobachtet wurde, da er lange der einzige Fachmann vor Ort bei der RGK war. Sein Beispiel soll im Folgenden helfen, den Umgang der deutschen Nachkriegsarchäologie mit den Fragen von Täterschaft und Verantwortung auszuleuchten, aber auch die institutionell geförderten Zugänge des Einzelnen in das totalitäre System zu benennen, wodurch das Ausmaß wissenschaftlichen Mitläufertums abgesteckt werden kann<sup>165</sup>.

Die Entnazifizierungsverfahren wurden von Betroffenen wie Wagner als existenzbedrohend und schikanös empfunden, was vor allem für die Anfangsmonate galt, als es in allen Besatzungszonen zur pauschalen Entlassung von NSDAP-Mitgliedern aus dem öffentlichen Dienst und zu Verhaftungen und Internierungen kam. Dem wissenschaftlichen Hilfsarbeiter Wagner war während des Krieges immer größere Verantwortung in der RGK zugewiesen worden, was ihm nun nach dem Kriegsende aus seiner Sicht zum Verhängnis wurde: Wagner hatte nach seiner Promotion 1938 mehrere Monate als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Mainzer RGZM gearbeitet, bevor er im Oktober 1938 in gleicher Eigenschaft bei der RGK angestellt wurde<sup>166</sup>. Er arbeitete in der Bibliothek und bei der Herausgabe der Periodika der RGK mit und übernahm nach Ausbruch des Krieges, als die drei Beamten der RGK (Sprockhoff, Schleiermacher und Joachim Werner) einberufen worden waren, alle anderen anfallenden Arbeiten<sup>167</sup>. Wagner war Mitglied der NSDAP seit dem 1. Mai 1937<sup>168</sup> und wurde zum 1. April 1942 „mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Assistenten“ bei der RGK beauftragt<sup>169</sup>; im Oktober des Jahres wurde er zum korrespondierenden Mitglied des DAI ernannt<sup>170</sup>; seine Ernennung zum Beamten erfolgte zum 1. August 1942<sup>171</sup>. Wagner war mindestens seit dem 15. August 1940 als „unabkömmlich“ vom Wehrdienst befreit<sup>172</sup> und blieb aber auch während seines Militäreinsatzes zumindest zeitweilig in Frankfurt und arbeitete an der RGK<sup>173</sup>, bevor er schließlich am 19.9.1943 zur Wehrmacht einrückte<sup>174</sup>.

Der engagierte und gegenüber der RGK loyale Wagner kehrte im September 1945<sup>175</sup> aus der Kriegsgefangenschaft zurück<sup>176</sup> und wurde Ende Januar 1946 auf Anordnung der

<sup>165</sup> SCHWAN 2001.

<sup>166</sup> Wagner, Lebenslauf, 24.10.1947: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>167</sup> Bis Anfang 1941 wurde Wagner dabei durch den pensionierten Hans Dragendorff (1870–1941) unterstützt. Antrag vom 14.3.1942 an DAI, 2 S., unpag: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner; Schede an REM, 30.8.1939; REM an DAI und an RGK, 27.11.1939/4.12.1939; DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>168</sup> Antrag vom 14.3.1942 an DAI, S. 1, unpag.; Abschrift vom 29.10.1947 des Spruchkammerbescheides vom 17.4.1947: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>169</sup> Breuer, Reichserziehungsministerium, 14.4.1942: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>170</sup> Schede an Wagner, 14.10.1942: Archiv RGK

PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>171</sup> DAI an RGK, 5.2.1943: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>172</sup> Zusammenstellung von entsprechenden Abschriften, 8.10.1940: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>173</sup> Merhart an Schede, 12.04.1944: Archiv RGK Nr. 256 (zit. bei KALB u. a. 2002, 407 Anm. 40).

<sup>174</sup> Wagner an Polizeirevier IX, Frankfurt, Main, 17.9.1943: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>175</sup> Anderslautend: 18.7.1945: Hessisches Staatsministerium, Minister für Kultus und Unterricht, Berechnung des Besoldungsdienstalters, 12.4.1949: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>176</sup> Wagner, Lebenslauf, 24.10.1947; Gelzer, komm. Leiter der RGK [?] an Hessisches Kultusministerium, 24.10.1947; Eidesstattliche Erklärung

Militärregierung mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst entlassen, womit ihm auch der Zutritt zur ohnehin zerstörten RGK verboten<sup>177</sup> und sein Vermögen gesperrt wurde<sup>178</sup>. Das hessische Kultusministerium bemühte sich umgehend um seine Wiedereinstellung<sup>179</sup> und man beauftragte ihn schließlich „unter Aufrechterhaltung [...] der ausgesprochenen Kündigung [...] bis zur Entscheidung der Militärregierung mit der Fortführung seiner bisherigen Dienstgeschäfte“<sup>180</sup>. Bis zum 1. Juni 1946 arbeitete Wagner für die RGK und organisierte die Rückführung der ausgelagerten Bibliothek und die Wiederaufnahme des Tauschverkehrs<sup>181</sup>.

Am 14. Oktober 1947 wurden schließlich die Einschränkungen der Militärregierung wieder aufgehoben<sup>182</sup>, nachdem die Spruchkammer Frankfurt/Main am 17. April 1947 Wagner als Mitläufer der Gruppe 4<sup>183</sup> eingestuft hatte und ihm „eine Sühnezahlung von RM 200. – zugunsten des Wiedergutmachungsfonds“ auferlegt hatte. In der Urteilsbegründung wird Wagner als Mann beschrieben, den private Interessen in nationalsozialistische Strukturen führten und der dort das System unterstützte und mittrug<sup>184</sup>. Dass Wagner dieses Engagement in seinem Lebenslauf für das DAI nicht erwähnte, möchte ich als Beispiel dafür werten, dass er sein ziviles Engagement im Nationalsozialismus nicht als Beitrag zu diesem System verstand und damit wie die meisten Deutschen eine Kollektivschuld nicht anerkennen wollte<sup>185</sup>. Dazu trug auch bei, dass die Alliierten trotz einiger „Maßnahmen mit Kollektivstrafcharakter“<sup>186</sup> wie Plakataktionen mit Fotografien

Wagner, 18.2.1963: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>177</sup> Regierungspräsident Hessen an Wagner, 24.1.1946: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>178</sup> Wagner an Landeszentralbank Frankfurt a. M., 30.10.1947: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>179</sup> Hessisches Kultusministerium an Arbeitsamt Frankfurt/Main, 4.2.1946: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>180</sup> Hessisches Kultusministerium an RGK, 6.2.1946: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>181</sup> Gelzer, komm. Leiter der RGK, an Hessisches Kultusministerium, 24.10.1947: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner; Weickert an Bersu, 25.2.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>182</sup> Bescheid Militärregierung, 14.10.1947: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>183</sup> Das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 formulierte fünf Belastungs-Kategorien: 1 Hauptschuldige, 2 Belastete (Aktivisten), 3 Minderbelastete (Bewährungsgruppe), 4 Mitläufer. In die Kategorie 5 Entlastete wurden durch Spruchkammerverfahren überprüfte und für unschuldig befundene Personen eingeordnet.

<sup>184</sup> Weiter heißt es: „Der Betroffene ist Mitglied

der SA von 1933 bis 1938 mit dem Rang eines Rottenführers gewesen. In der NSV hatte er den Rang eines Blockhelfers inne. Mitglied der NSDAP war er ab 1.5.37. Ausserdem war der Betroffene Träger des SA Sportabzeichens. Zu seiner Entlastung beweist der Betroffene anhand der vorhandenen Unterlagen, daß er sich 1933 auf Veranlassung des SA-Hochschulamtes gezwungen sah, [sich] der SA Ausbildung anzuschließen. Hierdurch kam er automatisch in die SA. Die Bestätigung dieser Angaben geht aus dem Schreiben des Rektors der Georg-August-Universität in Tübingen [richtig: Göttingen] hervor, worin es heißt, daß auf Anordnung des SA-Hochschulamtes sich 1933 alle Studenten insbesondere des I. und III. Semesters an der SA. Ausbildung beteiligen mußten, und späterhin hierdurch automatisch in die SA überführt wurden. Da aus den übrigen Unterlagen ausserdem hervorgeht, dass [sich] der Betroffene in keiner Weise für den Nationalsozialismus eingesetzt hat, sondern im Gegenteil demselben ablehnend gegenüberstand, kam die Kammer einstimmig zu obigem Spruch.“ (Abschrift vom 29.10.1947 des Spruchkammerbescheides vom 17.4.1947: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner).

<sup>185</sup> Wagner, Lebenslauf, 24.10.1947: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>186</sup> KÄMPER 2005, 277.

aus Konzentrationslagern<sup>187</sup> eine deutsche Kollektivschuld explizit verneinten<sup>188</sup> und dass das Ausmaß der in den Nürnberger Prozessen verhandelten Verbrechen den Beitrag des sprichwörtlichen „kleinen Mannes“ relativierte.

Zu seinem Urteil meldete Wagner lapidar nach Berlin, „Meine chemische Reinigung ist über den Referenten des Ministeriums eingeleitet worden“<sup>189</sup> und dass er „nun diesen langjährigen Druck“ los sei und „wieder aufatmen“ könne<sup>190</sup>. Wagner beglich die „Sühnezahlung“ und beantragte die Aufhebung der Beschränkung der Beschäftigungsmöglichkeit<sup>191</sup>. Die Bemühungen seitens des DAI und Wagners, ihn auch wieder als Beamten zu beschäftigen, scheiterten vorerst an Wagners Einstufung als Mitläufer, denn nach einem Kabinettsbeschluss vom Februar 1947 durften diese nur im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden<sup>192</sup>. Zwei Jahre später, Anfang März 1949, wurde Wagner dann dennoch zum planmäßigen wissenschaftlichen Assistenten der RGK mit Beamtenstatus ernannt<sup>193</sup>. In Hessen hatte man sich im öffentlichen Diskurs schnell darauf geeinigt, die Vergangenheit als „Abgrund“ ruhen zu lassen und die Zukunft als „steilen Berggrat“ in Angriff zu nehmen, wofür jeder und jede gebraucht wurde<sup>194</sup>.

Erschienen Verfahren wie diese als lästig, aber geordnet, so dass Unverzagt z. B. lakonisch von „Entlassung“ sprach<sup>195</sup>, so wurde die Praxis in der sowjetischen Besatzungszone, die Unverzagt und Schede erlebten, als intransparent und willkürlich wahrgenommen, da neben justiziablen Verbrechen auch sog. antisowjetisches oder antikommunistisches Verhalten zu Zwangsmaßnahmen führen konnte. Unverzagt schrieb im Sommer 1946 dazu: „In Sachen meiner Entnazifizierung tut sich auch nichts. Das Ganze ist keine reelle Angelegenheit und völlig von der Willkür der Parteien anhängig.“<sup>196</sup> In seinem Fall wurde das Verfahren schließlich „mangels Tatbestand“ eingestellt<sup>197</sup>. Hinzu kam die vielerorts drohende oder beschlossene Auflösung von Forschungseinrichtungen bis hin zur Diskre-

<sup>187</sup> Zur Plakatkampagne der amerikanischen Besatzungsmacht und zur zeitgenössischen Wahrnehmung der dadurch formulierten kollektiven deutschen Schuld: JASPERS 1946, 149; 277–312.

<sup>188</sup> KÄMPER 2005, 277.

<sup>189</sup> Wagner an Weickert [?], 14.7.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>190</sup> Wagner, 21.6.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>191</sup> Wagner an Weickert, 23.7.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>192</sup> Hessisches Kultusministerium, Lindner an RGK, 2.3.1948: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>193</sup> Abschrift Ernennungsurkunde des Hessischen Staatsministeriums, Minister für Kultus und Unterricht, 9.3.1949: diese und alle weiteren in dieser Fußnote genannten Dokumente Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner). – 1958 wurde Wagner zum ordentlichen Mitglied des DAI ernannt (Krämer, Dienstliche Beurteilung

Wagner, 18.2.1963, S. 2). Im Verlauf der 1950er Jahre bemühte sich die wiedergegründete RGK wiederholt um eine Stellenhebung Wagners, aber erst im Sommer 1962 wurde er zum Kustos ernannt (Niederschrift über die Vereidigung, 26.6.1962). Im Folgejahr plante die RGK seine Ernennung zum Wissenschaftlichen Oberrat, was aber an seinem fortgeschrittenen Alter scheiterte (RGK an Gesundheitsamt Frankfurt a. M., 14.2.1963; Bundesinnenministerium an DAI, 15.5.1963). Zum 31.8.1965 trat Wagner in den Ruhestand (DAI an RGK, 9.8.1965).

<sup>194</sup> So Hessens erster Ministerpräsident Karl Geiler in Rede am 18.5.1946, zit. in KÄMPER 2005, 147.

<sup>195</sup> Unverzagt an Adolf Mahr, 5.1.1949: SMB–PK/MVG Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt 1945–Ende 1948, unpag.

<sup>196</sup> Unverzagt an Mahr, 29.8.1946: SMB–PK/MVG Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt 1945–Ende 1948, unpag.

<sup>197</sup> Leube gibt keinen Zeitpunkt für das Ende des Verfahrens an (LEUBE 2007, 277).

ditierung der von ihnen vertretenen wissenschaftlichen Disziplinen wie im Fall der Prähistorischen Archäologie an der Berliner Universität, ohne dass lange Zeit absehbar war, mit wem welche strukturellen Optionen hätten verhandelt werden können.

Vor diesem Hintergrund formierten die Überlebenden eine nach außen gerichtete Geschlossenheit, um „das Fach“ als solches, hier vor allem die Klassische Archäologie<sup>198</sup> und die Prähistorische Archäologie, zu erhalten und sich selbst Handlungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu sichern oder zu erschließen. Diese Geschlossenheit wurde auch durch die Ausgrenzung solcher Fachkollegen erreicht, die während der NS-Zeit als bedrohliche Gegner wahrgenommen und nun als nationalsozialistische Aktivisten stigmatisiert und angeklagt wurden. Vor allem die teilweise konzertierten Stellungnahmen zu Reinerth lassen dabei zweierlei erkennen<sup>199</sup>: Zum einen einigte man sich anlässlich dieses konkreten Entnazifizierungsverfahrens offensichtlich in Fortsetzung älterer Selbstdarstellungen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg auf ein Szenario, in dem das DAI und die RGK als widerständig gegenüber den nationalsozialistischen Zentralisierungs- und Umbauplänen Reinerths und des Amtes Rosenberg beschrieben wurden. Andererseits wurden diese Auseinandersetzungen als der alleinige fachgeschichtlich relevante Schauplatz etabliert, während Kooperationen mit Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe e. V. der SS (kurz: SS Ahnenerbe) oder Einsätze von Fachwissenschaftlern im Rahmen von sog. Kunstschutzmaßnahmen, bei denen es sich mehrheitlich um völkerrechtswidrige Kulturgutverlagerungen handelte, sowie die vielfältigen wissenschaftspolitischen Anpassungsleistungen und -gesten als irrelevant eingeordnet wurden. Über diese scheinbar irrelevanten Handlungen und Strategien war man mehrheitlich gegenseitig informiert und sie blieben ebenso unerwähnt und un- aufgearbeitet wie der Umgang mit jüdischen Mitarbeitern oder Institutsmitgliedern und verschiedenen Forschungskonjunkturen.

Wie schnell dieses Szenario entwickelt und abgerufen wurde, zeigt eine der ersten Darstellungen des DAIs, die Schede im August 1945 an den Berliner Magistrat sandte. Darin beschrieb er es als seinen Verdienst, dass während des Nationalsozialismus „die deutsche Vorgeschichte, die sich anfangs als zweitrangig zurückgesetzt fühlte, zum ganz überwiegenden und ernsthafteren Teil sich zum Archäologischen Institut gehalten hat – allen mit größter Rücksichtslosigkeit und überlegenen Machtmitteln geführten Eingriffen und Abspaltungsmanövern seitens des Reichsführers SS und des Amtes Rosenberg zum Trotz.“ Was Schede dann als konkrete Konflikte und Ereignisse aufzählte, widersprach mehrheitlich den tatsächlichen historischen Ereignissen und Abläufen und muss als ein Beitrag zur institutsinternen Legendenbildung verstanden werden. Schede behauptete: „Die SS hatte nämlich dem Archäologischen Institut die Forschung über die Wikinger (Haithabu-Grabung) fortgenommen<sup>200</sup>, hatte sich in seine Ostgoten- und Langobardenforschung in Form einer erzwungenen Arbeitsgemeinschaft hineingedrängt<sup>201</sup> und sogar versucht, die Olympiagrabung zu annektieren; andererseits wollte das Amt Rosenberg (Reichsbund für Vorgeschichte Prof. Reinert) uns aus der gesamten Vorgeschichtsforschung in Deutschland verdrängen, die Zweigstelle Frankfurt a. M. annektieren, uns aus der Forschung in

<sup>198</sup> VIGENER 2012a, 116–120.

<sup>199</sup> Auf Weickerts Bitte vom 27.10.1948 an zahlreiche deutsche Archäologen, Gutachten über Reinerths Tätigkeiten als „Material für die geplante Niederschlagung der Entnazifizierung“ zu verfassen, legte z. B. Unverzagt, 13.11.1948 ein umfangreiches Schreiben vor (Weickert an

Schmidt, Giessler, Oskar Paret, Merhart, Bersu und Unverzagt, 27.10.1948; Unverzagt an Bittel und Weickert, 13.11.1948; SMB-PK/MVG Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1949–1951, unpag.).

<sup>200</sup> MAHSARSKI 2011.

<sup>201</sup> FEHR 2010.

Kreta und Südrussland völlig ausschalten und sogar in unsere Zweigstellen in Rom und Athen einbrechen.“<sup>202</sup> Anfang 1947 setzte Schedes Nachfolger im Amt des kommissarischen Leiters des DAI, Weickert, diese Umdeutung der Mitarbeiter des DAI als wissenschaftspolitische Opfer fort. Er subsummierte sie unter all die „deutschen Gelehrten, die es unter zunehmender äusserer Gefährdung und innerer Qual auf sich genommen haben, in Deutschland zu bleiben und die gesunde Tradition der deutschen Wissenschaft zu retten.“<sup>203</sup> Vigner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass damit auch auf die vielfach kolportierte, aber inzwischen breit widerlegte Wissenschaftsfeindlichkeit des Nationalsozialismus angespielt werden sollte. Weickert teilte diese Strategie mit vielen Fachkollegen, wie die überlieferten Reaktionen auf sein Schreiben zeigen<sup>204</sup>.

Dieser Opferrolle widersprach es ganz wesentlich, einzelne Täter in den eigenen Reihen als solche zu benennen und daraus Konsequenzen abzuleiten. Vielmehr etablierten sich Gesten der Relativierung und die Forderung des Schlusstrich-Ziehens, für die nur je ein Beispiel angeführt werden soll. So meldete von Merhart an Bersu in Bezug auf Sprockhoffs Entnazifizierungsverfahren: „Sprockhoff ist vom deutschen Ausschuss gereinigt und von der britischen Militärregierung approved (für britische Zone) und wird voraussichtlich nach Kiel gehen, wo freilich durch Trennung von Museum und Lehrstuhl eine erheblich reduzierte Arbeitsmöglichkeit zu befürchten ist. Dr. Wagner sitzt also quasi als erster Mann in Frankfurt und wird demnächst entlastet werden, wozu zu sagen ist, dass Sprockhoffs ‚Belastung‘ (bescheiden ausgedrückt) keinen Deut grösser war. Sprockhoff abzuschieben, geht eben nur an, wenn damit eine Wiedergutmachung für Sie verbunden ist.“<sup>205</sup>

Als das Entnazifizierungsverfahren von Alfred Tode (1900–1996)<sup>206</sup> lief und Bersu wohl Details aus Todes früherer Laufbahn an Weickert schrieb, antwortete dieser dem Exilanten: „Sie rühren damit an eine ungemein schwierige Frage, die durch das Verfahren in dieser Angelegenheit, das ausserdem noch in allen vier Zonen verschieden gehandhabt wird, so verwickelt worden ist, dass man an ihrer für eine gesunde Entwicklung in der Zukunft notwendige Lösung verzweifeln möchte. [...] Was mir wünschenswert und erstrebenswert erscheint ist, dass man unter Ausschaltung solcher Elemente, gegen die sich das Gefühl einer gesunden Ethik sträubt, auf ein ernstes und bescheiden geführtes Arbeiten hinstrebt und diese Arbeit in engem Kontakt mit seinen Berufs- und sonstigen Nachbarn führt zum Besten einer Verständigung unter uns selbst und unter den Völkern.“<sup>207</sup>

Kaum ein Fachkollege disqualifizierte sich also für die Weiterbeschäftigung durch Kriegseinsatz, Kunstraub oder die Entlassung von jüdischen Mitarbeitern so wie Reinerth. Stattdessen wurde von heimkehrenden Opfern des NS-Systems gefordert, doch endlich einen Schlusstrich zu ziehen. Wenn es keine Täter gab, dann konnte es auch keine Opfer geben – und dann war auch der entlassene und emigrierte Bersu kein Opfer und konnte nicht Anspruch auf moralische oder dingliche Wiedergutmachung erheben. Eine der we-

<sup>202</sup> Schede, Denkschrift vom 13.8.1945, versandt, 15.8.1945, 9. S.; S. 5: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>203</sup> Weickert, o. Datum, DAI Archiv Zentrale, 12–41: zit. nach VIGNER 2012b, 135, Anm. 22.

<sup>204</sup> VIGNER 2012a, 134.

<sup>205</sup> Merhart an Bersu, 24.3.1947, 3 S.; ähnlich eindringlich, aber bittend Max Wegner an Bersu, 30.12.1947: Archiv RGK, Werner Krämer:

Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>206</sup> Tode war seit 1937 Landesarchäologe von Braunschweig gewesen und zwischen 1945 bis 1965 Leiter des Braunschweigischen Landesmuseums.

<sup>207</sup> Weickert an Bersu, 28.11.1947, 2 Bl., S. 2–3: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

nigen Forderungen nach Identifikation und Anklage von wissenschaftlichen Tätern formulierte der Klassische Archäologe Karl Lehmann-Hartleben (1894–1960) gegenüber dem DAI 1947, wobei er auch einzelne Akteure namentlich nannte<sup>208</sup>. Die Reaktionen darauf sprachen Lehmann-Hartleben *unisono* die Kompetenz für solche Beurteilungen ab – entweder wurde ihm als Emigranten eine „Emigrantenpsychose“ attestiert oder mangelndes „wissenschaftliches Format“<sup>209</sup>.

„die Akademie als die erstrebenswerteste Lösung“<sup>210</sup>

Auch im ersten Jahr nach Kriegsende bestand die Verbindung der RGK zum DAI nur informell, aber weder finanziell noch juristisch, woraus sich dringender Handlungsbedarf ergab. Ende März 1946 traf sich Weickert daher mit Vertretern der *Section Monuments, Fine Arts and Archives* der Amerikanischen Militärregierung, um die Lage des DAI und der RGK zu besprechen<sup>211</sup>. Er hoffte, „die beiden Teile des Instituts wieder zu einer nicht nur wissenschaftlichen, sondern auch verwaltungsmäßigen und, wenn irgend möglich, auch finanziellen Einheit zusammenzuschließen.“<sup>212</sup> Die finanzielle Frage wurde damit zu einer grundlegend strukturellen: während eine Fortsetzung der behördlichen Organisation des DAI und seine Anbindung an das Auswärtige Amt zumindest innerhalb Deutschlands für eine Kontinuität der Arbeit des Institutes gesorgt hätte, hätten alle anderen diskutierten Optionen zu weitreichenden Veränderungen nicht nur der Inhalte, sondern auch der Strukturen des DAI geführt. In Berlin diskutierten jedoch nicht allein Wissenschaftler über die Zukunft des DAI, sondern auch und wohl vor allem Verwaltungsbeamte, so u. a. je ein Vertreter des Dezernats für Universitätswesen, der *Section Monuments, Fine Arts and Archives* und der Stadtkämmerei z. B. über eine Eingliederung des DAI in die Universität<sup>213</sup>. Weickert war strikt gegen diese Lösung, „die Z. D. der Universität Berlin statt der Berliner Akademie der Wissenschaften anzugliedern, was ich nicht nur für falsch, sondern für höchst gefährlich halten muß.“<sup>214</sup>

Als aber der ebenfalls kurzfristig gestrichene Etat der ehemaligen Preußischen Akademie wieder eröffnet wurde, „erscheint es richtiger, das Archäologische Institut als Forschungsinstitut ihr anzugliedern. Außerdem ergab sich dann die erwünschte Möglichkeit, die Zweigstelle Frankfurt über die Akademie der Wissenschaften in Heidelberg zu erreichen, denn die Berliner Akademie ist im Verband der Deutschen Wissenschaftlichen Akademien die Federführende. Wenn es also aus Gründen der Etatsgestaltung nicht möglich sein sol-

<sup>208</sup> OBERMAYER 2014.

<sup>209</sup> VIGNER 2012a 118.

<sup>210</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>211</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>212</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 1: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. – Die

Zentraldirektion bestand zu diesem Zeitpunkt nur aus einem wissenschaftlichen Referenten, drei wissenschaftlichen Assistenten, drei Büroangestellten, dem Hausmeister und einer Hilfskraft; die Stelle des Präsidenten und eine der drei Assistentenstellen waren unbesetzt (ebd., S. 2).

<sup>213</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 2: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>214</sup> Weickert an Wagner, 31.1.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

le, das Deutsche Archäologische Institut als selbstständiges Institut zu erhalten, – was bei weitem die beste Lösung wäre, – erscheint auch heute die Angliederung an die Akademie als die erstrebenswerteste Lösung.<sup>215</sup> Bereits Ende 1945 hatte Weickert diese Option gegenüber Wagner angedeutet<sup>216</sup> und tatsächlich nahm Anfang 1946 die Akademie die ZD „zur Betreuung bis zu einer Neuordnung“ in „ihre Obhut“ und „hat deshalb die Genehmigung sowie die Bereitstellung von Geldmitteln für die Fortführung des Betriebes und der laufenden Arbeiten beim Magistrat“ beantragt<sup>217</sup>. Wagner bemühte sich offensichtlich parallel dazu um die In-Obhut-Nahme der RGK durch die Heidelberger Akademie der Wissenschaften<sup>218</sup>.

Im Frühling 1946 erschien die Berliner Akademie also sowohl Unverzagt als auch Weickert als die Arche, die ältere Forschungen und Forschungskonzeptionen besser als alle anderen Institutionen bewahren und fortführen könnte. Aber während Unverzagt nur für sich allein Hoffnungen hegte, tat dies Weickert für eine renommierte, große Organisation. Die Frankfurter RGK, die einzig noch erreichbare Abteilung des DAI, gewann in dieser Situation für das gesamte Institut eine zusätzliche Bedeutung: „Wenn es nicht gelingt, die Frankfurter Zweigstelle der Zentralkommission in Berlin wieder anzuschließen, besteht die Gefahr des Auseinanderfallens der Organisation, d. h. eine einheitliche Betreuung der archäologischen Forschung in Deutschland würde künftig unmöglich sein. Die Zweigstelle Frankfurt würde zu einer großhessischen Landesanstalt werden, damit ihre umfassende Bedeutung verlieren und ihrer Aufgabe, der vorgeschichtlichen und archäologischen Forschung in ganz Deutschland in jeder Weise zu dienen, nicht mehr gerecht werden können. Gewisse separatistische Bestrebungen von nicht eigentlich maßgebender Seite scheinen in dieser Richtung tätig zu sein. [...] Die ideale Lösung wäre, wenn die Frankfurter Zweigstelle, ohne daß dadurch ihre wissenschaftliche Selbstständigkeit berührt würde, verwaltungsmäßig und finanziell mit der Zentralkommission in Berlin verbunden und solange vom Magistrat Berlin betreut würde, bis das Deutsche Archäologische Institut als Ganzes von einer deutschen Zentralregierung übernommen werden kann. [...] Ein zu erwägender Kompromiß wäre die Verteilung der finanziellen Lasten für die Zweigstelle Frankfurt auf den Magistrat Berlin und die Regierung des Landes Großhessen.“<sup>219</sup> Bei diesem Gespräch, das Ende März 1946 Weickert u. a. mit Vertretern der *Section Monuments, Fine Arts and Archives* der Amerikanischen Militärregierung führte, wurde wahrscheinlich erstmals offi-

<sup>215</sup> Weickert an Wagner, 31.1.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>216</sup> „Der Vorzug einer Eingliederung in die Akademie ist der, daß Forschungsinstitut zu Forschungsinstitut kommt und daß die Akademie als Führerin des Verbandes der Deutschen Akademien wohl als erste deutsche Behörde die Möglichkeit hat, über ganz Deutschland hindurch die Verbindung aufzunehmen. Ich würde dann versuchen, über die Heidelberger Akademie der Wissenschaften einen Antrag bei der Hessischen Regierung einzubringen, für einen Etat der Zweigstelle Frankfurt a. M. einzutreten und vorläufig aufzukommen, bis eine zentrale deutsche Regierung seinerzeit auch das Institut wieder übernehmen würde. Die Sache ist noch

nicht beschlossen, aber weitgehend besprochen und vorbereitet, und ich hoffe, daß ihr keine ernstlichen Schwierigkeiten mehr begegnen werden.“ (Weickert an Wagner, 4.12.1945: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.).

<sup>217</sup> Fuhrmann an Wagner, 2.1.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>218</sup> Wagner an Fuhrmann, 26.2.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>219</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 3: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.



ziell der frühere Direktor der RGK erwähnt. Weickert gab bekannt: „Als Leiter der Zweigstelle Frankfurt ist Professor Bersu in Aussicht genommen, der schon vor dem Kriege an dieser Anstalt tätig war, ein Fachmann ersten Ranges auf dem Gebiete der Vorgeschichte und politisch nicht belastet. Er befindet sich zur Zeit in englischer Gefangenschaft, seine Freilassung zur Übernahme der Leitung wird beantragt werden.“<sup>220</sup>

In einem weiteren, sehr ausführlichen Arbeitsbericht erhob Weickert einen geradezu universalen Geltungsanspruch des DAI. Für ihn verkörperte das DAI „die archäologische Ergänzung der philologischen Seite der klassisch-humanistischen Bildung in Deutschland“ und „die Schließung des Institutes würde diese für die geistige Kultur in Deutschland ganz unentbehrliche Grundlage zerstören.“ Er wiederholte die Selbstbeschreibung, dass das DAI während des Nationalsozialismus diese „kulturelle und wissenschaftliche Haltung“ beibehalten habe und dass die „Kreise, die diese Pseudowissenschaft vertraten, standen dem Institut feindlich gegenüber und haben versucht, seine Wirkung zu unterbinden. Lediglich in einigen Personalstellen, besonders im Auslande, gelang es, dem Nationalsozialismus, sehr zum Nachteile des Institutes, Fuß zu fassen, ohne daß sich dadurch die Art der wissenschaftlichen Leistung des Instituts wesentlich hätte ändern können.“<sup>221</sup>

Als zukünftige praktische Aufgaben des DAI formulierte Weickert an erster Stelle die Herausgabe bzw. den Abschluss der Herausgabe bisheriger Forschungen und der bisherigen Zeitschriften<sup>222</sup>. Als zweite Aufgabe des Instituts nannte er die „Fortsetzung der Bodenforschung in Deutschland durch wissenschaftliche Beratung und Überwachung der Arbeiten lokaler Vereine und Ausführung eigener Grabungen. Hierbei ergibt sich die Möglichkeit der Heranbildung eines ausgrabetechnisch erfahrenen Nachwuchses. Diese Aufgaben würden in erster Linie der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt a. M. obliegen, die aber dieses Arbeitsgebiet nicht wie bisher ausschließlich auf West- und Süddeutschland zu beschränken hätte, sondern ihre Arbeit für ganz Deutschland zur Verfügung stellen müßte.“<sup>223</sup> In seinem dritten Punkt prognostizierte Weickert, die „archäologische Korrespondenz wird in der nächsten Zeit eine grössere Bedeutung haben als vor dem Zusammenbruch. In Deutschland selbst wurde für viele Fachgenossen die Arbeitsmöglichkeit verringert oder zerstört, sodaß die vermittelnde Tätigkeit einer zentralen Stelle als Nachweis für Bücher, Beschaffung von Photographien und Nachweis von Denkmälern, die ihren Ort verändert haben, einen großen Umfang annehmen wird. Diese Arbeit wird in erster Linie von der Zentralkommission in Berlin zu leisten sein [...]. Es ist kein Zweifel, daß

<sup>220</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 3: DAI Archiv der Zentrale 10-01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936-31.12.1951“, unpag.

<sup>221</sup> Bersu an Unverzagt, 13.3.1953: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b-2/Bl. 113.

<sup>222</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 6-8: DAI Archiv der Zentrale 10-01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936-31.12.1951“, unpag.

<sup>223</sup> Weiter heißt es: „Das Institut in Frankfurt ist in der glücklichen Lage, seine Bibliothek gerettet zu haben, sodaß es gegenwärtig die eigentlich praktische Arbeitsstätte des Instituts sein könnte, an der auch klassische Archäologen arbeiten

könnten und sowohl praktisch wie theoretisch geschult werden sollen. Der Römisch-Germanischen Kommission wird auch die Durchführung einer bei der Union des Académies übernommenen internationalen wissenschaftlichen Verpflichtung obliegen, nämlich den deutschen Anteil an der Tabula Imperii Romani zu bearbeiten, von der ein Blatt bisher erschienen ist. Für das Frankfurter Institut muß die Frage der Unterbringung gelöst werden, da sein früherer Sitz in Frankfurt zerstört wurde.“ (Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 8: DAI Archiv der Zentrale 10-01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936-31.12.1951“, unpag.).

die Wissenschaft eine der ersten Brücken für die unerläßliche Verständigung der Völker für künftige friedliche Arbeit sein wird. Die Archäologie steht hier mit an erster Stelle.“<sup>224</sup>

### Archäologen als Separatisten

Unter dem Eindruck der zonalen Gliederung Deutschlands und gewisser „separatistischer Bestrebungen“<sup>225</sup> beschwor Weickert im Frühling 1946 die Einheit des DAI und die Ausweitung von dessen Kompetenzen auf alle Teile Deutschlands. Er tat dies unter deutlichem Bezug auf Argumente, die, wie oben beschrieben, Mitte der 1930er Jahre ausformuliert worden waren, und mit einer politischen Körpermetaphorik<sup>226</sup>, die ebenfalls vor dem Zweiten Weltkrieg ihre Konjunktur gehabt hatte. Konkrete Forschungsfragen warf er dabei aber nicht auf: „Die wissenschaftliche Zusammenarbeit ist schon jetzt durch die Wirkung der Zonengrenzen erschwert, gestört, wenn nicht unmöglich gemacht. Jedoch ist ein Fach wie die Archäologie auf engste Zusammenarbeit angewiesen. Der Vergleich des Archäologischen Instituts etwa mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft trifft nicht zu. Bei dieser handelt es sich um bestimmte Forschungsaufgaben naturwissenschaftlicher Art, die von mehr oder weniger vereinzelt Instituten wohl ohne größeren Nachteil bearbeitet werden können. Eine Zerspaltung des Archäologischen Instituts aber nach Zonen würde sehr bald eine Verkümmern der einzelnen Glieder zu Gebilden von lokaler und bald nicht mehr wissenschaftlicher Bedeutung herbeiführen. Eine Wiederaufrichtung des Instituts mit überzonalem Charakter wird daher nicht aus überkommenen zentralistischen Vorstellungen, sondern um der Sache willen erstrebt. Wenn Deutschland in der Völkerfamilie wieder ein lebendiges und nützliches Glied werden soll, ist der innere Zusammenhalt seiner Kultur auf einer gesunden Grundlage die wichtigste Voraussetzung, ganz gleich welche politische Gestalt Deutschland gegeben werden wird. [...] Die Erstreckung des Instituts über ganz Deutschland ohne Ausschaltung oder Bevorzugung eines bestimmten Gebietes wird es ihm ermöglichen, im Sinne einer solchen gemeinsamen Kultur zu wirken und der Gefahr der geistigen Abschließung eines Teiles gegenüber des übrigen Deutschland vorzubeugen. Es dürfte sich hier nicht nur um das deutsche, sondern um das gesamteuropäische Interesse handeln. Daß die jetzt bestehenden Glieder des Institutes in Berlin und in Frankfurt a. M. ansässig sind, ist in dieser Beziehung günstig, und es erscheint gefährlich, hieran etwas zu ändern, etwa, woran man denken könnte, die Zentralkommission nach Frankfurt a. M. zu verlegen. Deutschland wird in Zukunft viel mehr als früher sich mit den Kulturen aller Völker und besonders denen seiner unmittelbaren Nachbarn in positiver Weise auseinandersetzen haben, um somit seiner aus der zentralen Lage erwachsenen allgemeineuropäischen Aufgabe gerecht zu werden. Klar ist die besondere Aufgabe des Archäologischen Instituts gestellt. Es ist bereit, nicht durch politische Tätigkeit, sondern durch gute wissenschaftliche Arbeit sich ihrer Lösung zu unterziehen und soweit es an ihm liegt, die Möglichkeit für eine solche Lösung zu schaffen. Es hofft für diese Aufgabe Verständnis und Unterstützung zu finden. Als erstes wäre die, wenn auch noch so lockere, Verbindung zwischen der Berliner Zentralkommission und der Zweigstelle Frankfurt a. M. herzustellen. Es wird dann ein leistungsfähiger Körper entstehen und es werden brauchbare Gelehrte

<sup>224</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 9: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>225</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Mo-

numents ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 3: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>226</sup> FÖLLMER 2001; BRYANT 2010.

vorhanden sein, wenn einmal in fernerer Zukunft der Archäologie in Deutschland wieder umfassendere Aufgaben gestellt werden sollten“<sup>227</sup>.

Weickert befürwortete also ein zentrales Archäologisches Institut für ganz Deutschland. Diese Idee sah er nicht nur durch Unverzags Pläne (s. u.) und unwägbare politische Entwicklungen bedroht, sondern auch durch „separatistische Bestrebungen“<sup>228</sup> innerhalb der archäologischen *community* selbst. Gegenüber dem Klassischen Archäologen Bernhard Schweitzer (1892–1966) in Leipzig bezog er sich vor allem auf ein Treffen von 16 überwiegend Klassischen Archäologen und Prähistorikern, das im August 1946 in Marburg stattgefunden hatte<sup>229</sup> und an dem sie beide aufgrund fehlender Reisegenehmigungen nicht hatten teilnehmen können, obwohl ihre Anwesenheit „bitter nötig gewesen wäre, denn es ist, wie mir scheint, dort genau das beredet worden, was ich verhindern wollte, nämlich daß sich eine Abspaltung nach Westen hin verbreitet.“<sup>230</sup>

Der Organisator, der Marburger Lehrstuhlinhaber für Klassische Archäologie Friedrich Matz (1890–1974)<sup>231</sup>, übermittelte Weickert ein Protokoll des Treffens, aus dem hervorging, dass die Teilnehmer angesichts der unzureichenden Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Besatzungszonen „für die Dauer dieses Zustandes die Einsetzung eines Ausschusses zur Wahrnehmung der Aufgaben des Instituts in den Westzonen“ für erforderlich halten. Diesem Ausschuss sollten die Klassischen Archäologen Ernst Langlotz (1895–1978) von der Bonner Universität, Guido von Kaschnitz-Weinberg (1890–1958) von der Frankfurter Universität<sup>232</sup>, der Theologe Klauser (1894–1984)<sup>233</sup> und die beiden Prähistoriker Kurt Bittel (1907–1991)<sup>234</sup> und von Merhart angehören. Matz wollte als Vorsitzender des Ausschusses und zugleich als Vertreter des Leiters der Zentraldirektion für die westlichen Zonen fungieren<sup>235</sup>.

Weickert war empört über diesen Alleingang, hatte er doch erst einige Wochen zuvor die hessische Landesregierung um Mithilfe bei der Rückberufung Bersus gebeten, „da Hessen die Treuhänderschaft für die RGK übernommen“ hätte, möge diese auch „Bersu eine offizielle Berufung zu schicken, damit er die Schritte zur Repatriierung in England unternehmen kann.“<sup>236</sup> Obwohl für Weickert provisorische Kooperationen unausweichliche Kompromisse waren, war für ihn eine eigenständige westdeutsche Vertretung des DAI ausgeschlossen, „weil unter allen Umständen die Einheitlichkeit des Vorgehens gewahrt bleiben muß und ein gegenseitige Verständigung in jedem Falle notwendig sein würde. Das gilt auch besonders für die Fragen der Auslandsinstitute.“ Weickert sah in Initiativen wie

<sup>227</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 10–11: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>228</sup> Aktennotiz zu Besprechung mit Section Monuments ..., 23.3.1946, 25.3.1946, 5 S.; S. 3: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>229</sup> Weickert an Schweitzer, 22.8.1946, 3 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>230</sup> Weickert an Schweitzer, 22.8.1946, 3 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag; VIGENER 2012, 110.

<sup>231</sup> ANDREAE 1988.

<sup>232</sup> LULLIES 1988; REINSBERG 1994.

<sup>233</sup> DEICHMANN 1985.

<sup>234</sup> BRÄUNING 2007.

<sup>235</sup> Weickert an Schweitzer, 22.8.1946, 3 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. – Die weiteren, durch ihre Unterschrift ausgewiesenen Anwesenden waren Peter Goessler, Gelzer, Carl Watzinger, Karl Schefold, Theodor Klauser, Rudolf Horn, Roland Hampe, Franz Oelmann, Gustav Behrens, Hans Möbius, Emil Kunze, Reinhard Herbig, Frank Brommer.

<sup>236</sup> Weickert an Schweitzer, 22.8.1946, 3 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.



Abb. 11. Kurt Bittel (rechts) mit Gero von Merhart (l.) und Erich Boehringer (2. v.l.) im Jahr 1956. Bittel hatte als Nachfolger Schedes die Abteilung Istanbul des DAI geleitet und war 1944 nach Deutschland zurückgekehrt. 1946 wurde er auf den Tübinger Lehrstuhl für Prähistorische Archäologie berufen, von wo aus er engagiert den Wiederaufbau der RGK und des DAI begleitete (29.10.1956; Negativ L6 / 113; Archiv RGK).

dieser aber auch einen Ausdruck von Naivität: „Man hört aus dem Westen so unendlich optimistische Äußerungen in dieser Beziehung, daß man vor Schrecken erstarren möchte, wie wenig solche Äußerungen, auch wenn sie von noch so gut gemeinter Stelle kommen, über die wirkliche Lage, in der wir uns befinden, im Bilde sind.“ Und er konstatierte: „die einzigen, die wirklich einen vollen Überblick über die Lage Deutschlands haben, sind wir hier im Osten.“<sup>237</sup>

Weickert konnte wohl seinerzeit selbst nicht überblicken, in welchem Ausmaß sich die Arbeit der Besatzungsmächte im Bereich Wissenschaft und Kultur voneinander unterschied. Seine Erfahrungen in der „Frontstadt“<sup>238</sup> Berlin widersprachen zum Beispiel diametral denjenigen Bittels in Tübingen, der bis 1950 den Gang der hier zu beschreibenden Ereignisse einflussreich begleitete (*Abb. 11*). In Tübingen waren die Kriegsfolgen derart verschieden z. B. zu Berlin, dass die dortige Universität sogar als „Kriegsgewinnlerin“ bezeichnet wurde<sup>239</sup>. Die Stadt Tübingen hatte den Krieg unversehrt überstanden, die französischen Besatzer requirierten kaum universitäre Bestände oder Gebäude, deportierten keinen einzigen Wissenschaftler und entwickelten stattdessen den Ehrgeiz, die Universität

<sup>237</sup> Weickert an Schweitzer, 22.8.1946, 3 S., S. 3: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. <sup>238</sup> KNABE 2001. <sup>239</sup> PALETSCHEK 2002, 394.

als erste in Deutschland und zwar als vorbildliche Universität wieder zu eröffnen. Der Rektor, der Jurist Carlo Schmid (1896–1979), bereiste als „akademischer Kopfgeldjäger“ zahlreiche deutsche Universitäten und warb Gelehrte nach Tübingen ab, so auch den Archäologen Bittel. Dieser hatte 1930 bei von Merhart über die „Kelten in Württemberg“ promoviert und nach verschiedenen Stationen von 1931 bis August 1944 zuerst als Referent und schließlich als Direktor der Abteilung Istanbul des DAI gearbeitet. 1946 übernahm Bittel die außerordentliche, dann ordentliche Professur für Vor- und Frühgeschichte in Tübingen<sup>240</sup>. Vor dem Hintergrund der sehr viel dramatischeren Arbeitsbedingungen in Berlin plante also Weickert, eine Sitzung der Zentralkommission nach Berlin einzuberufen, die „für die Zukunft des Institutes von entscheidender Bedeutung sein wird“<sup>241</sup> und ein „drohendes Auseinanderfallen in eine westliche und eine östliche Hälfte, wie es sich bei anderen Instituten ereignet hat und wofür auch beim Archäologischen Institut Anzeichen vorhanden waren, zu verhindern“<sup>242</sup>. Ende des Jahres versicherte sich Weickert nochmals der Loyalität der verbliebenen RGK gegenüber dem DAI in einem der zahlreichen Briefwechsel mit Wagner und warnte diesen vor der „zentrifugale[n] Bewegung in Deutschland [, die] sich auch in unserer Wissenschaft immer deutlicher erkennen“ lasse und die von jeglicher Seite an die RGK herangetragen werden könnte<sup>243</sup>.

#### „Eine RGK des Ostens“<sup>244</sup>

Der pensionierte von Merhart, der die RGK von Ende 1944 bis September 1945 kommissarisch betreut hatte<sup>245</sup>, forcierte die inhaltliche Neuordnung der deutschen Prähistorischen Archäologie und erwies sich als ein einflussreicher Kommunikationsknoten im sich restrukturierenden Netzwerk der Prähistorischen Archäologie. Gemeinsam mit Unverzagt bemühte er sich damit aus einer fachspezifischen Perspektive um den wissenschaftlichen Wiederaufbau, während das DAI eine übergeordnete, institutionenbezogene Perspektive einnahm, wobei die Prähistorische Archäologie in Deutschland in Ermangelung anderer Arbeitsgebiete einstweilen aber eine gewisse Priorität hatte. Weickert bemühte sich engagiert um die Einheit und Finanzierung des Institutes, schlug aber dabei zahlreiche „politische Saltos“, denen einige Kollegen, so auch Unverzagt in Berlin nach eigener Aussage, „zum Opfer“ fielen<sup>246</sup>.

Weickert sah durch die Vorstöße Unverzagts für ein bei der Akademie angesiedeltes archäologisches Zentralinstitut die eigenen Pläne gestört und das DAI bedroht, wo man sich

<sup>240</sup> WERNER 1991.

<sup>241</sup> Weickert an Gelzer, 18.10.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>242</sup> Weickert an Berliner Magistrat, Abt. Volksbildung, 2.12.1946, 8-seitig, Bericht: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>243</sup> Weickert an Wagner, 13.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>244</sup> Unverzagt an Kunkel, 16.6.1952: SMB-PK/MVG Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>245</sup> Schede an Merhart, 17.12.1943; Merhart

an Schede, 20.12.1943; Schede an Merhart, 28.12.1943; Schede an REM, 28.12.1943; REM an Schede, 29.12.1944; Wagner an den Präsidenten des DAI, 28.10.1945: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>246</sup> „Auch damals hat mich die Art seines unsachlichen Vorgehens – es drehte sich um die Wiederaufnahme meiner Tätigkeit an den Resten meines früheren Museums – aufs stärkste empört. Er brachte es fertig einen völlig ahnungslosen Kunsthistoriker mit der Leitung des Museums zu beauftragen“ (Unverzagt an Bersu, 1.8.1951: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2/Bl. 52).

angesichts der vorläufig unzugänglichen Auslandsinstitute für die heimischen Altertümer zu interessieren begann<sup>247</sup>. Weickert wollte nach eigener Aussage „unter den augenblicklichen Zuständen die Vorgeschichte in Deutschland etwas stärker in den Vordergrund“ stellen<sup>248</sup>. „Es könnten so auch jüngere Fachgenossen aus der klassischen Archäologie mit der praktischen Arbeit im Gelände vertraut gemacht werden als eine Schulung für vielleicht später sich bietende weitere Möglichkeiten. Ich möchte damit keiner Zentralisierung das Wort reden, aber es scheint mir gut, wenn nach der Spaltung gerade auf dem Gebiet der Vorgeschichte zwischen Archäologie und Vorgeschichte einerseits und innerhalb der Vorgeschichte andererseits jetzt auf das Wiederfinden einer klaren und sachlichen wissenschaftlichen Gesinnung gemeinsam hingearbeitet würde. Ich möchte auch nicht die Grenze zwischen klassischer Archäologie und Vorgeschichte verwischen, halte es aber für recht nützlich, wenn beide in eine etwas engere Beziehung zu einander treten, als das früher der Fall war.“<sup>249</sup>

Der Sekretar der Philosophisch-Historischen Klasse der Deutschen Akademie der Wissenschaften schickte Weickert die Korrespondenz und Projektplanungen von Unverzagt vom Juni und Juli des Jahres 1946 zum Ostberliner Akademieinstitut, so dass Weickert zeitnah über Unverzagts Ideen informiert war<sup>250</sup>. Anfang November 1946 sprach sich Weickert gegenüber dem Althistoriker Johannes Stroux (1886–1954)<sup>251</sup> von der Akademie dafür aus, dass angesichts der Länderbildung in der sowjetischen Besatzungszone die Aufgaben der Bodendenkmalpflege auf Länderebene gelöst werden könnten und dass dafür also keine Zentralstelle erforderlich sei, womit er Unverzagt direkt widersprach<sup>252</sup>. Weickert hatte zu diesem Zeitpunkt offensichtlich die Belange der Bau- und Bodendenkmalpflege als potentielles innerdeutsches Arbeitsfeld auch des DAI identifiziert. In einer Bescheinigung des Berliner Magistrats, die Weickert für Reisegenehmigungen durch die Besatzungszonen brauchte und wohl auch selbst formuliert hatte, hieß es: „Die Zusammenarbeit der verschiedenen Wissenschaftler [die Weickert auf seiner beantragten Reise besuchen wollte, S. G.], hängt von der einheitlichen Direktive ab, die Herr Prof. Weickert mit Ihnen besprechen muss. Die Arbeit ist in ganz Deutschland im Interesse des Denkmalschutzes und der Auswertung von Feststellungen bei Bauarbeiten im Zuge des Aufbaus dringend erforderlich und kann, falls sie jetzt versäumt wird, nicht nachgeholt werden.“<sup>253</sup>

Für die archäologische Forschung und die Beratung der Bodendenkmalpflege sah Weickert dagegen durchaus den Bedarf eines Instituts: „Die Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen und zugleich die wissenschaftliche Beratung privater geschichtlicher und

<sup>247</sup> Merhart an Unverzagt, 28. 5. 1946: SMB-PK/MVG Archiv IX f3, 1949–1951, unpag.; Weickert an den Sekretar der Phil.-Hist. Klasse der DAW, 27.11.1946: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>248</sup> Weickert an Gelzer, 19.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>249</sup> Weickert an Gelzer, 19.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>250</sup> Weickert an den Sekretar der Phil.-Hist. Klasse der DAW, 27.11.1946, Bl. 1: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>251</sup> Stroux war von 1946 bis 1951 Präsident, dann ab 1951 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der DDR (FLACHOWSKY 2004).

<sup>252</sup> Weickert an den Sekretar der Phil.-Hist. Klasse der DAW, 27.11.1946: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>253</sup> Magistrat Berlin, Bescheinigung, 21.8.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.; dazu auch englischsprachige und französische Genehmigungen. – Allgemein zur Entwicklung der Bodendenkmalpflege nach 1945 in beiden Teilen Deutschlands: KUNOW 2002; STEUDTNER/GRUNWALD 2015.

heimatkundlicher Vereine sowie der bei den Länderregierungen zu bildenden Landesämter für Vor- und Frühgeschichte würden hingegen Angelegenheit eines Institutes für Vor- und Frühgeschichte bei der Akademie werden. Dieses Institut könnte dann auf die 5 Unterabteilungen des Vorschlages vom 20.7.46 neben der Institutsleitung verzichten. Damit würde eine nicht erwünschte Parallelbildung zum Deutschen Archäologischen Institut als Ganzes vermieden, es würde vielmehr das neue Institut eine ähnliche Aufgabe für den Osten erhalten, wie sie die Römisch-Germanische Kommission in Frankfurt a. Main schon bisher für den Westen hatte. Beim Deutschen Archäologischen Institut selbst wird die Betonung vor- und frühgeschichtlicher Forschung in der Heimat durch die Umstände zwangsläufig werden – eine große, übrigens auch den Osten und sogar Sowjetrußland umfassende Fachbibliothek steht in Frankfurt a. Main zur Verfügung –, und die Bildung von vor- und frühgeschichtlichen Forschungsstellen für die verschiedenen Gebiete Deutschlands, ähnlich des von Herrn Professor Unverzagt für den Osten geplanten Instituts, wird seit längerer Zeit in Erwägung gezogen.“ Weickert zeigte sich also erneut gut informiert über die Diskussionen, die Mitte der 1930er Jahre im DAI geführt worden waren und bemühte sich um eine Weiterführung der seinerzeit entwickelten Ideen, indem er prognostizierte: „Eine spätere Zusammenfassung beim Archäologischen Institut und daher die Anlage der Organisation im Hinblick auf eine solche Möglichkeit scheinen daher nicht nur aus den unausweichlichen Sparsamkeitsgründen notwendig, sondern vielmehr noch aus solchen sachlicher Art, um die Spannung zwischen Vorgeschichte und Archäologie in Deutschland aus der glücklicherweise überwundenen Epoche nicht in der Zukunft weiter zu führen. Auch für die nur gemeinsam zu lösende schwierige Frage der Heranbildung des Nachwuchses wird eine solche enge Zusammenarbeit erwünscht sein. Ich schlage daher vor, Herrn Professor Unverzagt um Einreichung eines Antrages und Aufstellung eines Vorschlages für ein Institut für Vor- und Frühgeschichte ohne Unterabteilungen zu bitten, der was das Personal anlangt, gegen den von ihm am 3.12.45 vorgelegten Antrag um 1–2 wissenschaftliche Stellen vermehrt werden müßte.“<sup>254</sup>

Aus Unverzagts Sicht schlug Weickert damit einen dieser politischen Salts: „Herr Weickert war frisch in die Akademie gewählt und benutzte seine erste Teilnahme an einer Sitzung gleich zu diesem Vorstoss, der sich sowohl gegen meine Person wie gegen die Sache richtet“<sup>255</sup>, wie Unverzagt nach Halle berichtete. Die Philosophisch-Historische Klasse der Akademie schloss sich aber Ende des Jahres 1946 Weickerts Empfehlungen an und Unverzagt überarbeitete seinen Strukturplan, den er mit Weickert absprach, „damit etwa mögliche Missverständnisse und Hemmungen von vornherein ausgeschaltet werden“<sup>256</sup>. Daraufhin beschloss das Plenum der Akademie noch im Januar 1947 die Einrichtung einer Kommission für Vor- und Frühgeschichte<sup>257</sup>. Aus Kostengründen und verwaltungstechnischen Entscheidungen auf Länderebene beschränkte sich dann Unverzagt bei seinem schließlich genehmigten Entwurf der zum 1. April 1947 gegründeten Kommission auf „die

<sup>254</sup> Weickert an Sek. Phil.-Hist. Klasse AdW, 7.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.; Weickert an den Sekretar der Phil.-Hist. Klasse der DAW, 27.11.1946: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>255</sup> Unverzagt an Jahn, 4.12.1946: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>256</sup> Unverzagt an Brackmann, 20.12.1946; Har-

tung, Sekretär der Phil.-Hist. Klasse der ADW, an Unverzagt, 13.12.1946; Unverzagt an Hartung, 4.1.1947: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.; Unverzagt an Kunkel, 12.1.1947: SMB-PK/ MVG Archiv IX f 3, 1949–1951, unpag.

<sup>257</sup> Hartung an Unverzagt, 27.1.1947: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

1. Bezeichnung des zu bearbeitenden Themas	2. Welches Problem betrifft das gegebene Thema	3. Mögliche Anwendungen der Forschungsergebnisse	4. Name des Leiters
1. Stand und Aufgaben der frühmittelalterlichen Forschung in der Ostzone.	Übersicht über die augenblicklichen Voraussetzungen der wissenschaftlichen Forschung	Schaffung der Grundlagen für alle weiteren Forschungen	Prof. Dr. Unverzagt
2. Fundkarten von Land Brandenburg und Gross-Berlin	wissenschaftliche Bestandsaufnahme	Schaffung der Grundlagen für alle weiteren Forschungen	Prof. Dr. Unverzagt
3. Vor- und frühgeschichtliche Befestigungen in der Ostzone	Studium des Burgenbaus	Erhellung der politischen Vor- und Frühgeschichte	Prof. Dr. Unverzagt
4. Die Ausgrabungen an den bronzezeitlichen und slavischen Befestigungen von Lossow u. Reitwein (Kreis Lebus)	Wissenschaftliche Auswertung der Grabungsergebnisse und Funde	Klärung der Besiedlungs- und Kulturfragen	Prof. Dr. Unverzagt
5. Die Ausgrabungen in der Burg Zantoch / Warthe	Wissenschaftliche Auswertung der Grabungsergebnisse und Funde	Klärung des frühgeschichtlichen Burgenbaus und der Besiedlungs- und Kulturfragen	Prof. Dr. Unverzagt

Tab. 1. Vordruck Nr. 6 „Genaue Angaben über die vorgesehenen wissenschaftlichen Forschungsarbeiten in Rörig, Antrag auf die Genehmigung einer wissenschaftlichen Forschungsstelle“ vom 17.2.1948 (ABBAW Bestand AKL 169, Institut für VFG 1, 1946–1965).

Erforschung der beweglichen und unbeweglichen kulturgeschichtlichen Bodenaltertümer zunächst auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone“ und stellte seine Vorkriegsforschungen an den Oderburgen als wissenschaftlichen Grundstock in Aussicht<sup>258</sup>. Die Kommission bestand aus Rörig als dem Vorstand sowie aus mehreren Akademiemitgliedern: dem Historiker Albert Brackmann (1871–1952)<sup>259</sup>, Baethgen, dem Geographen Norbert Krebs (1876–1947), dem Slawisten Max Vasmer (1886–1962) und Weickert. Mehr noch als die vorgelegten Konzeptionen verweist diese personelle Zusammensetzung auf die diskussionswürdige Kontinuität von der deutschen Ost- und Kulturraumforschung über die nationalsozialistischen Expansionspläne hin zu den kulturgeschichtlichen Forschungskonzeptionen der Nachkriegszeit. Brackmann hatte nach der Kooperation mit Unverzagt bei den Ausgrabungen in Zantoch den Kontakt zu diesem stets gepflegt und die Konzeptionen zur Erforschung Magdeburgs maßgeblich beeinflusst (s. u.)<sup>260</sup>. Krebs hatte

<sup>258</sup> Unterlagen für einen Antrag auf Errichtung eines ‚Institutes für Vor- und Frühgeschichte‘ bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften von Unverzagt vom 16.1.1947: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>259</sup> UNVERZAGT 1960; HALLE 2007.

<sup>260</sup> BRACKMANN / UNVERZAGT 1936; zu Zantoch: GRUNWALD 2009; DIES. 2012; DIES. 2017c; zu Magdeburg: HALLE 2007.



1937 im Auftrag der Preußischen Akademie den „Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa“ herausgegeben und damit direkt Politikberatung geleistet, sollte aber keinen wesentlichen Einfluss mehr auf Unverzagts Nachkriegsarbeiten nehmen<sup>261</sup>. Unverzagt und Ursula Gehrecke waren als wissenschaftliche Mitarbeiter angestellt<sup>262</sup>. 1948 bezeichnete Unverzagt die Kommission, enttäuscht über die geringe Ausstattung, als „ein Jahrmarktschwein aus Gummihaut“ und trieb seine Wahl zum Akademiemitglied voran, um „den Aufgaben- und Einflusskreis unserer Kommission erheblich erweitern“ zu können<sup>263</sup>. Die Aufarbeitung Unverzagts bisheriger Burgwallforschungen stand zu diesem Zeitpunkt im Zentrum der Kommissionsarbeit (*Tab. 1*).

### Archäologen als Schachfiguren

Von Merhart berichtete zeitnah an Unverzagt, dass man beim DAI erleichtert darauf reagiert habe, dass es Unverzagt nicht gelungen war, ein „Zentralinstitut“ in Berlin zu gründen; dass diese Pläne abgebrochen wurden, habe niemand in der Zentralkommission des DAI beweint<sup>264</sup>. Von Merhart war bestens über die prekäre Lage Unverzagts in Berlin informiert, der sich erst im Sommer 1946 zum ersten Mal wieder bei Bersu mit der Bitte um Empfehlungsschreiben für die französischen und die britischen Stellen in den jeweiligen Zonen gemeldet hatte<sup>265</sup>. Unverzagt erwog, sofern sich seine Pläne an der Ostberliner Akademie zerschlagen sollten, eine Rückkehr ins Rheinland, woher er stammte<sup>266</sup>.

Von Merhart war auch einer von mehreren deutschen Korrespondenzpartnern Bersus, welche diesen in Irland auf dem Laufenden hielten. Der Marburger Ordinarius beließ es aber nicht bei Berichten, sondern forderte Bersu wiederholt eindringlich zur Rückkehr auf und entwickelte konkrete Vorschläge zur Neuordnung der deutschen Prähistorischen Archäologie. Neben Peter Goessler (1872–1956) war es wohl vor allem von Merhart gewesen<sup>267</sup>, der gegenüber Weickert Bersu als zukünftigen Direktor der RGK ins Spiel gebracht hatte und tatsächlich erscheint die Schachmetapher mit den zahlreichen, strategisch zu platzierenden Figuren unterschiedlichen Ranges durchaus geeignet, um von Merharts Agieren in der deutschen Nachkriegsarchäologie zu beschreiben.

<sup>261</sup> Zur Selbstwahrnehmung und Beobachtung von Kollegen an der Berliner Universität während des Nationalsozialismus: BOTT 2009.

<sup>262</sup> Gehrecke (geb. Korthals, 1920–?) hatte in Berlin zwischen 1940 und 1945 Prähistorische Archäologie studiert und 1945 promoviert. Auf Unverzagts Initiative hin wurde sie 1951 wieder aus der Kommission entlassen; weitere Angaben zu ihr fehlen bislang (LEUBE 2010, 120–121; undat. Bericht von Rörig über die Tätigkeit der Kommission für Vor- und Frühgeschichte im Jahr 1947: ABBAW Bestand AKL, Institut für Vor- und Frühgeschichte 1, 1946–1965, 169, unpag.).

<sup>263</sup> Unverzagt an Brackmann, 24.3.1948; Unverzagt an Carl Watzinger, 3.6.1948: SMB-PK/MVG Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1949–1951, unpag.

<sup>264</sup> Merhart an Unverzagt, 4.3.1947: SMB-PK/MVG Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1949–1951, unpag. – In den westlichen Besatzungszonen wurde auch von offizieller Seite die Länderhoheit über Bildungs- und Forschungsfragen gestärkt und in bewusster Reaktion auf den nationalsozialistischen Zentralismus festgeschrieben, so dass sich die Fachkritik an Unverzagts Plänen mit der geplanten westdeutschen Wissenschaftspolitik deckte (ASH 2010, 230).

<sup>265</sup> Bersu an Unverzagt, 16.7.1946: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2/Bl. 1.

<sup>266</sup> U. a. Unverzagt an Kühn, 25.9.1946: ABBAW Bestand Schnellerstrasse A 3400, unpag.

<sup>267</sup> Weickert an Goessler, 7.6.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

Durch ihn erfuhr Bersu im Sommer 1946, dass Sprockhoff, Bersus Nachfolger im Amt des Ersten Direktors der RGK ab 1935, nunmehr aus eben dieser Stellung entlassen worden war. Über Wagner, der unter Gelzers kommissarischer Leitung die Geschäfte der RGK führte, schrieb von Merhart: „Und ebenso ist eine Führung der Kommission durch Wagner nur für kürzeste Zeit tragbar, wenn eben mit Ihrem Kommen gerechnet werden kann. Denn so unbestritten seine Verdienste als zweite Hand sind, bleibt er nach jeder Hinsicht doch eine zweite Figur und ein Subalterner ohne subalterne Haltung, keineswegs der Mann, der jetzt dringend ist“<sup>268</sup>. Von Merhart hoffte auf Sprockhoffs Rehabilitierung und dass es gelingen würde, Sprockhoff eine Stelle in Nordwestdeutschland zu verschaffen. Von Merhart hatte dies Weickert vorgeschlagen<sup>269</sup>, der diese Idee aber für sich reklamierete<sup>270</sup>. Beide griffen damit umstandslos auf die Vorkriegsdebatten um die Ausrichtung und den Ausbau der Prähistorischen Archäologie zurück, bei denen, wie oben beschrieben, eine Gliederung Deutschlands in Forschungsgroßräume entwickelt worden war, in denen politische Raumordnungen und die Verbreitung archäologischer Kulturen scheinbar zur Deckung gekommen wären.

Sprockhoff, der nach seiner Haftentlassung seit Anfang November 1946 wieder in Frankfurt am Main war, hatte wohl gehofft, wieder bei der RGK arbeiten zu können, wie er Weickert mitteilte. Dieser hielt es aber angesichts der „zur Zeit sehr scharfen amerikanischen Bestimmungen [...] auch nach dem günstigen Verlauf des Verfahrens eine Wiedereinstellung bei der RGK für sehr unwahrscheinlich. Ich habe Herrn Sprockhoff jedoch mitgeteilt, daß es mein Plan wäre, ihn mit den Arbeiten der norddeutschen Prähistorie auf dem Gebiet der englischen Zone in Verbindung zu bringen. Ich habe in dieser Richtung bereits unverbindlich und vorläufig ohne Resultat mit Stellen der englischen Militärregierung vor längerer Zeit Fühlung aufgenommen. Ich denke, es könnte eine Art des Wiedereintritts [des] verdienten Gelehrten in die Wissenschaft sein, die sowohl dieser den größten Vorteil wie ihm eine entsprechende Möglichkeit böte.“<sup>271</sup> Gelzer als der kommissarische Leiter der RGK teilte Weickert mit, dass Sprockhoff mit diesen Plänen einverstanden sei und hoffte auf einen günstigen Ausgang des Spruchkammerverfahrens. Für ihn „als Nichtarchäologe“ erschien eine solche personelle Koordination der inländischen Archäologie, moderiert durch das DAI, als eine Zusammenarbeit von „klassischer Archäologie und Vorgeschichte“ überaus begrüßenswert: „Ich glaube, dass auf dem Gebiet der römisch-germanischen Forschung eine Notwendigkeit solcher Zusammenarbeit allgemein anerkannt wird.“<sup>272</sup>

Von Merhart setzte sich wiederholt und eindringlich für eine Rückkehr Sprockhoffs in eine möglichst einflussreiche Position ein, wofür er stets Sprockhoffs hohe fachliche Kompetenz anführte, aber auch die unterschiedlichen Konsequenzen, die sowohl verwaltungsrechtlich als auch fachintern aus den Karrierewegen der einzelnen Wissenschaftler im Nationalsozialismus gezogen wurden: „Doch aber komme ich über die so verschiedenen Maßstäbe nicht hinweg, mit denen mir in personeller Hinsicht gemessen scheint. Herr Sprockhoff wurde so selbstverständlich und unbedingt ausgeschaltet, als ob über seine

<sup>268</sup> Merhart an Bersu, 24.3.1947: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>269</sup> Merhart an Bersu, 7.8.1946: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>270</sup> Gelzer an Weickert, 30.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–

31.3.1950, unpag.

<sup>271</sup> Weickert an Gelzer, 19.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>272</sup> Gelzer an Weickert, 30.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

Untragbarkeit keinerlei Zweifel bestünde. Sie selbst äusserten auf meine Erwägung hin, er müsste doch im Falle einer Absage Herrn Bersu zu allererst als Direktor der RGK herangeholt werden, Sie hätten das bisher freilich nicht in Betracht gezogen. Nicht die Spur einer Ermutigung wurde ihm gegeben. In der RGK wurde zwar Herr Wagner belassen, der keinesfalls weniger belastet war, Herr Sprockhoff aber glatt ausgeschaltet. Und aus der ursprünglich erwogenen ‚Expositur‘ wurde eine neue Stelle, für die es keine Schwierigkeit bereitete, Herrn Tackenberg zu portieren, der offenbar genau so stark bzw. gering belastet ist, wie Herr Sprockhoff, während letzterer vorher für eine entsprechende Stelle unmöglich erschien. Sieht es nun nicht so aus, als wäre man froh, ihn an die Professur in Kiel losgeworden zu sein und seine Rehabilitierung vom Institut auf die Universität abgeschoben zu haben. Wie ich Herrn Bersu zu kennen glaube, wird er diesen Vorgang so wenig billigen, wie ich. Nach wie vor kann ich das Gefühl nicht verhehlen, dass die Behandlung Herrn Sprockhoffs ihm Unrecht getan hat und dass die Aufhellung der Gründe wünschenswert ist.<sup>273</sup> Auffällig ist an dieser wie den anderen einschlägigen Äußerungen, dass allein die fachinterne Positionierung der Akteure diskutiert wurde, aber keine juristische oder moralische Verantwortung und, daraus abgeleitet, schuldhaftes Verhalten oder eine Positionierung zum vergangenen politischen System, wie sie z. B. der Philosoph Karl Jaspers nach dem Krieg von seinem einstigen Freund, dem Philosophen Martin Heidegger eingefordert hatte<sup>274</sup>. So lange wir nicht Kenntnis erhalten von ebensolchen Aufforderungen unter deutschen Archäologen könnte man daher meinen, dass innerhalb der archäologischen *community* Einigkeit darüber herrschte, politisches opportunes Verhalten während des Nationalsozialismus ebenso wie während des Weltkrieges als engagiertes fachliches und fachpolitisches Verhalten zu interpretieren und zu werten. Dadurch wurden Amts- und Kriegshandlungen aller außerfachlichen Bewertung, sei sie moralischer oder juristischer Natur, enthoben, womit man letztlich als Teil des wissenschaftlichen Feldes gesellschaftliche Immunität beanspruchte. Sie agierten und kommunizierten dadurch aber durchaus nicht als Nichttäter, sondern eher wie Täter, die Verantwortung von sich weisen und von Schuldzuweisungen nicht belästigt werden möchten<sup>275</sup>.

Auch der Vorschlag, dass Bersu wieder an die RGK zurückkehren sollte, erscheint so vielmehr als Schachzug denn als bewusste Wiedergutmachung oder freundschaftliche Einladung an die alte Wirkungsstätte. Souverän konstatierte z. B. von Merhart gegenüber Weickert: „Es herrscht Übereinstimmung darüber, dass es nicht nur eine Wiedergutmachungspflicht war, sie [die Rückkehr an die RGK; S. G.] Herrn Bersu anzubieten, sondern dass auch von seiner Gewandtheit, seinem internationalen Ansehen und seiner Tüchtigkeit die überhaupt erreichbaren Erfolge für ihre Wiederbelebung zu erwarten sind.“<sup>276</sup> Und Bersu selbst sah dies wohl auch so, wie seine Bedenken zu einer Rückkehr nach Deutschland zeigen, die er gegenüber Unverzagt wiederholt und freimütig darlegte<sup>277</sup>. Das Land Hessen hatte Anfang April 1946 eine Anfrage an Bersu geschickt, ob er Interesse an der

<sup>273</sup> Merhart an Weickert, 15.1.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag. – Zu Kurt Tackenberg (1899–1992): BEMMANN 2013.

<sup>274</sup> BIEMEL ET AL. 2003.

<sup>275</sup> KÄMPER 2005, 139.

<sup>276</sup> Merhart an Weickert, 25.3.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>277</sup> Bersu und Unverzagt, die seit ihrem Studium eine enge Freundschaft bei vergleichbaren Forschungsinteressen und Ambitionen verband, hatten bis Sommer 1939 „in so vertraulichen Beziehungen“ gestanden, aber danach wohl kaum Kontakt gehabt. Offensichtlich konnten sie nahtlos an dieses enge Verhältnis anknüpfen (Bersu an Unverzagt, 16.7.1946: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2/Bl. 1).

Wiedereinsetzung in seine alte Stelle bei der RGK habe. Erst im August erhielt Bersu diesen Brief und antwortete umgehend, dass ihn das Angebot ehre, er aber vor einer Entscheidung Informationen zu verlorenen Gehältern und Ansprüchen sowie zum zukünftigen Etat der RGK bräuchte und die Zeit bis zu seiner Rückkehr auch dafür nutzen wolle, „abgerissene Verbindungen“ wiederaufzunehmen<sup>278</sup>. Gegenüber Weickert, mit dem Bersu wohl in gutem Kontakt stand, deutete Bersu an, dass er die Entwicklungen zu Gunsten der RGK gerne in Ruhe und noch von den Inseln aus abwarten wolle, was sich für das Institut durchaus als Vorteil erweisen könne<sup>279</sup>. Wagner in Frankfurt hielt Bersu schriftlich über die Verhandlungen in Hessen auf dem Laufenden<sup>280</sup>, aber für die Beteiligten in Deutschland, vor allem für Weickert in Berlin, schienen die Verhandlungen mit Hessen „endlos“ zu dauern, was dieser „entsetzt“ an Bersu meldete<sup>281</sup>. Weickert und wohl auch andere Kollegen drängten Bersu zu einem Besuch in Deutschland. Gegenüber Unverzagt erwog Bersu, dass er seine verbleibenden, noch kraftvollen Jahre dem Wiederaufbau gänzlich würde widmen müssen, obwohl er gehofft hatte, forschen zu können<sup>282</sup>. In den Anfragen seiner deutschen Kollegen und deren Zusicherungen, ihn bei dem Aufbauwerk zu unterstützen, sah Bersu eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg – eine andere war die noch ausstehende Zusicherung seiner eigenen wirtschaftlichen Absicherung. Bersu hatte hinsichtlich des DAI den Eindruck, „dass nicht allen Leuten klar ist, in welcher Lage sich Deutschland zur Zeit befindet und dass die völlige Unsicherheit der zukünftigen Struktur Deutschlands ein wichtiger Faktor ist für die Beurteilung der Frage wieweit ein arbeitsfähiges Institut überhaupt aufgebaut werden kann.“ Er sei froh, so Bersu, dass er sich derzeit noch nicht entscheiden müsse<sup>283</sup>. Während Bersu nüchtern seine Überlegungen auflistete, berührte allein sein Verweis, dass seine Frau verzweifelt auf ein Lebenszeichen ihrer 1943 deportierten Mutter warten würde, den Umstand, dass Bersu auf Grund seiner jüdischen Herkunft aus seinen Ämtern bei der RGK und dem DAI und schließlich aus Deutschland vertrieben worden war<sup>284</sup>.

Wagner führte für die RGK „die Geschäfte des Instituts nahezu selbstständig“ und sollte dies bis zu Bersus Amtsantritt 1950 auch weiter tun<sup>285</sup>. Neben der Sicherung der Gebäuderuine<sup>286</sup> und der Bibliotheksbestände beschäftigte er sich vor allem mit dem Literaturtausch und den Vorbereitungen zur Herausgabe des ersten Nachkriegsbandes der

<sup>278</sup> Bersu an Ministerialrat Erdsiek, Grosshessisches Ministerium für Kultus und Unterricht, 7.8.1946: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag. [mit diesem Schreiben beginnt die Überlieferung].

<sup>279</sup> Bersu an Weickert, 11.8.1946: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>280</sup> Wagner an Bersu, 27.9.1946: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>281</sup> Weickert an Bersu, 23.12.1946: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>282</sup> Bersu an Unverzagt, 16.7.1946: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2/Bl. 1.

<sup>283</sup> Bersu an Unverzagt, 16.7.1946: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2.

<sup>284</sup> Bersu an Unverzagt, 16.7.1946: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2. – Bersus Schwiegermutter Amalie Betty Goltermann, geborene Cahn (1875), stammte aus einer angesehenen jüdischen Familie in Frankfurt a. Main. Sie wurde Mitte März 1943 über Berlin in das Ghetto Theresienstadt deportiert und starb dort am 9. Mai 1943 (<https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/>; Stand: 11.03.2019).

<sup>285</sup> Krämer, Dienstliche Beurteilung Wagner, 18.2.1963: Archiv RGK PA 2.614 Dr. Walter Wagner, unpag.

<sup>286</sup> Wagner an Weickert, 27.1.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

Zeitschrift *Germania*, der schließlich 1949 erschien<sup>287</sup>. Neben dem offiziellen kommissarischen Leiter Gelzer hielt vor allem Wagner die Kommunikation zur Berliner Zentrale aufrecht. Dabei zeigt sich, dass er, im Gegensatz zu Gelzer und Weickert, das Konfliktpotential der zu Gunsten des DAI und der RGK erhofften Entscheidungen nicht überblickte und vergleichsweise naive Lageeinschätzungen lieferte. So z. B. über Gerüchte zur Gründung eines „Zentralrat[s] der deutschen Wissenschaft in der russischen Zone“<sup>288</sup> oder „der Leibnizstiftung für Kunst und Wissenschaft“ als vermeintliche „Nachfolgerin der Notgemeinschaft“<sup>289</sup>, von denen er sich die Sicherung der RGK erhoffte<sup>290</sup>. Dennoch fungierte Wagner als wichtiger Informant für Weickert im juristischen und bürokratischen Tauziehen um Bersus Rückkehr nach Deutschland. Dafür fehlte einstweilen „jeder Rechtsboden“, denn allein ein noch zu erlassenes Beamtengesetz konnte die Fragen von Bersus Besoldung und seinen Pensionsansprüchen klären<sup>291</sup>.

## 1947

Während Anfang des Jahres 1947 an der Ostberliner Akademie die Gründung der archäologischen Kommission beschlossen wurde und in nahezu allen deutschen Ländern die vormaligen Bodendenkmalämter mehr oder weniger ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten, waren der Status von DAI und RGK weiterhin ungeklärt. Am 10. und 11. Januar 1947 fand „die so lange erwartete Aussprache zwischen Osten und Westen“, eine außerordentliche Sitzung der ZD, in Berlin statt<sup>292</sup>, zu der Weickert eingeladen hatte und an der u. a. Gelzer und von Merhart teilnahmen<sup>293</sup>. Man besprach u. a. die Idee der U. S.-Militärregierung vom Länderrat, das DAI der geplanten Forschungshochschule in Berlin anzugliedern. Die Vertreter des DAI lehnten dies ab, befürworteten aber, dass „bei dieser Hochschule eine archäologische Zweigstelle zur Weiterbildung des Nachwuchses“ eingerichtet wird, „da die Möglichkeit, den Nachwuchs wie früher ins Ausland zu senden, zur Zeit nicht besteht“<sup>294</sup>. Dazu kam es aber nicht; die Ende November 1947 beschlossene<sup>295</sup> und im Frühjahr 1948 in Berlin-Dahlem realisierte Gründung dieser Deutschen

<sup>287</sup> Wagner an Weickert, 6.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag. – GRUNWALD 2017d.

<sup>288</sup> Wagner an Fuhrmann, 6.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag. – Der Klassische Archäologe Heinrich Fuhrmann (1892–1953) arbeitete bis zum Kriegsende in der Fotothek der Abteilung Rom des DAI und übernahm wohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit Verwaltungsaufgaben in der Zentrale.

<sup>289</sup> Wagner an Weickert, 12.12.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>290</sup> Weickert an Wagner, 13.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>291</sup> Wagner an Weickert, 12.12.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>292</sup> Fuhrmann an Wagner, 20.12.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>293</sup> Weickert an Bersu, 23.12.1946: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>294</sup> Weickert an Bürgermeister von Berlin Ferdinand Friedensburg, 28.5.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. – Bruns an Weickert, 13.9.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. – Zu Bruns: ROHDE 1988.

<sup>295</sup> Staatsabkommen über die Errichtung einer deutschen Forschungshochschule in Berlin-Dahlem und die Finanzierung deutscher Forschungsinstitute vom 27. November 1947. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, 1, 1948, 1.

Forschungshochschule umfasste mehrheitlich Institute der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, so dass die Hochschule einen deutlich naturwissenschaftlichen Schwerpunkt hatte. Die Währungsreform im Juli 1948 und vor allem die Gründung der Freien Universität Berlin im November desselben Jahres beförderten das Ende dieses wenig unterstützten Hochschulprojektes im Sommer 1953<sup>296</sup>.

### Raum und Geld

Im Januar 1947 besprach die in Berlin versammelte ZD des DAI vor allem die wissenschaftliche Aufteilung Deutschlands korrespondierend mit den Besatzungszonen – ein Modell, das bald von einem einfachen geographischen abgelöst werden sollte. Weickert wies von Merhart die Idee zu, Deutschland mit einem „wissenschaftlichen Netz“ zu überspannen, „das eine gewisse Einheit der Forschung sichert“ und damit direkt an die Vorkriegsdebatten anknüpfte. Die RGK und das Akademie-Institut in Ost-Berlin deckten für Weickert bereits weite Teile Deutschlands ab, in der britischen Besatzungszone sollten noch Gespräche geführt werden und in der französischen wäre, sofern dort eine „eigene Station erforderlich“ sei, an das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz als „Ansatzstelle“ zu denken. Als Hauptaufgaben des DAI sah er „neben eigenen wissenschaftlichen Unternehmungen die Überwachung und die Beratung lokaler Stellen [sein], ohne diesen die Selbstständigkeit zu nehmen“<sup>297</sup>.

Während dessen hatten innenpolitische Verschiebungen begonnen, welche die alte Länderkonkurrenz wiederaufleben ließen. Berlin bot für die Finanzierung der RGK 30 000 RM an, woraufhin Anfang 1947 in der hessischen Regierung Stimmen laut wurden, dass die RGK kein Geld von Berlin annehmen solle. Vertreter des Länderrats der amerikanischen Zone sahen dagegen Hessen in der Pflicht: „jedes Land [habe] die Kosten für die in seinem Gebiet befindlichen ehemaligen Reichsinstitute zu tragen“<sup>298</sup>. Gelzer informierte die hessische Regierung, „dass die Zentralkommission Wert lege auf eine Zusammenarbeit aller Zonen, und erinnerte daran, dass früher die RGK ihre Mittel vom Reich erhielt.“ Gelzer gewann bei diesen Diskussionen den Eindruck, „dass auch einige Mitglieder der RGK befürchten, die Zentralkommission beabsichtige eine stärkere Einflussnahme auf die RGK, als sie bisher bestand.“<sup>299</sup> In Berlin beim DAI reagierte man empört und zynisch und sprach von Kirchtumspolitik und dass selbst die unabhängigsten Fürstentümer im Alten Reich nicht auf angebotene Gelder verzichtet haben; die Ablehnung gefährde zwar nicht die Einheit des Instituts, aber man hoffte auf die Einsicht der hessischen Regierung, „denn Archäologie als Wissenschaft lässt sich nun mal nicht mit Hilfe der Politik und auch nicht mit den Mitteln eines Heimatbundes oder Heimatvereins betreiben, darüber sind wir uns ja wohl einig.“<sup>300</sup> Hessen begründete die Ablehnung jedoch damit, dass größere Mittel derzeit nicht gebraucht würden<sup>301</sup>.

<sup>296</sup> MEISER 2013.

<sup>297</sup> Protokoll, zit. nach VON SCHNURBEIN 2001, 243–244.

<sup>298</sup> Gelzer an Weickert, 27.1.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>299</sup> Gelzer an Weickert, 27.1.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>300</sup> Fuhrmann an Wagner, 15.3.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>301</sup> Weickert an Gelzer, 18.3.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.; Gelzer an Ministerialrat Hoffmann, Wiesbaden, 14.8.1947. Archiv DAI Zentrale 10–03, unpag.

Weickert bat angesichts dieser Meinungsverschiedenheiten noch dringlicher um seine Reisegenehmigungen und versicherte „Außerdem sollen nach dem geplanten Vorhaben die Interessen der deutschen Vor- und Frühgeschichte beim Institut lebhafter vertreten werden, sodaß auch Reisen in die französische und die englische Zone zu Verhandlungen mit den dort maßgebenden Stellen unbedingt notwendig sein werden.“<sup>302</sup> Das Berliner Geld behielt er, da ja das DAI „zu arbeiten und nicht zu vegetieren wünsche“<sup>303</sup> und er versicherte Wagner, es stünde für Belange der RGK zur Verfügung. In diesem Zusammenhang konkretisierte er erstmals zukünftige archäologische Arbeiten: „Auch wissenschaftliche Unternehmungen werden jetzt, wo Deutschland in Ruinen liegt, in nächster Zeit wahrscheinlich doch in beträchtlichem Umfange auftauchen, wenn man nur an solche Städte wie Augsburg, Mainz und Köln denkt. In Augsburg ist diese Frage der Untersuchung des römischen Stadtgrundrisses schon von Ohlenroth angeschnitten worden, und ich würde es für richtig halten, wenn die RGK über die Grenzen Hessens hinaus sich mit Mitteln und durch wissenschaftliche Unterstützung eines solchen umfangreichen Unternehmens beteiligen würde.“<sup>304</sup>

Dass man in Berlin Gelder für das DAI mobilisierte, war sicherlich dem Renommee des Instituts zu verdanken und der Art und Weise, wie Weickert dieses in die aktuelle kulturpolitische Waagschale zu werfen verstand: „Die Arbeit des Instituts ist zur Zeit vor allem anregend, vermittelnd, verbindend, zunächst in Deutschland selbst, aus der Überzeugung, daß eine wiedererstehende deutsche Kultur bei aller Selbstständigkeit der Stämme und Länder einheitlich werden muß, daß die kulturellen Belange von allem Beginn an in ihrer Bedeutung erkannt und als vorbereitende und verbindende – auch über Deutschland hinaus – gepflegt werden müssen, daß endlich die geistige Kultur in Deutschland die Berücksichtigung der Antike als ihrer letzten allgemein-europäischen Grundlage erfordert.“<sup>305</sup> Weickert stellte gegenüber dem Berliner Oberbürgermeister Hessen als zögerlich dar – sowohl hinsichtlich der Annahme der Berliner Gelder als auch hinsichtlich der Rückberufung Bersus<sup>306</sup>. So verfestigte sich bei ihm das Bild des informierten, engagierten Berlins gegenüber dem behäbigen westdeutschen Hessen und des DAI als kulturpolitischem Flaggschiff: „Man gewinnt den Eindruck, als wäre – vielleicht aus einer Abneigung gegen Berlin und aus Sorge vor nicht bestehenden zentralistischen Bestrebungen – in den deutschen Ländern noch nicht erkannt worden, daß im Deutschen Archäologischen Institut eine Ansatzstelle gegeben ist, die über die Zonen hinweg schon jetzt den von Allen erstrebte Zusammenhalt vorbereitet ist und in gewissem Sinne ermöglicht an einem Punkte, der nicht allein das Interesse einer Spezialwissenschaft ist, sondern mit den kulturellen Aufgaben Deutschlands, sei es der Denkmalpflege, sei es der reinen Wissenschaft oder

<sup>302</sup> Weickert an Magistrat Groß-Berlin, Abt. Volksbildung, Frl. von Pritzbuier, 24.2.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag. – Im Mai reichte Weickert die dafür erforderlichen Paßbilder und die Unbedenklichkeitserklärung seines zuständigen Bezirksamtes nach (Weickert an Magistrat Groß-Berlin, Abt. Volksbildung: 19.5.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.).

<sup>303</sup> Weickert (?) an Gelzer, 18.3.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines,

1935–31.3.1950, unpag.

<sup>304</sup> Weickert (?) an Gelzer, 18.3.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>305</sup> Weickert an Bürgermeister von Berlin Ferdinand Friedensburg, 28.5.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>306</sup> Weickert an Bürgermeister von Berlin Ferdinand Friedensburg, 28.5.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

künftigen Geisteshaltung, unlöslich verknüpft ist.“<sup>307</sup> Im Sommer 1947 schied Weickert als Direktor der Antikenabteilung der Staatlichen Museen aus und wurde zum 1. Juli 1947 Präsident des DAI<sup>308</sup>, was seinen Konzeptionen und Empfehlungen zusätzliches Gewicht verleihen sollte.

### „Notgemeinschaft der deutschen Archäologie“

Im September erreichte ihn eine neuerliche Initiative des Marburger Ordinarius Matz, der die „innere Einigkeit“ der archäologischen Fächer in Gefahr sah, die nur gewahrt werden könne, „wenn offene und persönliche Aussprachen wirklich gepflogen werden.“<sup>309</sup> Ähnlich sahen das auch Weickert und der Berliner Magistrat, der für Weickert zur „Aufrechterhaltung der innerdeutschen Zusammenarbeit“ Reisefreiheiten beantragte und dabei den Stellenwert des DAI klarmachte: dieses bildet „den Mittelpunkt der gesamten archäologischen Forschung Deutschlands“ und besäße „eine überaus wertvolle Tradition an wissenschaftlichen Beziehungen zum Auslandbesitz. Auch nach dem Zusammenbruch orientierte sich die archäologische Forschung nach dem Berliner Institut“<sup>310</sup>. „Die Zentraldirektion ist der Kern dieser Anstalt und von ihrem geregelten Zusammentritt hängt die fruchtbare Arbeit durchaus ab. Da das Institut mit seiner demokratischen Struktur sich über ganz Deutschland erstreckt kann es einen wesentlichen Beitrag dazu liefern, dass der deutsche Zusammenhalt auf einer gesunden Basis gefördert wird.“ Reisen von Weickert hätten „daher auch vordringliches politisches Interesse.“<sup>311</sup>

Ein reisefähiger Präsident reichte aber dem engagierten Matz offensichtlich nicht aus und er konzipierte eine „Notgemeinschaft der deutschen Archäologie“, worüber er der ZD des DAI einen Entwurf vorlegte. Weickert hatte schon im Vorfeld dazu gemeint, dass dies genau die Entwicklung sei, die er befürchtet habe und die er mit der Sitzung der Zentraldirektion im Herbst 1946 hatte verhindern wollen<sup>312</sup>. Matz schlug vor, dass sich „die klassischen Archäologen Deutschlands mit Einschluss der Vertreter der archäologisch orientierten Bauforschung und der christlichen Archäologie“ und die „Vertreter der Vorgeschichte mit Einschluss der römisch-germanischen Archäologie“ jeweils vereinigen sollten und „dass die Verbindung beider Vereinigungen durch den Leiter des Archäologischen Instituts in Berlin wahrgenommen wird.“<sup>313</sup> Zweck dieser Notgemeinschaft solle die „Ordnung und Förderung der archäologischen Arbeit in Deutschland, Vertretung ihrer Anliegen gegenüber der Militärregierungen und der Länderregierungen, Förderung und Pflege der wissenschaftlichen Beziehungen zu der Forschung im Ausland“ sein<sup>314</sup>. Weickert

<sup>307</sup> Weickert an Friedensburg, 28.5.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>308</sup> Weickert an Mitglieder der ZD des DAI, 5.7.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>309</sup> Matz an Weickert, 15.9.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>310</sup> Bescheinigung, Magistrat Gross-Berlin, Abt. Volksbildung, 20.1.1948: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>311</sup> Magistrat Gross-Berlin, undat; wahrschl. Ende Juli 1948: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>312</sup> Weickert an Frl. von Pritzbuer, Magistrat Berlin, Abt. Volksbildung, 20.1.1948: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>313</sup> Matz an ZD des DAI, Oktober 1947: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>314</sup> Matz an ZD des DAI, Oktober 1947: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.



sah sich durch Matz' Initiative an eine Idee erinnert, die er Bersu vertraulich mitteilte: „Sehr von ferne liegt ein Gedanke zu Grunde, der auch mich schon sehr lange beschäftigt, nämlich der der Trennung des Instituts vom Staat und seine Umwandlung in eine Privatgesellschaft, wie das z. B. in England Brauch ist“, was aber in absehbarer Zukunft sicherlich nicht zu realisieren wäre<sup>315</sup>. Tatsächlich wurde weder diese „Privatisierung“ vollzogen noch die Notgemeinschaft jemals gegründet.

Aber auch als Reaktion auf diese Ideen berief Weickert einen „Vertreter im Westen“, einen Bevollmächtigten, der selbstständig mit den Alliierten oder Behörden sowie Mitgliedern des ZD Verhandlungen führen könnte, sofern der Präsident des DAI verhindert sei oder die Arbeitsmöglichkeiten in Berlin weiter verschlechterten, und beauftragte Bittel Ende August 1948 mit diesem Amt<sup>316</sup>. Die Fachvertreter in den westlichen Besatzungszonen befürworteten schließlich diese Berufung. Im März 1949 trat Bittel dann von diesem Amt zurück<sup>317</sup> und Anfang 1951 ging er zurück nach Istanbul<sup>318</sup>.

„Der geschlossene Süden muss der RGK bleiben“<sup>319</sup>

War man sich also beim DAI während des Kaiserreichs seiner zentralen Position im archäologischen Feld ganz gewiss gewesen und hatte sie im Chaos der Weimarer Republik und dann während des Nationalsozialismus zu verteidigen versucht, regten sich nun Zweifel. Das in Besatzungszonen geteilte Deutschland und die fehlende behördliche Zuordnung des DAI lösten aber nicht nur Verunsicherungen aus, sondern vergrößerten offensichtlich auch die Erwartungen an eine zentrale Koordination der Fächer. Von Merhart diagnostizierte diese Verunsicherungen und Erwartungen und versorgte sowohl Bersu als auch Weickert mit strategischen Erwägungen. Dem durch den Verlust der Auslandsinstitute „torsohaften“ DAI attestierte er, dass es sich „seiner Glanzverluste und der daraus zu ziehenden Konsequenzen“ noch nicht ganz bewusst sei, aber bereits geneigt sei, „Urgeschichte, die immerhin noch etwas Wind im Segel hat, enger heranzuziehen, versteht sich ohne wirkliche Formierung einer Doppelinstitution. Die RGK steht als einziger tatsächlich arbeitsfähig zu machender Teil da, hat ihre Bücher, ihr Arbeitsgebiet, wenigstens im Inland, und schließlich auch ihre Aufgaben, an denen sie allein arbeiten kann, ohne internationale Konkurrenz, aber im Interesse wirklich internationaler Forschung.“<sup>320</sup>

Neben personalpolitischen Empfehlungen entwarf von Merhart eine wissensräumliche Gliederung Deutschlands aus der Perspektive der RGK: „Es muss versucht werden, die Kommission auf Basis der Länder der amerikanischen Zone, tunlich auch der französischen zu stellen.“ Im Osten Deutschlands habe die Akademie eine Forschungsstelle

<sup>315</sup> Weickert an Bersu, 28.11.1947: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>316</sup> Weickert an Bayerisches Kultusministerium, zit. bei VIGENER 2012, 111, Anm. 71.

<sup>317</sup> Ebd. 111.

<sup>318</sup> Weickert an Bersu, 6.2.1951; Wagner an Weickert, 13.2.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>319</sup> Merhart an Bersu, 24.3.1947, 3 S.: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu–Korrespondenz–1946–1950“, unpag.

<sup>320</sup> Merhart an Bersu, 24.3.1947, 3 S.: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.; Merhart an Unverzagt, 28.5.1946: MVG Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt 1945–Ende 1948, unpag. – Ähnlich eindringlich, aber bittend Max Wegner (Klass. Arch. Münster) an Bersu, 30.12.1947: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

mit Unverzagt als Leiter gegründet und im „Norden soll versucht werden, die britischen Zonen-Länder für eine parallele Stelle bei Sprockhoff zu begeistern. Die zu meinem Schrecken von Herrn Weickert bei der ZD-Sitzung in Berlin vorgebrachte Idee, in Mainz eine vierte Stelle einzurichten, habe ich ihm gegenüber lebhaft abgelehnt. Der geschlossene Süden muss der RGK bleiben.“<sup>321</sup>

Diese Pläne unterliefen aber die durch die Statuten der RGK festgelegte wissensräumliche Gliederung Deutschlands, was auch von Merhart wusste. Deshalb empfahl er Weickert, „einstweilen bei einer loseren Form zu bleiben“, denn diese Pläne würden „eine völlige Neuregelung erzwingen [...], wobei dann jeder Stellenleiter eine Kommission hinter sich hätte oder eine komplizierte Verflechtung der Kommissionen, da ja schliesslich die Fachkundigen nicht in unbeschränkter Zahl verfügbar sind.“<sup>322</sup> Um einen Umgang damit zu finden, mahnte er mehrere ausführliche persönliche Besprechungen an.<sup>323</sup> Von Merhart wies Bersu dessen Position in diesem Chaos zu: „Als bald wäre unklar, wer eigentlich Hausherr ist und die bestehende Bibliothek würde automatisch zum Anziehungspunkt für bücherlose Archäologen. [...] Eine Fern-Steuerung der RGK von Berlin ist Stückwerk und bleibt unfruchtbar, wenn nicht gar schädlich. [...] Entweder bekommen wir bald den richtigen Mann oder es wird nichts mehr aus der Sache.“ Für von Merhart war das Bersu und in zweiter Linie Sprockhoff, wie er gegenüber Weickert eindringlich schrieb und den er ermahnte, Bersu zur Rückkehr aufzufordern. Mit der Berufung eines Direktors könne die RGK bevorstehende Mittelkürzungen und Entscheidungen überstehen und damit den Anker bilden, „an dessen etwas langer Kette doch auch das Schiff des Instituts einigen Halt findet“<sup>324</sup>.

Weickert schloss sich offensichtlich von Merharts Einschätzungen an und das sowohl in Hinblick auf die Dringlichkeit als auch auf dessen Einschätzung der genannten Akteure. Vor allem die Weigerung Hessens, die Berliner Mittel zu akzeptieren, empörte ihn und er sah darin seine Einschätzung bestätigt, dass man allein im Osten die Lage Deutschlands richtig beurteile und dort die klügeren Entscheidungen trafe, so auch in Hinblick auf die Denkmalpflege. Er verwies darauf, „daß inzwischen in der Provinz Brandenburg die Denkmalpflege auch für die Vorgeschichte wieder eingerichtet wurde, und zwar erst kürzlich, sodaß Hessen mit seinem denkmalpflegerischen Vakuum zur Zeit allein auf weiter Flur steht“ und Unverzagts Institut an der Akademie „soll einmal, ähnlich wie die RGK für den Westen, wenn auch in bescheidener Form, für den Osten wirken.“<sup>325</sup>

#### „Der alte unselige Streit“<sup>326</sup>

Bersu versuchte, eine erste Deutschlandreise zu planen. Aber allgemeine Reiseerschwernisse<sup>327</sup> und eine Bestimmung des obersten Alliierten Kontrollrates im September 1947, wo-

<sup>321</sup> Merhart an Bersu, 24.3.1947, 3 S.: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>322</sup> Merhart an Weickert, 15.1.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>323</sup> Merhart an Weickert, 15.1.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>324</sup> Merhart an Weickert, 25.3.1947: DAI Archiv

der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>325</sup> Weickert an Merhart, 15.4.1947, 3 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>326</sup> Weickert an Bersu, 28.11.1947, 2 Bl., S. 2: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>327</sup> U. a. Bersu an Oberregierungsrat (?), 25.3.1947; Gelzer an Bersu, 3.4.1947; Weickert an Bersu, 6.8.1947; Bersu an Weickert, 7.9.1947:

nach alle sich über die Zonengrenzen erstreckenden Unternehmungen und wissenschaftliche Gesellschaften der Genehmigung des Kontrollrates bedurften, behinderten nicht nur diese Pläne. Auch eine für den Oktober 1947 geplante Sitzung der Zentralkommission des DAI konnte deshalb nicht stattfinden<sup>328</sup>, so dass auch 1947 direktes Kommunizieren und Planen kaum möglich war. Der RGK war vom städtischen Wohnungsamt inzwischen das Gebäude Palmengartenstr. 14 zugewiesen worden, in dem aber umfangreiche Renovierungen notwendig waren<sup>329</sup>. Die RGK wurde nun vom Land Hessen betreut und eine Übernahme durch die drei Länder der amerikanischen Besatzungszone war geplant, wobei die drei Beamtenstellen und die Angestelltenstellen der Vorkriegsjahre erhalten bleiben sollten<sup>330</sup>.

So wie seinerzeit die Konflikte innerhalb der Prähistorischen Archäologie auf die Person Reinerth reduziert worden waren, wurde nun der ausstehende Wiederaufbau auf die Rückkehr Bersus reduziert. Z. B. Werner, inzwischen Lehrstuhlinhaber in München, schrieb eindringlich an Bersu, „dass die augenblickliche Stagnation in unserem Fach erst dann behoben sein wird, wenn Sie hier sind und damit das Frankfurter Institut wieder arbeitsfähig ist.“<sup>331</sup> Währenddessen schlug Werner vor, sich zusammen mit Bittel und von Merhart bei den drei Länderregierungen der amerikanischen Zone „mit genauen Personalvorschlägen für eine ‚Neuzusammenstellung‘ der RGK“ zu melden, um so die Entwicklungen voranzutreiben<sup>332</sup>. Tatsächlich war die RGK bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder zusammengetreten oder neu berufen worden und damit praktisch inexistent. Gelzer sah diese Initiative kritisch und appellierte an das DAI, die Zusammensetzung der RGK „im Rahmen des Gesamtinstitutes“ zu regeln<sup>333</sup>. Immerhin lag nun die Erklärung des Landes

Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>328</sup> Weickert an Bersu, 15.10.1947; Weickert an Bersu, 12.4.1947: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>329</sup> Gelzer an Weickert, 3.4.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>330</sup> Werner an Bersu, 24.4.1947: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>331</sup> Werner an Bersu, 24.4.1947; Gelzer an Bersu, 14.5.1947: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag. – Ausführlicher Weickert: „Kostbare, nie wieder einzubringende Zeit verstreicht und das zögernde In-Gang-Kommen, wenn man überhaupt diesen optimistischen Ausdruck gebrauchen darf, steigert auf allen Seiten die Nervosität und gibt gefährlichen destruktiven Erscheinungen Nahrung. Es kommt hinzu, dass langsam der Plan einer Untersuchung der zerstörten Städte

Augsburg, Mainz, Köln usw. Form gewinnt, der für die Römisch-Germanische Kommission eine gewaltige Aufgabe darstellen würde. Für alles dieses, für die gemeinsame Arbeit von Ihnen in Frankfurt und mir hier, für die Ordnung der Personalverhältnisse, für die RGK im besonderen, und die Planung der Personalien für die grosse römisch-germanische Aufgabe, für die Rolle der RGK als einziger Arbeitsstation zur Zeit des Instituts und Platzhalterin auch für die Tätigkeit der früheren Auslandsinstitute, für all dieses ist Ihre baldige Rückkunft und Ihre Entscheidung dringend notwendig.“ (Weickert an Bersu, 6.8.1947: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag. – Wagner an Weickert, 23.7.1947; Weickert an Wagner, 28.7.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>332</sup> Gelzer an Weickert, 29.7.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>333</sup> Gelzer an Weickert, 29.7.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

Hessen vor, die RGK zu finanzieren, wobei sich Berlin gerne beteiligen könne; eine Formulierung, die Wagner und Weickert eher nervös machte als beruhigte<sup>334</sup>.

Weickert bemühte sich darum, mit Wagners Hilfe eine provisorische Neuberufung der RGK auf Grundlage der Statuten von 1901 vorzubereiten<sup>335</sup>. In der Zentrale des DAI kommentierte dabei wiederholt ein großes Befremden über die Weigerung Hessens, Berliner Mittel für die RGK anzunehmen<sup>336</sup>. Für eine Sitzung der RGK am 24. und 25. Oktober 1947, die Weickert in Frankfurt leiten wollte, entwarf man ein Programm. Es sah u. a. vor, die archäologischen Untersuchungen in deutschen Städten und die Zusammensetzung des Fachausschusses für die RGK zu diskutieren<sup>337</sup>. Zu diesem Punkt trafen inzwischen auch Anfragen aus verschiedenen Teilen der westlichen Besatzungszone bei der RGK ein und Weickert verwies darauf, dies alles bei der Oktobersitzung zu klären<sup>338</sup>.

Diese Sitzung fand dann im Herbst 1947 während einer „fünfwöchige[n] sehr anstrengende[n] Reise durch West- und Süddeutschland“ statt, die Weickert unternahm, um über „die Möglichkeiten und Forderungen für unsere Wissenschaft [...] wie die grossen Schwierigkeiten, die allenthalben uns von den verschiedensten Seiten entstehen“<sup>339</sup>, behoben werden könnten, zu besprechen. Weickert legte den Mitgliedern der Zentralkommission des DAI darüber einen Bericht vor, der auch an Bersu ging<sup>340</sup>. Bersu sah auf diese eindringlichen Berichte und Briefe gegen Ende des Jahres zunehmend verständnislos<sup>341</sup>. Die deutschen Kollegen überblickten seiner Meinung nach die komplizierten Formalitäten nicht, die zwischen den Besatzungsmächten und Großbritannien für die Reisegenehmigungen eines Deutschen einzuhalten waren und die nur die Eisspitze der alliierten Kontrolle darstellten. Ihm schien „die Haltung der Regierung in Wiesbaden weit mehr mit Realitäten zu rechnen als die Kollegen die immer noch nicht erfasst haben wie die wirkliche Lage ist. Es ist klar, dass solange Deutschland auf Kosten der Alliierten ernährt werden muss alle Ausgaben kulturelle Aufgaben früher oder später einer Kontrolle unter[stell]t werden eine Kontrolle die für Institute wie Frankfurt von grösserer Bedeutung sein werden“<sup>342</sup>.

Ende November 1947 teilte Weickert auch Bersu die Idee mit, in Hannover eine weitere archäologische Kommission o. ä. zu installieren und damit die wissensräumliche Neuordnung Deutschlands abzuschließen<sup>343</sup>. Weickert freute sich über Bersus Zustimmung und begründete die Planung damit, dass trotz Unverzagts Institut und der RGK voraussichtlich

<sup>334</sup> Auszug Schreiben Wagners, 30.7.1947; Wagner an Weickert, 4.8.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>335</sup> Weickert an Wagner, 8.8.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>336</sup> Fuhrmann an Wagner, 20.8.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>337</sup> Weickert an Wagner, 20.8.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>338</sup> Gelzer an Weickert, 18.10.1947; Weickert an Gelzer, 27.10.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>339</sup> Weickert an Bersu, 15.10.1947: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>340</sup> Weickert an Bersu, 1.11.1947: Archiv RGK,

Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>341</sup> Bersu an Unverzagt, 1.11.1947: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2/Bl. 3.

<sup>342</sup> Bersu an Unverzagt, 1.11.1947: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2/Bl. 3.

<sup>343</sup> Für die Leitung dieses neuen Institutes war wohl auch Alfred Tode im Gespräch, aber Weickert versicherte dem deshalb wohl beunruhigten Bersu: „Die Angelegenheit der Neugründung in Hannover ist über das Stadium des Vorschlages noch nicht hinausgekommen und irgendein fait accompli ist nicht geschaffen.“ (Weickert an Bersu, 28.11.1947, 2 Bl., S. 2–3: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957).

„ein grosses und vorgeschichtlich bedeutendes Stück der britischen Zone unbedeckt von einer Organisation [bliebe], die allein in gemeinsamer Zusammenarbeit mit den benachbarte Disziplinen rein wissenschaftliche Ziele der Erforschung des eigenen Bodens und damit den Zusammenhang mit näheren und fernerer Nachbarn verfolgt.“ Mit der Formulierung „benachbarte Disziplinen“ verwies Weickert auf eine archäologieinterne Debatte, die seit den 1920er Jahren immer wieder geschürt worden war, um wissenschaftspolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Völkische Prähistoriker hatten seit Gustaf Kossinnas Diktum der „Vorgeschichte“ als nationaler Wissenschaft die einheimische Prähistorische Archäologie gegenüber archäologischen Forschungen zur provinzialrömischen Geschichte innerhalb Deutschlands oder zur Klassischen Antike im Mittelmeerraum aufgewertet, während Vertreter der Klassischen Archäologie ihrerseits prähistorische Forschungen abgewertet hatten. Aus diesen Bewertungen waren wiederholt Forderungen nach verstärkter Förderung oder Umstrukturierungen zugunsten des eigenen Faches abgeleitet worden, ohne dass es zu einer inhaltlichen, fachübergreifenden Einigung gekommen war.

Das Weltkriegsende und die anschließende Entnazifizierung schienen wohl aus Sicht der Alliierten das germanozentrische völkische Archäologieverständnis endgültig beendet zu haben, aber Weickert sah sich genötigt, gegenüber Bersu zu appellieren, „der alte unselige Streit um den Vorrang zwischen Vorgeschichte und Archäologie, zu der ich die römische provinziale Forschung durchaus rechne, muss ja doch ein Ende finden, oder vielmehr nicht wieder aufleben.“<sup>344</sup> Weickert zeigte sich hinsichtlich des fortbestehenden Antagonismus zwischen den Archäologien ebenso informiert wie über die Pläne, die in den 1930er Jahren im DAI zugunsten einer zentral geführten, integrativen Archäologie entwickelt worden waren: „Bis jetzt habe ich gewisse institutsfeindliche Strömungen oder vorsichtige Ansätze dazu aus der Vorgeschichte nur aus der Ostzone erfahren. Was nicht heissen soll, dass es im Westen und Norden nicht auch ähnliches gibt. Es wäre ja doch aber gegen jede Vernunft, wenn auf dem zusammengeschrumpften Gebiet Deutschlands die beiden Wissenschaften nicht miteinander arbeiten sollten, um gegeneinander zu wirken. Das Institut [das DAI, S. G.] wäre vorsichtig und zurückhaltend geleitet und auf seine wissenschaftlichen Aufgaben beschränkt für diese Vereinigung die gegebene Stelle, und der Versuch, der jetzt gemacht wird, ist nichts anderes, als das Wiederaufnehmen dessen, was Wiegand unter anderen Voraussetzungen früher schon versuchte“<sup>345</sup>.

Aber vorerst verhinderte ein „rigoroser Kürzungsbefehl“, der wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen (20. Juni 1948) zu sehen ist, einen brauchbaren Finanzhaushalt für 1947/1948, so dass die geplanten Aufbauarbeiten beim DAI und damit der RGK nicht in Angriff genommen werden konnten<sup>346</sup>. Aber als Ende 1947 Vorschläge an Gelzer gesandt wurden, anlässlich des ausstehenden Besuchs Bersus in Frankfurt eine Tagung all derjenigen an der RGK interessierten Fachkollegen, unabhängig davon, ob sie der alten RGK angehörten oder nicht, zu organisieren, befürworteten Gelzer und Weickert dies als eine ungewöhnliche Kommissionssitzung, woraufhin Listen potentieller Teilnehmer erstellt wurden<sup>347</sup>. Weickert erinnerte daran, dass zwar die Statuten des DAI und der RGK angesichts einer

<sup>344</sup> Weickert an Bersu, 28.11.1947, 2 Bl., S. 2: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>345</sup> Weickert an Bersu, 28.11.1947, 2 Bl., S. 2: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>346</sup> Weickert an Gelzer, 15.12.1947; Gelzer an Weickert, 17.12.1947: DAI Archiv der Zentrale 10–03, unpag.

<sup>347</sup> Gelzer an Goessler, 2.1.1948: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

fehlenden Reichsregierung nur sinngemäß angewendet werden könnten, aber dennoch als Grundlage für die Konstituierung der RGK herangezogen werden könnten. Danach wären in die neue Kommission der RGK zu berufen neben dem Präsidenten und zwei weiteren ZD-Mitgliedern und dem Direktor der RGK drei durch die ZD zu berufende Mitglieder, sechs Mitglieder der Länder Deutschlands, „die dauernd unter römischer Herrschaft gestanden haben“ und bis zu fünf Mitglieder, die von der Z. D. bestimmt würden<sup>348</sup>. Mitte 1947 konzipierte Weickert die Arbeit des DAI also noch gesamtdeutsch, aber bis zum Jahreswechsel wuchs seine Sorge um den politischen Raum Deutschland, der den Rahmen für den archäologischen Raum darstellte.

1948

Im Januar 1948 schrieb Weickert flehend an Bersu: „Ich bitte Sie sehr herzlich und dringend, mich zu beruhigen, daß wir Sie in Deutschland erwarten dürfen“<sup>349</sup>. Seine Gründe dafür waren sicherlich sowohl fachlicher als auch politischer Natur. Zum einen lud Matz in Marburg nun tatsächlich „zur Vorbereitungs- und Beratung für die Gründung einer ‚Notgemeinschaft der deutschen Archäologie‘ zum 7. Februar“ ein<sup>350</sup>, zum anderen sorgte Bersus Ernennung zum Professor in Dublin im Frühling 1948 für weitere Aufregungen<sup>351</sup>. Weickert verortete die institutionellen Belange jedoch vor allem vor einem größeren (kultur-)politischen Hintergrund: „Die Sorge um die RGK wird von Tag zu Tag ernster und brennender. Die beklagenswerten politischen Verhältnisse in Deutschland, nach denen mit einer mehr oder weniger vollkommenden Zerteilung Deutschlands in eine westliche und eine östliche Hälfte zu rechnen sein wird, lassen ganz abgesehen von den Spezialaufgaben der RGK die Besetzung der Direktorenstelle als höchst vordringlich erscheinen.“<sup>352</sup>

#### Weickerts Appell

Weickert gab sich in diesem Brief an Bersu weitsichtig und vor allem enthusiastisch, was die Arbeit und die Einflussmöglichkeiten von DAI und RGK sowohl fachlich als auch wissenschaftspolitisch betraf. Damit verdeutlichte er auch, wie eng tatsächlich die Entwicklung letztlich aller hier besprochener archäologischer Institutionen an die Nachkriegspolitik in allen Teilen Deutschlands gebunden waren und dass es unmöglich sein würde, unabhängig von der Realpolitik Fachpolitik zu betreiben. „Wie auch immer die politische Gestalt Deutschlands sein wird, die heute auch nach den Verlautbarungen aus London, von uns wenigstens, noch nicht vorgestellt werden kann, ist es doch undenkbar, daß wir auch auf geistigem Gebiet von der Gefahr eines Auseinanderlebens, des Mißverständnisses und der schließlichen Trennung bedroht sein sollen. Ein so auch geistig zerstückeltes Deutschland würde nicht in der Lage sein, die ungeheuer schwierige Aufgabe zu lösen,

<sup>348</sup> Weickert an Wagner, 8.8.1947: Archiv DAI Zentrale 10–03.

<sup>349</sup> Weickert an Bersu, 20.1.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>350</sup> Weickert an Magistrat Berlin, Abt. Volksbildung, 20.1.1948: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–

31.12.1951“, unpag.

<sup>351</sup> U. a. Gelzer an Bersu, 9.4.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>352</sup> Weickert an Bersu, 10.6.1948, S. 1–2: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

die uns durch die weltpolitische Situation als einem Randgebiet gestellt ist. Nirgendwo kann man das mit unerbitterlicher Deutlichkeit empfinden als hier. Abgesehen von der beklagenswerten Spaltung in der Vorgeschichte, die durch Reinerth und seinen Anhang verursacht wurde, sind wir gewohnt, daß die Archäologie aller Gattungen, die in deutscher Sprache getrieben wird, eine große Einheit darstellt, die als Ganzes mit den entsprechenden Wissenschaften in allen Nachbarländern in gutem Gespräch war. [...] Die jüngste Entwicklung, in Deutschland selbst vorwärts getrieben von partikularistischen und engen Vorstellungen in einigen westlichen Ländern, bedroht in beängstigender Weise solche glücklich gemachten zarten Anfänge. Die RGK, wieder arbeitsfähig und von sicherer Hand geführt, würde in diesen sich einander entgegenlaufenden Strömungen ein ruhige und fester Punkt sein, der schnell schon allein durch seine prachtvolle Bibliothek auf alle interessierten Kreise Deutschlands eine starke Anziehungskraft ausüben würde. Man hat mir immer wieder den Gedanken nahe gelegt und tut das noch, den Berliner Teil des Instituts nach dem Westen zu verlegen. Ich verkenne nicht, was sich im Osten ereignen könnte, halte es jedoch für falsch, vor Schwierigkeiten auszuweichen, die durch dieses Ausweichen nur größer und vielleicht auch gefährlicher werden könnten. Niemand und nichts kann die Situation ändern, die durch das Angrenzen Deutschlands an den östlichen Teil der Welt gegeben ist. Wir müssen, ohne unseren Anteil an der geistigen Kultur Europas aufzugeben, alles dazu tun, damit dieses Nebeneinander nicht ein unüberbrückbarer Gegensatz oder gar Feindschaft bedeutet, sondern daß ein jeder in seiner kulturellen Welt als Nachbar neben dem anderen leben kann. Bis jetzt ist in dieser Beziehung noch kaum etwas geleistet, wenn man nicht das Negative anführen will, daß man im Westen nur zu leicht denkt, wir wären der östlichen Ideologie bereits verfallen. Außer von einer politischen Minderheit und einer Reihe von Schwachen ist wohl genau das Gegenteil der Fall.<sup>353</sup>

In seinem Entwurf einer Antwort darauf widersprach Bersu Weickert entschieden. Er hielt dessen Einschätzung der kulturpolitischen Möglichkeiten in Deutschland angesichts der politischen Entwicklungen in der SBZ für falsch, da er die kommunistische Ideologie als Gegenteil einer europäischen Ideologie sah: „Es schmerzt mich als Deutscher dies sagen zu müssen, aber im Osten kann es keine deutsch europäische Wissenschaft mehr geben. Die schöne Idee dass deutsche Wissenschaft eine Brücke zwischen Ost und West sein könnte, ist ein Traum, dessen Erfüllung wir nicht mehr erleben werden. Sollte er je wieder möglich sein, wird er nur vom Westen aus zur Erfüllung gebracht werden können. Und dann auch nur wenn die K. S.<sup>354</sup> Ideologie sich grundsätzlich ändert.“ Bersu betonte, dass er an dem Plan festhalte, die RGK und die anderen DAI-Abteilungen wieder zu eröffnen, wenn sich die Finanzlage im Westen Deutschlands verbessert habe<sup>355</sup>.

Inzwischen hatte der Kalte Krieg mit der Berliner Blockade einen ersten Höhepunkt erreicht. Zwischen Ende Juni 1948 und Mai 1949 wurde die West-Berliner Bevölkerung mit allen Waren des täglichen Bedarfs bis hin zu Heizmitteln durch eine Luftbrücke zwischen West-Berlin und den westlichen Besatzungszonen versorgt, nachdem sich die Besatzungsmächte in Berlin praktisch seit 1945 gegenseitig behindert und schikaniert hatten und die UdSSR schließlich mit der umfassenden Blockade begann<sup>356</sup>. Dadurch wurde, neben

<sup>353</sup> Weickert an Bersu, 10.6.1948, S. 2–4: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>354</sup> Wahrscheinlich Kommunistische Sozialistische Ideologie.

<sup>355</sup> Briefentwurf Bersu an Weickert, undat; wohl Ende Juni 1948; Weickert an Bersu, 23.7.1948: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>356</sup> DEFRANCE U. A. 2018.

allen alltäglichen und sozialen Härten, die sich daraus für die West-Berliner ergaben, die Atmosphäre in ganz Berlin erheblich radikalisiert. In den Stadthälften wurde ideologisch aufgerüstet und auf kultureller und wissenschaftlicher Ebene wurden die beiden Teile zu Brückenköpfen der sich gegenüberstehenden Systeme aufgerüstet. Für die Kommunikation zwischen den Archäologen in beiden Teilen der Stadt, aber auch der ZD des DAI und den Einrichtungen in den westlichen Besatzungszonen bedeutete die Blockade eine Verschärfung der ohnehin noch bestehenden Einschränkungen. Der gerade angelaufene internationale Büchertausch sowie der tägliche Briefverkehr waren wieder nahezu unmöglich<sup>357</sup>.

Die Erfahrungen der Blockade und Initiativen von Wissenschaftlern und Studenten gegen die zunehmende politische Ausrichtung der Humboldt-Universität führten im Dezember 1948 zur Gründung der Freien Universität Berlin (FU) in Dahlem. Sie etablierte sich schnell und erfolgreich als Konkurrenzunternehmen zur Universität in Ost-Berlin und zu der in West-Berlin arbeitenden Deutschen Forschungshochschule<sup>358</sup>, die mit ihrer naturwissenschaftlichen Ausrichtung langfristig nicht mit einer Volluniversität konkurrieren konnte und 1953 aufgegeben wurde. Aus der Existenz von zwei Berliner Universitäten ergaben sich vielfältige wissenschaftspolitische und wissenschaftliche Konsequenzen und in Berlin waren so wahrscheinlich noch eher als anderswo die vielfältigen Auswirkungen der deutschen Teilung auf einzelne akademische Fächer zu beobachten. So hatte Weickert im Osten Berlins seit 1949 das sog. Winckelmann-Institut, das Institut für Klassische Archäologie, geleitet und wiederaufgebaut. Als 1948 seine Professorenkollegen Wilhelm Goethert (1907–1978)<sup>359</sup> und Gerhard Kleiner (1908–1978) an die neu gegründete FU nach West-Berlin wechselten und Weickert dann seine Lehrtätigkeit und Institutsleitung 1950 aufgab, um sich auf die Leitung des DAI zu konzentrieren, begann eine Neuausrichtung der archäologischen Forschung und Lehre in Berlin. Goethert übernahm an der FU das neu gegründete Institut für Klassische Archäologie. Prähistorische Archäologie wurde an der FU erst ab 1950 oder 1951 von Otto-Friedrich Gandert (1898–1983)<sup>360</sup> gelehrt; ein eigenständiges Institut wurde erst 1959 eingerichtet, dem dann der vorrangig theoretisch und methodengeschichtlich arbeitende Horst Kirchner (1913–1990) vorstand<sup>361</sup>.

### Neue Arbeitsgemeinschaften

In der Nachkriegszeit setzte sich die Verflechtung von Archäologie und Mediävistik fort, deren Anfänge in die Zwischenkriegszeit zurückreichen. In engem Austausch mit Vertretern der sog. Deutschen Ostforschung war damals ein ganzes Bündel von politisch instrumentalisierbaren archäologischen Forschungsfragen entwickelt worden<sup>362</sup>; von besonderem Interesse waren dabei die Siedlungsgeschichte der Wikinger, die mittelalterliche Stadtwerdung sowie das Ausmaß und die Etappen der „deutschen Ostexpansion“ gewesen. Angesichts der häufig nachgewiesenen Nähe zwischen Pfalzen, befestigten Siedlungen und mittelalterlichen Städten wurden dabei Fragestellungen der im ausgehenden 19. Jahrhundert initiierten Pfalzenforschung mit denjenigen der sich entwickelnden sog. Burgen- und Stadtkernforschung verknüpft<sup>363</sup>. Die damals einflussreichsten Ausgrabungen zu diesen

<sup>357</sup> Weickert an Wagner, 28.2.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>358</sup> MEISER 2013.

<sup>359</sup> BÖRKER 1988.

<sup>360</sup> VON MÜLLER / NAGEL 1959; VON MÜLLER 1984/1985.

<sup>361</sup> HÄNSEL 1988.

<sup>362</sup> U. a. PISKORSKI U. A. 2002.

<sup>363</sup> BRACKMANN 1937; HALLE 2007.



Fragen fanden in Zantoch an der Warthe<sup>364</sup>, in der sog. Wikingerstadt Haithabu in Schleswig-Holstein<sup>365</sup> und in der Pfalz Werla statt<sup>366</sup>.

1945 existierten dadurch in Deutschland detaillierte archäologische und historische Forschungsfragen, erste Forschungsergebnisse, genaue Vorstellungen vom Umfang weiterführender Ausgrabungen, Techniken ihrer medialen und musealen Vermittlung sowie ein überschaubares Netzwerk an Wissenschaftlern, die Erfahrung mit solchen Arbeiten hatten und sich ihnen weiterhin widmen wollten. Diese sahen sich nun einer paradoxen Situation gegenüber: Die Kriegsniederlage, das Ausmaß der Zerstörung, die Gebietsverluste im Osten und die Teilung des Landes in Besatzungszonen hatten alle bisherigen Forschungs-, Denkmalpflege- und Förderstrukturen zunichte gemacht oder außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig war die Zerstörung zahlreicher deutscher Städte derart drastisch, dass viele der erhofften Untersuchungen jetzt überhaupt erst möglich waren. So widmete sich Unverzagt der Magdeburger Innenstadt und gründete dort nach ersten Ortsbegehungen im März 1948<sup>367</sup> eine „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Vor- und Frühgeschichte Magdeburgs“ in Anlehnung an sein Forschungsprogramm vom Ende der 1930er, das er seinerzeit mit dem Historiker Brackmann skizziert hatte<sup>368</sup>. Diesem teilte er freudig mit: „Diese Untersuchungen bilden nur einen bescheidenen Anfang des Unternehmens, das auf viele Jahre berechnet werden muss, wenn es überhaupt eine einigermaßen vollständige Aufklärung von Magdeburgs Frühgeschichte bringen soll.“<sup>369</sup>. Unverzagt sollte Recht behalten – nahezu 20 Jahre unterstützte die DAW die Forschungen in Magdeburg in Gestalt von ca. 160 unterschiedlich großen Ausgrabungen, ohne dass damit aber alle Fragen zur Stadtwerden beantwortet werden konnten<sup>370</sup>.

Bereits seit dem Sommer 1945 gab es ehrenamtlich in Magdeburg verschiedene Maßnahmen der Sicherung von Kunstdenkmälern und Gebäuderesten, wobei es Ende 1947 dann zur Entdeckung eines mittelalterlichen Hallenbaues kam, der Ausgangspunkt für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft und deren Forschungen zur frühen Kaufmannssiedlung von Magdeburg werden sollte. Im Übergang vom temporären Stapelplatz von Handelswaren zu einer dauerhaften Händlersiedlung sah man den Beginn der Magdeburger Stadtwerdung, denn man archäologisch untersuchen wollte<sup>371</sup>. Die Arbeitsgemeinschaft bestand aus Unverzagt, dem Ausgrabungsleiter Ernst Nickel (1902–1989) und dem engagierten Stadthistoriker und Kunstmaler Wilhelm Priegnitz (1896–1967), der sich vor allem um die Inventarisierung von Kunst- und Baudenkmalern kümmerte<sup>372</sup>. Nickel führte zusammen mit einem Schachtmeister sowie wenigen Hilfskräften die Ausgrabungen im Stadtzentrum durch, während wohl vor allem Unverzagt den Austausch zwischen Archäologie und Mediävistik koordinierte und für eine intensive Öffentlichkeitsarbeit sorgte. Die Ausgrabungen selbst erfolgten „vielfach im Wettkampf mit dem Bagger“<sup>373</sup> und mit unzureichenden Werkzeugen und Dokumentationsmitteln<sup>374</sup>. Im Jahr 1949 wurden diese Untersuchungen mit ca. fast 53.000 DM gefördert, wovon das zuständige Denkmalamt und die DAW je 10.000 DM zahlten<sup>375</sup>. Eine erste Ausstellung zu den Ausgrabungsergebnissen

<sup>364</sup> BRACKMANN / UNVERZAGT 1936; GRUNWALD 2009; DIES. 2012; DIES. 2017c.

<sup>365</sup> U. a. MÜLLER 2010; MAHSARSKI 2011.

<sup>366</sup> BLAICH 2010; DERS. / WEBER 2008; BLAICH / GESCHWINDE 2015.

<sup>367</sup> LEUBE 2017, 413.

<sup>368</sup> UNVERZAGT 1960; HALLE 2007.

<sup>369</sup> Unverzagt an Brackmann, 19.10.1948: SMB-

PK/MVG Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt 1945–Ende 1948, unpag.

<sup>370</sup> PÄFFGEN U. A. 2014, 135–136.

<sup>371</sup> LEUBE 2017, 411.

<sup>372</sup> BALLERSTEDT 2002; LEUBE 2017.

<sup>373</sup> Unverzagt, 3.5.1949, zit. bei LEUBE 2017, 420.

<sup>374</sup> LEUBE 2017, 420–421.

<sup>375</sup> Ebd. 421.

wurde im Herbst 1948 von mehr als 14.000 Menschen besucht, 1949 kamen im Rahmen einer „Volksbildungswoche“ 16.000 Besucher und Besucherinnen<sup>376</sup>. Wie noch zu zeigen sein wird, begann sozusagen in Magdeburg die Nachkriegskonjunktur archäologischer Forschungen zum Früh- und Hochmittelalter und gleichzeitig die Renaissance der Deutschen Ostforschung.

### Bersus Deutschlandbesuch

Der hessische Minister für Kultus und Unterricht richtete im Juni 1948 eine offizielle Einladung an Bersu<sup>377</sup>, wodurch die Bemühungen um dessen Einreisegenehmigung und die Planungen für Besprechungen mit ihm weiter intensiviert wurden<sup>378</sup>. Die Sitzung der ZD des DAI im Sommer wurde als dringlich eingestuft und galt ebenfalls der Rückkehr Bersus<sup>379</sup>. Die Reiseformalitäten für Bersu waren aber auch im Sommer 1948 noch nicht geklärt, als eine angekündigte Währungsreform, die am 21. Juni 1948 in den drei westlichen Besatzungszonen erfolgte<sup>380</sup>, alle finanziellen Planungen von Organisation und Treffen lähmte. Bersu signalisierte dennoch Reisebereitschaft<sup>381</sup>. Alle Beteiligten waren sich sicher, dass die deutschen Behörden Bersus Reiseplänen durchaus positiv gegenüberstanden, während die „hypertrophierte Bürokratie“ der amerikanischen Besatzung sehr langsam arbeite und dadurch die Reisepläne verzögere<sup>382</sup>. Der engere Kreis um die RGK erwartete Bersus Rückkehr immer ungeduldiger, zumal Wagner in Frankfurt „unkompetent“ über die Vergabe der wenigen Finanzmittel entschied und „durch mangelnde Verbindlichkeit in der Korrespondenz und recht ‚direktoriales‘ Auftreten manche Leute verprellt hat. Bei Merhart z. B. hat er restlos ausgespielt.“<sup>383</sup> Auch Bersu selbst hegte Zweifel an Wagners Kompetenzen und erbat deshalb, dass alle künftige Korrespondenz allein zwischen dem Ministerium, Weickert bzw. Bittel und ihm laufen sollte<sup>384</sup>. Bittel war nicht nur Weickerts Beauftragter für den „Westen und einer der wenigen berufenen Lehrstuhlinhaber in Deutschland zu diesem Zeitpunkt, sondern er war auch seit seiner Förderung durch Bersu und später von Merhart beiden offensichtlich eng verbunden, so dass er Bersus Vertrauen genoss<sup>385</sup>.

Weickert schlug Ende August 1948 vor, dass die RGK „nach der Meinung des künftigen Direktors vollständig neu konstituiert“ werden solle, da alle Mandate abgelaufen seien.

<sup>376</sup> Ebd. 421.

<sup>377</sup> Stein an Bersu, 22.6.1948; Harry A. Wann, Militärregierung Hessen, Abt. Bildung, an Bersu, 7.7.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>378</sup> Weickert an Bersu, 12.8.1948; Gelzer an Bersu, 20.8.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>379</sup> Wahrscheinlich interne Aktennotiz des Berliner Magistrats, Abt. Volksbildung, zu Reiseantrag Weickerts; ca. Juni 1948: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>380</sup> BUCHHEIM 1988.

<sup>381</sup> Weickert an Bersu, 15.6.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>382</sup> Werner an Bersu, 22.6.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>383</sup> Werner an Bersu, 22.6.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>384</sup> Bersu an Bittel, 29.8.1948: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>385</sup> BRÄUNING 2007, 19.

Deshalb wolle man bei Bersus Besuch auch keine „offizielle Sitzung der gar nicht legal bestehenden RGK“ einberufen, sondern ihm „die Möglichkeit zur Aussprache mit denjenigen Fachgenossen zu geben, die Ihnen als erwünscht erscheinen, die zukünftigen Aufgaben der RGK mit zu beraten.“ Als verbliebene „alte“ Mitglieder der RGK zählte Weickert auf: Sprockhoff, Aubin, Behrens (1884–1955), Gelzer, Jacob-Friesen, Krüger, von Merhart, Oelmann, Stieren, Unverzagt und Giessler<sup>386</sup>. Bersu reagierte streng auf diesen Vorschlag, der dem Direktor der RGK eine fragwürdige Alleinbefugnis zuwies und gleichzeitig alte Netzwerke reaktivierte. Bersu wollte vielmehr die Kommissionsmitgliedschaft von der vergangenen wie der gegenwärtigen Loyalität des Einzelnen gegenüber der RGK und dem DAI abhängig machen: „Die Erfahrung der vergangenen Jahre hatte gezeigt, dass die Mitgliedschaft bei der Kommission keineswegs als Verpflichtung aufgefasst wurde, auch fuer die Interessen des Institutes einzutreten. Niemand von den Herren, der der Ansicht war, dass das Institut nicht die Interessen unserer Wissenschaft vertrete, zog die Konsequenzen und legte seinen Posten nieder. Dies hatte man erwarten muessen, und es waere niemandem uebel zu nehmen gewesen, dass er anderer Meinung war als wir am Institut waren. [...] Alles dies laesst sich natuerlich erst beurteilen, wenn man selbst sich informiert hat. Immerhin gewinnt man aus den Briefen von verschiedenen Seiten doch ein ganz gutes Bild ueber die bestehenden seltsamen Stroemungen. Ich sehe in vielem eine bemerkenswerte Parallele mit der Situation etwa um 1924.“<sup>387</sup> Bersu verwies damit wahrscheinlich auf die Debatte im DAI um 1924, als sich Rodenwaldt darum bemüht hatte, den traditionellen Arbeitsbereich der RGK zu erweitern, womit er u.a bei Drexel auf Widerstand gestoßen war<sup>388</sup>.

Bersu wollte unbedingt die RGK beim DAI belassen und damit die Einheit des Institutes aufrechterhalten, wobei er seinen kritischen Blick auf Wagner beibehielt, auch was die Zukunft der RGK betraf: „Aus verschiedenen Briefen sehe ich, dass einige der lieben praehistorischen Kollegen wieder einmal Morgenluft wittern und die RGK aus den angeblichen ‚Fesseln‘ der ZD gern befreit saehen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Herr Wagner auch hier, bewusst oder unbewusst, nicht ganz unschuldig ist, wenn solche Gedanken wieder laut geworden sind.“<sup>389</sup> Zumindest Bittel teilte Bersus Auffassung von der Einheit des DAI und der Position der RGK innerhalb dessen<sup>390</sup>.

Bei seinem ersten Deutschlandaufenthalt seit 1937/38 führte Bersu ab 6. Dezember mit Bittel, Wagner, Assessor Lindner und Ministerialrat Hoffmann in Wiesbaden mehrere Besprechungen durch, deren „vertrauliche Aufzeichnungen“ erhalten sind<sup>391</sup>. Besprochen wurden als Voraussetzung für Bersus Rückkehr ein angemessener Etat für die RGK, der

<sup>386</sup> Weickert an Bersu, 29.8.1948: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>387</sup> Bersu an Weickert, 8.9.1948: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>388</sup> KRÄMER 2002, 21.

<sup>389</sup> Bersu an Bittel, 21.9.1948, 4 S.: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>390</sup> Bersu an Weickert, 21.9.1948; Bittel an Kurt Schauer (Bersus Schwager), 24.9.1948: Archiv

RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.

<sup>391</sup> Bersu an zuständigen hessischen Minister, 10.10.1948; Bersu an Bittel, 8.11.1948; Bittel an Bersu, 18.11.1948; „Vertrauliche Aufzeichnung über die Besprechungen in Wiesbaden, 6.12.1948; undat., anonym: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag.; Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

Wiederaufbau des Gebäudes in der Palmengartenstraße, die Bezüge für Bersu sowie der Beamtenstatus für Wagner. Am 19.12. besprach sich Bersu mit Bittel und Gelzer und man diskutierte die Bildung eines engeren Ausschusses, der bis zu Bersus Berufung die Geschäfte der RGK beratend führen sollte<sup>392</sup>. Außerdem unternahm Bersu mit Mitarbeitern des Staatsbauamtes eine Begehung der Häuser Palmengartenstr. 10/12/14. Im Anschluss daran war seitens der RGK die Idee entwickelt worden, dass der nötige Raumbedarf nur durch die Einbeziehung der Häuser 10/12 in das Bauvorhaben gedeckt werden könne<sup>393</sup>. Hinsichtlich der RGK selbst schlug Bersu vor, „dass man am besten die bisherige Kommission ruhen ließe und nicht wieder einberufe, da sie ja der heutigen Situation gegenüber personell wie sachlich nicht mehr entspreche. Da das Institut doch neue Satzungen haben müsse (ich erwähnte warum die bisherigen unzulänglichen Satzungen nie geändert worden sind), ferner durch Fortfall des Reiches und die Schaffung der Länder neu *ex officio* Mitglieder bestellt werden müssten, würden diese Fragen am besten erst dann angeschnitten, wenn die Stelle des Direktors neu besetzt und die Stellung des Institutes im Verhältnis zum Staatsvertrage klar sei. Herr Lindner stimmte diesem zu.“<sup>394</sup> Fast ein Jahr später konstatierte Bersu in Hinblick auf das Arbeiten in Frankfurt „trotz der Kriegsverluste ist wie die Nachkriegspublikationen zeigen noch ein guter Fonds an Menschen und Wissen da mit dem wieder aufgebaut werden kann.“<sup>395</sup>

<sup>392</sup> „Aufzeichnung über eine Besprechung mit Herrn Assessor Lindner in Wiesbaden, 16. Dezember 1948“; „Aufzeichnung über eine Besprechung der Herren Bersu, Bittel und Gelzer in Frankfurt, 19. Dezember 1948“: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957; Bittels Bericht über Besprechung zwischen Bersu, Bittel und Gelzer in Frankfurt, 19.12.1948, 22.12.1948 mit Anschreiben an Weickert, 27.12.1948: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>393</sup> Wagner an Hessisches Kultusministerium, 9.2.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>394</sup> „Aufzeichnung über eine Besprechung mit Herrn Assessor Lindner in Wiesbaden, 16. Dezember 1948“, Bl. 2: Archiv RGK, Werner Krämer: Materialien „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“, unpag. – „Gesetz über das Staatsabkommen über die Errichtung einer deutschen Forschungshochschule in Berlin-Dahlem und die Finanzierung deutscher Forschungsinstitute“ vom 29.11.1947 (Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Land Hessen vom 10.1.1948, Nr. ½): „Artikel 1 Dem, 3. Juni 1947 unterzeichnete Abkommen zwischen den Staaten Bayern, Hessen und Württemberg-Dahlen über die Errichtung einer deutschen Forschungshochschule in

Berlin-Dahlem und die Finanzierung deutscher Forschungsinstitute wird zugestimmt“; Präampel „Der Beitritt zu diesem Abkommen steht allen deutschen Staaten und Berlin frei“; Artikel 2 ... „Institute sind zunächst die in der Anlage II zu diesem Abkommen aufgeführten wissenschaftlichen Einrichtungen“; Anlage II „1. Deutsches Museum in München 2. Germanisches Museum in Nürnberg 3. Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München 4. Monumenta Germanica Historica in München 5. Thesaurus Linguae in München 6. Deutsches Kunsthistorisches Centralinstitut in München 7. Deutsches Archaeologisches Institut in München 8. Ehemaliges Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Dillenburg 9. Ehemaliges Kaiser-Wilhelm-Institut für Biophysik in Frankfurt a. M. 10. Paul-Ehrlich-Institut in Frankfurt a. M. 11. Römisch-Germanische Kommission in Frankfurt a. M. 12. Forschungsstelle für Virusforschung z. Z. in Heidelberg 13. Ehemaliges Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg 14. Astronomisches Recheninstitut in Heidelberg“ (Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957).

<sup>395</sup> Bersu an Unverzagt, 15.10.1949: SMB-PK/MVG Archiv IX f 3, b–2/Bl. 6.

1949

Auf Bersus Vorschlag bildeten Gelzer, Behrens und Bittel Anfang 1949 einen dreiköpfigen Ausschuss, der „die Geschäfte der Kommission beratend führt bis zur Besetzung der Direktorenstelle“<sup>396</sup>. Themen der ersten Sitzung dieses Ausschusses waren im Januar 1949 das erste Nachkriegsheft der *Germania* und eingegangene Anträge zur finanziellen Unterstützung von Publikationsprojekten von der RGK nahestehenden Prähistorikern<sup>397</sup>. Damit begannen die wissenschaftlichen Arbeiten der RGK nach dem Krieg, allerdings ohne einen festen Etat oder eine berufene Kommission der RGK. Das DAI wurde inzwischen wieder mit einem Etat versorgt, der aber vorerst nicht genügend Mittel für die RGK enthielt<sup>398</sup>.

Der Wiederaufbau des RGK-Gebäudes in Frankfurt war eine der Bedingungen, die Bersu für seine Rückkehr gestellt hatte und die daher für ihn und die RGK von essentieller Bedeutung war. Der unklare Status des DAI und damit der RGK hatte aber verhindert, dass die beiden beteiligten Parteien Entscheidungen über die Ruine trafen und erst die Begehung mit Bersu Ende 1948 hatte die Verpflichtungen der Stadt Frankfurt gegenüber dem Gebäude in Erinnerung gebracht. 1927 hatte der Magistrat Frankfurt dem DAI die Gebäude Palmengartenstraße 10/12 überlassen, so lange das Archäologische Institut in Frankfurt bleibe und man hatte vereinbart, dass der Magistrat alle Unterhaltskosten außen übernehmen sollte, während das DAI die Unterhaltskosten im Inneren trug<sup>399</sup>. Eingedenk dessen beschrieb Wagner Anfang 1949 gegenüber dem Hessischen Staatsbauamt den Raumbedarf der RGK, der damals auch Familienwohnungen für die beiden Direktoren und den Assistenten sowie Gästezimmer vorsah<sup>400</sup>. Und Weickert beantragte im Mai 1949 beim Hessischen Finanzministerium Gelder für den Wiederaufbau der RGK, aber dort verwies man ihn an die Stadt<sup>401</sup>, die sein Ersuchen ablehnte, aber Räume im Rathaus Fehenheim anbot<sup>402</sup>, die Gelzer aber seinerseits ablehnte<sup>403</sup>. Auch der im Frühsommer 1949 bewilligte Etat für die RGK vom Land Hessen enthielt noch kein Budget für den Wiederaufbau. Weickert war entsprechend nervös, auch wenn man ihm in Wiesbaden versicherte, Bersus Bedingungen für seine Rückkehr an die RGK zu erfüllen<sup>404</sup>.

<sup>396</sup> „Aufzeichnung über eine Besprechung mit Herrn Assessor Lindner in Wiesbaden am 16. Dezember 1948“, Bl. 2; Bittel an Bersu, 9.1.1949: Archiv RGK, „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“ in unnum. Kiste „Bersu Einzelstücke v. Prof. Krämer u. a.“. – Entsprechend auch in Bittels Bericht über Besprechung zwischen Bersu, Bittel und Gelzer in Frankfurt am 19.12.1948, 22.12.1948 mit Anschreiben an Weickert, 27.12.1948: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>397</sup> Bittel „Niederschrift über die Sitzung des Dreierausschusses der Römisch-Germanischen Kommission, 29.1.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag. – Zur Publizistik der RGK nach 1945: GRUNWALD 2017.

<sup>398</sup> Weickert an Wagner, 17.2.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>399</sup> Abschriften zwischen Magistrat Frankfurt am Main und DAI vom 12.4.1927, 4.5.1927: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>400</sup> Wagner an Hessisches Staatsbauamt, 21.2.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>401</sup> Gelzer an DAI, 3.6.1949; Antrag Gelzer, RGK, an Magistrat Frankfurt, 4.6.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>402</sup> Oberbürgermeister Kolb an RGK, 14.7.1949: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>403</sup> Hoffmann an Bersu, 4.8.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines 1935–1950, unpag.

<sup>404</sup> Weickert an Bersu, 21.7.1949, S. 1–2: Archiv RGK, „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“ in unnum. Kiste „Bersu Einzelstücke v. Prof. Krämer u. a.“.

## Bonner Republik und Archäologie

Kollegen vor allem beim DAI waren unruhig, als sich auch im Sommer 1949 noch nichts Konkretes abzeichnete, obwohl Bersu Ende 1948 seine Bereitschaft zur Rückkehr mehr als deutlich gemacht hatte<sup>405</sup>. Weickert signalisierte, dass er ein weiteres Abwarten nahezu für unverantwortlich hielt<sup>406</sup>, aber Gelzer verwies auf die unmittelbar bevorstehende Bewilligung des Etats der RGK und bat um Geduld. Er selbst hatte aber seinerzeit mit Bersu über eine mögliche Alternative Besetzung des Direktorenpostens gesprochen und Bersu hatte damals sofort Bittel genannt<sup>407</sup>. Unabhängig davon hatte Weickert nach der Ablehnung der Wiederaufbaumittel für die RGK<sup>408</sup> Kontakt zum Berliner Magistrat aufgenommen, wo man vorschlug, „daß Berlin einem Abkommen der Länder über die vom Reich übernommenen kulturellen Verpflichtungen beitreten möge und daß das Institut unter die von den Ländern anerkannten früheren Reichsanstalten von allgemeinem deutschen Interesse aufgenommen werde. Mit einem solchen Beitritt würde selbstständig auch die RGK mit eingeschlossen sein.“<sup>409</sup> Hessen befürwortete diese Idee, beschied aber Weickert, dass ein Eintritt des DAI in den entsprechenden Staatsvertrag erst im Frühjahr 1950 möglich sei<sup>410</sup>.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet worden (23. Mai) und es wurden Vorbereitungen getroffen für die Wahl des ersten Bundestages Mitte August 1949 und zur Berufung des Bundestages und des Bundesrates am 7. September 1949 in Bonn. Nicht der erhoffte Abzug der Alliierten und die Rückgewinnung staatlicher Autonomie, sondern die Teilung Deutschlands sollten also nun den politischen Rahmen für die Reorganisation der deutschen Archäologien bilden. Die ausgewerteten Quellen überliefern aber weder hektisches Chaos noch besondere emotionale Reaktionen auf die Teilung. Vielmehr dokumentieren sie, wie die verschiedenen Fachvertreter in diesen Sommerwochen die Optionen ihrer institutionellen Verankerungen und die Konsequenzen der deutschen Teilung diskutierten, die dann mit der Gründung der DDR am 7. Oktober scheinbar finalisiert wurde. Von großer Bedeutung war wohl

<sup>405</sup> Bei der Aussprache der ZD des DAI am 25.5.1949 in Frankfurt zwischen Behrens, Bittel, Gelzer, von Gerkan, Hampe, Herbig, Krause, Langlotz, Matz, Möbius, Scharff, Schuchhardt, Schweitzer, Weickert ging es „Nicht Beschlussfassung, sondern Bildung einer gemeinsamen Meinung“ war das Ziel (Möbius, Aktennotiz zur Besprechung am 25.5.1949, 19.9.1949: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, Ordner DAI 1949–1965, unpag.).

<sup>406</sup> Weickert an Gelzer, 28.4.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>407</sup> Gelzer an Weickert, 30.4.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>408</sup> Weickert an Minister Stein, 16.5.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.; Gelzer an DAI, 3.6.1949; Antrag Gelzer, RGK, an Magistrat Frankfurt,

4.6.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

<sup>409</sup> Weickert an Gelzer, 16.6.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag. – Bei einer Tagung der Kultusminister der westlichen Besetzungszonen wurde beschlossen, dass ehemalige wissenschaftliche Reichsinstitute, deren Jahresetat die 200.000 DM überschreitet, von den Ländern gemeinsam getragen würden, während Institute mit geringeren Ansprüchen von dem Land finanziert würden, in dem sie ihren Sitz haben. Hinsichtlich ihrer überregionalen Aufgaben und Arbeit sollten sie von allen Ländern Unterstützung finden (Bittel an Bersu, 22.3.1949, Bl. 1: Archiv RGK, „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“ in unnum. Kiste „Bersu Einzelstücke v. Prof. Krämer u. a.“.).

<sup>410</sup> Hoffmann, Hess. Kultusministerium, an Bersu, 4.8.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „RGK Allgemeines, 1935–1950“, unpag.

ein Treffen der ZD des DAI, das Ende August 1949 in Hinterzarten stattfand<sup>411</sup>. Neben grundsätzlichen Fragen zur Organisation des DAI und der Zuwahl jüngerer, nichtordinierter Wissenschaftler ging es vor allem um die zukünftige „Verbindung zur Ostzone“. Dabei gingen wohl zumindest einige Anwesende davon aus, dass die deutsche Teilung vorübergehend sein würde, denn Unverzagt beschrieb seine Arbeit an der Akademie und das dortige Institut „in Parallele zur RGK“ als wissenschaftlichen „Beirat aktiver Forscher aus der Zone“, wodurch ein „Zusammenschluss später leicht möglich“ sei. Schweitzer appellierte, dass sämtliche persönliche Verbindungen gut seien und gepflegt werden müssten und Schuchhardt „formuliert einstimmige Meinung der Versammelten, dass Zusammenhang mit dem Osten gewahrt werden muss“<sup>412</sup>. Auch unter diesen Umständen konnte Weickert also Unverzagts Institut noch als potentielle Abteilung des DAI betrachten, wie er es Ende 1946 bei seiner Intervention an der Akademie konzipiert hatte, und nicht als gegnerische „Parallelbildung“<sup>413</sup>, auch wenn die Zugänglichkeit und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit erschwert wurden. Unverzagt selbst hatte diese Perspektive verinnerlicht und bekundete Bersu selbstbewusst: „Auch aus diesem Grunde läge mir sehr daran, wenn Sie den Westen übernehmen würden. Eine reibungslose Zusammenarbeit schiene mir dann gewährleistet.“<sup>414</sup>

Der kulturpolitische Wert des DAI für die Politik stieg durch die Teilung erheblich, vor allem, was den veränderten Status West-Berlins betraf. Obwohl Berlin noch immer als deutsche Hauptstadt galt, deren Inselstatus während der Berlinblockade so deutlich geworden war<sup>415</sup>, ergaben sich für den Westteil der Stadt aus dem Wechsel von Regierungsstellen und regierungsnahen Organisationen in den provisorischen Regierungssitz Bonn (und nicht in das lange favorisierte Frankfurt am Main) erhebliche personelle und administrative Einbußen<sup>416</sup>. Deshalb versicherte der regierende Oberbürgermeister Ernst Reuter Weickert<sup>417</sup>, er stünde „jederzeit für wichtige Institutsangelegenheiten zur Verfügung“<sup>418</sup>. Ähnlich äußerten sich auch im Frühling des Folgejahres mehrere Regierungsvertreter gegenüber Weickert, die beteuerten, dass „von einer Verlegung der Zentraldirektion aus Berlin nach dem Westen“ niemals die Rede gewesen sei und man vielmehr „die kulturelle Bedeutung Berlins auf jede nur mögliche Weise zu stützen gedenke“<sup>419</sup>.

<sup>411</sup> Anwesende: Andrae, Behn, Bittel, Gelzer, von Gerkan, Hampe, Herbig, von Kaschnitz-Weinberg, Krause, Langlotz, Matz, Möbius, Schuchhardt, Schweitzer, Unverzagt, Weickert; Protokollführer: Gerda Bruns (Protokoll ZD-Sitzung 29./30.8.1949, 10.9.1949: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, Ordner DAI 1949–1965, unpag.).

<sup>412</sup> Protokoll ZD-Sitzung 29./30.8.1949, 10.9.1949: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, Ordner DAI 1949–1965, unpag.

<sup>413</sup> Weickert an Sek. Phil.-Hist. Klasse AdW, 7.11.1946: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>414</sup> Unverzagt an Bersu, 5.10.1949: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 4.

<sup>415</sup> DEFANCE U. A. 2018.

<sup>416</sup> Erst der Mauerbau 1961 ließ die BRD Abstand nehmen von dem 1949 formulierten Ziel, in die Hauptstadt Berlin zurückzukehren, sobald in ganz Deutschland freie Wahlen möglich seien, aber es dauerte bis 1973, dass Bonn endgültig als Hauptstadt anerkannt wurde (POMMERIN 1989; VOGT o.J.).

<sup>417</sup> Reuter an Weickert, 10.10.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>418</sup> Handschr. Notiz Weickert, am oder nach dem 10.11.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>419</sup> Weickert, Bericht, 10.3.1950, 4 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.



Abb. 12. Im Mai 1950 begann Ewald Schuldt vom Schweriner Landesmuseum mit einem kleinen Team die Ausgrabungen am Burgwall Teterow im gleichnamigen See, die von Unverzagt und Fritz Rörig von der Akademie initiiert worden waren. Im Bild ist rechts Schuldt zu sehen, ihm gegenüber Paul Grimm (Archiv MVF Nachlass Unverzagt F 27687).

Bei der RGK einigte man sich auf einer Sitzung Anfang September 1949 darauf, Weickert möge Bersu um eine Stellungnahme bitten. Auch erwog man eine Neukonstituierung der Kommission der RGK, wobei man meinte, auf Vertreter aus Hamburg und Bremen verzichten zu können, jedoch nicht auf Unverzagt aus Berlin<sup>420</sup>. Außerdem schlug Weickert, zusätzlich zur eigentlichen Kommission der RGK, die Bildung eines wissenschaftlichen Beirats vor, bestehend aus Aubin, Behrens, Gelzer, Goessler, Oelmann und Werner<sup>421</sup>. Auch Ende des Jahres 1949 dauerten die zähen Diskussionen und Nachfragen zu Details von Bersus potentielltem Gehalt, der Ausstattung der RGK und der Kompensation für die weggefallene Dienstwohnung an. Bersu beklagte die Haltung Frankfurts gegenüber der RGK und stellte zur Diskussion, die RGK aus Hessen zu lösen und der am 23. Mai 1949 neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland zu unterstellen<sup>422</sup>. In Frankfurt, Wiesbaden

<sup>420</sup> „Es werden in Aussicht genommen: Südbaden: Nesselhauf; Bayern: Lill; Berlin: Unverzagt; Hessen: Inhaber des Lehrstuhls für Vorgeschichte in Marburg; Niedersachsen: Kehrstedt; Nordrhein-Westfalen: Neuffer, Stieren; Rheinpfalz: Direktor des RGZM und Eiden; Schleswig-Holstein: Sprockhoff; Württemberg-Baden: Paret und Garscha; Württemberg-Hohenzollern: Bittel.“ (Auszug aus Protokoll vom 7.9.1949 zur Sitzung am 9.8.1949, als Anlage I zu Bersu an Weickert,

8.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.).

<sup>421</sup> Auszug aus Protokoll vom 7.9.1949 zur Sitzung am 9.8.1949, als Anlage I zu Bersu an Weickert, 8.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>422</sup> Bersu an Weickert, 28.7.1949 (persönlich): Archiv RGK, „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“ in unnum. Kiste „Bersu Einzelstücke v. Prof. Krämer u. a.“.





Abb. 13. Die umfangreiche Holzerhaltung in Teterow bestätigte die Erwartungen der Initiatoren an die Aussagekraft dieses Fundplatzes. Im Bild sind die Reste der Brückenkonstruktion (Aufnahme um 1950) (Archiv MVF Nachlass Unverzagt DP 44144).

und Berlin blieb man ohne Antwort, geschweige denn Zusage von Bersu und entsprechend gereizt wurde dieser Punkt kommuniziert<sup>423</sup>, ohne dass man aber die Entscheidungsfindung beschleunigen konnte<sup>424</sup>.

Im „Osten“ begann während dessen eine der ersten Forschungsgrabungen, die nicht aus einer Notgrabung entstand. Vielmehr setzte Unverzagt in Teterow um, was Schuchhardt seinerzeit für eine ideale Burgwallgrabung erhofft hatte – die Untersuchung eines Burgwalls ohne Nachnutzungsphasen und spätere gravierende Zerstörungen<sup>425</sup>. Zwischen 1950 und 1955 untersuchte man den Burgwall Teterow im Teterower See und von 1956 bis 1960 den Burgwall von Behren-Lübchin, Kr. Teterow (*Abb. 12–13*)<sup>426</sup>. In Magdeburg vermaßen und dokumentierten die Mitarbeiter der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Frühgeschichte der Stadt währenddessen weitere Gebäudereste und Keller in zahlreichen innerstädtischen Straßen, mehrere Kirchen und vor allem handelsbezogene unterirdische Gebäudereste wie mehrere Hallen, deren Erhalt als Denkmal man auch empfahl (*Abb. 14*)<sup>427</sup>.

<sup>423</sup> Gelzer an Weickert, 22.11.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–31.3.1950, unpag.

<sup>424</sup> Weickert an Gelzer, 24.11.1949: DAI Archiv der Zentrale 10–10 RGK Allgemeines, 1935–

31.3.1950, unpag.

<sup>425</sup> SCHUCHHARDT 1944, 361–377.

<sup>426</sup> UNVERZAGT 1962, 257–258.

<sup>427</sup> LEUBE 2017, 423–424.



Abb. 14. Trümmergrundstück der Buttergasse vor dem Beginn der Ausgrabungen in Magdeburg (um 1947). Im Rahmen der historischen Arbeiten zur Magdeburger Stadtgeschichte während der Zwischenkriegszeit waren hier bereits zwei lange Tonnengewölbe erwähnt worden. Ihre Ausgrabung erbrachte einen großen Hallenbau, der dem Häute- und Lederhandel zugewiesen wurde. Nach Abschluss der Arbeiten um 1950 wurde das Gewölbe mit einem Schutzdach gesichert (NICKEL 1960 Taf. 1a).

## 1950

Anfang 1950 wurden die neuen Mitglieder der RGK berufen<sup>428</sup> und Weickert war zuversichtlich, daß „grundlegende Entscheidungen wohl sehr bald getroffen werden müssen“<sup>429</sup>. Gemeint war damit die Zukunft des DAI innerhalb der jungen Bundesrepublik, die Weickert auf einer Dienstreise im Februar bei Treffen mit Vertretern der Bundesregierung besprach<sup>430</sup>. Alle Stellen würdigten die „Bedeutung des Archäologischen Institutes für die Wiederaufnahme der kulturellen Beziehungen zum Ausland“ und zeigten die Bereitschaft, „die Interessen des Institutes aktiv zu fördern. Dreimal ist mir die bindende Zusicherung gegeben worden, daß die Bundesregierung sich hinter das Institut stelle, beim Finanzministerium vom Bundesfinanzminister persönlich, bei der Kanzlei des Bundeskanzlers

<sup>428</sup> Abschrift von Rundbrief an Bittel, Dehn, Eiden, Garscha, Kahrstedt, Lill, Nesselhauf, Neuffer, Paret, Sprockhoff, Werner, 18.1.1950 als Anlage II zu Bersu an Weickert, 8.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>429</sup> Weickert an Magistrat Berlin, Dezernat Fi-

nanzen, 10.1.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>430</sup> Weickert, Reiseprotokoll bzw. Reisekostenaufstellung, am oder nach dem 8.3.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

von dessen persönlichen Referenten und endlich von dem Herrn Bundespräsidenten.“<sup>431</sup> Man begrüßte Weickerts Idee, das DAI in eine private Körperschaft oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts zu überführen und betonte, „daß es der Wunsch der Bundesregierung sei, der Wissenschaft die Möglichkeit zu von politischen Bindungen freier Entwicklung zu geben“. Weickert selbst erwartete damit die „Gefahr zu beseitigen, daß die Auslandsinstitute in der Zukunft als politische Exponenten angesehen werden könnten, wie das während der nationalsozialistischen Regierung zum Teil der Fall war.“ Seine Andeutungen zur schwierigen Finanzierung der RGK kommentierte man damit, dass die Regierung erwäge, die gesamte Finanzierung des DAI zu übernehmen. „Von einer Verlegung der Zentralkommission aus Berlin nach dem Westen ist niemals die Rede gewesen, im Gegenteil konnte ich das lebhafteste Bestreben feststellen, die kulturelle Bedeutung Berlins auf jede nur mögliche Weise zu stützen.“ Hinsichtlich der behördlichen Zuordnung des DAI stellte sich Weickert vor, „das Institut entsprechend seiner Geschichte bei einer Stelle unterzubringen, aus der sich ein künftiges Ministerium des Äußeren entwickeln könnte. Das Hauptgewicht des Institutes hat immer im Ausland gelegen und wird das auch in Zukunft tun.“ Weickert hatte dies mehrfach betont, „weil auch beim Innenministerium der Wunsch besteht, das Institut in Betreuung zu nehmen“<sup>432</sup>.

In Berlin erhöhte sich in beiden Teilen der Stadt der Druck auf Akteure in den Bereichen Wissenschaft und Kultur, sich ideologisch und strukturell zu bekennen, was langfristig auch die Lagerbildung in west- und ostdeutsche Archäologen verschärfte. Grenzgänger wie Unverzagt und Weickert bemühten sich um eine Balance dieser widerstreitenden Interessen, um vor allem die Netzwerke weiterhin grenzüberschreitend zu pflegen und zu nutzen. Weickert positionierte sich klar: „Ich habe als Professor mit Lehrauftrag an der Humboldt-Universität und als ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften Verpflichtungen im Ostsektor.“ Solange er nicht genötigt sei, gegen seine wissenschaftlichen oder politischen Überzeugungen zu handeln, wolle er diesen Verpflichtungen nachkommen, weil sich das DAI „wenigstens ideell, über ganz Deutschland“ erstrecke und „bei Lösung dieser Verpflichtungen würde es diesen Charakter verlieren und die Verbindungsmöglichkeiten zu den Archäologen in Ostdeutschland aufgeben“. Außerdem fühlte er sich „fachlich[er] und charakterlich vorzüglichen[r] Studierenden[r] gegenüber verpflichtet“ und schließlich würde „jedes Ausscheiden aus der Akademie der Wissenschaften“ diese schwächen und „die Erfüllung der Aufgaben, die die Akademie sich in der Pflege unabhängiger Wissenschaft und der Fortführung ihrer alten Tradition stellt, zu erfüllen“<sup>433</sup>. Und es gab einen ganz praktischen Grund für die Wahrung des *status quo* – das DAI sei für seine „umfangreichen redaktionellen Aufgaben auf die regelmäßige

<sup>431</sup> „Im Vordergrund der Besprechungen standen die früheren Auslandsinstitute in Rom, Athen, Istanbul und Madrid, die nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik als früheres Reichseigentum als Eigentum des Bundes anzusprechen sind, während die Zentralkommission in Berlin zum Magistrat von Westberlin, die Zweigstelle in Frankfurt, die Römisch-Germanische Kommission zum Lande Hessen gehören. [...] Die Etatisierung der Zentralkommission in Berlin und der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt wird durch diese Absprache vorerst nicht berührt (Weickert, „Bericht über meine

Dienstreife vom 16.2. bis 8.3.1950“, 10.3.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag., 4 Bl.).

<sup>432</sup> Weickert an ZD DAI, 14.3.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>433</sup> Weickert an Magistrat Groß-Berlin, Abt. Volksbildung, Hauptamt Wissenschaft und Forschung, z. Hd. Herr Dr. Gehlhoff, 28.3.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

Benutzung einer großen Bibliothek angewiesen“. In Berlin kam dafür nur die ehemalige Staatsbibliothek in Frage und wenn diese nicht mehr genutzt werden könnte, „würde das Verbleiben der Zentralkommission des Instituts in Berlin in Frage gestellt sein“<sup>434</sup>. Weickert sah sich und das DAI also in mehrerer Hinsicht als ortsgebunden und wusste gleichzeitig, dass man im Westteil der Stadt auf den Weiterbestand renommierter Einrichtungen wie des DAI hoffte. Trotz ideologischer Bedenken sah er aber zu diesem Zeitpunkt noch die Möglichkeit konstruktiver Beziehungen mit dem Osten Berlins und Deutschlands und befürwortete deshalb ausdrücklich, dass Gelzer als Vertreter der RGK und gleichzeitig ordentliches Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften die Einladung zur Teilnahme an deren 250-Jahre-Jubiläumsfeier annahm<sup>435</sup>.

Aber im Herbst des Jahres legte Weickert, nachdem er auch die Professur an der Humboldt-Universität aufgegeben hatte, auch sein Amt an der Akademie nieder und begründete dies mit dem Versagen der Akademie hinsichtlich der vielerorts drängenden Fragen des Denkmalschutzes, aber wahrscheinlich folgte er lediglich den Professoren der FU, die kurz zuvor geschlossen aus der Akademie ausgetreten waren<sup>436</sup>.

### Bittels Diagnose

Ende Februar 1950 schrieb das Hessische Finanzministerium an Weickert und legte detailliert Bersus zukünftige Bezüge samt Wohngeld dar<sup>437</sup>. Hessen gewährte Bersu Umzugskostenhilfen und bot Bersu auf Initiative Weickerts auch eine Professur an der Frankfurter Universität ohne Lehrverpflichtung an<sup>438</sup>. Dadurch rückte seine Rückkehr in derart greifbare Nähe, dass Weickert und Bittel bei ihren Gesprächen mit Vertretern des Bundesinnenministeriums, des Bundesfinanzministeriums und des zukünftigen Auswärtigen Amtes Anfang März entsprechend zuversichtlich und selbstbewusst auftraten. Man erwog die Übernahme des DAI durch den Bund<sup>439</sup> und alle Gesprächspartner befürworteten dies. Immer noch zeigten sowohl das Innenministerium als auch das zukünftige Auswärtige Amt großes Interesse daran, das DAI „in ihren Geschäftsbereich aufzunehmen. [...] Als Gesamteindruck ergab sich, dass die Stelle für Auswärtige Angelegenheiten günstiger wäre als das Innenministerium, das sehr stark auf die Wünsche der einzelnen Länder Rücksicht zu nehmen hat. Einig war man sich auch darüber, dass das Institut möglichst keine Behörde im alten Sinne mehr sein solle, sondern etwa als Körperschaft des Öffentlichen Rechts vom Bund unterhalten werde.“<sup>440</sup>

<sup>434</sup> Weickert an Magistrat Groß-Berlin, Abt. Volksbildung, Hauptamt Wissenschaft und Forschung, z. Hd. Herr Dr. Gehlhoff, 28.3.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>435</sup> Wagner an Weickert, 4.4.1950; Weickert an Wagner, 8.4.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>436</sup> KRUMMER / VIGENER 2017, 217.

<sup>437</sup> Gase, Finanzministerium, an Weickert, 22.2.1950: Archiv RGK, „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“ in unnum. Kiste „Bersu Einzelstücke v. Prof. Krämer u. a.“.

<sup>438</sup> Weickert an Gelzer, 15.3.1950: Archiv ZD des

DAI 10–10 RGK allgemeines 1935–31.3.1950, unpag.; Lindner an Bersu, 22.3.1950: Bersu an Weickert, 28.7.1949 (offiziell): Archiv RGK, „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“ in unnum. Kiste „Bersu Einzelstücke v. Prof. Krämer u. a.“.

<sup>439</sup> Bittel an Bersu, 19.3.1950, 3 Bl.: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957; Bericht Weickert, 10.3.1950; Rundschreiben Weickert, 14.3.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>440</sup> Bittel an Bersu, 19.3.1950, 3 Bl., Bl. 2: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

Es waren wohl vor allem die Lageberichte Unverzagts und Bittels, die Bersu Ende der 1940er Jahre auf seine Rückkehr vorbereiteten. Während man beim DAI auf Bersus Zusage wartete, zeigte dieser sich empört darüber, dass man ihn nicht über die Anfang August 1949 stattgefundenen Sitzung informiert hatte, bei der sein zukünftiger „Aufsichtsrat“, die Kommission selbst, nominiert worden war.<sup>441</sup> Er hielt es vor allem für wichtig, dass „Leute in wichtigen Stellungen die treu zum Institute gehalten nicht dadurch verschnupft werden dass die übergegangen sind.“<sup>442</sup> Bersu vermutete, dass Gelzer an Weickert vorbei die RGK plane und sie wohl enger an die Frankfurter Universität anbinden wolle und wohl nicht verstanden habe, dass die RGK keine Frankfurter Angelegenheit sei, während er, Bersu, sich darum bemühe, die Einheit des Institutes zu bewahren<sup>443</sup>. Und so war es wohl Unverzagt, der Bersu Ende Februar kurz über die Beschlussfassung zur Wahl der Kommission der RGK am 9. August 1949 durch Auszüge aus dem Sitzungsprotokoll informierte, bevor dies Weickert Mitte März sehr viel ausführlicher tat<sup>444</sup>.

Weickert versicherte, dass „die Kommission nicht ein Aufsichtsrat für den Direktor [sei], sondern das Instrument, mit dem er arbeitet.“ Offensichtlich muss Bersu auch die Frage der Entnazifizierung der ehemaligen und nun potentiellen Kollegen angesprochen haben, denn Weickert teilte ihm die – wahrscheinlich auch – offizielle Personalpolitik des DAI dazu mit: „Inzwischen haben sich die Verhältnisse in Deutschland aufgrund der gesetzlich durchgeführten Entnazifizierung zu stabilisieren begonnen. Wenn man auch an dem Verfahren der Entnazifizierung Kritik üben kann, so muß diese doch im privaten Bereich bleiben. Im offiziellen dienstlichen Betrieb ist sie der Kritik und dem Widerspruch entzogen. Das muß auch für das Verhältnis des künftigen Direktors zur Kommission gelten, deren Zusammensetzung auch von einem amtierenden Direktor nicht allein entschieden wurde.“<sup>445</sup> Weickert setzte damit die Personalpolitik des DAI aus der Vorkriegszeit fort, als die Entlassung des „Vierteljuden“ Bersus aus dem Dienst oder jüdischer Wissenschaftler aus der Mitgliedschaft des DAI auf die Geste eines Verwaltungsaktes reduziert worden war. Er empfahl letztlich, die Entscheidungen der Entnazifizierungsprozesse als Grundlage für die Verwaltungsentscheidungen zur Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung mit Mitarbeitern oder Kommissionsmitgliedern heranzuziehen und – das erscheint als das Entscheidende – auf eine weiterführende fachinterne Diskussion zu verzichten. Weickert übermittelte Bersu auch die protokollierten Mitgliedervorschläge für die Kommission und den wissenschaftlichen Beirat und ermahnte ihn abschließend: „Zur Zusammensetzung der Kommission möchte ich noch bemerken, daß es für die Dauer unmöglich sein wird, die vollamtlichen Denkmalpfleger eines Landes nicht zur Mitarbeit in der Kommission heranzuziehen.“<sup>446</sup>

Bittel, der im Frühling 1950 ausführlich an Bersu zur Stimmung unter den deutschen Archäologen schrieb, war sowohl mit den Vorgängen im und den Prinzipien des DAI seit Ende der 1920er Jahre als auch mit den ideologischen und strategischen Debatten innerhalb der deutschen Archäologien vertraut und beschrieb daher Bersu sehr treffsicher zwei

<sup>441</sup> Bersu an Unverzagt, 16.2.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 14.

<sup>442</sup> Bersu an Unverzagt, 16.2.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 14.

<sup>443</sup> Bersu an Unverzagt, 16.2.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 15.

<sup>444</sup> Unverzagt an Bersu, 22.2.1950; Unverzagt an Bersu, 21.5.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f

3, b–2/Bl. 16.

<sup>445</sup> Weickert an Bersu, 14.3.1950: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>446</sup> Weickert an Bersu, 14.3.1950: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

wiederkehrende Problemstellungen: den fortgesetzten, vielfach emotional aufgeladenen Aushandlungsprozess zwischen regional orientierter archäologischer Forschung und Denkmalpflege und dem Entwurf einer überregional koordinierten Archäologie einerseits und dem von Abgrenzungsgesten und Bündniszwängen geprägten Verhältnis der verschiedenen Archäologien zueinander. Hinsichtlich derjenigen deutschen Archäologen, auf deren Unterstützung Bersu und damit die RGK würden zählen können, war sich Bittel der Loyalität der Vertreter von „Bayern, Württemberg, Baden (Heidelberg indifferent), Hessen, Pfalz, Rheinland“ gegenüber der RGK sicher<sup>447</sup>. Bei den Kollegen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein war er sich dagegen unsicher. Bittel teilte die Fachschaft ein in „diejenigen, die in unserem Sinne die Dinge sehen und betreiben und die entweder zum alten Kreis der RGK gehören oder doch, soweit sie der jüngeren Generation angehören, im alten Sinne wirken.“ Gegner waren demnach der Kreis um Reinerth, der „vorläufig mit Ausnahme des Meisters noch mehr oder weniger im Verborgenen existiert, aber eng zusammenhält und gesonnen ist, jede Chance, die sich bieten könnte, wahrzunehmen.“ Bittel berichtete, dass Reinerth gegen die Einstufung in die Personengruppe 2 als „Belasteter“, die ihn beruflich „völlig lahmlegte“, Berufung eingelegt habe und sich anmaßend gebärde in der Gewissheit, „dass die Entwicklung in der Richtung geht: Pardon für alle Nazis.“<sup>448</sup> Bittel gibt sich als kritischer Beobachter, war aber selbst 1947 entschieden dagegen gewesen, dass engagierte Nationalsozialisten aus dem DAI ausgeschlossen wurden, wie es damals Lehmann-Hartleben gefordert hatte<sup>449</sup>.

Drei Jahre später diagnostizierte er als Erklärung für die Gewissheit Reinerths und anderer Nazis eines baldigen Generalpardon<sup>450</sup>: „Diese Entwicklung resultiert aus: den verfehlten Denazifizierungs-Gesetzen; dem Umstand, dass diese Gesetze von den Alliierten ins Werk gesetzt worden sind; der Vergesslichkeit des breiten Publikums, das angesichts neuerer Vorkommnisse das Vergangene schon nicht mehr zu sehen, z. T. sogar in verklärtem Lichte zu erblicken vermag. Ich bin keineswegs sicher, ob wir nicht in naher oder ferner Zukunft mit diesen Leuten wieder ernstlich rechnen müssen.“ In Abgrenzung zu den Anhängern nationalsozialistischer Wissenschafts- und Weltanschauung benannte Bittel ohne Angabe von Namen die „Gruppe der unbeirrbar völkisch oder alldeutsch Denkenden, die weniger zusammenhalten, zersplittert sind, aber – heute wie einst – sich

<sup>447</sup> Bittel an Bersu, 19.3.1950, 3 Bl., Bl. 2–3: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>448</sup> Reinerth hatte sich in Unteruhldingen aufgehalten und im Museum weitergearbeitet, als er Ende 1945 „wahrscheinlich aus Kreisen der Fachkollegen“ bei der französischen Militärverwaltung angezeigt wurde und daraufhin im März 1946 verhaftet und interniert wurde (MAHSARSKI 2011, 310). Es folgte zahlreiche öffentliche Gesten der Distanzierung durch Institutionen wie Verbände und auch durch zahlreiche einzelne Wissenschaftler. Im Spruchkammerbescheid vom 9. August 1949 wurde Reinerth für schuldig (Kategorie 2: Belastete) gesprochen auf Grund seiner Funktion als Reichsamtsleiter und wegen der „durch ihn vor-

angetriebenen Politisierung der Wissenschaft“, wodurch ihm das aktive und passive Wahlrecht und alle Rentenansprüche abgesprochen wurde und das Verbot erging, ein öffentliches Amt zu bekleiden (ebd.). 1952 erhob Reinerth gegen dieses Urteil Einspruch und tatsächlich wurde es im September 1953 vom Justizministerium Baden-Württemberg mit der Begründung aufgehoben, Reinerth habe sich als Wissenschaftler gegen massive Widerstände zur Wehr setzen müssen und er habe „unerschrocken“ gegen die Germanenlehre des SS-Ahnenerbe gekämpft (SCHÖBEL 2002, 359–363; MAHSARSKI 2011, 311).

<sup>449</sup> VIGENER 2012a, 117–118.

<sup>450</sup> AHRENS 2010.

durch sture Unbelehrbarkeit auszeichnen und oft ernster genommen werden müssen als alte Nazis.“

Als wirkungsvollstes Gegenmittel bei den bevorstehenden Grabenkämpfen zwischen diesen Gruppen wollte Bittel eine aktive RGK unter Bersus Leitung sehen, die „nicht nur in sachlicher, sondern auch in ideologischer Hinsicht“ Wirkung entfalten müsse. Bittel befürchtete aber auch revanchistische Forschungsbemühungen: „Es ist nicht schwer vorzusehen, dass ähnlich wie das nach 1918 geschehen ist, sich wieder manche Vertreter der Wissenschaft oder gar wissenschaftliche Organisationen in die Auseinandersetzungen über die verlorenen Gebiete im Osten und Westen einspannen lassen. Und es ist noch weniger schwer vorzusehen, dass mancher unserer Fachgenossen dabei seine Rolle spielen wird“. Die RGK solle dagegen als „Mittelpunkt streng sachlicher Arbeit“ Einfluss ausüben, wobei sich Bersu auf den manchmal vorschnellen, aber loyalen und hartnäckigen Weickert stützen könne<sup>451</sup>.

Der 1907 geborene Bittel könnte als Student durchaus von den Inhalten und Strategien der deutschen Ostforschung und von deren Protagonisten Aubin gehört haben, aber dennoch erscheint seine Beurteilung dieses Forschungsfeldes direkt nach dem Zweiten Weltkrieg als ungewöhnlich scharf, zumal diese Forschungen tatsächlich in der frühen Bundesrepublik schnell wieder Förderung erfahren haben, etwa durch die Gründung der DFG-Kommission für Ostforschung 1957<sup>452</sup>. Ob er Bedenken gegen die Berufung Aubins in den wissenschaftlichen Beirat der RGK geäußert hat, ist vorläufig unbekannt, ebenso die möglichen Reaktionen darauf. Bittels Diagnosen und Prognosen machen auf jeden Fall zweierlei deutlich: Erstens, dass manchen Zeitgenossen durchaus der vielfach euphemistische Charakter ihrer Darstellungen der Entwicklungen und Auseinandersetzungen innerhalb der Archäologien während der Weimarer Republik sowie während des Nationalsozialismus bewusst war. Zweitens, dass nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst zwischen der Außendarstellung dieser Fächer und den internen Debatten und Meinungen unterschieden wurde. Letzteres spricht wiederum dafür, dass die *scientific community* während der unmittelbaren Nachkriegszeit ebenso wie in den Jahrzehnten bis 1989 keinen geeigneten öffentlichen Resonanzraum für eine tatsächliche und konsequente Aufarbeitung des Verhältnisses von Archäologien und Politik sah oder für sich erschloss. Deshalb vermied man eine Auseinandersetzung mit der jüngsten Fachgeschichte.

### Bersus Rückkehr

Bersu schrieb am 6. April 1950 endlich an das Hessische Erziehungsministerium, dass er die Stelle des Ersten Direktors der RGK zu den ausgehandelten Bedingungen annehme<sup>453</sup>. Weickert reagierte umgehend, kurz und glücklich, Bittel ebenso<sup>454</sup>. Mitte Juni informierte Weickert bei einer außerordentlichen Zusammenkunft die Mitglieder der ZD in Frankfurt über Bersus Zusage, aber auch darüber, dass die RGK immer noch „in ebenso schweben-

<sup>451</sup> Bittel an Bersu, 19.3.1950, 3 Bl., Bl. 2–3: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>452</sup> Unger 2008.

<sup>453</sup> Bersu an Hessisches Ministerium für Erziehung und Volksbildung, 6.4.1950; Bersu an Weickert, 28.7.1949 (offiziell): Archiv RGK, „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“ in unnum. Kiste „Bersu Einzelstücke

v. Prof. Krämer u. a.“. Bersu an Unverzagt, 7.4.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/ Bl. 20.

<sup>454</sup> Weickert an Bersu, 13.4.1950; Bersu an Weickert, 28.7.1949 (offiziell): Archiv RGK, „Rückberufung Prof. Bersu – Korrespondenz – 1946–1950“ in unnum. Kiste „Bersu Einzelstücke v. Prof. Krämer u. a.“.

der Lage wie das Institut selbst“ sei<sup>455</sup>. Als Zweiten Direktor stellte sich Weickert wieder Schleiermacher (1904–1977) vor, der als Vertreter der Provinzialrömischen Archäologie die ideale Ergänzung zu Bersu wäre<sup>456</sup>, worauf dieser aber wohl mit Bedenken reagierte<sup>457</sup>. Der Philologe Schleiermacher hatte sich in den 1920er Jahren auf Provinzialrömische Archäologie spezialisiert und noch unter Ernst Fabricius (1857–1942) für die Reichs-Lime-skommission gearbeitet, bevor er an die RGK kam. Dort wurde er 1938 zum Zweiten Direktor ernannt und arbeitete dann im Rahmen des sog. deutschen „Kunstschutzes“ in Nordfrankreich, wo er später auch in Kriegsgefangenschaft geriet<sup>458</sup>.

Bersu traf schließlich am 11. August „programmgemäß“ in Frankfurt ein und reiste nach zwei Tagen weiter in die Schweiz<sup>459</sup>. Vieles spricht dafür, dass er sich noch vor Weickert und dem DAI mit von Merhart treffen wollte und tatsächlich berichtete er danach, wie nutzbringend die Unterhaltung mit „Herrn von Merhart und Herrn Sprockhoff in Merharts Haus“ vor allem zur Berufung der Kommissionsmitglieder gewesen sei. Anschließend verbrachte Bersu mit Bittel einen Tag in Stuttgart und danach glaubte Bersu, „über die allgemeinen Ansichten der Prähistoriker in Bezug zur RGK einigermaßen im Bilde zu sein. Zweifellos die dringendste Aufgabe scheint mir die zu sein, die Bibliothek wieder aufzustellen und wenn möglich arbeitsfähig zu machen.“ Bersu besichtigte deshalb verschiedene Interimsräumlichkeiten, die aber alle letztlich nicht in Frage kamen<sup>460</sup>. Weickert schlug währenddessen vor, die gegenwärtige provisorische Kommission der RGK bei ihrer ersten Sitzung unter Bersus Vorsitz aufzufordern, sich neu zu konstituieren<sup>461</sup>.

Lindner wies Bersu zum 1.7.1950 als Ersten Direktor der RGK ein<sup>462</sup> und im Zuge dessen versicherte er ihm, dass Hessen keine Einwände gegen den Übergang des Institutes an den Bund erheben würde<sup>463</sup> und dass „bis zur Bildung eines Ministeriums des Auswärtigen beim Bund [...] die Interessen der früheren deutschen Auslandsinstitute beim Bundesinnenministerium vertreten [werden] und zwar in der Abteilung von Herrn Staatssekretär Wende“<sup>464</sup>, während die Kultusministerkonferenz die RGK übernehmen wollte<sup>465</sup>. Ende September sorgte dann ein Gerücht für Aufregung, wonach die RGK aus dem DAI herausgelöst werden sollte<sup>466</sup>. Minister Stein und Lindner äußerten sich gegenüber Bersu, dass

<sup>455</sup> Protokoll Außerordentliche Zusammenkunft der ZD 12.6.1950, 25.7.1950: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, Ordner DAI 1949–1965, unpag.; Weickert, Rundschreiben, 14.3.1950, 2 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>456</sup> Weickert an Bersu, 17.4.1950: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>457</sup> Bersu an Weickert, 21.4.1950: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>458</sup> PERSCHKE 2016.

<sup>459</sup> Wagner an Weickert, 16.8.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>460</sup> Bersu an Weickert, 2.9.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>461</sup> Weickert an Bersu, 5.9.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>462</sup> Lindner wurde zum 1.8.1950 von deren kommissarischen Leitung entbunden (Lindner an Weickert, 7.9.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.).

<sup>463</sup> Bersu an Weickert, 5.9.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>464</sup> Weickert an Bersu, 18.9.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>465</sup> Wende an Weickert, 18.9.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>466</sup> Weickert an Wende, 27.9.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.



ihnen solche Pläne nicht bekannt seien und selbst wenn, hätten sie sich solchen Bestrebungen widersetzt; es sei ein Missverständnis von Wende gewesen<sup>467</sup>, was diesem auch so klargemacht wurde<sup>468</sup> ebenso wie der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten beim Bundeskanzleramt<sup>469</sup>.

Hinsichtlich der eigentlichen Forschungsarbeit der RGK forcierte Bersu, ebenso wie Unverzagt in Berlin, die Fortsetzung älterer Forschungen. So hatte sich Bersu offensichtlich unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Deutschland um diejenigen Grabungsdokumentationen, Manuskripte und Korrespondenz bemüht, die er in den 1930er Jahren im DAI in Berlin zurückgelassen hatte. Im Oktober erhielt er in sechs Paketen mit Kästen sein Eigentum zurück<sup>470</sup>. Außerdem lud er Anfang Dezember Unverzagt offiziell zur Besprechung des „Sprockhoff’schen Ringwallunternehmens“ mit diesem in Frankfurt ein, „da die Unterlagen sich hier befinden und die grossen Planaufnahmen nicht gut einem Transport ausgesetzt werden können“<sup>471</sup>. Im April 1938 hatte die RGK bei der DFG das Projekt „Bestandsaufnahme der vorgeschichtlichen Wall- und Wehranlagen in West- und Süddeutschland“ erfolgreich beantragt und zwischen Anfang 1939 und 1944 wurden unter Sprockhoffs Leitung mit erheblichen Fördermitteln in mehreren südwestdeutschen Untersuchungsprovinzen Anlagen vermessen und dokumentiert. Die geplante Vorlage von regionalen Katalogen der Anlagen und von einzelnen Ausgrabungen war aber noch nicht erfolgt<sup>472</sup>.

Außerdem belebten Bersu und Mortimer Wheeler von der Britischen *Society of Antiquities* das Projekt der sog. Internationalen Karte des Römischen Reiches wieder, das 1928 auch unter der Beteiligung Bersus begonnen worden war<sup>473</sup>. Ende November 1950 traf man sich mit anderen Beiträgern im italienischen Abbazia und Bersu berichtete darüber stolz: „Ich brachte die Sitzung, die zuerst recht formlos war, in geschäftsmässige Bahnen und sorgte dafür, dass ein Protokoll geführt wurde und es wurde auch mein Vorschlag angenommen, für jeder der vier Blätter 1:500.000 einen verantwortlichen Bearbeiter zu ernennen.“<sup>474</sup>

<sup>467</sup> Bersu an Weickert, 4.10.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>468</sup> Weickert an Wende, 6.10.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>469</sup> Weickert an Salat, 7.10.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>470</sup> Bersu an Weickert, 11.10.1950, Anschreiben mit Gesprächsnotizen: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>471</sup> Bersu an Unverzagt, 4.12.1950: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 36; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 607.

<sup>472</sup> Abschrift des Schreibens von Sprockhoff,

RGK, an Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaften am 15.11.1937, vom 30.4.1938; Abschrift des Schreibens von Werner in Vertretung von Sprockhoff, RGK, an Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaften am 18.3.1939, vom 27.3.1939: BA Berlin R73/11867; Bewilligungen der DFG an RGK zwischen 7.6.1939 und 12.5.1944: BA Berlin R73/11867; 29. Ber. RGK 1939 (1941) 3–4; 30. Ber. RGK 1940 (1941) 3; 31. Ber. RGK 1941, 1. Teil (1942) 3–4; Sprockhoff 1956.

<sup>473</sup> Bersu an Weickert, 31.10.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>474</sup> Bersu an Weickert, 30.11.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

## Arbeitsgemeinschaft für archäologische Stadtkernforschung

Parallel zu diesen an Wissenschafts- und Kulturpolitik ausgerichteten strukturbildenden Maßnahmen mehrten sich seit Ende der 1940er Jahren wieder Bemühungen, eine inhaltlich orientierte wissenschaftliche Infrastruktur zu schaffen. Unverzagt darf hinsichtlich dessen als besonders rührig gelten, in der SBZ und frühen DDR etablierte er mehrere Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften, die zu Beginn noch eindeutig gesamtdeutsch ausgerichtet waren. Wahrscheinlich initiierte er, ausgehend von seinen Arbeiten in der Altstadt von Magdeburg, auch die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für archäologische Stadtkernforschung“. Damit wurde ein erster Rahmen für ein relativ junges Forschungsfeld geschaffen, das durch die Überschneidung mit den Forschungen zum frühgeschichtlichen Befestigungsbau und zur Hansegeschichte<sup>475</sup> inhaltlich einflussreich werden sollte und gleichzeitig die deutsche archäologische *community* lange, über den Mauerbau hinaus, verbinden und mit den internationalen Kollegen verknüpfen sollte<sup>476</sup>.

Die „Arbeitstagung für archäologische Stadtkernforschung“, die vom 5.–7. Juni 1950 auf Einladung des Museums für Hamburgische Geschichte in der schwer zerstörten Hansestadt stattfand, war wahrscheinlich die erste inhaltliche, forschungsbezogene Zusammenkunft deutscher Archäologen nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Sicherheit war sie aber das erste Treffen aller an diesem Forschungsfeld Interessierten überhaupt in Deutschland<sup>477</sup>. Die Initiatoren Herbert Jankuhn (1905–1990) und Reinhard Schindler (1912–2001)<sup>478</sup> verband das Interesse für spätantike und frühmittelalterliche Siedlungsgeschichte und Befestigungsbau, das seit der Zwischenkriegszeit eng mit Fragen der Stadtgeschichte und der Pfalzenforschung verknüpft worden war. 1950 nun luden sie zahlreiche Historiker und Archäologen aus Nordwest- und Ostdeutschland sowie dem Rheinland nach Hamburg ein, darunter auch Unverzagt, dessen Ausgrabungen in Zantoch an der Warthe neben den Forschungen von Jankuhn in Haithabu zu den methodisch innovativsten und umfangreichsten Ausgrabungen während der Zwischenkriegszeit zählten<sup>479</sup>.

<sup>475</sup> Neben dem einflussreichen und bereits 1871 gegründeten Hansischen Geschichtsvereins, der vorwiegend professionelle Historiker zusammenführte, sei hier auf Fritz Rörig (1882–1952) verwiesen, der die Hansegeschichte durch seine Arbeiten im Hansearchiv in Lübeck im frühen 20. Jahrhundert maßgeblich strukturierte, dabei aber kontinuierlich mystifizierte, und später durch seine Mitarbeit in der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft vernetzte und nach dem Zweiten Weltkrieg dann in Ost-Berlin auf seinen Lehrstuhl für Mediävistik und an der Ost-Berliner Akademie an der Dienststelle der Monumenta Germaniae Historicae weiter förderte und mit der Prähistorischen Archäologie verknüpfte (KAEGBEIN / RÖRIG 1959; NOODT 2007; PAULSEN 2017).

<sup>476</sup> Unverzagt an Tischler, Duisburg, 17.11.1950: MVF Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt

1949–1951, unpag. – Laut Unverzagt herrschte unter den DDR-Kollegen und Landeskonservatoren Zustimmung zu diesen Planungen und folgende Städte sollen in die Stadtkernforschung einbezogen werden: Grossberlin (Schlossinsel in Köpenick, Gegend der Nikolaikirche und des Molkenmarktes, Spandau), Brandenburg (Potsdam, Dominsel in Brandenburg), Sachsen-Anhalt (Magdeburg, Halle), Mecklenburg (Rostock, Wismar), Sachsen (Unverzagt an Jankuhn, 22.9.1950: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1949–1951, unpag.).

<sup>477</sup> ENGEL 1951, 205.

<sup>478</sup> MERTEN 1982; DERS. 2001.

<sup>479</sup> Der Ausgräber der Pfalz Werla, Hermann Schroller, kam nicht nach Hamburg, weil er zu diesem Zeitpunkt wieder seinem Erstberuf als Apotheker nachging, bevor er 1956 erneut eine Ausgrabung in der Pfalz leitete (BLAICH 2008).

Jankuhn, im Nationalsozialismus bestens und einflussreich kulturpolitisch vernetzt, war nach seiner Haftentlassung und dem für ihn positiven Entnazifizierungsverfahren<sup>480</sup> als renommiertes Ausgräber und Projektkoordinator sowohl in der Denkmalpflege als auch der Forschung sehr gefragt, u. a. auch von Unverzagt, und wog verschiedene berufliche Optionen ab<sup>481</sup>. Schindler betreute seit 1946 von seiner Stelle im genannten Hamburger Museum die Bodendenkmalpflege der Stadt. So wie Unverzagt in Magdeburg, nutzte Schindler den hohen Zerstörungsgrad der Innenstadt für archäologische Stadtkernforschung und meinte 1949, die historisch überlieferte Hammaburg archäologisch nachweisen zu können<sup>482</sup>. Die deutsche Frühmittelalterarchäologie hatte damit ihren ersten Coup gelandet und konnte sich dadurch der Mediävistik und der sich reorganisierenden Ostforschung, auf der Arbeitstagung in Hamburg vertreten durch Aubin, als potenter Kooperationspartner empfehlen<sup>483</sup>. Und so wurden in Hamburg zum einen die methodischen Zugriffe der vertretenen Wissenschaften auf die „berühmte große Lücke zwischen Geschichte und Vorgeschichte“ diskutiert, diesen „Bereich, etwa vom 7. bis 13. Jahrhundert, der zwar die Keime der späteren Entwicklung in sich birgt, jedoch weitgehend unerforschtes Neuland darstellt“<sup>484</sup>. Zum anderen stellten Grabungs- und Projektleiter die ersten Ergebnisse deutscher, englischer und holländischer Altstadtgrabungen vor<sup>485</sup>. Eine „keramische Arbeitsgemeinschaft“, die

<sup>480</sup> Dirk Maharski hat den umfangreichen Nachlass Jankuhns und dabei auch dessen Entnazifizierungsverfahren ausführlich ausgewertet (MAHARSKI 2011). Jankuhn war am 8. Mai 1945 als SS-Sturmabführer der Waffen-SS mit seiner Einheit in Österreich in amerikanische Gefangenschaft geraten. 1946 wurde die Gefangenschaft in Internierung umgewandelt und Jankuhn wurde u. a. in einem Internierungslager bei Nürnberg festgehalten (ebd. 294). 1947 wurde er in ein Internierungslager nach Niedersachsen verlegt (ebd. 296). Über seine Entnazifizierung wurde in einem Spruchkammerverfahren beraten; davor waren der umfangreiche Fragebogen auszufüllen und entlastende Gutachten von Kollegen einzuholen. Jankuhn wurde am 16. Februar 1948 aus der Internierung entlassen und vom Hauptentnazifizierungsausschuss in Kiel in die Kategorie 4 (Mitläufer) ohne Tätigkeitsbeschränkung eingestuft (ebd. 305). Der Spruchgerichtshof bestätigte diese Einstufung am 27. Juli 1948 und verurteilte Jankuhn zur Zahlung einer Geldstrafe von 300 DM, worauf Jankuhn beim Obersten Spruchgerichtshof Revision beantragte (ebd. 306). Am 15. März 1949 wurde das Urteil tatsächlich aufgehoben und Jankuhn wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung folgte man Jankuhns Argumentation: „Der Angeklagte hat sich hinsichtlich seines Eintritts und seines Verbleibens in der SS auf Zwang, hilfsweise auf Notstand berufen.“ (Auszug aus Urteil zit. bei MAHARSKI 2011, 306), der sich

erfolgreich als Verteidiger archäologischer Forschungen gegen Instrumentalisierungsversuche des Amtes Rosenberg dargestellt hatte. Jankuhns Kriegseinsätze in Norwegen, Frankreich und der Ukraine spielten bei der Urteilsfindung keine Rolle (ebd. 307). Jankuhns Argumentation trug wesentlich dazu bei, rückblickend das SS-Ahnenerbe im Vergleich zum Amt Rosenberg als Schutzgeber guter Forschung zu etablieren und die dem SS-Ahnenerbe angehörenden Wissenschaftler als integer darzustellen. Obwohl auch der Entnazifizierungsausschuss von Schleswig-Holstein diesen Freispruch bestätigte, orientierte sich Jankuhn in seiner weiteren Karriere auf Niedersachsen, da dort die rechtlichen Bedingungen für die Wiedereinstellung von Beamten sehr viel günstiger waren als in Schleswig-Holstein (ebd. 291), Jankuhns altem Arbeitsgebiet.

<sup>481</sup> Unverzagt an Jankuhn, 20.5.1949: MVF Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt 1949–1951, unpag.

<sup>482</sup> Unverzagt an Kunkel 28.11.1950 SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1949–1951, unpag. – Tatsächlich wurde erst 2005 und 2006 bei Ausgrabungen auf dem Domplatz die dreiphasige Hammaburg (I–III) lokalisiert (WEISS / KLAMMT 2014).

<sup>483</sup> Bersu an Unverzagt, 29.6.1950: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 28. – ENGEL 1951; JANKUHN 1954.

<sup>484</sup> ENGEL 1951, 206.

<sup>485</sup> Ebd.

wohl vorläufig nur informell war, thematisierte, wohl auf Unverzagts Initiative, die „Frage nach den Datierungsmöglichkeiten der mittelalterlichen Keramik (7.–12. Jahrhundert)“, begleitet von einer Ausstellung von Funden der vorgestellten Ausgrabungen<sup>486</sup>. Schließlich wurde in Hamburg „auch eine Resolution gefasst zur Gründung einer gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft für archäologische Stadtkernforschung. Aber dabei scheint es auch geblieben zu sein.“<sup>487</sup> Jankuhn schrieb überschwänglich an Unverzagt, er hoffe, „dass wir die so verheißungsvoll begonnene Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Stadtkernforschung fortsetzen können, insbesondere, dass sie sich zu einem Bindeglied zwischen den Kollegen in Ost und West entwickeln möchte.“<sup>488</sup>

Bei diesen Stadtkernforschungen wurden mehrheitlich ältere Forschungsfragen wieder aufgegriffen, so in Magdeburg, wo nun, 1950, die stets eiligen Notgrabungen vor allem verschiedenen Kirchen galten<sup>489</sup>. Während die akute Wohnungsnot in der zu 80 % zerstörten Magdeburger Innenstadt<sup>490</sup> zu einer Marginalisierung kulturgeschichtlicher oder denkmalpflegerischer Belange führte, konnte z. B. im sehr viel weniger zerstörten Leipzig für ein großes, zentrumsnahes Trümmergrundstück zwischen 1951 und 1956 ein tragbarer Kompromiss für baubegleitende Untersuchungen durch einen Kunsthistoriker und ein kleines Team gefunden werden. Finanziert von der Ost-Berliner Akademie, bemühte man sich, die dort lokalisierte früheste Burg datieren und ethnisch zuweisen zu können<sup>491</sup>. In beiden Teilen Deutschlands wurden aber auch im Verlauf der 1950er Jahre und unter maßgeblicher Beteiligung der Prähistorischen Archäologie die bisherigen Interpretationen von Siedlungsentwicklungen und -bewegungen sowie von Stadtgründungs- sowie Staatsgründungsprozessen einer teilweise radikalen Revision unterzogen. Vor allem die bis Kriegsende diskreditierten frühmittelalterlichen Kulturen Mittelosteuropas wurden nun umfassend aufgewertet, woran sich aber die Generation Unverzagts nur verhalten beteiligte<sup>492</sup>. Als ostdeutsche Besonderheit sollte sich dabei die kulturpolitische Förderung der Sorben in Brandenburg und Sachsen erweisen, die bereits unmittelbar nach Kriegsende einsetzte und in neuen Forschungsstrukturen und -fragestellungen ihren Ausdruck fand<sup>493</sup>.

#### Congr ss International des Sciences Préhistoriques et Protohistoriques (CISPP)

Als eine wirkungsvolle Struktur, um die Internationalisierung von Forschung, vor allem aber die internationale Vernetzung von Forschern voranzutreiben, war bereits 1865 der Internationale Kongress für prähistorische Anthropologie und Archäologie gegründet worden. Die internationalen Zerw rnisse während und nach dem Ersten Weltkrieg, aber auch die geringe Repräsentanz prähistorischer Themen führten 1931 zur Gründung des *Congrès International des Sciences Préhistoriques et Protohistoriques* (CISPP) mit einem St ndigen Rat von Fachvertretern aus mehr als 30 Staaten und unzähligen persönlichen Mitgliedern. Die Initiative dazu ging seinerzeit von Bersu und Unverzagt sowie Raymond Lantier (1886–1980), Hugo Obermaier (1877–1946) und Pere Bosch i Gimpera (1891–1974) aus und 1932 (London) und 1936 (Oslo) veranstaltete man vielbesuchte Kongresse<sup>494</sup>.

<sup>486</sup> Unverzagt an Bersu, 12.4.1950: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 23.

<sup>487</sup> Unverzagt an Kunkel, 28.11.1950: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1949–1951, unpag.

<sup>488</sup> Jankuhn an Unverzagt, 4.10.1950: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt,

1949–1951, unpag.

<sup>489</sup> LEUBE 2017, 424.

<sup>490</sup> PÄFFGEN U. A. 2014, 135.

<sup>491</sup> K AS 1976.

<sup>492</sup> U. a. HENSEL 1968.

<sup>493</sup> GRUNWALD 2019, 202–209.

<sup>494</sup> DIAZ-ANDREU 2009, 93.

Der Zweite Weltkrieg zerriss zahlreiche der sich auch in diesem Congrès gebildeten Verbindungen und Kooperationen, aber schnell gab es Bemühungen, den wegen des Krieges gecancelten Kongress, der in Budapest hatte stattfinden sollen, eben dort 1949 nachzuholen. Nachdem sich diese Idee aber zerschlagen hatte, war mit Zürich für 1950 ein neuer Veranstaltungsort gefunden und man einigte sich – auch unter Bersus Einfluss – darauf, bei dem Treffen in Zürich thematische Kommissionen zu gründen, um zukünftig die inhaltliche Forschungsarbeiten tatsächlich international zu koordinieren<sup>495</sup>. Unverzagt und Bersu diskutierten lebhaft, wie sie daran teilnehmen konnten. Deutschland war seit dem Krieg nicht mehr Mitglied im CISPP<sup>496</sup>; Bersu selbst hatte seine persönliche Mitgliedschaft mit dem Ausschluss aus dem DAI abgegeben, war aber 1949 auf einer Konferenz in Kopenhagen wieder als persönliches Mitglied in den Conseil gewählt worden. Unverzagt wollte an den zahlreichen Tagungen und Kongressen teilnehmen, aber seine eigenen finanziellen Mittel und der Devisenfond der Akademie waren derart begrenzt, dass er meistens absagen musste. Das betraf auch den Conseil in Zürich, wohin er nicht fahren konnte, aber Bersu ermunterte ihn, nach Mitteln und Wegen zu suchen, „damit unsere Interessen vertreten werden können“<sup>497</sup>. Bersu gab zu bedenken, dass man in Deutschland unterschätze, dass es im Ausland noch jede Menge Leute gebe, die nichts mit Deutschland zu tun haben wollten, und sah schwierige Beitrittsverhandlungen zum CISPP voraus<sup>498</sup>.

Tatsächlich sollte es Bersu sein, der dank seines persönlichen Renommées und seines neuerlichen Engagements im CISPP Deutschland und der RGK erneut den Zugang zu internationalen Gremien eröffnete. Aber es galt nicht nur, die internationalen Kollegen vom Wohlwollen der deutschen Fachvertreter zu überzeugen, sondern nun auch den Interessen zweier deutscher Staaten zu entsprechen<sup>499</sup>. Ebenso wie es in Deutschland noch keine Routine im Umgang mit der Zweistaatlichkeit und der Konkurrenz gab, besaß man im Ausland oder eben beim Conseil kein Procedere für den Umgang mit Fachvertretern aus diesen Staaten, zumal diese sich ja noch als Einheit verstanden. Deshalb bezweifelte Bersu im Frühjahr 1950, dass es offiziell getrennte Vertreter für Deutschland geben könnte und sah wohl als einzige Möglichkeit, dass Unverzagt wieder als Mitglied gewählt wird und sie beide damit als inoffizielle Vertreter beider deutschen Staaten weiter im Conseil mitarbeiten könnten, ohne dass Bersu dies aber konkret aussprach<sup>500</sup>. Unverzagt wollte bezüglich seiner Ernennung nicht selbst tätig werden und räumte ein, dass seine Wiederwahl den Vorteil hätte, „dass durch mich zwei auf breiter Basis stehende Organisationen, das Deutsche Archäologische Institut und die Deutsche Akademie der Wissenschaften, vertreten wären.“<sup>501</sup> Bersu sagte ihm zu, ihn bei dem Kongress in Zürich als neues Mitglied und Bittel als einen der Sekretäre vorzuschlagen<sup>502</sup>. Unverzagt meinte dagegen, man könne es vorerst ruhig bei Gustaf Behrens, dem Direktor des RGZM, als zweitem Sekretär belassen (*Abb. 15*)<sup>503</sup>.

<sup>495</sup> Ebd. 109.

<sup>496</sup> Bersu an Unverzagt, 16.2.1950: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 13.

<sup>497</sup> Unverzagt an Bersu, 10.5.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 25.

<sup>498</sup> Bersu an Unverzagt, 16.2.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 13.

<sup>499</sup> Unverzagt an Bersu, 22.2.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 16.

<sup>500</sup> Bersu an Unverzagt, 1.3.1950: SMB-PK/ MVF

Archiv IX f 3, b–2/Bl. 18.

<sup>501</sup> Unverzagt an Bersu, 7.3.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 19.

<sup>502</sup> Bersu an Unverzagt, 14.3.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 20.

<sup>503</sup> Unverzagt an Bersu, 21.5.1950: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 21. Behrens war wohl seit den 1930er Jahren Sekretär des Permanenten Ausschusses des CISPP.



Abb. 15. Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Exkursion, die anlässlich des Hundertjährigen Jubiläums des RGZM am 1. Oktober 1952 stattfand. Gustaf Behrens, der seit 1927 als Direktor dieses Museum bis zum Jubiläumsjahr leitete, sandte dieses Bild an Unverzagt. Dieser ist in der ersten Reihe hinter dem Mann mit dem Fernglas zu erkennen (Archiv MVF Nachlass Unverzagt DP 0044142).

Wie erhofft, wurden in Zürich Bersu, Unverzagt, Behrens und Bittel als deutsche Mitglieder in den Conseil gewählt, nachdem von Merhart satzungsgemäß ausgeschieden war<sup>504</sup>. Diese Zuwahlen mögen auch damit erklärt werden, dass die deutschen Archäologien mit 26 Fachvertretern in Zürich die größte nationale Teilnehmergruppe stellten<sup>505</sup>. Nun ist „Deutschland wieder Mitglied des Congresses“ verkündete Bersu stolz an Weickert, außerdem „wurde auch ein kleines Exekutiv Comité gegründet (für Verbindungen mit UNESCO), in das ich auch gewählt wurde“<sup>506</sup>. Offensichtlich ignorierte man bei der CISPP das Konfliktpotential der deutschen Zweistaatlichkeit, das zunehmend die Zusammenarbeit der deutschen Archäologien belastete, und dies vielleicht allein deshalb, weil nur sehr wenige mittel- und osteuropäische Wissenschaftler 1950 nach Zürich kamen, die hätten berichten können, welche Absurditäten der Kalte Krieg bereits ausgeprägt hatte<sup>507</sup>.

#### Bersu Memorandum

Unter dem unmittelbaren Eindruck seiner Rückkehr nach Deutschland und dem Wiedersehen mit zahlreichen deutschen und internationalen Kollegen verfasste Bersu Ende

<sup>504</sup> HAWKES 1950; DIAZ-ANDREU 2009, 107–111.

<sup>505</sup> Ebd. 109.

<sup>506</sup> Bersu an Weickert, 15.8.1950; Weickert an Gelzer, 12.4.1950; Archiv ZD des DAI 10–10

RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag. – DIAZ-ANDREU 2009, 109–113.

<sup>507</sup> NIEDERHUT 2009.

1950 auf Initiative Weickerts<sup>508</sup> ein Memorandum über die zukünftige Position der RGK innerhalb des DAI. Er wählte die Briefform und das Schreiben sollte nicht nur Erich Wende, den neu ernannten Leiter der Kulturabteilung im Bundesinnenministerium, zugehen, sondern auch den Mitgliedern der ZD, die mit ihrer Unterschrift zu den einzelnen Punkten ihr Einverständnis kundtun sollten<sup>509</sup>. Die Diagnosen Bittels und seine eigenen Beobachtungen ließen Bersu offensichtlich die RGK in einer ähnlich umstrittenen Position erscheinen wie Mitte der 1930er Jahre und so wählte er als Argumentationsgrundlage – wie Wiegand und Schuchhardt in den 1930er Jahren und Unverzagt in der unmittelbaren Nachkriegszeit – die Entstehungsgeschichte der RGK, verband sie aber nun zusätzlich mit Konstanten der deutschen Geschichte.

Bersu verwies zum einen auf den Föderalismus und in Konsequenz dessen auf die Kulturhoheit der Länder, die er als Grund für die Widerstände gegen die Gründung der RGK 1901, aber auch der Debatten nach 1945 um die Zuständigkeit für die RGK sah. Mit seinem Verweis auf die internationalen Kontakte der RGK, für deren Pflege und Ausbau sich die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes für das gesamte DAI stets als förderlich erwiesen hatte, verdeutlichte er die wiederholten Beschädigungen, die zwei Weltkriege in den internationalen Forschungskontakten verursacht hatten. Diese Auslandsvernetzung war das wissenschaftspolitische Kapital des DAI und der RGK, die am Vorabend des Ersten Weltkrieges inzwischen anerkannte Akteure geworden waren auf dem politischen Feld der *soft power*, wie man heute die gezielte internationale Einflussnahme durch wissenschafts- oder kulturpolitische Maßnahmen bezeichnet. Als einen solchen Akteur wollte Bersu nun, 1950, die RGK wieder empfehlen und berichtete deshalb von seinen eigenen Bemühungen nach dem Ersten Weltkrieg: 1924 wurde ihm „bei seinem Eintritt in den Beamtenkörper der Römisch-Germanischen Kommission eine jährliche Sonderbewilligung von RM 10.000.- zur Wiederanknüpfung der wissenschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland zur Verfügung gestellt. Es gelang die gegen die deutsche Forschung in der Kriegspsychose entstandenen Organisationen durch Begründung neuer internationaler Kongresse, in denen Deutschland die ihm zukommende Rolle spielte, umzubilden und die Isolation Deutschlands zu brechen“ und so entwickelte sich die RGK durch „die Unterstellung unter das Auswärtige Amt“ und dadurch ermöglichte gemeinsame Studienreisen und Gastaufenthalten ausländischer Wissenschaftler in Frankfurt zu einer Institution, die die britischen Kollegen als „clearinghouse“<sup>510</sup> bezeichneten. Entscheidend für ihren Erfolg war, so Bersu, „dass sich die Kommission von jeder ‚propagandistischen‘ und politischen Tätigkeit freihielt und in sachlichen Leistungen die beste Manifestation deutscher Arbeit sah.“<sup>511</sup>

Der ins Exil gezwungene Bersu blickte mit Stolz darauf, dass die RGK unter den von Reinerth geführten Angriffen nicht „zertrümmert“ werden konnte, ließ dabei aber die nachgewiesenen ideologischen Anpassungsversuche innerhalb der RGK und des DAI an die nationalsozialistische Kultur- und Wissenschaftspolitik unerwähnt. Einzig den kurzzeitigen Wechsel des DAI an das Reichserziehungsministerium nannte er als Nachweis

<sup>508</sup> Weickert an Wende, 1.11.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>509</sup> Bersu an Weickert, 24.10.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>510</sup> Von Banken genutzte Einrichtung zum Sammeln und Ausstellen von Geld oder Wertpapie-

ren; allgemein eine Einrichtung zur Sammlung und Verteilung von Informationen für andere Einrichtungen oder Personen (<https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/clearing-house>).

<sup>511</sup> Bersu Memorandum an Weickert, 24.10.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

dafür, „zu welchem Nachteil es führte, als das Institut und die Römisch-Germanische Kommission aus der sachlichen Sphäre der Betreuung durch das Auswärtige Amt in die kulturpolitische des Reichserziehungsministeriums überführt wurde. Die offizielle Politik des Dritten Reiches kompromittierte die deutsche Forschung völlig.“

Vor dem Hintergrund dieses Rückblickes und „der Erlebnisse, die der Unterzeichnete während seines Aufenthaltes im Ausland 1939–1950 hatte“, formulierte Bersu zwei „unbedingte“ Überzeugungen für die unmittelbare Gegenwart, in der es hieß, „von den Erfahrungen vergangener Zeit zu lernen und verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen“: „1. Eine gesunde Weiterarbeit der Römisch-Germanischen Kommission ist nur möglich, wenn die Kommission zusammen mit dem Gesamtinstitut in einer einheitlichen Organisation als Deutsches Archäologisches Institut zusammengefasst bleibt. 2. Als betreuende Verwaltungsstelle müsste dieses Institut jener Bundesorganisation unterstellt werden, die die Funktion des von 1933 bestehenden Auswärtigen Amtes übernimmt.“ Hinsichtlich der internationalen Wahrnehmung der deutschen Archäologie war Bersu optimistisch nach der „reibungslose[n] Wiederzulassung Deutschlands auf dem Internationalen Kongress für Vor und Frühgeschichte in Zürich im Herbst 1950“ und seiner eigenen Wahl in den ständigen Ausschuss des CISPP optimistisch, er sah aber „vorsichtige Zurückhaltung und taktvolle Anpassung an die veränderte Lage mit rein sachlichen Arbeiten unbeeinflusst von politischen Tendenzen“ als Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Beziehungen. Die Gespräche in Zürich hätten ihm aber auch deutlich gemacht, dass Eile geboten sei: wenn die RGK „nicht bald in alter Weise wie vor 1933 tätig sein kann“, würde „ihre Aufgabe von einer neu zu gründenden ausländischen Stelle übernommen“ werden, über die bereits diskutiert worden sei. Abschließend verwies Bersu darauf, dass er den Posten in Irland verlassen habe wegen der Überzeugung, dass die deutschen Fachgenossen eine wie eben dargestellte Organisation möchten und befürworten<sup>512</sup>. Bersu formulierte also optimistisch eine dringliche nationale Aufgabe für die RGK als Fortsetzung ihrer ursprünglichen Bestimmung und bot damit auch für die Frankfurter Aufbauarbeit ein gewichtiges Argument.

Tatsächlich erklärte sich die Stadt Frankfurt nun bereit, dem Wiederaufbau der Gebäude Palmengartenstr. 10–12 zuzustimmen, wenn der Staat ein unverzinsliches Baudarlehen gewähren würde<sup>513</sup>. Bersu empfahl dem Hessischen Unterrichtsministerium diese Lösung auch im Namen des DAI als die beste, die „den Bedürfnissen der Römisch-Germanischen Kommission“ entspräche und erklärte, dass die baldige Arbeitsfähigkeit der RGK so wichtig sei „im Interesse der internationalen Wissenschaft“<sup>514</sup>. Mit Staatssekretär Wende besprach Bersu diese Angelegenheit auch Anfang November 1950, wobei sie auch die Ruine der RGK besichtigten. Hinsichtlich des Übergangs der RGK aus der Obhut Hessens an den Bund befürchtete man Animositäten, aber Lindner, der an diesem Treffen auch teilnahm, versicherte, dass man in Hessen Verständnis „dafür hätten, dass die Mutter (Zentraldirektion) und die Tochter (RGK) selbstverständlich zusammengehörten“ und man die Entscheidung Berlins begrüße. Bersu erfuhr bei diesem Treffen offensichtlich auch aus erster Hand, dass in Bonn eine „Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Innenministeri-

<sup>512</sup> Bersu Memorandum an Weickert, 24.10.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>513</sup> Aktennotiz Bersu zu Besprechung am 24.10.1950: 24.10.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK

Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>514</sup> Weickert an Hess. Unterrichtsminister Stein, 30.10.1950; Bersu an Hess. Kultusministerium, 3.11.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.



um und künftigem Aussenministerium“ getroffen worden sei, „die dahin ginge, dass Forschungsarbeit, also die Institute, einer Kulturabteilung beim Innenministerium unterstellt werden sollten, während kulturpolitische Dinge wie etwa Auslandsreisen von Künstlern dem Aussenamt zufallen würden“. Wende räumte bei allem Wohlwollen für diese Lösung aber gegenüber Bersu ein, „dass es für das Institut vielleicht besser wäre, wenn es dem Auswärtigen Amt unterstellt sei.“ Wende kannte inzwischen Bersus Memorandum und stimmte Bersu also in diesem Punkt zu, hielt „es aber nicht für zweckmässig“, wenn Bersu „diesen Standpunkt Bonner Stellen gegenüber weiter vertreten würde“<sup>515</sup>.

Weickert behandelte vorerst die Institutsangelegenheiten weiter so, als ob das DAI beiden Ressorts unterstünde und schickte wichtige Schriftstücke stets an beide Stellen<sup>516</sup>. Auf seinen Reisen zu zahlreichen Regierungsstellen im Oktober 1950<sup>517</sup> besprach er sich u. a. auch mit dem Bundespräsidenten und beschrieb ihn und das Treffen als „jovial, freundlich, vorsichtig. Über Institut usw. im Ausland orientiert, aber müde“<sup>518</sup>. Wende bereitere derweil vor, „beim Bundesfinanzminister die Übernahme der ZD und der RGK auf den Bund zur Vorlage“ zu bringen, während man in Wiesbaden wohl doch teilweise für einen Verbleib der RGK bei Hessen votierte. Aber es hieß, „Auf Verhandlungen in diesem Sinne will sich Herr Staatssekretär Wende nicht einlassen“<sup>519</sup>.

#### Wer darf forschen und wer wird gefördert?

Inzwischen liefen erste Forschungsgrabungen an, während die Bodendenkmalämter deutschlandweit versuchten, die Entrümmerungen und den Wiederaufbau so gut wie möglich zu begleiten<sup>520</sup>. Die Frage der Forschungsförderung wurde dabei von Beginn an in den beiden deutschen Staaten unterschiedlich geregelt. Von Ost-Berlin aus unterstützte Unverzagt bereits ab Ende der 1940er Jahre einige wenige archäologische Forschungsprojekte in der DDR, die nicht allein aus den Etats der Bodendenkmalämter finanziert werden konnten. Ob Unverzagt selbst einen gewissen Etat verwaltete oder aber jeweils Mittel für konkrete Forschungsprojekte bei der DAW beantragten musste, ist vorläufig noch unklar. Für die frühen deutschen Stadtkernforschungen, konkret für die Ausgrabungen in Magdeburg, liegen Zahlen vor. Danach trug die DAW 97.000 DM zu den Gesamtkosten der Magdeburger Ausgrabungen zwischen 1949 und 1951 von 184.438,77 DM bei<sup>521</sup>. Die Bodendenkmalämter auf Landesebene arbeiteten wie vor dem Krieg – engagiert mit wenigen festen Mitarbeitern. Unverzagt verfolgte bei alledem weiter seinen alten Plan: „Auf dem Programm unserer Kommissionsarbeiten steht auch die Wiederaufnahme der Burgwallforschung in den einzelnen Ländern der DDR. Beabsichtigt ist zunächst die Herausgabe von Inventaren. Dem eigentlichen Verzeichnis soll ein allgemeiner Teil mit Abbildungen und Plänen vorausgehen“<sup>522</sup>. Erst Mitte der 1950er Jahre begann dann die

<sup>515</sup> Bersu an Weickert, 8.11.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>516</sup> Weickert an Bersu, 13.11.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>517</sup> Weickert, Bericht tabellarisch, ca. 23.10.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>518</sup> Weickert, Aktennotiz, 10.3.1950: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines,

1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>519</sup> Weickert an Bersu, 17.11.1950; Weickert an Bersu, 4.12.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>520</sup> STEUDTNER / GRUNWALD 2015; GRUNWALD 2016.

<sup>521</sup> LEUBE 2017, 422.

<sup>522</sup> Unverzagt an Grimm 8.3.1950: MVF Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt Archiv MVF Berlin, unpag., ab 1945. – Zweiter Ordner 1949–1951, unpag.

systematische und gut dokumentierte Förderung der regionalen Denkmalämter durch die Akademie. In der BRD wurde dagegen das alte Förderdesign wieder aufgegriffen, das durch Haushaltsetats finanzierte Forschungsarbeit und Projektförderung für Amtsinhaber bei der wiedergegründeten Deutschen Forschungsgemeinschaft umfasste<sup>523</sup>. Mit Bersus Rückkehr begann die erneute Zusammenarbeit zwischen RGK und DFG, allerdings mit einem sichtlich empörten Bersu.

Im Herbst 1950 tauchte Bolko von Richthofen (1899–1983) in Frankfurt auf und gab bekannt, ein einjähriges Forschungsstipendium von der DFG erhalten zu haben<sup>524</sup>. Bersu reagierte mit Entsetzen: „Ich kann hierzu nur sagen, dass, wenn im Auslande bekannt wird, dass Leute wie von Richthofen aus Mitteln desselben Bundes geldliche Zuweisungen erhalten, der auch Mittel für Wiedereröffnung der Institute zur Verfügung stellt, man sich nicht wundern darf, wenn Widerstände gegen Wiedereröffnung der Institute laut werden. So etwas bleibt nie geheim“<sup>525</sup>. Nach 1945 stellte sich also erneut die Unterscheidung in „für seriös erklärte Wissenschaft“ und „politische Agitation“, die bereits während des Nationalsozialismus bei der DFG entscheidend gewesen war, um die vermeintliche Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft wenigstens symbolisch zu wahren<sup>526</sup>. Dadurch war es gelungen, das Image der DFG als Quelle akademischer Reputation auch unter Diktaturbedingungen zu wahren. Was während des Nationalsozialismus von der DFG gefördert worden war, so auch Ausgrabungen des SS-Ahnenerbes, genoss dadurch den Nimbus von Wissenschaftlichkeit und dieses Gütesiegel war auch in den Nachkriegsjahren wertvoll und einflussreich. Von Richthofens Auftreten und dessen Förderung sowie Bersus Empörung darüber zeigen zusammen mit den fachinternen Debatten zum Umgang mit den Entnazifizierungsverfahren den Mangel eines moralischen Konsens‘ unter den Fachvertretern, aber auch den ungebrochenen symbolischen Stellenwert einer DFG-Förderung.

Matz, Fachgutachter für Klassische Archäologie bei der DFG, hatte auf der Sitzung der Zentralkommission Ende Oktober angegeben, dass die beiden Sachbearbeiter für Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie bei der DFG, Bittel und Sprockhoff, von Richthofens Förderantrag befürwortet hatten, was den ohnehin empörten Bersu wohl so aufregte, dass er seinen Arzt um Erholungsurlaub ersuchen wollte<sup>527</sup>. Mitte Dezember erkundigte sich Bersu eindringlich bei Matz über dessen Ermittlungen hinsichtlich der Bewilligung und

<sup>523</sup> 1949 war der Deutsche Forschungsrat gegründet worden, der 1951 mit der ehemaligen DFG fusionierte (BRUCH / HENNING 1999).

<sup>524</sup> Von Richthofen hatte in Breslau / Wrocław und München Vorgeschichte, Klassische Archäologie und Geografie studiert und 1924 zur älteren Bronzezeit in Schlesien promoviert. 1930 habilitierte er sich in Hamburg mit einer Arbeit zur jüngeren Steinzeit. Zwischen 1926 und 1929 arbeitete er in der Bodendenkmalpflege in Oberschlesien und danach als Kustos am Hamburger Völkerkundemuseum. 1933 wurde er auf den Lehrstuhl für Vorgeschichte an der Universität Königsberg / Kaliningrad berufen, wo er bis 1942 lehrte. Von Richthofen gehörte zu den einflussreichsten Verfechtern der Rechtfertigung deutscher territorialer Ansprüche östlich der Oder mit archäologischen Argumenten

und vertrat diese Überzeugung im Kampfbund für deutsche Kultur, im Reichsbund für deutsche Vorgeschichte und als Vorsitzender der Berufsvereinigung deutscher Prähistoriker. Er war Mitglied des SS-Ahnenerbes, war am Raub von jüdischem Besitz beteiligt und publizierte antisemitische Schriften. Er wurde nach dem Krieg wie Reinerth wissenschaftlich isoliert und engagierte sich fortan überwiegend politisch (WÉGER 2009; DERS. 2017).

<sup>525</sup> Bersu an Weickert, 11.10.1950, Anschreiben mit Gesprächsnotizen: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>526</sup> WAGNER 2010, 187.

<sup>527</sup> Kommentar an Weickert, 23.12.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

gab zu bedenken, wenn es sich wirklich um einen so hohen Betrag handele, der „seitens der Bundesbehörden als Bezahlung für einen politischen Auftrag gedacht [sei], so entzieht sich diese Zuwendung natürlich jeder Kritik, es sei denn, dass die Notgemeinschaft, die ja wissenschaftliche Interessen vertreten soll, der Träger eines solchen politischen Auftrages ist. [...] Es war mir und anderen bisher nicht bekannt, dass Herr von Richthofen eine derartige wissenschaftliche Kapazität ist, die Bezüge in dieser Höhe im Verhältnis zu den Zuwendungen an andere und mehr verdiente Kollegen rechtfertigt.“<sup>528</sup> Auch die Förderung eines Projektes von Leonard Franz an der Innsbrucker Universität empörte Bersu, da dieser „den traurigen Ruhm hat, der einzige heute wieder in offizieller Stellung beschäftigte Prähistoriker zu sein, der im *Stürmer* eine Artikel veröffentlicht hat“<sup>529</sup>. Die Bewilligung erfolgte offensichtlich, als Bittel noch zweiter Fachvertreter war, aber dieser hatte, so Bersu, „keine Gelegenheit gehabt sich als Fachvertreter hierzu zu äussern, so dass, wie im Fall Richthofen (wenn Bittels Ansicht zu Recht besteht) eine Nichteinhaltung des ordnungsgemässen Geschäftsganges vorläge.“<sup>530</sup> Bersu zog sich in seiner Empörung auf seine Position als RGK-Direktors zurück: „Auch hier kann ich vom Standpunkt des Institutes – insbesondere wie die Tätigkeit von Herrn Franz in Oberitalien angesehen wird – es nur bedauern, wenn diese Zuwendung an Herrn Franz seitens der Notgemeinschaft geschehen ist“<sup>531</sup>.

1949/1950 muss es bei der wieder gegründeten DFG zumindest im Fachbereich der Vor- und Frühgeschichtlichen Archäologie zu Missverständnissen und Kompetenzstreitigkeiten gekommen sein, während offensichtlich moralische und ideologische Diskussionen und Grundsatzentscheidungen ausblieben. Bersu hatte zur Klärung dieser Sachverhalte bei der DFG deren Tätigkeitsbericht angefordert und versprach sich davon auch echte Beruhigung, denn: „Ich muss sagen, dass mir all diese Nachrichten einen recht erheblichen Schock versetzt haben, da, wenn sie stimmen, sie für die Arbeit des Institutes in Zukunft von solcher Bedeutung sind, dass ich mich ernstlich fragen muss, ob ich unter solchen Umständen der geeignete Leiter für unser Institut bin, und ob ich in der Lage bin, das Institut in dem Sinne zu führen wie es meinen Überzeugungen entspricht und wie ich glaube, auch den Überzeugungen der Mehrheit meiner Kollegen.“<sup>532</sup>

Was Bersu zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich noch nicht wusste: Richthofen hatte sich direkt nach Kriegsende um die Übernahme der Hamburger Professur beworben und dafür ein nicht abgeschlossenes Entnazifizierungsverfahren durchlaufen. Die ihm positive Gutachten ausstellenden Fachkollegen von Merhart und Gustav Schwantes (1861–1960) konnten aber die britischen Verantwortlichen nicht überzeugen<sup>533</sup>, so dass von Richthofen

<sup>528</sup> Bersu an Matz, 18.12.1950; Abschrift am 23.12.1950 an Weickert: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>529</sup> Bersu an Matz, 18.12.1950; Abschrift am 23.12.1950 an Weickert: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag. – „Der *Stürmer*“ war eine private antisemitische und später nationalsozialistisch orientierte Wochenzeitung, die zwischen 1923 und 1945 erschien.

<sup>530</sup> Bersu an Matz, 18.12.1950; Abschrift am 23.12.1950 an Weickert: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>531</sup> Bersu an Matz, 18.12.1950; Abschrift am 23.12.1950 an Weickert: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>532</sup> Bersu an Matz, 18.12.1950; Abschrift am 23.12.1950 an Weickert: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>533</sup> Stellungnahme Schwantes, 17.09.1945; Stellungnahme von Merhart, 15.10.1945: Staatsarchiv HH IV 2258 PA Richthofen Uni HH K Gr., zit nach <https://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrBvR.pdf> (Stand 25.10.2018).

schließlich weder in Hamburg noch an einer anderen deutschen Universität wieder Anstellung fand<sup>534</sup>. Durch Matz erfuhr Bersu schließlich Ende 1950, dass von Richthofens Forschungsstipendium 4.200 DM betrug<sup>535</sup> und dass Bittel entgegen seiner Behauptung doch Bescheid gewusst hatte über die Bewilligung für Franz<sup>536</sup>. Wohl wegen solcher Erfahrungen bemühte sich Bersu zügig um bessere Kontakte zur DFG und erfuhr von Matz, dass man dies bei der Forschungsgemeinschaft auch sehr begrüßen würde<sup>537</sup>.

## 1951

Bersu besprach Anfang 1951 mit Matz die aus seiner Sicht strittige Förderung von Fachkollegen wie von Richthofen oder Franz und diskutierte, inwieweit die RGK und die ZD des DAI bei der zukünftigen Förderpolitik der DFG zumindest beratend eingebunden werden sollte. Matz ermunterte Bersu, sich als zweiten Fachberater für die DFG zur Verfügung zu stellen, auf jeden Fall aber so bald wie möglich zum Sitz der DFG nach Bad Godesberg zu reisen, wo er von Kurt Zierhold<sup>538</sup> erwartet werde. Bersu lehnte das angebotene Amt ab und überzeugte Matz wohl, dass es seiner Meinung nach nicht ausreiche, sich für die Gutachten „lediglich auf die wissenschaftliche Qualifikation aller Anträge und die Gutachten der Fachreferenten“ zu beschränken. Vielmehr sei es wegen „der ja oft vorhandenen anderen Aspekte“ notwendig, „dass engste Fühlungnahme zwischen Notgemeinschaft und Institut bestände. Bersu hoffte, dass Matz „in Zukunft nun vorsichtiger operieren wird.“<sup>539</sup>

Was hier als „andere Aspekte“ verklausuliert wurde, wurde auch später nicht präzise benannt; gemeint war wohl ein ebenfalls nicht definiertes Maß an politischer Selbstindienststellung wissenschaftlicher Akteure während des Nationalsozialismus, das nach Bersus Vorstellungen in die fachpolitische Evaluation und Förderung von Wissenschaftlern einfließen sollte, aber, wie allein die Beispiele von Sprockhoff und Jankuhn zeigen, auch von Bersu selbst unterlaufen wurde. In der neu gegründeten DFG unterblieb eine präzise Bezeichnung ebenso, aber informell handlungsleitend war ab den frühen 1950er Jahren der Glaube an den Gegensatz von unabhängiger Wissenschaft und politischem Engagement und einer „geradezu inbrünstige Ideologisierung der reinen, sprich Grundlagenforschung“<sup>540</sup>. Inwieweit Bersu selbst aktiv bei der DFG gegen konkrete Förderungen intervenierte,

<sup>534</sup> Beratender Ausschuß Phil. Fak. Universität Hamburg an das Büro der gewerblichen Fachausschüsse; betr. Entnazifizierungsverfahren, 14.10.1947; Staatsarchiv HH Z 6775 E Gr; zit nach <https://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrBvR.pdf> (Stand: 25.10.2018).

<sup>535</sup> Die DFG-Förderung seines Projektes „Arbeiten über den Ursprung der europäischen Völker und ostdeutsche Geschichte und schlesienkundliche Fragen“, das er später abwandelte in „Weitere Bearbeitung eines kritischen Berichtes über den Stand der Ur- und Frühgeschichtsforschung in Osteuropa und Ostmitteleuropa“ erfolgte durch ein Stipendium der DFG über 4.200 DM (von Richthofen an DFG, 05.02.1950; Bewilligung DFG, 08.08.1950; zit nach <https://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrBvR.pdf>;

Stand: 25.10.2018.)

<sup>536</sup> Bersu an Weickert, 30.12.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>537</sup> Bersu an Weickert, 8.11.1950: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>538</sup> Der Jurist und Verwaltungsbeamte mit umfangreichen Erfahrungen in der Wissenschaftspolitik Zierold (1899–1989) war ab 1949 war er geschäftsführender Vizepräsident der DFG und von 1952 bis 1964 Generalsekretär.

<sup>539</sup> Bersu an Bittel, 14.1.1951; abschriftlich an Weickert, 15.1.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>540</sup> WAGNER 2010, 191.

zukünftige Standards aushandelte und damit zur fachinternen Entnazifizierung beitrug<sup>541</sup>, müssen kommende Forschungen erst noch zeigen. Bekannt ist vorläufig nur, dass sich von Richthofen um eine Fortsetzung seiner Förderung bemühte, die DFG aber Ende Juni 1951 sein Stipendium ohne Angaben von Gründen zurückzog und Mitte Juli auch dessen Verlängerung ablehnte<sup>542</sup>, was wohl auch dazu beitrug, dass von Richthofen nicht wieder akademisch tätig wurde<sup>543</sup>.

Dass der Umgang mit von Richthofen jedoch nicht als Zeichen einer generellen Abkehr von revisionistischen Forschungen in der westdeutschen Forschungsförderung zu werten ist, zeigt die frühe Geschichte des Herder-Forschungsrates. „Der 1950 als akademieähnliche Vereinigung von Geisteswissenschaftlern zur Erforschung der historischen deutschen Ostgebiete und Ostmitteleuropas gegründete Johann Gottfried Herder-Forschungsrat legte damals zugleich den Grundstein für das bis 1993 von ihm getragene Herder-Institut mit wichtigen Sammlungen für die Ostmitteleuropa-Forschung. Er regte darüber hinaus die (Wieder-)Begründung von Historischen Kommissionen für die historisch deutschen Landschaften und Siedlungsgebiete im Osten an und bildete innerhalb des Herder-Forschungsrates Fachkommissionen für einzelne Sachgebiete. Die von diesem ‚Forschungsverband‘ entwickelten Aktivitäten, bestehend aus wissenschaftlichen Tagungen, Forschungsprojekten, Nachwuchsförderung, Herausgabe von wissenschaftlichen Zeitschriften und Reihen, Ausbau des Herder-Instituts u. a. m., wurden zunächst allein vom Bund, seit 1977 von Bund und Ländern finanziert.“<sup>544</sup> Unter der Präsidentschaft von Aubin und mit großzügiger Unterstützung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und teilweise auch des Auswärtigen Amtes knüpfte man in Marburg ab 1950 engagiert an Forschungsentwürfe und -konstellationen aus der Zwischenkriegszeit an, um die politische Gestaltung des Raumes aktiv zu begleiten<sup>545</sup>, und wie damals wurde die Prähistorische Archäologie eingebunden bzw. brachten sich deren Vertreter mit traditionsreichen Forschungen ein, wie weiter unten zu zeigen sein wird.

Auch Unverzagts Engagement in Magdeburg ist diesem Themenfeld zuzurechnen und 1951 gelang ihm ein wesentlicher Schritt zur Verstetigung dessen. Die DAW übernahm endgültig die Ausgrabungsleitung in Magdeburg und man richtete mit Unterstützung der Stadt dauerhaft eine lokale Forschungsstelle der DAW im Rathaus ein<sup>546</sup>. Die Akademieleitung würdigte dieses Projekt mit einem Besuch, wobei die Grabungsleitung in einer eigens angefertigten Broschüre versicherte, „Die deutsche Wissenschaft verbindet Enttrümmerung mit friedlichen Forschungsarbeiten“<sup>547</sup>. Nach Magdeburg kamen vor allem die älteren Historiker an der DAW und teilweise bereits pensionierte Wissenschaftler und Archivare, die in der Zwischenkriegszeit die deutsche Ostforschung mitgestaltet hatten<sup>548</sup>. Sie konnte Magdeburg als Zeichen einer Forschungskontinuität sehen, während jüngere Kollegen und lokale Kulturpolitiker die Notgrabungen und Inventarisierungen vor allem als Beiträge zum Wiederaufbau sahen (*Abb. 16*).

<sup>541</sup> WAGNER 2010, 192.

<sup>542</sup> Rücknahme des Stipendiums durch DFG, 30.06.1951; Ablehnung des Fortsetzungsantrages, 21.07.1951: zit nach <https://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrBvR.pdf>.

<sup>543</sup> Zu von Richthofen: WEGER 2009; DERS. 2017.

<sup>544</sup> <https://www.herder-forschungsrat.de/forschungsrat/> Stand: 24.09.2018.

<sup>545</sup> GUTH 2005, 252.

<sup>546</sup> LEUBE 2017, 426.

<sup>547</sup> Ebd.

<sup>548</sup> Ebd.



Abb. 16. Die Erforschung der Stadtgeschichte von Magdeburg wurde durch die Einrichtung der Forschungsstelle verstetigt und die zahlreichen Ausgrabungen in der Stadt wurden über viele Jahre regelmäßig von Exkursionen deutscher und internationaler Archäologen und Historiker besichtigt. Hier eine solche Besichtigung einer Ausgrabungsstelle in Magdeburg um 1962. Als zweiter von rechts ist Unverzagt zu erkennen; weiter links, mit der Hand im Gesicht, Herbert Jankuhn (Archiv MVF Nachlass Unverzagt DP 44141).

### „Ein zweitklassiges Institut“<sup>549</sup>

Mit Bersus Rückkehr war eine Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit der RGK erfüllt worden, aber die behördliche Zuordnung mit der damit verbundenen gesicherten Finanzierung stand immer noch aus. Dank erfolgreicher Verhandlungen der Bundesregierung mit den westlichen Alliierten wurde aber im März 1951 das Auswärtige Amt wiedergegründet, so dass nun auch die Rückkehr des DAI an dieses Ministerium wahrscheinlich wurde. Wende vom Bundesinnenministerium fragte im Hessischen Bildungsministerium nach der Zustimmung zum Übergang der RGK an den Bund an<sup>550</sup> und beim Senat von Groß-Berlin hinsichtlich des Übergangs der ZD des DAI ebenfalls an den Bund<sup>551</sup>, aber die Antworten oder gar Entscheidungen ließen lange auf sich warten. Umso gravierender

<sup>549</sup> Bersu an Weickert, 14.2.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>550</sup> Wende an Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung, 22.6.1951: Archiv RGK

Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>551</sup> Wende an Senat Großberlin, Abt. Volksbildung, 22.6.1951: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

wurde die Ablehnung des Baudarlehen über 300.000 DM der Stadt Frankfurt für den Aufbau der RGK empfunden, denn ohne Gebäude und zugängliche Bibliothek waren Bersu und die gesamte RGK nicht arbeitsfähig und „eine solche Lage würde sich nicht nur für die Römisch-Germanische Kommission, sondern für die Gesamtheit des Deutschen Archäologischen Instituts im In- und Auslande verheerend auswirken.“<sup>552</sup>

Weickert bat daher um die Bewilligung des Darlehen aus Bundesmitteln, wobei er aber darauf hinwies, dass Frankfurt Eigentümerin der Grundstücke sei<sup>553</sup>; laut Bersu seien die städtischen Stellen einverstanden, den Wiederaufbau auch mit einem Bundesdarlehen umzusetzen<sup>554</sup>. Bersu dagegen bemühte sich bei Richard Merton, ehemaliger Großunternehmer und nun Vorsitzender des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft und Vizepräsident der DFG, um Baudarlehen von privater Seite für den Wiederaufbau der RGK<sup>555</sup>. Merton sagte zu, sich bei „einer großen ihm bekannten Versicherungsgesellschaft“ zu erkundigen, denn „seiner Ansicht nach sind Versicherungsgesellschaften zur Zeit die einzigen Institutionen, die über Kapital verfügen.“<sup>556</sup>

Die Belange der RGK und des gesamten DAI waren Gegenstand einer Kultusministerkonferenz, über deren Ergebnisse die betroffenen Fachwissenschaftler teilweise missverständlich informiert wurden<sup>557</sup>. Im Februar 1951 wandte sich Bersu empört an Weickert und sandte ein Schreiben des Hessischen Ministeriums mit: „Aus diesem Schreiben ersehe ich, dass ich zur Leitung eines von dem Herrn Bundesminister der Finanzen offenbar als zweitklassig bezeichneten Institutes berufen worden bin, da es nach diesem Schreiben ja ‚besondere‘ und nicht besonders anerkannte wissenschaftliche Einrichtungen gibt.“ Sogenannten „wichtigen Einrichtungen“ wurden Steuerfreiheit und andere Privilegien gewährt, was Bersu als zusätzliche Diskriminierung empfand. Bersu bat darum, dass das DAI Schritte gegen eine solche Zuordnung unternehmen möge, und wollte den im fraglichen Schreiben benutzten Begriff „Grundlagenforschung“ diskutieren: „Ich war bisher der Ansicht, dass die Tätigkeit der RGK gerade darin besteht, Grundlagen für die Weiterentwicklung der archäologischen Forschung zu schaffen.“<sup>558</sup> Bersu sah sich mit einer

<sup>552</sup> Weickert an Wende, 15.1.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>553</sup> Weickert an Wende, 15.1.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>554</sup> Bersu an Weickert, 18.1.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>555</sup> Bersu an Merton, 13.3.1951; Gesprächsnotiz Bersu zu Besprechung am 12.3.1951; Anlage: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>556</sup> Bersu an Weickert, 13.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>557</sup> Bersu an Weickert, 19.1.1951; Weickert an Bersu, 24.1.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>558</sup> Bersu an Weickert, 14.2.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag. – Im Schreiben des Finanz-

ministeriums hatte es geheißen: „Nach einer Mitteilung des Bundesministers der Finanzen ist die Aufnahme des oben bezeichneten Instituts in die Liste der besonders anerkannten wissenschaftlichen Einrichtungen abgelehnt worden. Die Voraussetzungen der mit Rücksicht auf ihren Ausnahmecharakter eng auszulegenden Anerkennungsbestimmungen (überwiegend Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung) wurden nicht für gegeben erachtet.“ (Hess. Erziehungsministerium an RGK, 10.2.1951 mit Auszug aus Schreiben des Bundesfinanzministeriums, 27.1.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag. – Tatsächlich wurde der RGK im Verlauf des Februars und wahrscheinlich auf Bitte Weickerts Steuerfreiheit gewährt (Weickert an RGK, 16.2.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.).

normativen, aber letztlich symbolischen Hierarchisierung konfrontiert, die seit den späten 1930er Jahren die Evaluation von Projekten zur Fortentwicklung von Rüstungstechnologien bestimmt hatte, die von DFG und Reichsforschungsrat gefördert worden waren. Damit wurde ab den 1950er Jahren eine ältere Entwicklung fortgeführt worden, die in Grundlagenforschung im Gegensatz zur sog. Zweckforschung und sog. Technischen Entwicklungen reine Forschung sehen wollte<sup>559</sup>.

Anfang März 1951 versicherte Lindner von der Hessischen Landesregierung nochmals, dass man die RGK aus der Verantwortung Hessens entlassen werde, wenn das gesamte DAI an den Bund übergehe und, dies eine hessische Bedingung, die RGK aber auf dem Gebiet Hessens verbleibe. Außerdem teilte Lindner mit, dass es auch im nächsten Etatjahr keine Möglichkeit gäbe, dass Hessen der Stadt Frankfurt ein Darlehen für den Wiederaufbau der RGK bewillige<sup>560</sup>. Während man sich damit der hessischen Position gegenüber der RGK sicher fühlte, erschien die Bundespolitik zunehmend verwirrend. So hatte Bersu erfahren, dass bei einer Sitzung des Finanzministeriums Ende Februar die Übernahme durch den Bund schon als gegeben vorausgesetzt worden sei und man nur die Etats der RGK und des DAI verhandeln wollte, aber nun sähe es wieder ganz anders aus. Damit hatten sich auch für ihn persönlich die Voraussetzungen geändert, unter denen er das Direktorat übernommen hatte, dass er seine Entscheidung „sehr ernstlich überlegen muss.“<sup>561</sup> Gänzlich bizarr muss sich die Situation für ihn angefühlt haben, als er Anfang März „zwei wohlmeinende[n] Telefongespräche[n] und Glückwünsche[n] anlässlich unserer Übernahme zum Bund“ erhielt, ohne selbst darüber informiert worden zu sein<sup>562</sup>. Sein Verhältnis zu Weickert litt sichtlich unter diesen chaotischen Bedingungen, zumal er den Eindruck gewann, dass „Athen und die Auslandsinstitute so im Vordergrund des Interesses stehen, dass die Behandlung unserer Angelegenheiten dabei leicht zu kurz kommt“. Bersu fühlte sich dadurch offensichtlich an die Debatten der 1930er Jahre um den Stellenwert der RGK für das DAI erinnert<sup>563</sup>, denn „es ist ja immer die alte Geschichte und man muss beständig auf der Hut sein.“<sup>564</sup>

Auch über die im Sommer 1951 diskutierte provisorische Unterbringung im Institut von Max Horkheimer<sup>565</sup> kam es im Herbst offenbar zwischen Weickert und Bersu zu Unstimmigkeiten<sup>566</sup>, die aber wieder beigelegt wurden. Die Frage der Bezüge und der Dienstwohnung sollte dagegen bis Frühsommer 1952 virulent bleiben<sup>567</sup>. Ende des Jahres erfuhr man schließlich bei der ZD des DAI, dass für West-Berlin „Einigkeit darüber erzielt worden [sei], das unter der Bedingung, dass das Institut in Berlin bleibe und die ZD

<sup>559</sup> WAGNER 2010, 187–188.

<sup>560</sup> Besprechungsprotokoll Bersu an Weickert, 6.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>561</sup> Bersu an Wende, 5.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>562</sup> Bersu an Weickert, 5.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>563</sup> Bersu an Unverzagt, 6.6.1951: (Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 622–623.

<sup>564</sup> Bersu an Unverzagt, 6.6.1951: (Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 622–623.

<sup>565</sup> Weickert an Bersu, 15.9.1951: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>566</sup> Bersu an Gerda Bruns, 3.10.1951; Bersu an Weickert, 3.10.1951; Weickert an Bersu, 6.10.1951, 3 Bl.: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>567</sup> Bersu an Weickert, 28.5.1952: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.



ihre Sitzungen in Berlin durchführe, Berlin und der Bund bereit seien, die Übernahme des Instituts durch den Bund ohne einen Staatsvertrag als Verwaltungsakt zum 1.4.1952 durchzuführen<sup>568</sup>. Die Übernahme von RGK und DAI durch den Bund wurde dadurch immer wahrscheinlicher.

Die „leidige Frage der Illegalität der gegenwärtigen Kommission“<sup>569</sup>

Bersu erinnerte Weickert währenddessen wiederholt daran, dass sie nicht „um die Frage der baldigen Schaffung einer Kommission [nicht] herumkommen und die leidige Frage der Illegalität der gegenwärtigen Kommission erörtern müssen.“<sup>570</sup> Auch für andere archäologische Institutionen wie den Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung oder den West- und Süddeutschen Verband stand eine Überarbeitung veralteter Statute aus. Und so war der langjährige Vorsitzende dieses Verbandes, Ferdinand Kutsch (1889–1972), sehr an der Wiedergründung der RGK und dem dafür erforderlichen *Procedere* interessiert<sup>571</sup>. Er war mit solchen Formalien befasst, da für seinen Verband die Neufassung der Statuten ausstand und sein Vorsitz diskutiert wurde.

Bersu, der wahrscheinlich seit den Rückgabeverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg bestens vertraut war mit der Bedeutung von Formalien und buchstäblich die Risiken und Nebenwirkungen von Gesetzen und Satzungen, aber auch von Formfehlern und Protokolllücken kennengelernt hatte, agierte wesentlich beflissener als Weickert hinsichtlich der Berufung der Kommission RGK und der ausstehenden RGK-Satzung und trug dadurch dazu bei, die Entscheidungsfindung zu beschleunigen und inhaltlich die RGK selbstständiger zu machen. Er evaluierte die wenigen bisher getroffenen Maßnahmen zur Berufung einer neuen Kommission streng und kam anhand einer Aufzählung formaler Mängel zu dem Schluss, dass er die Berufung der elf Fachkollegen vom 7. September 1949 nicht anerkennen könnte und sprach von der RGK als einer „von uns mündlich aufrechterhaltene Fiktion“<sup>572</sup>. Er schrieb diese Entwicklung indirekt vor allem Gelzer zu, dem „König ohne Reich“, der die „Illegalität“ der Kommission der RGK nicht wahrhaben wollen. Bersu machte deutlich, dass er sich nicht länger im Stande sähe, die Verantwortung des Direktors zu tragen ohne die „Beratung und Zustimmung in wichtigen Entschlüssen durch die Mitglieder des Fachausschusses“, und verwies auf seine ohnmächtige Verhandlungsposition bei der Debatte um den Übergang der RGK an den Bund<sup>573</sup>. Gleichzeitig sah sich Bersu mit der an sich begrüßenswerten Erholung der regionalen Forschungen konfrontiert, aus der heraus immer öfter Förderanträge an die RGK gerichtet wurden, die aber eben nicht handlungsfähig war<sup>574</sup>.

<sup>568</sup> Bruns, Aktennotiz zu Telefonat vom 1.12.1951: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>569</sup> Bersu an Weickert, 5.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>570</sup> Bersu an Weickert, 5.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>571</sup> Kutsch an Weickert, 6.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–

31.3.1951, unpag. – PINSKER 2000; DERS. 2001.

<sup>572</sup> Bersu an Weickert, 8.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>573</sup> Bersu an Weickert, 8.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>574</sup> Bersu an Weickert, 8.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

Weickert gab in seiner versöhnlichen Antwort zu bedenken, dass Gelzer sicherlich seinerzeit aus ähnlichen Gründen wie Bersu eine Kommission hinter sich gewünscht habe, aber damals wie heute hätte kein übergeordnetes Gremium bestanden, das die Rechtmäßigkeit der RGK hätte bestätigen können: „Der Charakter der RGK entspricht demjenigen der ZD, als einem sich aus Fachvertretern aus ganz Deutschland zusammensetzenden Gremium. Keine der mit den Institutsteilen heute befasste übergeordneten Stellen ist in der Lage, ein solches Gremium zu bestätigen. Weder der Herr hessische Kultusminister noch der Senat von Berlin, noch die Bundesregierung. Ich habe daher das von der Abteilung Volksbildung beim Magistrat Berlin ausgesprochene Ansinnen, ich möge die Bestätigung der ZD bei dieser Behörde beantragen, abgelehnt. Eine solche Bestätigung kann nur ausgesprochen werden, nachdem das Gesamtinstitut unter einer übergeordneten Behörde vereinigt ist.“<sup>575</sup> Dann schlug er vor, Bersu solle eine Sitzung von Fachvertretern aus Deutschland einberufen, zu der auch der Präsident des Institutes einzuladen wäre. „Die Sitzung wäre zu bezeichnen als eine Besprechung über die Angelegenheiten der RGK und auf dieser Sitzung würde sich das Gremium in seiner Zusammensetzung durch Wahl bzw. Zuwahl in derselben Weise konstituieren, wie sich die ZD des DAI auf ihrer Sitzung in Hinterzarten am 29./30.8.49 konstituiert hat. Diese Konstituierung erfolgte *ad personam*, erst in zweiter Linie unter dem Gesichtspunkt, dass möglichst viele Länder vertreten sein sollten. Da das Arbeitsgebiet der RGK in Deutschland liegt, würde bei ihr für die Zusammensetzung des Gremiums die Ländervertretung stärker als bei der ZD im Vordergrund stehen. Die Bestätigung des sich konstituierenden Gremiums bliebe vorbehalten, bis die verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind.“ Schließlich sei die Bestätigung oder neue Bildung eines wissenschaftlichen Beirates nochmals zu<sup>576</sup>. Tatsächlich sollte Bersu Weickerts Vorschlag folgen und mit der Frage, welche Fachvertreter aus welchen Bundesländern in die RGK berufen werden sollten, wurde die alte Debatte um das Arbeits- und Einflussgebiet des DAI in Gestalt der RGK belebt, nun allerdings vor dem Hintergrund der deutschen Zweistaatlichkeit.

#### „Zuspitzung der Lage“<sup>577</sup>

Auch Unverzagt in Ost-Berlin hoffte auf die Einberufung der RGK, um seine Arbeiten besser vernetzen zu können und in der RGK einen adäquaten, bürokratisch kompatiblen Kooperationspartner zu haben (Taf. 17). Noch Anfang 1951 hatte er zuversichtlich auf die weiteren Arbeitsmöglichkeiten seiner Kommission geblickt, da Paul Grimm, Walter Nickel und Albert von Brunn als Wissenschaftler angestellt werden konnten<sup>578</sup>. Unverzagt selbst sah sich im Ostteil Berlins so fest verankert, dass er es ablehnte, sich auf die neue West-Berliner Professur an der FU zu bewerben<sup>579</sup>. Er führte die Ausgrabungen in Magdeburg,

<sup>575</sup> Weickert an Bersu, 13.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>576</sup> Weickert an Bersu, 13.3.1951: Archiv ZD des DAI 10–10 RGK Allgemeines 1.4.1950–31.3.1951, unpag.

<sup>577</sup> Unverzagt an Bersu, 9.4.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 40.

<sup>578</sup> Unverzagt an Gandert, Oldenburg, 29.1.1951:

MVF Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt, unpag. 1949–1951.

<sup>579</sup> 1950 hatte Unverzagt bereits versichert, „dem Osten“ solange es ginge treu zu bleiben und hatte damit den Osten Deutschlands gemeint (Unverzagt an Honig, Mitte Oktober 1950: MVF Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt, unpag. 1949–1951).

wo inzwischen fast 30.000 Besucher an Führungen über die Ausgrabungen teilgenommen hatten<sup>580</sup>, und in Teterow<sup>581</sup> weiter und machte sich Hoffnungen, dass der einstige Ausgräber der Pfalz Werla, Hermann Schroller, ihm Ausgrabungsmaterialien für die weitere Pfalzenforschung zur Verfügung stellen würde<sup>582</sup>.

Aber dann begann sich die Lage für sein Institut zu verschlechtern, die Mittel wurden reduziert und die bevorstehende Umstrukturierung der Akademie und die Neuformulierung der Statuten brachten „eine immer größere Beunruhigung unter den Mitgliedern mit sich“<sup>583</sup>. Auch die weiterhin gesamtdeutsch herausgegebene, aber von Unverzagt redigierte Prähistorische Zeitschrift war durch die Mittelknappheit bedroht und Unverzagt erhoffte sich dafür Unterstützung durch die DFG, aber deren „hoher Chef“ mache „eine betrübt Miene“ und ergehe „sich in düsteren Andeutungen. Es wird wahrscheinlich so kommen, daß im Zeichen der Zuspitzung der Lage es immer schwieriger werden wird, die Geisteswissenschaften, die sich so wie so oft in einer Krise befinden, weiterzuführen, sodaß meine Hoffnungen für die Zukunft nicht sehr hoch gespannt sind.“<sup>584</sup>

Mit Zuspitzung der Lage meinte Unverzagt wohl auch die Zunahme all der propagandistischen Maßnahmen, die den Kalten Krieg prägen sollten<sup>585</sup>, und ganz konkret wahrscheinlich die ersten politischen Schauprozesse, aber auch zahlreiche Maßnahmen an der Humboldt-Universität und der Akademie. Für beide Berliner Universitäten beschrieb Unverzagt Maßnahmen, welche die Konkurrenzsituation jeweils ideologisch ausbauen sollten. So wurde an die Humboldt-Universität der Hallenser Prähistoriker Karl-Heinz Otto (1915–1989) berufen werden, den Unverzagt als „Aktivist“ und Mitglied der SED beschrieb<sup>586</sup>. Er sei nicht habilitiert und nicht mal seine Doktorarbeit sei gedruckt. Auch Weickerts Professur für Klassische Archäologie, welche dieser schließlich 1950 aufgegeben hatte<sup>587</sup>, sollte „durch einen völlig unbekanntem jungen Aktivistem wahrgenommen werden, der auch die Leitung des Winkelmanninstitutes erhält“<sup>588</sup>. An der FU kam vorläufig kein Ordinariat für Vor- und Frühgeschichte zustande, sodass „einstweilen mit einer Vertretung unserer Wissenschaft wohl kaum zu rechnen ist.“ Hinzu kamen Erlasse an

<sup>580</sup> Unverzagt an Bersu, 21.4.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 42; Bersu umfangreich über die Besetzungsdebatte des Lehrstuhls in Westberlin an Unverzagt, 19.4.1951: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 617–618; Unverzags Antwort, 21.4.1951: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 619; LEUBE 2017, 419.

<sup>581</sup> Unverzagt an Bersu, 30.4.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 43.

<sup>582</sup> Unverzagt an Bersu, 30.4.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 43. – BLAICH/WEBER 2008.

<sup>583</sup> Unverzagt an Bersu, 9.4.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 40.

<sup>584</sup> Unverzagt an Bersu, 9.4.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 40.

<sup>585</sup> U. a. VORSTEHER 2002; GRAY 2003; SATJUKOW / GRIES 2004; TIKHOMIROV 2007.

<sup>586</sup> Otto hatte 1939 in Halle mit einer Arbeit über „Die Ostausbreitung der Germanen im mittleren Elbegebiet in den letzten Jahrhunderten vor Beginn der Zeitrechnung“ promoviert und lehrte ab September 1951 an der HU Berlin Vor- und Frühgeschichte. Er wurde 1953 mit einer Arbeit über „Die sozialökonomischen Verhältnisse bei den Stämmen der Leubinger Kultur in Mitteldeutschland“ habilitiert und 1955 zum ordentlichen Professor an die HU berufen. Das dortige Institut leitete er bis August 1968 und wechselte dann in gleicher Funktion an die Akademie, wo er seit 1964 bereits das Direktorat des dortigen Institutes innehatte (MANTE 2007, 91–132; LEUBE 2010, 134–136).

<sup>587</sup> KRUMME / VIGENER 2016, 217.

<sup>588</sup> Unverzagt an Bersu, 11.6.1951, Unverzagt an Bersu, 21.6.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 46; 48.



Abb. 17. Während die jährlichen Zusammenkünfte des DAI an wechselnden Orten sowie in Berlin stattfanden, etablierte sich im Ostteil der Stadt in der Akademie schnell wieder ein regelmäßiges Sitzungswesen. Die Aufnahme zeigt eine Sitzung des Präsidiums der DAW 1951, an der auch Wilhelm Unverzagt teilnahm. Am vorderen Quertisch ist er zentral rechts neben Fritz Rörig zu erkennen (Archiv MVF Unverzagt F 27705).

der Akademie zur weiteren Abschottung: „Auch bei der Akademie ist jetzt eine Anweisung gekommen, daß Forschungsmaterial der Akademie keinem außerhalb der Akademie stehenden Gelehrten mehr zugänglich gemacht werden darf. Das alles sind doch recht bedenkliche Anzeichen, die einem die Tätigkeit sehr erschweren.“<sup>589</sup>

Der wissenschaftspolitische Rahmen dieser Maßnahmen und Radikalisierungen war die Ende Februar 1951 erlassene „Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens“, mit der die Zentralisierung des ostdeutschen Hochschulwesens begann (Abb. 17). Dafür wurde das Staatssekretariat für Hochschulwesen gegründet, das für alle Studienrichtungen einheitliche Lehr- und Prüfungspläne herausgab und Pflichtfächer einführte. Ab sofort gehörte neben Russisch, Deutsch und Sport ein sog. gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium mit den Fächern „Marxismus-Leninismus“, „Politische Ökonomie“ und „Dialektischer und historischer Materialismus“ zu jedem Studium. Vorläufig hatte Unverzagt noch keine unter diesen neuen Bedingungen ausgebildeten Studenten auf seinen Ausgrabungen oder als Aspiranten an der Akademie, aber das war nur eine Frage der Zeit. Dass es Unverzagt unter diesen Bedingungen dennoch gelang, ab Anfang der 1950er

<sup>589</sup> Unverzagt an Bersu, 11.6.1951: SMB-PK/MVF  
Archiv IX f 3, b-2/Bl. 46.



Abb. 18. Anfang der 1950er Jahre bemühte man sich von Seiten der ostdeutschen Akademie sowie der Polnischen Akademie der Wissenschaften um die Aufnahme von Austauschbeziehungen und Kooperationsverträgen und es kam zu ersten Treffen zwischen deutschen und polnischen Archäologen. Josef Kostrzewski (1885–1969) und Wilhelm Unverzagt trafen wahrscheinlich in Poznań Anfang der 1950er Jahre zusammen (Archiv MVF Nachlass Unverzagt DP 44147).

Jahre allmählich alle Belange der ostdeutschen Archäologie bei der Akademie-Kommission zu bündeln, spricht wahrscheinlich sowohl für seine Entschlossenheit und Anpassungsfähigkeit, vielleicht aber auch für den geringen Stellenwert, den man seitens der ostdeutschen Wissenschaftspolitik vorläufig der Prähistorischen Archäologie an der Akademie beimaß (Abb. 18–19).

#### Archäologen als Parteimitglieder

Auch Weickert, der durch seine Arbeit bei der Zentrale des DAI in West-Berlin und an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin ein Grenzgänger wie Unverzagt war, nahm Veränderungen und politische Radikalisierungen wahr. So sah er sich verpflichtet, den Engeren Ausschuss der ZD Ende Juli 1951 darüber zu informieren, dass das DAI-Mitglied Gottfried



Abb. 19. Deutsche und polnische Archäologinnen und Archäologen bei einem Treffen wahrscheinlich in Poznań Anfang der 1950er Jahre. Vorne links Paul Grimm (1907–1993), in der Mitte Wilhelm Unverzagt mit Gertrud Dorka (1893–1976), Hans Jürgen Eggers und Adriaan von Müller (\*1928), links im Hintergrund u. a. Zdzisław Rajewski (1907–1974) und in der letzten Reihe Josef Kostrzewski (Archiv MVF Nachlass Unverzagt DP 0044148).

von Lücken (1883–1976), Klassischer Archäologe und Lehrstuhlinhaber an der Universität Rostock, angeblich Mitglied der SED geworden sei<sup>590</sup>. Wie in den 1930er Jahren wurde der Eintritt in eine Partei, noch bevor sie wie in diesem Fall zur sprichwörtlichen Einheitspartei entwickelt wurde, als weitreichendes Bekenntnis verstanden und Mitgliedschaft geriet zum Unterscheidungskriterium zwischen unabhängigen oder demokratischen und politisch konformen Wissenschaftlern. Vor dem Hintergrund der deutschen Teilung fungierte die Mitgliedschaft in der SED aber auch als Bekenntnis zur Zweistaatlichkeit und damit zur DDR und wurde dementsprechend in der sich noch gesamtdeutsch verstehenden *scientific community* der Archäologien als folgenreich wahrgenommen. Aber ebenso wie in den 1930er Jahren ging mit dem Gebrauch von Parteimitgliedschaft als weltanschaulicher Referenz auch im Fall der ostdeutschen SED eine Simplifizierung einher, die weder der Zeitgebundenheit aller Forschung oder dem breiten Spektrum wissenschaftspolitischer Entscheidungen Einzelner gerecht wurde oder ein zuverlässiges Maß dafür bot, gute von schlechter Forschung zu unterscheiden.

<sup>590</sup> ZIMMERMANN 1988; BUDDRUS / FRITZLAR 2007.

Weickert meldete den Parteieintritt von Lückens, da „nach allen Erfahrungen [wird] an die Mitglieder dieser Partei zu irgend einer Zeit die Forderung zur Aktivität im Sinne der SED gestellt und das Ansinnen an sie gerichtet, Auskünfte zu erteilen. [...] Der Engere Ausschuss war einhellig der Meinung, daß Verhandlungen im Schoße der Zentralkommission, die sich zwangsläufig mit inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik befassen müssen, keinesfalls zu einer Belastung für eines der Mitglieder der Zentralkommission werden dürfen, daß aber auch kein Mitglied eine Belastung für die Zentralkommission und deren Verhandlungen bilden dürfe.“<sup>591</sup> Der Ausschuss beauftragte Weickert, mit von Lücken über diese Gerüchte zu sprechen, diese auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen und ihn zu fragen, ob er unter diesen Umständen an seinem Mandat festhalte. Unverzagt fand das Rundschreibens Weickerts missglückt und kritisierte besonders den fünften Absatz des Schreibens, in dem Weickert stellvertretend für das DAI wohl „die Gesamtvertretung der deutschen Archäologie für sich in Anspruch“ nahm. Das war für Unverzagt unmöglich, sobald das Institut „eine Behörde der westdeutschen Bundesrepublik“ sein würde<sup>592</sup>. Bersu stimmte ihm darin zu, sah aber vielmehr ein „Bemühen“ des DAI, „eine Gesamtvertretung in wissenschaftlichen Dingen aufrecht zu erhalten“, was aber eine unmögliche „Fiktion“ sei, sobald der Bund das DAI übernehme<sup>593</sup>.

Von Lücken bestätigte dann gegenüber dem Präsidenten des DAI seine Parteimitgliedschaft und man einigte sich darauf, dass von Lücken nicht an der nächsten ZD-Sitzung teilnehmen würde<sup>594</sup>. Eine formelle Mandatsniederlegung erfolgte nicht. Von Lücken erklärte sich bereit, die Mitglieder der ZD in einem Rundschreiben über die Vorfälle zu informieren<sup>595</sup>. Bersu und Weickert verfassten daraufhin gemeinsam ein eigenes Rundschreiben an die Mitglieder der ZD und Bersu hoffte, dass es dazu beitragen könne, „die Gemüter zu beruhigen“ und empfahl Weickert, „dass alles geschehen müsse, dass über die Angelegenheit so wenig wie möglich geredet würde. [...] Wenn die von Weickert gegebene Darstellung am Ende des Rundschreibens stimmt, ist Lücken formell im Unrecht. [...] Das wesentliche ist, dass zum Ausdruck kommt, dass formell kein Herauswurf stattgefunden hat, sondern eine mündliche Aufforderung zu einer evtl. Niederlegung des Mandats formell nicht erledigt worden ist.“<sup>596</sup>

Weickerts Rundbrief hat also wohl eher zur Verschärfung der Zerwürfnisse beigetragen als sie zu schlichten und Unverzagt sah weitreichende Konsequenzen aus diesem Fall auf die *community* sowie das DAI und die RGK zukommen. Zum einen befürchtete Unverzagt, dass sich nun auch innerhalb der DAI-Mitglieder die deutsche Teilung manifestieren werde und es für ihn als im Osten tätigen Wissenschaftler ebenso wie z. B. für den in Leipzig tätigen Klassischen Archäologen und Herbert Koch (1880–1962) nicht mehr möglich sei, Mitglied der ZD zu bleiben und stellte damit auch seinen eigenen Rückzug aus diesem Gremium in Aussicht. Auch Weickert hätte ja inzwischen „seine Beziehungen zur

<sup>591</sup> Weickert an die Mitglieder der Zentralkommission, 6.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 56.

<sup>592</sup> Unverzagt an Bersu, 9.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 55.

<sup>593</sup> Bersu an Unverzagt, 11.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 57.

<sup>594</sup> Das Gespräch fand am 26.7.1951 statt (Weickert an die Mitglieder der Zentralkommission, 6.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3,

b–2/Bl. 56).

<sup>595</sup> Unverzagt stand wohl mit von Lücken in Kontakt und hatte ihm empfohlen, sein Rundschreiben nicht abzuschicken (Unverzagt an Bersu, 27.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 59).

<sup>596</sup> Bersu an Unverzagt, 4.8.1951; Bersu an Unverzagt, 11.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 53, 57.

Akademie gelöst<sup>597</sup>, die er ja noch Ende März 1950 gegenüber dem Westberliner Magistrat so vehement verteidigt hatte, worin Unverzagt eine Geste mangelnder Entschlossenheit und Aufgabe des gesamtdeutschen Selbstverständnisses des DAI sah. Unverzagt konstatierte aus seiner Sicht folgerichtig, dass nun eigentlich kein Grund mehr bestünde, dass die ZD in Berlin verbleibt. Jedenfalls könne Weickert „heute nicht mehr damit operieren, wie er es noch vor einiger Zeit gerne tat, dass die ZD mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen zur DDR in Berlin verbleiben müsse.“<sup>598</sup> Deshalb schlug Unverzagt Bersu schließlich vor: „Unter diesen Umständen wäre vielleicht der Gedanke nicht ganz von der Hand zu weisen, die RGK doch vom Institut zu lösen und zu einem Zentralinstitut für Vor- und Frühgeschichte umzugestalten.“<sup>599</sup> Bersu versicherte Unverzagt umgehend, „dass Weickert wirklich sehr ernstlich darüber betroffen war, dass die Lücken-Angelegenheit für Sie die in Ihrem Briefe ausgeführten Folgen haben könnte. Es war ganz deutlich zu sehen, dass ihm diese Seite der Angelegenheit ernstlicher berührte als etwa persönliche Schwierigkeiten für ihn. Sie wissen, ich teile grundsätzlich mit Ihnen die Beurteilung seiner Person und gerade deshalb lege ich Wert darauf, dass Sie wissen, wie ernstlich er bemüht sein wird, Ihre Mitarbeit in der ZD zu erhalten.“<sup>600</sup>

### Herbst der Entscheidung

In der RGK verantwortete Bersu spätestens wohl ab 1951 selbst große Teile der Redaktionsarbeiten. So nahm er die Tradition der Fundchronik wieder auf, die seit 1926 in der *Germania* etabliert worden war und er ermahnte z. B. Unverzagt, entsprechende ostdeutsche Beiträge zur Fundchronik zu liefern<sup>601</sup>. Dabei verstand Bersu die *Germania* explizit als diskursives Regulativ, was z. B. seine weitere Bitte an Unverzagt zeigt, dieser möge bei Günter Behm(-Blancke) (1912–1994) um einen Bericht für die *Germania* über die Ausgrabungen in den Kyffhäuserhöhlen anfragen. „Da in den Zeitungen soviel Unsinn gestanden hat, wäre ein authentischer Bericht sehr angebracht, wenn möglich mit Abbildungen.“<sup>602</sup> Während ein solcher fachlicher Austausch also möglich war und von Behm auch über die publizistischen Fragen hinaus ausdrücklich erwünscht war, sah Unverzagt Ende 1951 jedoch bereits den Bedarf einer Moderation zwischen Bersu und Behm: „Die Briefe an Herrn Behm leiten Sie zunächst am besten über mich da eine Korrespondenz mit Ihnen für ihn unter Umständen nachteilige Folgen haben könnte.“<sup>603</sup> Unverzagt wurde so schnell zur Kommunikations- und Postzentrale all derjenigen Schreiben und Bücherlieferungen, die von der RGK zu den ostdeutschen Kollegen geschickt wurden<sup>604</sup>.

Wahrscheinlich führte die zunehmende kulturpolitische und ideologische Spannung zwischen den beiden Staaten nicht nur bei Unverzagt zur Diskussion alternativer Ord-

<sup>597</sup> Unverzagt an Bersu, 1.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 52. – Koch leitete von 1951 bis 1953 kommissarisch das Archäologische Institut der Leipziger Universität und lehrte danach bis 1959 an der Hallenser Universität; im selben Jahr floh er aus der DDR (PAUL 1988).

<sup>598</sup> Unverzagt an Bersu, 1.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 52.

<sup>599</sup> Unverzagt an Bersu, 1.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 52.

<sup>600</sup> Bersu an Unverzagt, 4.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 53.

<sup>601</sup> Z. B. Bersu an Unverzagt, 6.6.1951; Bersu an Unverzagt, 20.1.1952: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 45, 71. – Zur *Germania*: GRUNWALD 2017.

<sup>602</sup> Bersu an Unverzagt, 9.7.1951; Unverzagt an Bersu, undat.; wahrscheinl. Ende Juli 1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 49, 50.

<sup>603</sup> Unverzagt an Bersu, 30.10.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 68.

<sup>604</sup> U. a. Bersu an Unverzagt, 9.12.1952: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 92.



nungsformen für die deutschen Archäologien. Dafür sprechen u. a. auch Gerüchte, die Bersu Mitte Juli 1951 zu Ohren kamen und die er Weickert mitteilte. Wie bereits während der Debatten der 1930er Jahre „sei wieder besprochen worden, wie nützlich es wäre, wenn Zentralmuseum und RGK zusammengelegt würden. Ausserdem sei die Rede davon gewesen, dass ein Zentralinstitut für Archäologie gegründet werden soll, wofür bereits mit [Bundespräsident] Theodor Heuss Fühlung genommen worden sei.“<sup>605</sup> Bersu stand dieser Idee denkbar kritisch gegenüber und merkte an, „Auch das Münchner Zentralinstitut für Kunstgeschichte sei schon keine ganz glückliche Gründung.“<sup>606</sup> Dieses Zentralinstitut war erst im November 1946 gegründet worden in einem Gebäude, in dem im Sommer 1945 der Central Art Collecting Point eingerichtet worden war.

Der Konflikt um die Parteimitgliedschaft von ZD-Mitgliedern, aber auch die zögerliche Haltung der Hessischen Regierung hinsichtlich des Übergangs der RGK an den Bund und die daran anknüpfenden Gerüchte bestärkten Bersu in seinem Beschluss, an dem Termin einer „definitiven Entscheidung“ über seinen Verbleib bei der RGK Anfang September festzuhalten<sup>607</sup>. Bis dahin sollte die Entscheidung gefallen sein, ob die RGK an den Bund gehen würde, aber Ende August lag immer noch keine Einigung vor und Bersu sah schwarz, wie er Unverzagt vertraulich mitteilte<sup>608</sup>. Tatsächlich waren Weickerts entsprechende Verhandlungen Mitte September in Wiesbaden mit für Bersu „niederschmetterndem Ergebnisse“ verlaufen und dieser zeigte sich von Weickerts Führungs- und Verhandlungsstil deutlich enttäuscht<sup>609</sup>. Aber Weickert hatte immerhin die Anstellung des Provinzialrömischen Archäologen Wilhelm Schleiermachers (1904–1977) als Zweiten Direktor der RGK zum 15. November 1951 erwirkt<sup>610</sup> und die Unterbringung der Bibliothek der RGK im Soziologischen Institut der Universität durchgesetzt<sup>611</sup>, letztgenannten Erfolg rechnete sich aber auch Bersu an<sup>612</sup>. Und Weickert hatte auch zumindest dazu beigetragen, dass die Verhandlungen um den Übergang des DAI an den Bund Gestalt annahmen. Am 1. November reichte man endlich für RGK und ZD des DAI den sog. Abgabeantrag ein, der Angaben zu Besitz, Zustand, Beschlagnahmen der jeweiligen Einrichtungen enthielt<sup>613</sup> – und Bersu blieb bei der RGK.

## 1952

Auch Hessen hatte schließlich im Herbst 1951, ohne weitere Bedingungen zu formulieren, die Übernahme der RGK durch den Bund gegenüber dem Bundesinnenministerium beantragt<sup>614</sup>, aber offensichtlich kam erst im Frühjahr 1952 Bewegung in diese Verhandlungen

<sup>605</sup> Bersu an Weickert, 19.7.1951: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>606</sup> Bersu an Weickert, 19.7.1951: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>607</sup> Bersu an Unverzagt, 4.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 54.

<sup>608</sup> Bersu an Unverzagt, 29.8.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 60.

<sup>609</sup> Bersu an Unverzagt, 26.9.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 63.

<sup>610</sup> Bersu an Unverzagt, 23.10.1951; Bersu an Un-

verzagt, 21.11.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 67, 69.

<sup>611</sup> Unverzagt an Bersu, 3.10.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 64.

<sup>612</sup> Bersu an Unverzagt, 10.10.1951: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 65.

<sup>613</sup> Weickert an Bruns, 3.11.1951: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.

<sup>614</sup> Protokoll Besprechung zwischen Ministerialrat Neumann, Weickert und Bersu am 12.10.1951 in Wiesbaden, 2 Bl.: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

und das wahrscheinlich durch den sog. Deutschlandvertrag zwischen der BRD und den Westalliierten vom 26. Mai 1952, durch den die Souveränität der BRD und ihr völkerrechtlicher souveräner Status herbeigeführt wurde. Das Land Berlin als Treuhänderin früheren Reichseigentums stellte bei den Übernahmeverhandlungen lediglich die Bedingung, dass die ZD des DAI in Berlin bleiben müsse<sup>615</sup>. Auch die ZD schloss sich dieser Forderung an und sagte zu, Berlin als Dienstsitz beizubehalten<sup>616</sup>. Damit entsprach man gänzlich der Bundesregierung, deren Absicht es ausdrücklich war, „dass Bundesbehörden in Berlin bleiben, ja nach Tunlichkeit noch weiter nach Berlin gelegt werden.“<sup>617</sup>

Währenddessen konnte Unverzagt aus Ost-Berlin konkrete Erfolge melden. Anfang 1952 schrieb er stolz an Bersu zur Umwandlung seiner Kommission an der Akademie in eine Sektion: „Am 23. Februar ist hier unter meinem Vorsitz die RGK des Ostens gegründet worden“<sup>618</sup> und die „konstituierende Sitzung der neuen Sektion für Vor- und Frühgeschichte bei der Akademie, die eine ähnliche Rolle wie die RGK im Westen spielen soll, ist auf den 5. April 1952 festgesetzt.“<sup>619</sup> An den Hauptkonservator am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und späteren Direktor der Prähistorischen Staatssammlung in München, Otto Kunkel (1895–1984), schrieb Unverzagt dazu: „Zweimal im Jahr wird getagt, einmal im Frühjahr vor Beginn und einmal im Herbst nach Beendigung der Geländearbeiten. Es besteht die Absicht, auch einige Vertreter des Westens hineinzuwählen, die an den Ostarbeiten interessiert sind. Gedacht ist außer an Sie an die Herrn Bersu und Sprockhoff. Letzterer wurde die Wahl annehmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich zunächst unverbindlich dazu äußern würden.“<sup>620</sup> Und Bersu quittierte „Hoffentlich geht alles glatt mit der Gründung der Ost-RGK, deren Satzungen mich natürlich sehr interessieren.“<sup>621</sup> Parallel zu dieser scheinbaren Erfolgsgeschichte geriet aber auch Unverzagt zunehmend zwischen die ideologischen Fronten.

#### Wer baut den Sozialismus auf?

Es wäre falsch, diese Sektion für Vor- und Frühgeschichte schon als integralen Bestandteil der ostdeutschen materialistischen Geschichtswissenschaft zu bezeichnen. Deren eigentlicher Konstituierungsprozess begann erst mit entsprechenden Beschlüssen auf der siebenten Tagung des Zentralkomitees der SED im Oktober 1951<sup>622</sup>. Die an der Akademie 1952 gegründete Sektion Geschichte bestand anfangs ausschließlich aus „bürgerlichen“ Historiker und zu deren besserer ideologischen Kontrolle und Beeinflussung wurde 1953 beschlossen, dass zukünftig auch Nicht-Akademiestatistinnen in die Sektion berufen werden sollten. Die dadurch erhoffte Kooperation zwischen den beiden weltanschaulichen Lagern kam

<sup>615</sup> Weickert an Bersu, 27.5.1952: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957, unpag.

<sup>616</sup> Weickert an Bersu, 27.5.1952: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957, unpag.

<sup>617</sup> Weickert an Bersu, 27.5.1952: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957, unpag.

<sup>618</sup> Unverzagt an Bersu, 28.2.1952: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 78; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin,

1916–1956, Bl. 662.

<sup>619</sup> Unverzagt an Bersu, 10.3.1952: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 80.

<sup>620</sup> Unverzagt an Kunkel, 16.6.1952: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>621</sup> Bersu an Unverzagt, 12.3.1952: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 81.

<sup>622</sup> Damals war auch die Gründung des Instituts für Geschichte an der Akademie beschlossen worden, die dann aber erst 1956 erfolgte (KOWALCZUK 1997, 175).

aber nicht zustande und ab 1953 galten nach der Zuwahl konformer Wissenschaftler in diese Sektion nun tatsächlich Forschungsprogramme und Methoden der materialistischen Geschichtsauffassung<sup>623</sup>. Unverzagt hatte also mit seinem frühzeitigen Engagement an der Ost-Berliner Akademie dem ganzen Fach Vor- und Frühgeschichte zu einem zeitlichen und strukturellen Vorsprung verholfen, der dazu beitragen sollte, dass die von ihm vertretene traditionelle Forschung bis zu seiner Pensionierung stilbildend für die gesamte ostdeutsche Archäologie wirken konnte. Aber ab Beginn der 1950er Jahre wurde nicht nur innerhalb der Akademie systematisch der Widerstand gegen solche Formen „bürgerlicher“ Wissenschaft ausgebaut; an den Universitäten und durch die SED selbst wurde bereits ab den späten 1940er Jahren landesweit ein marxistisch-leninistisches Weltbild vermittelt, wozu, so der Plan, nun auch das neue Museum für Deutsche Geschichte wesentlich beitragen sollte<sup>624</sup>.

Unverzagt war im Dezember 1951 u. a. zusammen mit Rörig zur Mitarbeit in dem wissenschaftlichen Beirat dieses in Gründung befindlichen Museums eingeladen und im Januar 1952 durch den Ministerpräsidenten der DDR berufen worden und hatte zugesagt in der Überzeugung, „dass es sich hier um eine rein wissenschaftliche und museale Aufgabe handele“<sup>625</sup>. Unverzagt hatte eingedenk der erforderlichen diplomatischen Balance, die er als Grenzgänger zu leisten hatte, zuerst einer Mitarbeit zugestimmt, aber „Durch den Aufsatz von Eduard Ullmann ‚Der Aufbau des Museums für Deutsche Geschichte‘ der Täggl. Rundschau vom 27.1.1952 tauchten bei mir die ersten Zweifel an der rein wissenschaftlichen Gestaltung der Neugründung auf. Dieser Eindruck verstärkte sich bei der Durchsicht der Thesen, die vor der konstituierenden Sitzung des Wissenschaftlichen Rates am 1. März 1952 an die Mitglieder versandt wurden. Sie lassen klar erkennen, dass es sich bei dem neuen Institut um eine Ausstellung handelt, in der die deutsche Geschichte unter bestimmten Gesichtspunkten dargelegt wird und die mit der rein wissenschaftlichen Forschung nur in einem lockeren Zusammenhang steht. Da ich für eine derartige Ausstellung sowie die Auswahl der dafür heranzuziehenden Forschungsstatsachen und ihre Verknüpfung mit den Thesen der Ausstellung nicht zuständig bin, halte ich meine weitere Mitwirkung in dem Rat für entbehrlich und lege hiermit mein Mandat in Ihre Hände zurück.“<sup>626</sup> Dass diese Entscheidung keine nachteiligen Konsequenzen für Unverzagt hatte, spricht dafür, dass sein Amt im Beirat ohnehin rein formal gedacht war und die Museumsleiter es wahrscheinlich sogar begrüßten, dass der als bürgerlich geltende Unverzagt von sich aus zurücktrat.

Vorläufig schien Unverzagts Position unangefochten; zu seinem 60. Geburtstag gratulierte ihm der Chef der ostdeutschen Präsidialkanzlei im Namen des Präsidenten mit den Worten: „Mögen Sie an Ihre grossen international anerkannten Verdienste auf dem Gebiet der prähistorischen Geschichte noch viele Jahre neue wertvolle Forschungsergebnisse reihen die der Wissenschaft in einem geeinten demokratischen Deutschland neue Perspektiven geben“ und Unverzagt bedankte sich herzlich<sup>627</sup>. Und im Juli hielt Unverzagt anlässlich der

<sup>623</sup> KOWALCZUK 1997, 204–206.

<sup>624</sup> Ebd. 175–178; LINDEMANN 2016.

<sup>625</sup> Unverzagt an Präsidenten des Wissenschaftlichen Rates des Museums für Deutsche Geschichte, 10.3.1952. Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 738; KOWALCZUK 1997, 175–176.

<sup>626</sup> Unverzagt an Präsidenten des Wissenschaftlichen

Rates des Museums für Deutsche Geschichte, 10.3.1952. Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 738.

<sup>627</sup> Opitz, Chef der Präsidialkanzlei, Staatssekretär, an Unverzagt, 21.5.1952; Unverzagt an Opitz, 23.5.1952: MVF Archiv IX f 4 – Nachlass Unverzagt, unpag. 1952–1955.

Leibniz-Feier in der Akademie den Festvortrag mit dem Titel „Über Sinn und Aufgaben der Frühgeschichte“<sup>628</sup>. Im Herbst kam dann aus der Akademie selbst der Vorschlag, das Ausgrabungsteam in Magdeburg, bestehend aus Unverzagt, dem Grabungsleiter Nickel und dem sog. Schachtmeister, für den Nationalpreis vorzuschlagen. In der Begründung hieß es, dass in Magdeburg erstmals „die Methoden der Vor- und Frühgeschichtsforschung auf das Gebiet der mittelalterlichen Geschichte“ übertragen worden seien, wodurch die Grabungen in Magdeburg „zum Vorbild für die Stadtkernforschung in ganz Deutschland geworden“ seien. Die Grabungsleitung habe es darüber hinaus verstanden, durch intensive Öffentlichkeitsarbeit die Forschungsergebnisse „an breite Bevölkerungsschichten heranzutragen; sie leistete damit einen Beitrag zur Entwicklung von Heimatverbundenheit und echtem Nationalgefühl“<sup>629</sup>. Aber dieser und ein ähnlicher Vorschlag für das Ausgrabungsteam von Teterow sowie der Vorschlag, Unverzagt persönlich für den Nationalpreis vorzuschlagen, wurden innerhalb der Akademie abgelehnt<sup>630</sup>.

Im selben Monat verkündete der Generalsekretär der SED auf deren zweiter Parteikonferenz, Walter Ulbricht, dass nun auf allen Ebenen mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus begonnen werde<sup>631</sup>. Damit setzte eine gesamtgesellschaftliche Radikalisierung in der DDR ein, die zwischen den Zielen der Eigenstaatlichkeit und der nationalen Einheit oszillierte und u. a. 1953 in einen landesweiten Aufstand münden sollte<sup>632</sup>; unmittelbar und in Hinblick auf die deutsche Archäologie fand die politische Maxime vom Aufbau des Sozialismus ihren Ausdruck vor allem in Maßnahmen der Gesinnungskontrolle und der Einschüchterung und dem Widerspruch „zwischen sozialen Bündnisangeboten an die ‚bürgerlichen Kräfte‘ und gesellschaftlicher Transformation gegen die ‚bürgerliche Gesellschaft“<sup>633</sup>.

Unverzagt navigierte durch diesen Widerspruch virtuos, allerdings unter beträchtlichem Kraftaufwand. So konnte er es auch als seinen Erfolg verbuchen, dass ungeachtet der Neuordnung der ostdeutschen fünf Länder hin zu 14 Bezirken die Ordnungsform der ostdeutschen Denkmalpflege weiterhin an der alten Länderstruktur orientiert blieb und sich damit als tragfähig erweisen sollte. Sechs Monate später zeigte sich aber erneut die Willkür ostdeutscher Kulturpolitik und Unverzagt schrieb an Bersu vage von „ernstlichen Berufsschwierigkeiten“<sup>634</sup>. Der Direktor der Akademie, der Mathematiker Josef Naas, hatte Unverzagt aufgefordert, „Westberlin zu verlassen und in den Ostsektor überzusiedeln. Sollte ich diesem Ersuchen nicht nachkommen, so müsste ich den Vorsitz der Akademiekommission für Vor- und Frühgeschichte niederlegen. Ein Gelehrter, der die Leitung eines Faches hätte, das sich über das gesamte Gebiet der DDR erstreckte, müsse auch dort seinen Wohnsitz haben. Da ich nicht die Absicht habe, meinen Wohnsitz in den Ostsektor zu verlegen, kann es über kurz oder lang zum Konflikt kommen, der mich zwingen würde, auf eine weitere Tätigkeit bei der Akademie zu verzichten. [...] Die Möglichkeit ist angesichts des sich immer mehr verschärfenden Druckes durchaus gegeben.“<sup>635</sup> Bereits im Herbst hatte sich Unverzagt beim West-Berliner Innensenator über die Möglichkeit der Rückkehr auf seinen einstigen Posten im Museum erkundigt und damit wie Weickert auf den erwähnten

<sup>628</sup> UNVERZAGT 1952.

<sup>629</sup> Vorschlag Irmscher an die Akademieleitung, 2.9.1952, zit. bei LEUBE 2017, 419.

<sup>630</sup> Gründe für die Ablehnung gibt Leube nicht an (LEUBE 2017, 419).

<sup>631</sup> MAI 2000.

<sup>632</sup> DIEDRICH / KOWALCZUK 2005; ENGELMANN /

KOWALCZUK 2005.

<sup>633</sup> MAI 2000, 34.

<sup>634</sup> Unverzagt an Bersu, 15.12.1952: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 94.

<sup>635</sup> Unverzagt an Kühnel 7.12.1952: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

§ 131 rekurriert. Man teilte ihm mit, dass er „als Beamter zur Wiederverwendung gelte und an der gesetzlichen Unterbringung teilnehme“<sup>636</sup> – die strengen Regelungen der unmittelbaren Nachkriegszeit galten also nicht mehr.

Im Dezember sah man bei der Akademie Unverzagt zumindest noch als Beiträger zum Aufbau des Sozialismus; der Präsident der Akademie, Johannes Stroux, lud Unverzagt zu einer Sondersitzung der Akademiemitglieder Ende Januar sein. Es sollte beraten werden „über die Beteiligung der Wissenschaft am Aufbau des Sozialismus“ in der DDR und Unverzagts Teilnahme war „wegen der besonderen Bedeutung der Beratung für die Wissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik und ihre enge Verbindung mit der Produktion dringend erwünscht.“<sup>637</sup>

## 1953

Anfang des Jahres 1953 wurde der Nachtragsetats 1952 vom Hessischen Landtag angenommen, womit endlich „die Voraussetzung zur Übernahme der RGK auf den Bund und damit zur sofortigen Verhandlung über die effektive Übernahme geschaffen“ wurde<sup>638</sup>. Die Formulierung und der Erlass einer neuen Satzung der RGK musste daher so schnell wie möglich erfolgen. Im Osten Deutschlands steuerte man indessen auf eine erste schwere Krise zu, die langfristig das Taktieren im Kalten Krieg radikalisieren und zur Spaltung der deutschen archäologischen Forschung beitragen sollte.

### Die Justiziabilität von Forschung

Anfang Januar 1953 versammelten sich in Frankfurt zehn Prähistoriker und Klassische Archäologen, „um die Frage der Organisation der RGK“ zu erörtern und diese endlich zu legalisieren<sup>639</sup>. „Dabei wurde die grundsätzliche Frage der Stellung zu verwandten Institutionen, insbesondere das Verhältnis der RGK zum Deutschen Archäologischen Institut behandelt. Das Ergebnis waren einmütige Entschlüsse. Der I. Direktor der RGK wurde ermächtigt, diese Entschlüsse dem Präsidenten des Instituts und dem Vertreter des Bundesinnenministeriums vorzulegen.“ Wie in der Satzung des DAI vorgesehen, sollte nach Meinung der Unterzeichner die „zukünftige Römisch-Germanische Kommission [...] weiterhin eine Institution mit eigenen Satzungen“ bleiben, „die eine gewisse Selbstständigkeit im Rahmen des Deutschen Archäologischen Institut gewährleisten.“ Die Unterzeichner entwarfen dafür eine neue RGK-Satzung und stimmten über Änderungen im Statut des DAI ab, die sozusagen die Voraussetzung für die Neuregelung der RGK waren. Sie forderten folgende Umformulierungen in der Satzung des DAI: Die Aufgabenbezeichnung „Vor- und Frühgeschichte Deutschlands“ sollte durch die Worte „deutsche Vor- und Frühgeschichte“ ersetzt werden (§ 1 Abs. 3) und die Worte „unter besonderer Berücksichtigung

<sup>636</sup> Unverzagt an Kühnel 7.12.1952: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>637</sup> Stroux an Unverzagt, 11.12.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>638</sup> Bersu an Unverzagt, 20.1.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 98.

<sup>639</sup> Das Treffen fand am 9.1.1953 statt und folgende

Teilnehmer sind protokolliert: Dehn, Eiden (Dir. Rheinisches Landesmuseum Trier), Krämer, Kunkel, Neuffer (Dir. Rheinisches Landesmuseum Bonn), Sprockhoff, Stieren, Unverzagt, Wolfgang Fritz Volbach (Dir. RGZM), Werner. „Pro memoria die Römisch-Germanische Kommission betreffend“: Archiv RGK Sitzungen 1953/1954 2.406, unpag, 5 Seiten.

der römisch-germanischen Forschung“ sollten als zu eng gefasst entfallen. Der Erste Direktor der RGK sollte zukünftigen automatisch auch Mitglied des Engeren Ausschusses der ZD des DAI sein (§ 3 Abs. 2b). Zukünftig sollte dieser Ausschuss auch die Kandidaten für die leitenden Beamtenstellen (Präsident, Sekretare und Direktoren) vorschlagen, während die RGK ihren I. und II. Direktor selbst wählt und beide der Zentralkommission zur Bestätigung vorschlägt (§ 6 Abs. a).

In diesem Satzungsentwurf wurde in § 1 zum ersten Mal der Aufgabenkreis der Römisch-Germanischen Kommission nicht als Vision formuliert, sondern aufgrund einer fünfzigjährigen Erfahrung konzipiert. Die Vorschläge „berücksichtigen die neue politische Struktur der Bundesrepublik Deutschland und enthalten nichts, was über den bisherigen Tätigkeitskreis der RGK hinausgeht. Infolgedessen steht im Hinblick auf die gegenwärtige Lage die Bundesregierung nicht vor der Notwendigkeit, Aufwendungen zu machen, die durch die bisherige Tätigkeit der RGK sachlich nicht begründet sind.“ Man bat „in Anbetracht dessen, das sich durch die Entwicklung der archäologischen Forschung überhaupt die Gesamtsituation gegenüber früher geändert hat“ darum, dass „auch junge Fachgenossen aus dem Fachgebiet der RGK bei den Auslandsabteilungen des Deutschen Archäologischen Instituts eingestellt werden können“, um dadurch ihre Ausbildung zu ergänzen – man bat also um die Öffnung der Klassischen Archäologie für Prähistoriker. Weiterhin schlug man vor, dass der RGK zukünftig „mindestens die Sachmittel vom Bund zur Verfügung gestellt werden, die der RGK erlauben, die Aufgaben durchzuführen, die sie auch schon früher zum Nutzen der deutschen Forschung erfüllt“ hatte, vor allem die Herausgabe der hauseigenen Periodika, beratende Tätigkeit und Bereitstellung ihrer Bibliothek für die Forschung, womit die Hoffnung auf Bundesmittel für ein neues Dienstgebäude der RGK verbunden wurde<sup>640</sup>.

Die Diskussionen um die neue Satzung der RGK zogen sich bis Ende der 1950er Jahre hin. Ende März 1953 gehörte die RGK immer noch zu Hessen und über ihren Etat war noch nicht entschieden worden<sup>641</sup>. Die langwierige Reorganisation der RGK waren begleitet von einer neuen Phase der Verrechtlichung von vergangenen und gegenwärtigen wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen. Es wurde einerseits die gescheiterte Revision des Urteiles gegen Reinerth bekannt, wodurch seine Einstufung als Schuldiger bestätigt wurde. Das bedeutete für Reinerth, „dass er bis zum 8. Mai 1957 weder eine öffentliche Stelle bekleiden kann noch schriftstellerisch tätig sein darf. Ausserdem ist er aller Rechte aus früheren Stelle damit verlustig gegangen“, wie z. B. Bersu mit großer Genugtuung berichtete<sup>642</sup>. Andererseits beantragten viele derjenigen Archäologen, die bis zum Kriegsende in einem Beamtenverhältnis gearbeitet hatten, wie oben erwähnt Anfang der 1950er Jahre unter Bezug auf § 131 des 1951 erlassenen Grundgesetzes ihre Wiedereinstellung in ein ebensolches Beamtenverhältnis<sup>643</sup>. Remigrierte Wissenschaftler wie Bersu beantragten in

<sup>640</sup> „Pro memoria die Römisch-Germanische Kommission betreffend“: Archiv RGK Sitzungen 1953/1954 2.406, unpag., 5 Seiten.

<sup>641</sup> Bersu an Unverzagt, 20.3.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 115.

<sup>642</sup> Bersu an Unverzagt, 26.1.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 101.

<sup>643</sup> Unverzagt an Bersu, 18.2.1953: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 698. – Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131

des Grundgesetzes fallenden Personen war ein Bundesgesetz aus dem Jahr 1951, mit dem die Rechtsstellung von Beamten, die vor dem 8. Mai 1945 in das Beamtenverhältnis berufen worden waren, gegenüber der 1949 gegründeten BRD geregelt wurde. 131er wurden umgangssprachlich all die Staatsdiener genannt, die infolge der Kriegsauswirkungen beschäftigungslos geworden waren und Anspruch auf Weiterbeschäftigung erhoben.

der Hoffnung auf Rehabilitation und Entschädigung die Anerkennung ihrer Verfolgung während des Nationalsozialismus. Für Bersu endete das langwierige bürokratische Verfahren im Februar 1953 mit dieser Anerkennung seiner Verfolgung und seiner „Emigration in England und Irland“ von 1939 bis 1950.

Auch in Ost-Berlin wurde die Justiziabilität von Archäologie verhandelt, vor allem ihre denkmalpflegerische Dimension. Unverzagt und die Mitglieder des Beirates für Bodendenkmalpflege traten ab dem Sommer 1952 in einen langwierigen Aushandlungsprozess mit dem Ministerium für Aufbau und der Kommission für Kunstangelegenheiten, um Inhalte und Finanzierung eines einheitlichen ostdeutschen Bodendenkmalpflegegesetzes festzulegen<sup>644</sup>. Alle Stadtplanungen und konkreten Baumaßnahmen unterlagen vorläufig der „Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale“ vom 26. Juni 1952<sup>645</sup>, wobei es noch unspezifisch hieß: „Das kulturelle Erbe des Deutschen Volkes umfasst kostbare Werke der Baukunst und der Gartenbaukunst, der Plastik und Malerei, die durch ihre Schönheit und Eigenart Zeugnis für die schöpferische Kraft des Volkes ablegen und sichtbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung sind. Dieses Erbe gilt es zu erhalten, zu pflegen und der Allgemeinheit unseres Volkes zugänglich zu machen.“<sup>646</sup>

#### „Das ewige Katz und Maus-Spiel“<sup>647</sup>

In Berlin spitzten sich die politischen Verhältnisse im Frühjahr 1953 zu und man diskutierte in Archäologenkreisen erneut die Frage, ob die ZD des DAI doch in den Westen verlegt würde. Mehrere Ereignisse verschärften das innerdeutsche Verhältnis, führten aber auch zu Entscheidungen, die den Übergang von DAI und RGK an den Bund und damit die Wiederherstellung deren Arbeitsfähigkeit schließlich beschleunigen sollten.

Seit 1950 hatte die BRD mit den westlichen Alliierten über die weitere Übertragung von Hoheitsrechten verhandelt und nach dem sog. Deutschlandvertrag von 1952 gelang es der BRD Ende Februar 1953 mit dem sog. Londoner Schuldenabkommen schließlich, durch die Anerkennung aller deutscher Kriegsschulden den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch zu behaupten. Mit dem Ende des Besatzungsstatus<sup>648</sup> war nun über zahlreiche soziopolitische, aber auch militärische Perspektiven zu entscheiden, die auch Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Archäologie haben sollten. Währenddessen war Josef Stalin Anfang März verstorben, was zu weitreichenden Veränderungen in der sowjetischen Innen- wie Außenpolitik führen sollte, in Hinblick auf die DDR aber vor allem mit dem vereinbarten Arbeitsende der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland Ende Mai zusammenfiel. Orientierungslosigkeit, Kompetenzgerangel, Streit um zukünftige Deutungshoheiten erschütterten nun die Kultur- und Wissenschaftspolitik im Osten Deutschlands<sup>648</sup>. Unverzagt prophezeite ganz zu Recht eine Verschlechterung der Verhältnisse bis zum Sommer und berichtete, dass der „Verkehr zwischen Ost- und Westberlin noch unbehindert“ sei, „obwohl der Osten jetzt alle Vorkehrungen getroffen

<sup>644</sup> Regierung der DDR, Staatl. Komm. f. Kunstangelegenheiten, an ADW, 18.6.1952; ADW an Unverzagt, 8.7.1952; ADW an Regierung der DDR, Staatl. Komm. f. Kunstangelegenheiten, 8.7.1952; ZIAGA 3423 Bodendenkmalpflege der DDR 1952–1958, unpag.

<sup>645</sup> GBl. DDR, 2.7.1952 Nr. 84 S. 514–515.

<sup>646</sup> Richtlinien zur Beurteilung und städtebaulichen

Einordnung von Bau-, Kultur- und Naturdenkmälern vom 15.7.1953: ZIAGA 3423 Bodendenkmalpflege der DDR 1952–1958, unpag.

<sup>647</sup> Unverzagt an Bersu, 7.3.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 112; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 702.

<sup>648</sup> U. a. ТИХОМИРОВ 2007.

hat, die Sektoren hermetisch gegen einander abzuschliessen.<sup>649</sup> Hintergrund dessen waren die seit 1951 intensiv geführten Verhandlungen zwischen BRD und den Westalliierten um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Aus Sicht der DDR, aber auch vieler Kritiker in der BRD selbst drohte damit die „Wiederbewaffnung“ Deutschlands und dementsprechend erwog man in Ost-Berlin und der DDR militärische Maßnahmen. Im Mai 1953 wurden die Verträge für diese Verteidigungsgemeinschaft zwar ratifiziert, aber Kritik in den potentiellen Mitgliedsstaaten und das sowjetische Angebot vom März 1952 (sog. Stalin-Note), die Einheit Deutschlands durch Neuwahlen wiederherzustellen, solange das geeinte Land militärisch neutral bliebe, unterwanderten letztlich das Zustandekommen dieses Verteidigungspaktes, der im Sommer 1954 endgültig scheiterte<sup>650</sup>.

Im Frühling 1953 fühlte sich ganz Berlin daher wie ein politisches Pulverfass an und der sonst so unverzagte Unverzagt meldete an Bersu: „Der Abbau der in Westberlin wohnenden, an der Akademie tätigen Wissenschaftler ist anscheinend zunächst zurückgestellt worden. Ich kann daher hoffen, die mit Ihnen besprochenen Arbeiten noch durchführen zu können. Das ewige Katz und Maus-Spiel geht einem allmählich auf die Nerven; ebenso der damit verbundene politische und seelische Druck.“<sup>651</sup> Unverzagt konnte sich in seinen Briefen an Bersu auf Andeutungen beschränken in der Gewissheit, dass Bersu wie er sowohl die innenpolitischen als auch die außenpolitischen Entwicklungen für ganz Deutschland verfolgten und deren Auswirkungen auf die eigenen wissenschaftspolitischen Entscheidungen erwog. Mitte März musste Unverzagt melden: „Entgegen der gemachten Zusicherung ist nun doch mit der Kündigung der im Westsektor wohnenden Wissenschaftler begonnen worden. Es werden zunächst die Jüngsten, insbesondere die Assistenten getroffen. [...] Die ganze Aktion wird sich natürlich über einen längeren Zeitraum erstrecken, unten anfangen und oben enden. Wer weiss, wie die Lage in 8 Tagen ist, wenn die Abstimmung in Bonn stattgefunden hat. Sicher wird da Berlin wieder irgendwie in Mitleidenschaft gezogen. [...] Noch immer geht ununterbrochen der Zug der Flüchtlinge, und wenn nachts die Flugzeuge über die Sybelstrasse donnern, so wird man traurig bei dem Gedanken, dass jedes 60 – 80 deutsche Menschen dem Ostraum entzieht und auf diese Weise Raum für Nachrückende geschaffen wird. Es ist wie in der grossen germanischen Völkerwanderung, nur mit anderen Mitteln und sehr viel schneller.“<sup>652</sup> Unverzagt bezog sich damit auf die für den 25. März geplante Abstimmung des Deutschen Bundestages über das dann ab 5. Juni geltende sog. Bundesvertriebenengesetz, das die Verteilung und Integration der Millionen deutschsprachigen Vertriebenen aus Mitteleuropa regeln sollte und in deren Strom sich immer mehr Menschen aus Ost-Berlin und der DDR einreihen. In Hinblick auf das geplante militärische Bündnis der Westalliierten mit der BRD schrieb Unverzagt Ende März „Hier hat sich trotz der Ratifizierung in Bonn bisher nichts geändert. Der Verkehr zwischen den Sektoren ist noch unbehindert. Entweder sind die Direktiven aus Moskau noch nicht eingetroffen oder die Vorbereitungen für die Trennung doch noch nicht beendet. Hoffen wir weiterhin das Beste.“<sup>653</sup>

<sup>649</sup> Unverzagt an Bersu, 26.2.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 110; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 700.

<sup>650</sup> HEISS / PAPACOSMA 2008.

<sup>651</sup> Unverzagt an Bersu, 7.3.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 112; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 702.

<sup>652</sup> Unverzagt an Bersu, 14.3.1953: SMB-PK/

MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 114; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 704.

<sup>653</sup> Unverzagt an Bersu, 23.3.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 116; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 707. So wie in diesem Brief berichtete Unverzagt stets auch ganz kurz über Reisen zu ostdeutschen Grabungen wie hier nach Teterow, so dass Bersu zumindest die Projekte kannte.



Während es vorläufig nicht zu einer militärischen Abriegelung der beiden Teile Berlins kam, forcierte der Volksaufstand vom 17. Juni in weiten Teilen der DDR aber langfristig die ideologischen Grabenkämpfe<sup>654</sup>, die zunehmend zermürend und demoralisierend wirkten, so dass sogar Unverzagt schrieb: „Der Abbau der Westberliner ist anscheinend wieder hinausgeschoben. Diese ewige Unsicherheit macht einen direkt weich.“<sup>655</sup> Vielleicht als Reaktion auf diese geplante Ost-Berliner Maßnahme verbot der Westberliner Senator für Volksbildung im Sommer 1953 z. B. Gandert „unter Androhung der Dienstentlassung“, in den „Schriften der Akademie etwas zu veröffentlichen“, so dass dieser sich gezwungen sah, seinen Beitrag für die Unverzagt-Festschrift zurückzuziehen<sup>656</sup>. Unverzagt fand dieses Vorgehen „reichlich töricht, denn damit wird weder die Festschrift verhindert, doch die Akademie in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt. Ein Glück, dass man in Westdeutschland noch nicht auf diesen Dreh gekommen ist. Die Akademie veröffentlicht in den Abhandlungen und Sitzungsberichten dauernd Arbeiten von westdeutschen Gelehrten und darunter jetzt auch eine von Herrn Werner. Man müsste dieses Verhalten Westberlins doch einmal anprangern.“<sup>657</sup> Unverzagt fragte Bersu, ob man nicht einen Vermerk zu diesem Vorgang in der Festschrift veröffentlichen sollte<sup>658</sup>, womit er sich vielleicht gegen das Auseinanderdriften der Fachgemeinschaft wehren wollte.

### Archäologen als Verdächtige

Unverzagt selbst geriet erneut im Sommer 1953 ins Visier des Westberliner Senats, diesmal des Senators für Inneres. Man beabsichtigte, gegen ihn „auf Grund einer angeblichen Mitgliedschaft bei dem ‚Wissenschaftlichen Rat des Museums für deutsche Geschichte‘ ein Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Aberkennung“ seiner Beamtenrechte einzuleiten<sup>659</sup>. Unverzagt legte Bersu sein Antwortschreiben an den Senator vor, worin er erklärte, dass er dieses Amt nicht angetreten habe und dass seine Tätigkeit bei der Akademie „auf Wunsch und im Einverständnis“ mit Bersus Dienststelle ausübe und dass Bersu dazu ein Gutachten vorlegen könne<sup>660</sup>. Abschließend schrieb Unverzagt an seinen Freund: „Ja, ja, man hat es

<sup>654</sup> DIEDRICH / KOWALCZUK 2005; ENGELMANN / KOWALCZUK 2005.

<sup>655</sup> Unverzagt an Bersu, 27.4.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl.117; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 708.

<sup>656</sup> Unverzagt an Bersu, 24.7.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 130. – Die Festschrift für Unverzagt erschien unter dem Titel „Frühe Burgen und Städte“ als zweiter Band der Schriftenreihe des Akademie-Institutes und waren Ende 1953 bereits im Satz (Unverzagt an Bersu, 16.12.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 145). – „Gratuliere zu Ihrer Festgabe, von der mir Grimm eben die Fahnen gesandt hat“ (Bersu an Unverzagt, 30.7.1958: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 299).

<sup>657</sup> Unverzagt an Bersu, 24.7.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 130.

<sup>658</sup> Unverzagt an Bersu, 24.7.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 130.

<sup>659</sup> Unverzagt an Bersu, 5.9.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 135; 734. – In der Begründung hieß es, dass Unverzagt damit einem Gremium angehöre, „das eine Geschichtsforschung betreibt, die der freiheitlichen demokratischen Auffassung entgegensteht. Hierin erblicke ich eine Betätigung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, die die Folgerung zulässt, daß Sie nicht die Gewähr dafür bieten, sich jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzusetzen.“ (Senator für Inneres, i.A. Görtsch; Brumme, an Unverzagt, 1.9.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 136; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 735).

<sup>660</sup> „In seiner Äusserung vom 5.9.1953 beruft er sich u. a. darauf, dass er im Interesse der Erhaltung einer einwandfreien wissenschaftlichen Forschung in der Ostzone auf Wunsch und im Einvernehmen mit der zuständigen Bundesbe-

nicht leicht, und oft vergeht einem die Lust, noch weiterhin im Osten tätig zu sein. Die Aufgabe meiner Position würde zweifellos fortschrittlichen Elementen den Weg ebnen und meine sehr ordentlichen Mitarbeiter gefährden.“<sup>661</sup> Bersu sicherte Unverzagt umgehend alle erdenkliche Unterstützung zu und äußerte die Vermutung, dass die Anregung für diese Ermittlungen „von ‚Freunden‘ aus dem Osten ausgegangen“ sein könnte<sup>662</sup>.

Gleichermaßen konnte man in Westdeutschland unter einen komplementären Verdacht fallen, der sich ebenfalls rufschädigend auswirken konnte. So zog z. B. Walter von Stokar seinen Beitrag zur geplanten Festschrift für Unverzagt, die dieser selbst organisierte, zurück mit der Begründung, Bersu und Kühn hätten ihn „beim Kultusministerium des Landes Rheinland-Pfalz als bolschewistischen Agenten“ denunziert, da sein neuestes Buch im Leipziger Barth-Verlag erschienen sei<sup>663</sup>. Der empörte von Stokar schrieb an Unverzagt: „Sie haben das recht schön hinten herum getan, so ganz nach der Methode, die wir von Herrn Reinerth ja zur Genüge kennen. Was diese beiden Herren mit diesem Vorgehen bezwecken wollten, ist mir durchaus unklar, denn ich gehöre weiß Gott zu den wenigen Kollegen in Westdeutschland, die auf keinen Fall gewillt sind, sich einen Posten zu erjagen. Ich stehe also in keiner Weise den Institutionen des Herrn Bersu und des Herrn Kühn entgegen. Gott sei Dank kennt man mich an den Ministerien so gut, daß ich diese Verdächtigung im Keim ersticken konnte. Immerhin ist Vorsicht geboten. Wer weiß, was die oben genannten Herren unternehmen würden, wenn jetzt eine Arbeit von mir ausgerechnet bei der Akademie der DDR herauskäme. [...] Ich bitte sie nochmals herzlichst um Verständnis dafür zu haben, daß ich einen Rückzieher machen muß, aber die Verdächtigung, russischer Agent zu sein, ist hier zu Lande das Einzige, was einem das Genick brechen kann. Das kann ich mir aber bei meiner Kinderzahl nicht leisten.“<sup>664</sup>

Unverzagt versuchte zu beschwichtigen und versicherte von Stokar, dass er sich nicht vorstellen könnte, „dass die Herren Bersu und Kühn Sie als sowjetischen Agenten jemals denunziert haben.“<sup>665</sup> Auf von Stokars Frage, ob die von Unverzagt mit-herausgegebene PZ ein Ost- oder ein Westprodukt sei und ob man darin sozusagen gefahrlos publizieren könne, antwortete Unverzagt: „Die P. Z. erscheint in dem Westberliner Verlag Walter de Gruyter & Co. und wird von Sprockhoff, Bittel und mir gemeinsam herausgegeben. Eine hier erscheinende Arbeit würde Ihnen bestimmt nicht angekreidet werden können.“<sup>666</sup> Bersu schrieb an Unverzagt, dass der Vorwurf von Stokar ihn amüsiert habe und es ja nutzlos sei zu sagen, „dass ich ihn natürlich nie beim Kultusministeriums Rheinland-Pfalz als bolschewistischen Agenten denunziert habe. Ich kann mir das übrigens auch von Kühn nicht denken.“<sup>667</sup> Die Angst von Stokars vor einer Denunziation, aber auch Bersus Mei-

hörde, der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts in Frankfurt/Main seine jetzige Stellung in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin beibehalten hat und stellt anheim, ein Gutachten anzufordern.“ (Görtsch, Berliner Innensenator, [„Gesch.Zch.Inn II L 02“], an RGK, 19.10.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 141).

<sup>661</sup> Unverzagt an Bersu, 5.9.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 135.

<sup>662</sup> Bersu an Unverzagt, 8.9.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 137.

<sup>663</sup> Walter von Stokar, Die Urgeschichte des Hausbrottes. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Nahrung (Leipzig 1951). – Zu Stokar: SCHWAB 2007.

<sup>664</sup> Von Stokar an Unverzagt, 5.9.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 450.

<sup>665</sup> Unverzagt an von Stokar, 10.9.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 449.

<sup>666</sup> Unverzagt an von Stokar, 10.9.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 449.

<sup>667</sup> Bersu an Unverzagt, 16.10.1953: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 742).

nung, dass eine Reaktion auf ein solches Gerücht aussichtslos sei, zeigt die Auswirkungen, welche die Mechanik des Kalten Krieges aus Verdächtigungen und indifferenten politischen Lagerzuweisungen in der *scientific community* der Archäologie hinterließ, die vielen Zeitgenossen wie eine Fortsetzung der Verhältnisse der 1930er Jahre erscheinen musste.

Älter noch als solche denunziatorischen Strategien war die Gesellschafts- oder Vereinsgründung als Mittel der provokativen Abgrenzung gegenüber bereits institutionalisierten Forschungsfeldern oder Regionen und wahrscheinlich war es eigentlich von Stokars Beteiligung an der „von Zotz überflüssigerweise gegründeten Obermaier-Gesellschaft“<sup>668</sup>, die zu Unmut gegen ihn geführt hatte. Für Bersu war die Hugo-Obermaier-Gesellschaft „ein sehr windiges Unternehmen“ und bei der Vorbereitung ihrer Tagung sei der örtliche Denkmalpfleger übergegangen, weshalb dieser auch „vom Ministerium die Weisung erhalten [habe], sich von dem Unternehmen zu distanzieren.“<sup>669</sup> Diese Art der fachpolitischen Auseinandersetzung durch Abgrenzung erscheint fast als konstitutiv für die Prähistorische Archäologie. Bereits die legendäre ‚Lagerbildung‘ zwischen Anhängern Kossinnas und Schuchhardts wurde u. a. durch Gesellschafts- und Zeitschriftengründungen praktiziert und von entsprechenden Boykottaufrufen begleitet<sup>670</sup>.

Auch Bersu als Repräsentant eines etablierten Forschungsfeldes und einer ehrwürdigen Institution begrüßte Sanktionen gegen solche aus seiner Sicht unsinnigen separatistischen Bemühungen wie die Obermaier-Gesellschaft und legte gleichzeitig sein Prestige und das der RGK in die Waagschale, um Unverzagt zu verteidigen. In Hinblick auf die Vorwürfe des Westberliner Innensenators gegen Unverzagt vom 19. Oktober 1953 nahm Bersu sowohl als Gelehrter als auch als „Direktor des die Gesamtinteressen der archäologischen Wissenschaft im Gebiet der Bundesrepublik vertretenden Instituts (Bundesanstalt)“ Stellung und teilte mit: „Ich weiß positiv, dass Herr Prof. Unverzagt nicht Mitglied des wissenschaftlichen Rates des Museums für Deutsche Geschichte ist und weiss, dass er das Angebot, Mitglied dieses Rates zu werden, abgelehnt hat wegen der politischen Implikationen, die sich für ihn aus dieser Mitgliedschaft ergeben hätten. Es ist eine grobe Unwahrheit, wenn behauptet wird, dass Herr Prof. Unverzagt deutsche Geschichte im Interesse der östlichen Ziele verfälsche. Die archäologische Wissenschaft der Bundesrepublik ist Herrn Professor Unverzagt zu grossem Dank verpflichtet, dass er bisher auf seinem Posten bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin ausgeharrt hat, und ich bin gern bereit, die Namen der angesehensten Vertreter meines Faches<sup>671</sup> namhaft zu machen, die zweifellos meine Ansicht teilen, dass die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen Prof. Unverzagt nicht nur eine Ungerechtigkeit gegen Prof. Unverzagt bedeutet, sondern auch der archäologischen Wissenschaft in der gegenwärtigen Situation schwersten Schaden zufügen würde.“<sup>672</sup> Noch Anfang 1954 hieß es vom Berliner Innensenator, dass noch

<sup>668</sup> Lothar Zotz (1899–1967) hatte von 1939 bis 1945 die Professur für Vorgeschichte an der deutschen Universität Prag innegehabt und dort vor allem Studien zum Paläolithikum betrieben. 1951 gründete Zotz in Regensburg die Obermaier-Gesellschaft zur Erforschung steinzeitlicher Kulturen gegründet. Der Namensgeber Hugo Obermaier (1877–1946) hatte sich als einer der ersten deutschen Prähistoriker auf paläolithische und mesolithische Forschungen spezialisiert.

<sup>669</sup> Bersu an Unverzagt, 13.3.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 113.

<sup>670</sup> GRUNWALD 2017.

<sup>671</sup> Bersu hatte Unverzagt vorgeschlagen, Wolfgang Dehn, Ernst Sprockhoff und Joachim Werner als Referenzen anzugeben (Bersu an Unverzagt, 14.12.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 142–143).

<sup>672</sup> Bersu an Berliner Innensenator, undat.: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 144.

weitere Ermittlungen hinsichtlich Unverzagts angestellt würden<sup>673</sup>, aber Ende Januar wurde schließlich mitgeteilt, dass sich der gegen Unverzagt erhobene „Verdacht einer Betätigung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ als unbegründet erwiesen habe und die Angelegenheit damit als erledigt gelte<sup>674</sup>. Nicht nur agierte Bersu nun von der RGK bereits als fachpolitische Instanz; in seiner Wahrnehmung und derjenigen des Westberliner Innensenators war die Teilung in west- und ostdeutsche Wissenschaft bereits vollzogen und Institutionen wie die Ost-Berliner Akademie konnten als letzte, bald verlorene Posten freier Wissenschaft erscheinen.

Ein „unvoreingenommener Einblick in unsere Forschungsarbeit“<sup>675</sup>

Ungeachtet dessen setzte Unverzagt die Institutionalisierung der archäologischen Forschung und Denkmalpflege in der DDR fort. Er wurde 29. Mai 1953 zum Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirates für die Fachrichtung Bodendenkmalpflege beim Staatssekretariat für Hochschulwesen berufen; „Diese Berufung erfolgt in Anerkennung Ihrer bisher geleisteten Arbeit auf dem Gebiet der Bodendenkmalpflege in der Überzeugung, dass Sie als Vorsitzender mit Ihren reichen Erfahrungen den wissenschaftlichen Beirat für die Fachrichtung Bodendenkmalpflege im Sinne der Qualifizierung und Förderung Ihres Faches verantwortungsbewusst leiten werden.“<sup>676</sup> Als Mitglieder dieser Kommission wurden sieben Prähistoriker berufen und zusammen mit Unverzagt hatten sie die Aufgabe, „das Staatssekretariat für Hochschulwesen in allen Fachfragen zu beraten.“<sup>677</sup> Mitte Oktober wurde dann die 1952 in die Sektion für Vor- und Frühgeschichte umgewandelte Kommission in ein gleichnamiges Institut überführt, zu dessen Direktor Unverzagt ernannt wurde<sup>678</sup>.

Wie Bersu sah Unverzagt die Notwendigkeit, neben solchen Institutionen stets eine kommunikative Infrastruktur zu entwickeln und aufrecht zu erhalten, was unter den beschriebenen Bedingungen besonders schwierig war. Unverzagt plante eine Arbeitstagung und hatte dazu auch Bersu eingeladen, der aber aus Zeitgründen absagen musste. Bersu meinte, „dass im Westen volles Interesse daran besteht. So fragte mich z. B. eben Kunkel, ob ich ihm raten könnte, zu dieser Tagung zu gehen, was ich bejahte. Ich bin auch bereit, ihm ein Schreiben zu geben, dass die RGK es als wünschenswert betrachtet, dass er an dieser Tagung teilnimmt. Ein solches Schreiben würde ihm ermöglichen, etwaigen Widerstand der bayerischen Stellen zu überwinden.“<sup>679</sup> Ende Juli lagen Unverzagt acht

<sup>673</sup> Berliner Innensenator an Bersu, 4.1.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 145.

<sup>674</sup> Berliner Innensenator an Bersu, 27.1.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 146; Zehr an Unverzagt, 27.1.1954: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 753.

<sup>675</sup> Unverzagt an Jankuhn, 20.10.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>676</sup> Staatssekretär Harig an Unverzagt, 29.5.1953: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 718.

<sup>677</sup> Es handelte sich um Behm(-Blancke), Friedrich Behn, Martin Jahn, Otto, Werner Coblenz,

Ewald Schuldt, Sieglind Kramer (Erdmann an Unverzagt, 8.6.1953: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl.717; Unverzagt an Bersu, 1.7.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl.126).

<sup>678</sup> Unverzagt an Kunkel 1.12.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>679</sup> Bersu an Unverzagt, 21.7.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 129; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 725; Unverzagt an Bersu, 18.7.1953: Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 721.

Absagen und „8 meist bedingte Zusagen“ von den Kollegen aus West und Ost vor, so dass er, wie bereits angekündigt, erwog, die Tagung in den Herbst des kommenden Jahres zu verlegen<sup>680</sup>. Bersu wurde vielfach auf diese Tagung Unverzagts angesprochen, wobei die westdeutschen Kollegen wiederholt anmerkten, „dass sie von ihren Regierungen nicht die entsprechende Erlaubnis bekommen würden.“ Bersu sicherte ihnen allen zu, ein ähnliches Schreiben wie für Kunkel anzufertigen<sup>681</sup>. Mitte August schrieb Bersu an Unverzagt, dass Dehn um einen Reisezuschuss für die Unverzagt-Tagung gebeten habe, der ihm gewährt wurde, und dass auch für Kunkel nun die Teilnahme feststünde<sup>682</sup>. Die Anmeldungen aus Westdeutschland blieben spärlich; viele Absagen bezogen sich auf finanzielle Gründe, was Unverzagt sehr erstaunte. „Es wäre sehr einfach, den in Betracht kommenden Kollegen zu letzterem Punkte nützliche Hinweise zu geben. Aber das kann ich in meiner Stellung leider nicht tun.“<sup>683</sup> Bersu gab anlässlich dieser Thematik bekannt, dass der Reisekostenetat der RGK aufgebraucht sei und bat Unverzagt, Weickert zu sagen, „welch schlechten Eindruck es macht, dass die RGK ihre beratende Tätigkeit nicht ausüben kann. Es ist halt immer das Gleiche: Von Berlin aus lässt sich das Institut nun einmal nicht leiten, und der Eigensinn Weickerts kostet uns viel.“<sup>684</sup>

Dehn berichtet Bersu anschließend, „welche günstigen Eindrücke“ er von Unverzagts Tagung mitgenommen habe<sup>685</sup> und auch dieser selbst war sehr zufrieden: „Es war eine schöne Veranstaltung die reibungslos in der geplanten Weise ablief und bei der etwa 1800 km im Auto zurückgelegt wurden. Ich glaube kaum, dass so etwas augenblicklich im Westen möglich ist. Für die Herren aus dem Westen war es immerhin eine gute Gelegenheit, einmal einen unvoreingenommenen Einblick in unseren Forschungsbetrieb zu nehmen. Ich hätte gewünscht, dass viel mehr gekommen wären, um diese günstige Gelegenheit, die sich so schnell nicht mehr bieten wird, auszunutzen. Völlig fehlte der ganze Nordwesten. Die sich angemeldet hatten, und es waren nicht wenige, zogen sich zum Schluss aber alle wieder zurück.“<sup>686</sup> Nach dieser Gesamtschau zur ostdeutschen Archäologie plante Unverzagt für das nächste Jahr „nur ein Kolloquium über eine bestimmte Fachfrage – entweder slawische Keramik oder Lausitzer Burgwälle – [...], zu dem wir nur die anerkannten Fachleute aus diesen Gebieten einladen wollen.“<sup>687</sup>

## 1954

Im Sommer 1953 hatte Bersu konstatiert, dass Weickert „der ganze Betrieb [...] über den Kopf gewachsen ist. Er hat sich ja nun entschlossen, zum 1. April zu gehen.“<sup>688</sup>

<sup>680</sup> Unverzagt an Bersu, 24.7.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 130; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 726.

<sup>681</sup> Bersu an Unverzagt, 28.7.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 131.

<sup>682</sup> Bersu an Unverzagt, 19.8.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 132.

<sup>683</sup> Unverzagt an Bersu, 25.8.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 133.

<sup>684</sup> Bersu an Unverzagt, 28.8.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 134; Archiv RGK 1244 Prof. Dr. Wilhelm Unverzagt Berlin, 1916–1956, Bl. 733. – Unverzagt heiratete am

30.10.1953; Ende Mai 1955 ist bereits ein Kind erwähnt.

<sup>685</sup> Bersu an Unverzagt, 16.10.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 139.

<sup>686</sup> Unverzagt an Bersu, 20.10.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 140; ähnlich lautend: Unverzagt an Jankuhn, 20.10.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>687</sup> Unverzagt an Kunkel 1.12.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>688</sup> Bersu an Unverzagt, 28.8.1953: SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 134.

Außenstehenden musste das DAI und sein Präsident dagegen als überaus erfolgreich erscheinen: 1952/1953 wurden die Abteilungen Madrid und Rom und 1953/1954 die Abteilungen Athen und Istanbul wieder eröffnet<sup>689</sup>. Bersu war aber zumindest in Hinblick auf Weickerts Nachfolger, den Klassischen Archäologen Erich Boehringer (1897–1971)<sup>690</sup>, optimistisch: „Ich habe jedenfalls das feste Vertrauen, dass Boehringer alle die Dinge, die mit Bonn zusammenhängen, zweifellos besser machen wird, zumal Boehringer viele persönliche Kontakte hat, die Weickert fehlen.“<sup>691</sup> Das Zerwürfnis zwischen Bersu und Weickert spitzte sich zu, so dass Bersu erwog, die RGK zu verlassen, wenn Weickert nicht wie geplant die ZD verlassen würde. Bersu traute sich diesen Schritt zu, „da mir Dublin immer noch offen ist. Frankfurt ist nun wirklich das 5. Rad am Wagen geworden und mit dem Bundesetat 1954 sieht es trüb aus. Von Berlin aus kann man eben wirklich nicht regieren. Ich hatte gehofft nun unsere RGK endlich konstituieren zu können, nun stellt sich heraus, dass auch die Satzungen der Z. D. noch nicht in Kraft sind, trotzdem W. in seiner Einladung zur Z. D. Sitzung im März dies behauptet hat.“ Bersu beklagte die mangelnde Kommunikation zwischen ihm und Weickert – „es ist höchste Zeit, dass er geht.“<sup>692</sup>

„Das Chaos in der Institutsangelegenheit“<sup>693</sup>

Wie geplant trat dann Boehringer im April 1954 die Präsidentschaft des DAI an und Weickert verließ das DAI, um die Ausgrabungen in Milet wieder aufzunehmen, die dort 1938 unterbrochen worden waren<sup>694</sup>. Bersu, der bereits im Frühling 1954 zum wiederholten Male über die Berufungspolitik des DAI geklagt hatte, konnte auch unter Boehringers Leitung keine Verbesserung feststellen und machte für diese Kontinuität Gerda Bruns (1905–1970) verantwortlich<sup>695</sup>: „In der Frage der Mitglieder des Instituts hat Fr. Bruns eine merkwürdige Politik betrieben, so dass ich nun überhaupt nicht mehr übersehe, wer eigentlich Mitglied des Instituts ist oder nicht. Ich wollte gerade bei Boehringer anregen, dass er für den internen Gebrauch der ZD-Mitglieder und der Instituts-Direktoren eine Liste aufstellen und vervielfältigen lässt, aus der man ersieht, wer nun eigentlich Mitglied ist. Meines Erachtens kann man ohne eine solche Liste ja überhaupt keine Vorschläge machen.“<sup>696</sup> Als neue korrespondierende Mitglieder der RGK wurden dann 1954 schließlich die in der DDR arbeitenden Gotthard Neumann, Werner Coblenz und Behm(-Blanke) ernannt<sup>697</sup> und Unverzagt schlug als korrespondierende Mitglieder der RGK aus der „Ostzone“ Paul Grimm und Albert von Brunn vor<sup>698</sup>.

Im Mai monierte Werner, dass immer noch keine arbeitsfähige RGK konstituiert sei und beschwerte sich auch gegenüber Boehringer darüber. Boehringer informierte sich bei

<sup>689</sup> KRUMME / VIGENER 2016, 218.

<sup>690</sup> VIGENER 2016.

<sup>691</sup> Bersu an Unverzagt, 28.8.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 134.

<sup>692</sup> Bersu an Unverzagt, 14.12.1953: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 142–143.

<sup>693</sup> Unverzagt an Bersu, 25.10.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 175.

<sup>694</sup> PANTELEON 2015; KRUMME / VIGENER 2016, 218–221.

<sup>695</sup> Die Klassische Archäologin Bruns wirkte zwischen 1947 und 1957 u. a. als Referentin in der

ZD des DAI und war dabei maßgeblich für die Neuordnung der ZD nach dem Krieg verantwortlich (ROHDE 1988; WEHGARTNER 2016).

<sup>696</sup> Bersu an Unverzagt, 7.4.1954; Bersu an Unverzagt, 24.5.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 158; 163. – Zur Frage der Listenführung und der Mitgliedschaft jüdischer WissenschaftlerInnen: VIGENER 2012a.

<sup>697</sup> Bersu an Unverzagt, 24.5.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 163.

<sup>698</sup> Unverzagt an Bersu, 26.6.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 168.

Dehn, Kimmig und Sprockhoff auch über die Arbeitsfähigkeit der sog. Kleinen Kommission (Neuffer, Volbach und Dehn) und man schlug eine Beratung vor. Bersu selbst wollte ebenfalls auf der Vertreterversammlung des West- und Süddeutschen Verbandes über den Stand berichten und sah sich düpiert durch Werners Vorstoß, wie er gegenüber Unverzagt beklagte<sup>699</sup>. In Bamberg sollte es zur Aussprache kommen und Bersu bedauerte lebhaft, dass Unverzagt nicht daran teilnehmen konnte: „Da die provinzialrömische Forschung“ durch das Fernbleiben zahlreicher älterer Kollegen „schwach vertreten ist, wäre es gerade so gut gewesen, wenn auch Sie gekommen wären.“<sup>700</sup>

Am 7. Juni 1954 wurde in Bamberg der einstimmige Beschluss gefasst, „dass der Präsident des Deutschen Archäologischen Institutes gebeten wird, im Einverständnis mit dem die Direktion der Römisch-Germanischen Kommission beratenden Ausschuss (Dreierausschuss) eine vorläufige Römisch-Germanische Kommission einzuberufen“<sup>701</sup>. Am 17. August 1954 tagte dann in Frankfurt „jener Fünferausschuss [Dehn, Kunkel, Sprockhoff, Volbach, Neuffer war erkrankt], der von den in Bamberg Versammelten den Auftrag hatte, dem Präsidenten eine vorläufige Römisch-Germanische-Kommission namhaft zu machen.“ Die Sitzung fand unter Boehringers Vorsitz statt und für die zukünftige Kommission wurden maximal 15 Mitglieder benannt<sup>702</sup>. In Bamberg war ebenfalls beschlossen worden, dass der Präsident des DAI die neue RGK berufen würde, so das Bersu nicht selbst handeln und einladen konnte<sup>703</sup>. Anfang September sollte im Anschluss an die Sitzung des Verwaltungsrates des RGZM in Mainz eine wohl konstituierende Sitzung dieser neuen Kommission der RGK stattfinden<sup>704</sup>. Unverzagt wurde von Boehringer über seine Berufung in die vorläufige Kommission der RGK informiert und zur Sitzung in Mainz eingeladen, was er beides annahm<sup>705</sup>. Offensichtlich kam es aber dann nicht zu den gewünschten Ergebnissen, denn Ende Oktober schrieb Unverzagt: „Das Chaos in der Institutsangelegenheit, das auf völliger Unkenntnis der Sachlage beruht, hat mich doch recht betrübt. In der DDR wäre so etwas nicht möglich.“<sup>706</sup>

Dass Unverzagt mitten im Kalten Krieg die DDR als effizient loben konnte und dabei keinen Proteststurm bei Bersu befürchtete, spricht erneut dafür, dass beide Männer eine gewisse politische Flexibilität teilten, die in jedem Fall die wissenschaftspolitische Förderung der Prähistorische Archäologie gegenüber politischen Bedenken priorisierte. Und tatsächlich gelangen ja Unverzagt aus Sicht der westdeutschen Kollegen durchaus beneidenswerte Schritte hin zu einer Zentralisierung der Prähistorischen Archäologie, während die RGK noch immer nicht berufen war und Denkmalpflege und Forschung sich auf Länderebene

<sup>699</sup> Bersu an Unverzagt, 24.5.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 163.

<sup>700</sup> Bersu an Unverzagt, 31.5.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 165.

<sup>701</sup> Auszug aus Protokoll der Sitzung vom 7.6.1954 in Bamberg in Schreiben von Bersu an Unverzagt, 2.9.1954: SMB-PK/ MVF Archiv Ordner RGK 1949–1960, unpag.

<sup>702</sup> Asmus, Dehn, Eiden, Gelzer, Haarnagel, Jung-hans, Kersten, Krämer, Kunkel, Moebius, Nesselhauf, Neuffer, Sprockhoff, Stieren, Tschira, Volbach, Werner. Man vergaß Unverzagt auf die Liste zu setzen, was Bersu mit größtem Entsetzen bei Unverzagt zu entschuldigen suchte.

Auszug aus Protokoll der Sitzung vom 7.6.1954 in Bamberg in Schreiben von Bersu an Unverzagt, 2.9.1954: SMB-PK/ MVF Archiv Ordner RGK 1949–1960, unpag.; Bersu an Unverzagt, 31.8.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 169.

<sup>703</sup> Bersu an Unverzagt, 31.8.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 169.

<sup>704</sup> Bersu an Unverzagt, 31.8.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 169.

<sup>705</sup> Unverzagt an Bersu, 1.9.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 171.

<sup>706</sup> Unverzagt an Bersu, 25.10.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 175.

regional sehr unterschiedlich reorganisierten. Von Ost-Berlin aus wurde die ostdeutsche Forschung durch Gremienarbeit koordiniert und ein umfangreiches Berichtswesen vermittelte die Konzeption und die Aufsicht über die Umsetzung der Denkmalpflegeverordnung vom 28. Mai 1954. Sie wurde durch die „am 13. Februar 1956 an die Forschungsstellen erlassene ‚Dienstanweisung zur Regelung von Ausgrabungen‘“ ergänzt. Dadurch wurden alle „bisherigen Bestimmungen über den Schutz und die Erhaltung der Bodendenkmäler“ außer Kraft gesetzt<sup>707</sup> und erstmal in der Geschichte der deutschen archäologischen Denkmalpflege existierte ein überregionales, großräumiges Denkmalschutzgesetz.

Durch die Vergabe von Forschungsmitteln für Projekte der Universitätsinstitute wie der Landesmuseen und durch die seit 1955 ausgeübte Gutachterfunktion zu allen archäologischen Forschungsanträgen an das Staatssekretariat für Hochschulforschung wurde vom Akademie-Institut direkt Einfluss genommen auf die regionalen Arbeiten. Durch die zahlreichen persönlichen Forschungsaufträge der DAW an die Leiter der regionalen Denkmalämter wurde das kleine Netzwerk ostdeutscher Archäologen zusätzlich verfestigt und an die Akademie gebunden. Mitte Mai tagte beispielsweise erstmals der Beirat Bodendenkmalpflege des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen und neben den ostdeutschen Landesarchäologen nahmen auch Otto von der Humboldt-Universität und ein Vertreter der ostdeutschen Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) teil. Von einer solchen koordinierten Denkmalpflege träumte man vielerorts in der BRD, zumal vorläufig weder die realsozialistischen personellen noch die finanziellen Engpässe der Denkmalpflege noch die Auswirkungen der alles dominierenden Planwirtschaft und des teilweise rigorosen Städtebaus für den ostdeutschen Denkmälerbestand überblickt und kommuniziert wurden<sup>708</sup>.

#### „Intensivierung der Slawenforschung“<sup>709</sup>

Vorläufig musste daher Unverzagts Akademie-Institut wie das seinerzeit diskutierte Reichsinstitut erscheinen und tatsächlich agierte Unverzagt ja auch so weit wie möglich deutschlandweit, das seine Unterstützung überregionaler Forschungsinitiativen durchaus einflussreich wirken sollte. Ein Thema, das besonders viele deutsche Forschungsregionen verband und gleichzeitig beide politische Lage zufriedenstellen konnte, war die „Slawenforschung“. In Teilen Nordwestdeutschlands sowie der gesamten DDR waren als slawisch interpretierte frühmittelalterliche Kulturen mit ihren zahlreichen eindrucksvollen befestigten Siedlungen verbreitet, die im Rahmen der jungen Stadtkernforschung so viel Aufmerksamkeit auf sich zogen und damit Thema der täglichen denkmalpflegerischen Arbeit waren. Unverzagt hatte dieses Forschungsthema bereits konstitutiv an seinem Akademie-Institut verankert, als er Ende 1953 von Wolfgang La Baume (1885–1971) angesprochen wurde, der bis Kriegsende das Ostpreußische Bodendenkmalamt und das Prussia-Museum in Königsberg geleitet hatte und nun den Fachbereich für Vor- und Frühgeschichte beim Herder-Forschungsrat in Marburg führte<sup>710</sup>. In Marburg wurden in den frühen 1950er

<sup>707</sup> Vortrag Unverzagts „10 Jahre Vor- und Frühgeschichtsforschung in der Deutschen Demokratischen Republik“ 1956 – 5 Seiten; Archiv MVF IX f 3, b–2/Bl. 244–248; 245–246.

<sup>708</sup> STEUDTNER / GRUNWALD 2015; GRUNWALD 2016.

<sup>709</sup> Jankuhn an Unverzagt, 1.3.1954 u. a.: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>710</sup> Unverzagt an Jankuhn, 26.2.1954 u. a.: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.



Jahren in engster Anlehnung an die Arbeiten der Zwischenkriegszeit zum ostdeutschen „Volks- und Kulturboden“ interdisziplinäre „gegenwartsbezogenen Gesamtdarstellungen“ zu den ehemaligen „deutschen Ostgebieten“ erarbeitet wie der 1955 erschienene Band „Die Ostgebiete des deutschen Reiches“<sup>711</sup>. Darin sollte u. a. die These von der „slawischen Urheimat“ in Ostdeutschland widerlegt werden, wofür z. B. La Baume in einem kurzen Beitrag einer älteren hochentwickelten germanischen Kultur eine jüngere und primitivere slawische Kultur gegenüberstellte<sup>712</sup>. Um wirkungsvolle interdisziplinäre Projekte zu entwickeln und durchzuführen bedurfte es eines neuerlichen institutionellen Netzwerkes, das wie das fördernde Ministerium für gesamtdeutsche Fragen eben gesamtdeutsch ausgelegt sein musste, weshalb Unverzagt in Ost-Berlin von grösstem Interesse gewesen sein muss.

Unverzagt gab sich zuversichtlich, dass, wie mit La Baume besprochen, „von Seiten des Westens die Slawen in Ostholstein, dem Hannoverschen Wendland und Nordostbayern zu bearbeiten wären. Ein solches Zusammenwirken scheint mir äusserst fruchtbar zu sein.“<sup>713</sup> Davon war auch Jankuhn sofort überzeugt, den Unverzagt über diese Entwicklung informierte: „An einer Intensivierung der Slawenforschung sind wir hier ja sehr interessiert. Die Dissertation über die slavischen Burgen und die frühen deutschen Städte in Holstein und Mecklenburg ist ja einer der Beiträge, den wir dazu leisten können.“<sup>714</sup> Unverzagt griff die Ideen La Baumes bereitwillig auf und gab sie sowohl an Jankuhn als auch an die Kollegen an der Akademie weiter, um „die Bearbeitung der Slawenfrage auf gesamtdeutscher Grundlage vorzubereiten, die Einzelarbeiten sollen in jedem Teil Deutschlands für sich durchgeführt werden, die wichtigsten Fragen sollen in gemeinsamen Tagungen besprochen werden, die erste gesamtdeutsche Zusammenkunft dieser Art soll noch in diesem Herbst voraussichtlich in Lübeck stattfinden“. Auf der März-Sitzung seines Institutes an der DAW wurde Unverzagts Vorschlag angenommen, im Herbst ein internationales Kolloquium zur „Keramik des frühen Mittelalters (deutsch und slawisch)“ mit einer „Ausstellung der wichtigsten keramischen Funde im Original“ zu veranstalten<sup>715</sup>.

Jankuhn betreute seinerzeit zwei einschlägige Dissertationen<sup>716</sup> und begrüßte die Vorschläge und Planungen von La Baume und Unverzagt sehr, gab aber zu bedenken, dass die „wesentlichste Voraussetzung für diese Tagung wäre, dass wir uns erst einmal selbst über die Grundlagen der Datierung der slavischen Keramik klar würden. Ich glaube, dass zweckmässigerweise einer internationalen Tagung eine interne deutsche Besprechung der Problematik vorausgehen müsste, wie wir das für das Frühjahr in Lübeck geplant hatten“<sup>717</sup>. Im Sommer planten Unverzagt, Jankuhn und La Baume, sich für eine Vorbesprechung hinsichtlich der für das nächste Frühjahr geplanten Keramik-Tagung Mitte

<sup>711</sup> RHODE 1955.

<sup>712</sup> LA BAUME 1955.

<sup>713</sup> Unverzagt an Jankuhn, 26.2.1954 u. a.: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>714</sup> Jankuhn an Unverzagt, 1.3.1954 u. a.: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>715</sup> Unverzagt an Jankuhn, 30.3.1954; Unverzagt an La Baume, 3.4.1954: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>716</sup> Es handelte sich um eine Arbeit zum Verhältnis

von „slawischen Burgwällen und frühdeutschen Städten“, die ein Herr oder eine Frau Krügerbearbeitete, und eine Arbeit über die „slawische Siedlung im Herzogtum Lauenburg und die beginnende deutsche Siedlung im 12. Jahrhundert“; der Name des Bearbeiters oder der Bearbeiterin wird nicht genannt (Jankuhn an Unverzagt, 3.4.1954: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.).

<sup>717</sup> Jankuhn an Unverzagt, 3.4.1954: SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

September in Kiel zu treffen und man einigte sich darauf, dass die Tagung im März 1955 stattfinden sollte<sup>718</sup>.

### Tagungskonjunktur

Das kriegsverwüstete Europa war Mitte der 1950er Jahre wieder soweit aufgebaut, dass Reisen und Postverkehr wieder funktionierten, und durch die relative Ordnung der politischen Landkarte existierten wieder übersichtliche Visa-Regelungen. Die europäischen Archäologen reagierten und so häuften sich allmählich bei unseren Protagonisten die Einladungen zu Tagungen im Ausland. Mit dieser Tagungskonjunktur sollte sich ein Trend fortsetzen, der nach dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte – die (kultur-)politischen Erwartungen an Kongresse. Die Internationalität von Wissenschaft im allgemeinen und der Archäologien im Speziellen wurden seit den 1920er Jahren immer stärker in politische Strategien der *soft power* integriert bzw. stimulierten Wissenschaftler immer öfter die öffentliche und politische Wahrnehmung der (kultur-)politischen Potentiale ihrer Arbeit<sup>719</sup>. Mit den Vergaben gingen nicht nur pragmatische Gründe einher wie die Förderung von Netzwerkpartnern oder die Würdigung der logistischen Potentiale von Veranstaltungs- und Exkursionsorten. Die Vergabe der Kongresse und ihre politische Förderung und Würdigung dann vor Ort können als nahezu idealtypischer Ressourcenaustausch zwischen Wissenschaft und Politik verstanden werden<sup>720</sup>; das bislang sinnfälligste Beispiel dürfte der Internationale Kongress für Archäologie in Berlin 1939 sein<sup>721</sup>.

Bersu und Unverzagt hatten sich seit den 1920er Jahren intensiv dafür eingesetzt, die Kongresse vor allem als Kommunikationsmöglichkeiten des ansonsten ja meist *invisible college*<sup>722</sup> der Archäologien zu etablieren und vor allem Bersu hatte sich stets sehr in Fragen der Regularien und Veranstaltungsvergabe engagiert. Er wurde auf dem vierten Kongress der CISPP, der im April 1954 in Madrid stattfand und an dem auch Bittel teilnahm, zu dessen Präsidenten gewählt<sup>723</sup>. In Madrid einigte man sich darauf, dass der nächste Kongress 1958 in Hamburg stattfinden sollte. Bersu berichtete an Unverzagt: „Ich habe mich um die Wahl Deutschlands energischer bemüht, weil aus den Kreisen, die uns nicht wohlwollen, erhebliche Opposition gemacht wurde und mit der Wahl Deutschlands nun diese latente Diskriminierung endlich einmal aufhören muss, von deren Umfang sich die lieben Kollegen in Deutschland nie ein richtiges Bild machen.“<sup>724</sup> Unverzagt nannte die Wahl Deutschlands einen „beachtlichen Erfolg für uns“<sup>725</sup>. Auf der Besprechung der RGK

<sup>718</sup> Unverzagt an Jankuhn, 12.4.1954; Jankuhn an Unverzagt, 21.6.1954; Unverzagt an Werner, 30.8.1954; SMB-PK/MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>719</sup> Die wissenschaftsgeschichtliche Aufarbeitung des Tagungswesens der einzelnen Archäologien steht noch am Anfang, aber der bisherige Forschungsstand berechtigt zu der Vermutung, dass allein eine fachspezifische, vor allem biografische Perspektive auf die Vergabeentscheidungen unzureichend bleiben muss (u. a. MÜLLER-SCHEESSEL 2011; DIAZ-ANDREU 2009). So bleiben die *soft power*-Potentiale solcher Veranstaltungen unberücksichtigt und der realpolitische Rahmen für internationale

wissenschaftliche Kontakte und Veranstaltungen unerkannt und unterschätzt.

<sup>720</sup> ASH 2010.

<sup>721</sup> VIGENER 2012a, 86–92.

<sup>722</sup> DIAZ-ANDREU 2007.

<sup>723</sup> Unverzagt konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen (u. a. Unverzagt an Bersu, 31.3.1954; Bersu an Unverzagt, 7.4.1954; Bersu an Unverzagt, 12.5.1954; SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 156; 158; 161).

<sup>724</sup> Bersu an Unverzagt, 12.5.1954; SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 161.

<sup>725</sup> Unverzagt an Bersu, 15.5.1954; SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 162.

in Bamberg am 7.6.1954 informierte Bersu die Kommissionsmitglieder über den Kongress in Madrid, die Strukturen im CISPP und die Vergabe der nächsten Veranstaltung nach Deutschland<sup>726</sup>.

Auch in Osteuropa lief Anfang der 1950er Jahre das Kongresswesen wieder an. Im Frühsommer 1954 fand in Moskau eine Tagung für Vor- und Frühgeschichte statt, an der erstmals seit dem Krieg „auch Ausländer aus den Volksdemokratien eingeladen waren“, so auch Grimm von der Ost-Berliner Akademie. „Auf der Tagung wurden etwa 150 Vorträge gehalten, die eine vollständige Übersicht über die Ergebnisse der neuen sowjetischen Grabungen ergaben. Ein feierlicher Empfang im Kreml beschloss die Veranstaltung.“<sup>727</sup> Im Oktober besuchten dann Unverzagt und Dehn wohl eine der ersten Tagungen in der Tschechoslowakei und Unverzagt teilte Bersu mit, dass man diesen gern in Prag begrüßen würde: „Wenn sich das machen lässt, so würden Sie zweifellos der Wiederherstellung guter Verbindungen in unserer Wissenschaft einen wertvollen Dienst erweisen.“<sup>728</sup>

### 1955

Am 18. und 19. Januar 1955 fand in Lübeck die geplante Arbeitstagung für Frühgeschichte statt und Unverzagt berichtete, dass sie „aufs beste verlief“<sup>729</sup>. Man einigte sich darauf, dass die Keramiktagung Ende März stattfinden sollte<sup>730</sup>. Tischler hatte wohl Schwierigkeiten, von der für ihn zuständigen Stadtverwaltung die Reisegenehmigung oder Freistellung zu bekommen, so dass Bersu ihm ein amtliches Schreiben zusandte, in dem er darauf hinwies, dass noch zwei weitere Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen an dieser Tagung teilnehmen würden<sup>731</sup>. Im März fand dann in Magdeburg die Tagung zur mittelalterlichen Keramik statt und Unverzagt als Gastgeber präsentierte die zahlreichen Funde, Befunde und Inventare, die seit 1945 in der Magdeburger Altstadt geborgen bzw. erarbeitet worden waren<sup>732</sup>.

Wieder kollidierte also das Engagement der Fachvertreter mit politischen Entwicklungen. Ende Oktober 1954 waren die sog. Pariser Verträge von den Westalliierten und der BRD unterzeichnet und Ende Februar 1955 vom Deutschen Bundestag ratifiziert worden. Mit ihrem Inkrafttreten am 5. Mai 1955 endete die alliierte Besatzung der BRD, die dadurch ihre vollständige völkerrechtliche Souveränität erlangte. Bundeskanzler Adenauer verkündete, „wir, die Deutschen“ stehen nun als „Freie unter Freien“<sup>733</sup>; die DDR erlangte durch den Beitritt zum Warschauer Pakt im gleichen Jahr eine andere Version von Souveränität. Eine Reise aus Nordrhein-Westfalen nach Ost-Berlin wurde damit, je nach Standpunkt, zu einer Reise ins Feindesland und nunmehr waren Friedensbekundungen innerhalb Deutschlands erforderlich. Gleichzeitig wurde symbolisches Kapital Mitte der

<sup>726</sup> Protokoll der Besprechung am 7.6.1954: Archiv RGK 2.399 1 von 2, Tagungen, Protokolle 1951–31.3.1955.

<sup>727</sup> Unverzagt an Bersu, 15.5.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 162.

<sup>728</sup> Unverzagt an Bersu, 25.10.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 175.

<sup>729</sup> Unverzagt an Volbach, 27.1.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag.

<sup>730</sup> Unverzagt an Dehn, 8.2.1955; Unverzagt an Eggers, 25.2.1955: SMB-PK/MVF Archiv IX f

4, Nachlass Unverzagt, 1952–1955, unpag. – Zu dieser Tagung hatten aus Westdeutschland Kunkel, Hussong, Böhner, Tischler, Bauer, Winkelmann, Neugebauer, Haarnagel und Bantelmann zugesagt und auch Bersu wollte ursprünglich kommen, war dann aber verhindert (Unverzagt an Bersu, 1.3.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 198).

<sup>731</sup> Bersu an Unverzagt, 4.3.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 199.

<sup>732</sup> LEUBE 2017, 429.

<sup>733</sup> Zit. bei KÄMPER 2005, 115.

1950er Jahren zwiespältig und inflationär vergeben und betrachtet, was aus Ehrungen und Ämtern umgehend Bürden machen konnte.

„Ich sehe Schwierigkeiten kommen“<sup>734</sup>

Deshalb nahm Bersu im Frühling 1954 die Wahl zum korrespondierenden Mitglied der DAW an und hoffte eben deshalb auch gleichzeitig, dass darüber in der Fachöffentlichkeit nicht zu sehr gesprochen werde: „Sie kennen ja unsere lieben Kollegen. Aber ich stimme mit Ihnen vollkommen überein, dass eine solche Mitgliedschaft der Verbindung in unserer Wissenschaft zwischen Ost und West nur förderlich sein kann.“<sup>735</sup> Unverzagt dagegen war bereits Ende 1954 zum Sekretar der Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der DAW ernannt worden und fragte Boehringer, ob er diesen Ruf annehmen sollte. Während Boehringer Unverzagt sofort die Annahme empfahl und die „vorzüglichen Beziehungen des Präsidenten des Instituts zum Osten“ lobte, sprach sich Bersu vertraulich gegen die Annahme aus, „da eine solche Stellung Sie meines Erachtens zu leicht exponieren kann. [...] Ich sehe Schwierigkeiten kommen.“<sup>736</sup> Unverzagt teilte Bersu umgehend mit, dass er sich gegen die Ernennung nicht hatte wehren können, da kein anderer Kandidat in Frage kam und die Wahl einstimmig war. Er berichtete weiterhin, dass Boehringer wiederum einen Antrittsbesuch beim Präsidenten der Akademie plante, „wie er [Boehringer] das bei den anderen Berliner Hochschulen schon getan habe. Er war auch nicht abgeneigt, unter Umständen Ordentliches Mitglied zu werden, um auf diese Weise der Klassischen Archäologie eine Vertretung in der Akademie zu schaffen. So ist augenblicklich die Lage.“<sup>737</sup>

Inzwischen waren Bersu und Sprockhoff ebenfalls zu korrespondierenden Mitgliedern der Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der DAW gewählt worden, was ihnen, nach den neuen Statuten der Akademie, auch das Recht einräumte, an den Sitzungen der Sektion teilzunehmen, worüber sich Unverzagt freute: „Auf diese Weise wäre nach meiner Ansicht eine gute Koordination für unser Fachgebiet hergestellt.“<sup>738</sup> Bersu begrüßte seine Zuwahl „nicht nur aus persönlichen Gründen, sondern auch aus sachlichen, sehr“ und dankte Unverzagt für dessen Bemühungen in dieser Angelegenheit<sup>739</sup>. Gegenüber der Akademieleitung bekundete Bersu in seinem Dankschreiben: „Es wird mein Bestreben sein, die durch diese Wahl erleichterten Beziehungen zwischen der heimischen Archäologie des Arbeitsgebietes meines Institutes und der des Parallel-Institutes der Akademie, das unter der Leitung von Herrn Professor Unverzagt ja einen so grossen Aufschwung genommen hat, weiter vertiefen zu können.“<sup>740</sup> Hinsichtlich Sprockhoffs Zuwahl hoffte er, dass dieser sie annahm, aber „vielleicht muss er noch sein Ministerium fragen, in manchen der westdeutschen Länder bestehen ja über solche Dinge Sonderbestimmungen.“ (*Abb. 20*)<sup>741</sup>.

<sup>734</sup> Bersu an Unverzagt, 8.11.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 176.

<sup>735</sup> Bersu an Unverzagt, 12.5.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 161.

<sup>736</sup> Bersu an Unverzagt, 8.11.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 176.

<sup>737</sup> Unverzagt an Bersu, 11.11.1954: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 178.

<sup>738</sup> Unverzagt an Bersu, 11.11.1954; Steinitz an Bersu, 31.1.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 178; 191.

<sup>739</sup> Bersu an Unverzagt, 5.2.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 189.

<sup>740</sup> Bersu an Steinitz, 5.2.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 192.

<sup>741</sup> Bersu an Unverzagt, 4.3.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 199.



Abb. 20. Ernst Sprockhoff doziert bei einer Exkursion mit Studenten 1956 über Großsteingräber. Er war 1935 Bersu im Amt des Direktors der RGK gefolgt und versuchte nach dem Weltkrieg vergeblich, diesen Posten wieder einzunehmen. Stattdessen wurde er 1947 an die Universität Kiel berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung 1958 lehrte (Archiv RGK).

Deutsche Archäologie navigierte damit Mitte der 1950er Jahren buchstäblich in zwei Staaten mit allen damit zusammenhängenden Schwierigkeiten. Wie weit sich beide Teile Deutschlands bereits voneinander entfernt hatten, lässt Bersus Dankschreiben anlässlich seiner Ernennung an den Akademiepräsidenten Walter Friedrich erahnen. Bersu gab darin seiner Hoffnung Ausdruck, dass „das neu geknüpfte Band ein weiterer Beitrag zur fruchtbaren Zusammenarbeit im Sinne der wissenschaftlichen Ideale der Völker und des Friedens sein möge.“<sup>742</sup>

<sup>742</sup> Bersu an Friedrich, 23.2.1955: SMB-PK/ MVF  
Archiv IX f 3, b-2/Bl. 197.

„die noch nicht völlig beendete Reorganisation der RGK“<sup>743</sup>

Bersu hatte im Sommer 1954 ordnungsgemäß seinen Eintritt in den Ruhestand beantragt<sup>744</sup>, aber dagegen regte sich in der vorläufigen Kommission der RGK massiver Widerstand. Auf deren Sitzung am 17. und 18. April 1955 begründete Dehn seinen Antrag auf Verlängerung der Amtszeit Bersus „unter Hinweis auf die noch nicht völlig beendete Reorganisation der RGK, deretwegen Herr Bersu seinerzeit nach Deutschland zurückberufen wurde. Er weist ferner darauf hin, dass die RGK auch moralisch zu einer Wiedergutmachung Herrn Bersu gegenüber verpflichtet ist.“ Herr Boehringer schildert die prinzipielle Einstellung der Bundesregierung gegen jede Verlängerung der Amtszeiten von Beamten und entsprechende frühere Besprechungen dazu, aber der anwesende Ministerialrat Kipp „erklärte sich bereit, aufgrund dieser früheren Besprechungen sich für eine weitere Verlängerung der Amtszeit einzusetzen“<sup>745</sup>. Sprockhoff sah Bersus Verlängerung als Voraussetzung für den für 1958 in Hamburg geplanten CISPP-Kongress, dessen Präsident Bersu ja inzwischen war<sup>746</sup>, und der Zweite Direktor der vorläufigen RGK, Schleiermacher, wies „auf die interne Situation innerhalb der RGK hin, die bedrohlich werde, wenn möglicherweise im Herbst der 1. und 2. Direktor gleichzeitig ausscheiden würden“<sup>747</sup>. Einstimmig erging daher der Beschluss, „Der Herr Präsident möge beim Bundesinnenministerium so rasch wie möglich die Verlängerung von Herrn Bersu auf ein Jahr“ beantragen, womit auch intern die Frage nach Bersus Nachfolger verknüpft werden sollte<sup>748</sup>. Eher neugierig als besorgt wartete Bersu die Entscheidung ab – „Ich bin gespannt, wie es mit meiner Verlängerung werden wird“<sup>749</sup> – tatsächlich beschloss das Bundeskabinett am 28.9.1955 „die Hinausschiebung der Altersgrenze für Sie bis zum 31.3.1956.“<sup>750</sup>

Am 13.5.1955 beschloss die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung endlich den Neubau der RGK, was Bersu rückblickend als harten Kampf bezeichnete<sup>751</sup>. Dieser Wiederaufbau verdient es eigentlich, in die Geschichte des Wiederaufbaus Frankfurts eingebettet zu werden, der im Sommer 2018 mit der Eröffnung der Rekonstruktionen im sog. DomRömer-Quartier in Frankfurt seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat<sup>752</sup>. Hier sollen nur drei Aspekte angedeutet werden, die vielleicht zukünftige Forschungen inspirieren könnten. Zum einen wurden in Frankfurt bereits seit den Bombenangriffen während des Zweiten Weltkrieges stark ideologisch aufgeladene Debatten geführt zu

<sup>743</sup> Entwurf Bericht und Protokoll zur Sitzung der vorläufigen RGK am 17. und 18. April 1955, 3. S.: Archiv RGK RGK-Sitzung 1955 Marburg/Lahn, 2.408, S. 3.

<sup>744</sup> Hess. Minister für Erziehung und Volksbildung: Entlassung Bersus als Dir. RGK „auf seinen Antrag“, 1.7.1954: Archiv RGK, Nachlass Gerhard Bersu, blaue Mappe.

<sup>745</sup> Entwurf Bericht und Protokoll zur Sitzung der vorläufigen RGK am 17. und 18. April 1955, 3. S.: Archiv RGK RGK-Sitzung 1955 Marburg/Lahn, 2.408, S. 3.

<sup>746</sup> DIAZ-ANDREU 2009, 96.

<sup>747</sup> Schleiermacher hatte seit 1953 an der Frankfurter Universität einen Lehrauftrag für das Fach Archäologie der römischen Provinzen inne und 1956 wurde auch ein gleichnamiger Lehrstuhl für „Archäologie der römischen Provinzen“

eingerrichtet, aber eine Besetzung kam nicht zustande. Schleiermacher konnte den Lehrstuhl aus gesundheitlichen Gründen nicht besetzen (NUBER 1995; VON SCHNURBEIN 2001, 157 Anm. 405).

<sup>748</sup> Endgültiger Bericht und Protokoll zur Sitzung der vorläufigen RGK am 17. und 18. April 1955, 3. S.: Archiv RGK RGK-Sitzung 1955 Marburg / Lahn, 2.408, S. 4–5.

<sup>749</sup> Bersu an Unverzagt, 22.9.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 212.

<sup>750</sup> Bundesinnenministerium an Bersu, 29.9.1955; 14.10.1955: Archiv RGK Nachlass Bersu, Korrespondenz Bersu 1946–1957.

<sup>751</sup> Bersu an Boehringer, 5.5.1955; Bersu an Unverzagt, 18.5.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 101; 102.

<sup>752</sup> <https://www.domroemer.de/>. Stand: 25.09.2018.



Abb. 21. Festveranstaltung zur Einweihung des neuen RGK-Gebäudes (Archiv RGK: Ber RGK 82, 2001, 253).

Gebäudeerhaltung und -rekonstruktion, zu Denkmalwert und dinglicher Aussagekraft, die seit dem 19. Jahrhundert zu den Kernfragen der archäologischen Denkmalpflege gehören und deren Frankfurter „Version“ insgesamt höchst interessant ist<sup>753</sup>. Dass der Vorgängerbau der RGK weder hinsichtlich der Fassade noch im Inneren rekonstruiert wurde, sondern den Erfordernissen der Nachkriegszeit und dem Selbstbild der RGK entsprechend neu gebaut wurde, führt zum zweiten Aspekt, dem Architekten Karl Georg Siegler (1913–1991)<sup>754</sup> und der Frage, nach welchen Maßgaben genau er den Bau gestaltete und z. B. einen der Forschungsschwerpunkte der RGK, die Provinzialrömische Archäologie, durch Zierelemente samt Inschrift im Eingangsbereich aufgriff. Drittens schließlich ist der Neubau der RGK wohl zu den Nachkriegsbauten im Frankfurter Westend zu zählen, die der Universität und im weiteren Sinne der Forschung zuzurechnen sind. Wahrscheinlich gehörte aber dieser Stadtteil, in dem die RGK seit 1927 residierte, nicht zu den Stadtteilen, für die nach dem Weltkrieg Aufbauplanungen entwickelt wurden. Deshalb muss wohl der Wiederaufbau der RGK als eigenständiger Beitrag zum Wiederaufbau Frankfurts bezeichnet und beschrieben werden (*Abb. 21*).

### Ausblicke

In der Geschichte der Archäologien dürfen die Herausforderungen, denen sich Bersu und Unverzagt und ihre Kollegen zwischen 1945 und 1955 gegenübersehen, als beispiellos gelten: Der Mangel an Konzepten dafür, wie man in einem besetzten Land navigiert,

<sup>753</sup> DIRKS 1947; VOIGT 2018.

<sup>754</sup> Der Architekt arbeitete später als Bauforscher für das DAI (u. a. SIEGLER 1969).

verstorbene Kollegen ersetzt und Emigranten wieder integriert, politisch diskreditierte Forschungen fortsetzt, Institutionen wieder herrichtet und neue Ordnungen erlässt. Diese Fülle an Aufgaben erklärt letztlich auch die uns so erstaunende Kontinuität von Akteuren, Netzwerken und Forschungsfragen in der deutschen Nachkriegsarchäologie: Ebenso wie nach dem Ersten Weltkrieg wurde die „Fortsetzung“ als die Strategie der Stunde gewählt, in diesem Fall am besten die Fortsetzung all dessen, was die Archäologien vor 1933 gekennzeichnet hatte. Personelle Kontinuitäten und die geglückte Überlieferung zahlreicher Ortsakten als wirkmächtige epistemische Speichermedien waren die praktischen Gründe dafür, dass trotz weitreichender politischer Veränderungen keine Wende hinsichtlich der einstigen Forschungsziele, des Arbeitsgebietes oder der Identifikation wissenschaftlicher Gegnerschaft vollzogen wurde. Bei der RGK wie beim DAI oder an der ostdeutschen Akademie schlug man erfolgreich die Fortsetzung älterer Arbeiten vor, die Kontinuität nach einer scheinbar unwesentlichen Unterbrechung vermittelten und keine inhaltliche oder methodische Umorientierung erforderlich erscheinen ließen<sup>755</sup>. Dass aber auch diese älteren Forschungen und Forschungskonzeptionen der 1920er und frühen 1930er Jahre keineswegs frei waren von revanchistischen oder völkischen Fragestellungen und Zielen und als Beginn der wissenschaftspolitischen Selbstindienststellung der Archäologien zu gelten haben, ist unsere heutige Perspektive.

Nach 1945 war die „Fortsetzung“ als Strategie auch deshalb erfolgreich, weil ebenso wie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges oder nach dem Machtwechsel 1933 oder auch unmittelbar nach 1945 kein einheitlicher Plan für die Fortführung oder Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaften entwickelt wurde. Dadurch existierten also bei allen Härten und Unwägbarkeiten der Nachkriegszeit in einem schwer zerstörten Land mit einer traumatisierten Bevölkerung eine Zeit lang genügend Spielräume, um wissenschaftliche Traditionen, umformuliert als Visionen, fortzuführen und Reviere neuerlich abzustecken. In diesem wissenschaftspolitischen Vakuum standen einstige Forschungen kaum auf dem Prüfstein und was die Entnazifizierungsverfahren hinsichtlich der Aufarbeitung der jüngsten Fachvergangenheit hätten leisten können, wurde durch aktive Netzwerke und gegenseitige entlastende Stellungnahmen meist neutralisiert. So büßten die genannten Einrichtungen ihr wissenschaftliches Renommee nicht ein und deren zurückkehrende Protagonisten blieben wissenschaftlich und beruflich weitgehend handlungsfähig.

<sup>755</sup> Schede gliederte die Aufzählung der Projekte national und epochal und nannte vielfach die gewünschten Bearbeiter; hier die prähistorischen und provinzialrömischen Projekte: „Römisches Kastell, Ochrida-See (Unverzagt)“; „Wollin, wendisch-wikingische Siedlung (Kunkel)“; „Ahrensburg, paläolithische Jägersiedlung (Rust, Schwantes)“; „Haithabu und Danewerk bei Schleswig, Wikingersiedlungen (Jankuhn)“; „in Bulgarien 13) Katalog der Prähistorischen Fundorte (Bittel), 14) Systematische Aufnahme aller Grabhügel (Bittel, Giethert u. a.)“; „Gesamtbearbeitung der fränkischen Altertümer in Frankreich, Belgien, Deutschland (Zeiß u. a.)“; „Archäologische Karte der Rheinprovinz (Zweigstelle Frankfurt), 37) Deutscher Anteil an der internationalen Karte des Imperium Roma-

num (Schleiermacher)“; „Aufnahme der Riesensteingräber (Sprockhoff)“; „Sammlung der germanischen Depotfunde (Sprockhoff)“; „Bearbeitung der Grabungen, Goldberg (Bersu)“; „Wurtenforschung in Oldenburg (Sprockhoff)“; „Erfassung der römischen Importfunde im freien Germanien (Eggers)“; „Abschließende Aufnahme der Externsteine (Trathnigg)“; „Sammlung der Runendenkmale (Arntz)“; „Studien zur Metallgewinnung der prähistorischen Zeit (Witter)“; „Gesamtaufnahme der Urnenfriedhöfe Niedersachsens (Wegewitz)“; „Katalog westdeutscher Sammlungen (Zweigstelle Frankfurt)“ (Schede, Denkschrift vom 15.8.1945, Anhang 7 S.: DAI Archiv der Zentrale 10–01 „Präsident, Allgemeines, 1.4.1936–31.12.1951“, unpag.).



Statt eines „Gerichtstag halten über uns selbst“, wie es der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903–1968) 1962 nennen sollte<sup>756</sup>, wurde nur über eine Handvoll Fachvertreter gerichtet. Aber diese mangelhafte kollektive Auseinandersetzung mit vergangenen Entscheidungen ist wohl nicht allein mit dem Chaos und den immensen Herausforderungen der Nachkriegszeit und des Kalten Krieges zu erklären. Vielmehr zeigte sich darin das Ausmaß der politischen und gesellschaftlichen Konformität, mit der die verantwortlichen Mitarbeiter, vor allem die Führungskräfte, bis zum Kriegsende ihren Dienst in archäologischen Behörden oder Sammlungen versehen hatten<sup>757</sup>. Besonders das Verwaltungshandeln in in- und ausländischen Kulturbehörden galt nachträglich und auch im öffentlichen Bewusstsein nicht als justiziabel, und weder beim DAI noch bei der RGK oder in den Berliner Museen fühlte man sich deshalb durch Bauers Diktum vom „nazistischen Unrechtsstaat“ angesprochen<sup>758</sup>. Nicht dem untergegangenen System habe man gedient, sondern dem Fach, der Sache, der Wissenschaft.

Die hier beschriebenen Aushandlungsprozesse und Initiativen der deutschen Nachkriegsarchäologie können, sofern man sie komprimieren möchte, mit den Stichworten „Zentralisierung“, „Interdisziplinarität“ und „Internationalisierung“ zusammengefasst werden. Die Anfänge für diese Entwicklungen reichen in die 1920er Jahre zurück und wurden durch die Härten der unmittelbaren Nachkriegszeit weiterverfolgt. In den Jahren ab 1955 begannen diese Bemühungen Früchte zu tragen, wobei sich aber zeigte, dass die ursprünglich gesamtdeutsch konzipierten Ideen zunehmend zweistaatlich umgesetzt, aber stets grenzübergreifend wahrgenommen wurden.

### Zentralisierung

In den Jahren nach 1945 teilten die genannten Protagonisten die Überzeugung, dass eine Zentralisierung der Prähistorischen Archäologie der Archäologie als Ganzes dienlich wäre, sofern eine politische Einflussnahme auf die Forschungsmethoden und -inhalte ausgeschlossen werden könnte. Während in der BRD vor allem die Frage der behördlichen Zuordnung von DAI und RGK lebhaft diskutiert wurde, man sich aber inhaltlich frei von politischer Indoktrinierung sah, navigierte Unverzagt mit seiner Forschungseinheit an der Ost-Berliner Akademie unter größeren Anstrengungen durch die ideologischen Eruptionen des Kalten Krieges, die in Berlin deutlicher spürbar waren als z. B. in Hamburg oder Frankfurt am Main. Die Vorstellungen von zentralisierter Forschung und Denkmalpflege nach einheitlichen Richtlinien erwiesen sich als kompatibel zum Wissenschaftsverständnis der ostdeutschen Politik, wie es seit der Zweiten Hochschulreform ab Anfang der 1950er Jahre durchgesetzt wurde.

Unverzagt selbst betrachtete als eines der wichtigsten Ergebnisse der ostdeutschen Nachkriegsarchäologie die 1954 erlassene „Verordnung zum Schutze und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer“<sup>759</sup>. Die Kollegen jenseits der DDR würdigten dieses erste deutsche überregionale Denkmalschutzgesetz als Errungenschaft und so bat Bersu Unverzagt um 15 Exemplare dieses Gesetzes und der dazugehörigen Durchführungsbestimmung, um sie an weitere Interessenten zu verschicken: „In Betracht kämen ja

<sup>756</sup> RAUTENBERG 2014.

<sup>757</sup> VIGENER 2012.

<sup>758</sup> So auch für die Klassische Archäologie: BRANDS 2012, 31–32.

<sup>759</sup> Unverzagt, Manuskript Vortrag „10 Jahre Vor- und Frühgeschichtsforschung in der Deutschen Demokratischen Republik“, 1956, 5 S.: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 244–248; 245–246; UNVERZAGT 1956a; DERS. 1956b.

wohl die westdeutschen Landesämter, je ein Exemplar nach Holland, Belgien, England, Frankreich und durch Schlunks Vermittlung auch nach Spanien<sup>760</sup>. Auch noch 1975 galt eine solche zentrale gesetzliche Regelungen für viele Verantwortliche in der BRD als erstrebenswert: „Das bisherige Fehlen einer einheitlichen, juristischen Grundlage bringt für viele Gebiete erhebliche Nachteile mit sich, die sich auf lange Sicht sowohl auf den Bestand der erhaltenswürdigen kulturgeschichtlichen Denkmaler als auch auf das zu fordernde, allgemeine Niveau der archäologischen Forschung auswirken müssen“<sup>761</sup>. Denn obwohl bereits in der frühen DDR mit der Eröffnung des Brandenburgischen Landesmuseums 1953 der regionale institutionelle Ausbau der ostdeutschen Bodendenkmalpflege abgeschlossen worden war und Unverzagt drei Jahre später stolz verkündet hatte, dass mit dem Erlass des neuen Denkmalschutzgesetzes die alten regionalen Regelungen ihre Gültigkeit verloren hatten<sup>762</sup>, standen dem Denkmalschutz in der DDR ebenso wie in der BRD vor allem ökonomisch Interessen entgegen, die aus dem essentiellen Wiederaufbau Deutschlands in systemspezifische Entwicklungen mündeten<sup>763</sup>.

Dass ab Mitte der 1950er Jahre von Ost-Berlin aus schließlich auch Einfluss auf die Archäologieausbildung genommen wurde, sollte eine weitere ostdeutsche Besonderheit werden. Im April 1956 einigte man sich in der Sektion für Vor- und Frühgeschichte darauf, „zur Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Gebiete der Vor- und Frühgeschichte zur praktischen Ausbildung den Absolventen dieser Fachrichtung im Anschluss an das Diplomexamen eine zweijährige Weiterbildung zu ermöglichen.“ Ausgestattet mit einem Stipendium, sollten die Absolventen alle beruflichen Einsatzgebiete durch Praktika kennenlernen und danach durch die Sektion auf Arbeitsstellen oder solche zur Weiterqualifikation berufen werden<sup>764</sup>. Damit entsprach man ganz den zeitgenössischen Vorstellungen beim DAI hinsichtlich der Forschungsplanung und Berufslenkung durch die Vergabe der Reisestipendien.

Obwohl die RGK auch noch 1957 nicht über eine gültige Satzung verfügte, hatte sich die Kommission doch als Kommunikationsknoten der westdeutschen Prähistorischen und Provinzialrömischen Archäologie etabliert. Seit der Einweihung des Neubaus in Frank-

<sup>760</sup> Bersu an Unverzagt, 17.4.1956: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 229.

<sup>761</sup> SCHINDLER 1975, 6; CÜPPERS U. A. 1972.

<sup>762</sup> Unverzagt, Manuskript Vortrag „10 Jahre Vor- und Frühgeschichtsforschung in der Deutschen Demokratischen Republik“, 1956, 5 S.: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl. 244–248; 246.

<sup>763</sup> STEUDTNER / GRUNWALD 2015.

<sup>764</sup> „Während der zweijährigen Weiterbildung erhalten die Absolventen zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes ein auskömmliches Stipendium. Von den für die Weiterbildung bestimmten beiden Jahren sollen 6 Monate an einem grösseren Museum, 6 Monate in der Bodendenkmalpflege, weitere 6 Monate auf einer Grossgrabung und die restlichen im Ausland zugebracht werden. [...] Nach Beendigung der zweijährigen Weiterbildungszeit entscheidet ein von der Sektion für Vor- und Frühgeschichte eingesetztes Gremium über den

weiteren Berufsweg und unterbreitet den für die Einstellung zuständigen Stellen (Deutsche Akademie der Wissenschaften, Staatssekretariat für Hochschulwesen, Ministerium für Kultur) entsprechende Vorschläge. Die Besten sollen in die Aspirantur der Akademie der Wissenschaften und des Staatssekretariats für Hochschulwesen übernommen werden. Erstere befasst sich mit der Heranbildung des für die wissenschaftliche Forschung bestimmten Nachwuchses, letztere mit den für die Universitätslaufbahn in Frage kommenden Kräften. In beiden Fällen endet die auf zwei Jahre festgesetzte Aspirantur mit der Doktor-Promotion, an die sich für die Aspiranten des Staatssekretariats die Habilitation anschliesst.“ (Beitrag Unverzagt 1956 „Absolventenförderung in der Fachrichtung Vor- und Frühgeschichte“, 2 S.: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b-2/Bl.249–250).

furt am 1. November 1956 verfügte man endlich auch wieder über einen angemessenen Treff- und Arbeitsort. Dort traf sich Anfang März 1957 der Präsident der DFG mit den Fachgutachtern für Vor- und Frühgeschichte und Mitgliedern der Kommission der RGK um zu beraten, wie die von der RGK begleiteten Forschungsprojekte eventuell in einem Schwerpunktprogramm zusammengefasst werden könnten. Von Seiten der DFG hieß es, man strebe „eine enge und planvolle Zusammenarbeit mit der Römisch-Germanischen Kommission“ an. Die bei dieser Besprechung definierten Forschungsthemen sollten dann tatsächlich die westdeutsche Prähistorische und Provinzialrömische Archäologie langfristig prägen, so dass auch für die frühe BRD zentrale Forschungsplanungen und -koordination nachzuweisen sind. Für das „Gebiet der Vorgeschichte“ plante man „a) Metallurgische Untersuchungen und ihre Auswertungen für die Handels- und Wirtschaftsgeschichte der frühen Metallzeiten. b) Untersuchungen zur keltischen und germanischen Siedlungsgeschichte im Raume nördlich der Alpen während des letzten vorchristlichen Jahrtausends“. Für das „Gebiet der Archäologie der römischen Provinzen“ formulierte man als Forschungsthemen „a) Organisation der römischen Reichsgrenze nördlich der Alpen. b) Kritische Bestandsaufnahme der Fundmünzen im römischen Deutschland. c) Erforschung römischer Bauwerke in Deutschland.“ Und für das „Gebiet des Frühmittelalters“ konzipierte man „a) Untersuchungen zur germanischen Siedlungsgeschichte Nordwestdeutschlands im frühen Mittelalter. b) Germanische Denkmäler der Völkerwanderungszeit und des frühen Mittelalters.“<sup>765</sup>

Warum man die so ertragreiche Stadtkernforschung als neues, interdisziplinäres Forschungsfeld nicht in diese Planungen einbezog, kann zum einen mit der ursprünglichen chronologischen und räumlichen Beschränkung der Aufgaben der RGK erklärt werden. Möglicherweise forcierte aber die DFG auch explizit ein engeres Fachverständnis und definierte Prähistorische und Provinzialrömische Forschungen entsprechend und betrachtete Stadtkernforschungen angesichts des sich etablierenden Marburger Herder-Institutes als ein Thema der neueren Deutschen Ostforschung. Das klären hoffentlich zukünftige Forschungen.

### Interdisziplinarität

Mit der Stadtkernarchäologie wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein Forschungsfeld zwischen Archäologie und Mediävistik etabliert, das in disziplinärer wie kulturpolitischer Hinsicht integrativ wirken sollte, indem es Forschungsfragen der älteren Deutschen Ostforschung weiterführte und das geteilte Deutschland noch lange als einen gemeinsamen Forschungsraum betrachtete. Die älteren Fragestellungen zur Stadtgründung und Ostexpansion sowie zum Miteinander von deutschsprachigen und slawischen Siedlern bestimmten die Debatten ebenso wie die nach der Stadtentwicklung aus Burgen und Pfalzen heraus. Entsprechende Grabungsinterpretationen für Magdeburg oder Hamburg bestätigten dieses von der älteren Burgwall- und Pfalzenforschung dominierte Forschungskonzept und wurden erst am Ende des 20. Jahrhunderts korrigiert, als im Zuge eines neuerlichen innerstädtischen Baubooms neue Flächen geöffnet und mit dem bisherigen Forschungsstand verglichen werden konnten<sup>766</sup>.

<sup>765</sup> Protokoll Kommissionssitzung am 3. und 4.5.1957, S. 1–2; RGK-Sitzung 1956, Archiv RGK 2.409, unpag.

<sup>766</sup> U.a. LUDOWICI 2003; DIES. 2014; WEISS / KLAMMT 2014.

Die eng mit diesen Forschungsfeldern verbundene Problematik der Datierung frühmittelalterlicher Keramik wurde weder auf den genannten Tagungen noch in den vergebenen Dissertationen gelöst und beschränkt bis heute die Erwartungen an die historische Aussagekraft der archäologischen Forschungen zu „frühen Städten und Burgen“, wenn nicht naturwissenschaftliche Datierungsmethoden hinzugezogen werden können<sup>767</sup>. Mit dem auf Veranlassung der Akademieleitung vorzeitigen Abbruch der Ausgrabungen in Magdeburg 1968 und der Auflösung der dortigen Forschungsstelle 1973 endeten vorerst die gezielten Stadtkernforschungen in der DDR ebenso wie in der BRD und das sehr zum Bedauern der *community*, zumal auch das Gros der Funde und Befunde noch nicht ausgewertet war<sup>768</sup>. An der Akademie hatte aber der ab Mitte der 1950er einsetzende Generationswechsel auch zu inhaltlichen und methodischen Veränderungen geführt, wodurch die mit der Deutschen Ostforschung so eng verbundenen Fragen aufgegeben wurden. An die ältere Pfalzenforschung knüpfte man dagegen mit der Fortsetzung der Ausgrabungen in Tilleda ab 1957 an<sup>769</sup> und auch die Forschungen zur Hansegeschichte wurden ab 1955 von der „Hansischen Arbeitsgemeinschaft“ weitergeführt und als gesamtdeutsche Forschungsfelder verstanden. Ab Mitte der 1950er Jahre bestand am Akademieinstitut eine Arbeitsgruppe „Frühes und hohes Mittelalter“, die viele der genannten Arbeiten zusammenführte. In der BRD betrieb das 1956 gegründete Göttinger Max-Planck-Institut für Geschichte eine systematische Pfalzenforschung<sup>770</sup>.

#### Internationalität

Die inhaltlichen Entwicklungen waren für die DDR-Forschung auch mit dem Ausbau internationaler Kontakte verbunden. Unverzagt begann im Herbst 1955 damit, über seine Beteiligung im CISPP hinaus, tatsächlich international zu agieren. Im Oktober war er mit einer Akademiedelegation in Prag, um eine offizielle Kooperationsvereinbarung zwischen den archäologischen Instituten zu beschließen<sup>771</sup>. Im Januar 1956 wurde ein vergleichbares Abkommen mit der Polnischen Akademie geschlossen<sup>772</sup> und Anfang 1957 verkündete Unverzagt stolz: „Unser Abkommen auf Zusammenarbeit mit der Prager Akademie ist nun in vollkommener gegenseitiger Übereinstimmung geschlossen worden. Auf unserem Gebiet wollen wir mit der Zusammenarbeit in den Fragen der Lausitzer Kultur, der bronzezeitlichen Hortfunde und der Burgwälle beginnen. Nächste Woche kommt voraussichtlich eine Delegation der Rumänischen Akademie. Auch hier wird man die Vorgeschichte einbauen müssen. Für Ende des nächsten Monats erwarten wir eine Delegation der Polnischen Akademie.“<sup>773</sup>

Einen wesentlichen Schritt zur erhofften (Wieder-)Anerkennung der deutschen archäologischen Forschungen durch die internationale *scientific community* erfolgte wohl auch durch die Vergabe des fünften Internationalen Kongresses für Prähistorische Archäologie, der Ende August / Anfang September 1958 in Hamburg stattfand. Er führte die etwa 90 Teilnehmer im Anschluss an das Vortragsprogramm in Hamburg auf eine mehrtägige

<sup>767</sup> Titel der Festschrift zu Unverzagts 60. Geburtstag 1962, die 1954 erschien. – U. a. HÜBENER 1978; LUDOWICI 2014.

<sup>768</sup> LEUBE 2017, 430.

<sup>769</sup> GRIMM 1968; DERS. 1990.

<sup>770</sup> SCHLESINGER 1963.

<sup>771</sup> Unverzagt an Bersu, 1.11.1955: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 214.

<sup>772</sup> Unverzagt an Bersu, 23.2.1956: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 224.

<sup>773</sup> Unverzagt an Bersu, 15.1.1957: SMB-PK/ MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 258.

Exkursion durch die DDR, die vor dem Hintergrund der deutschen Teilung des Kalten Krieges in organisatorischer, aber vor allem kulturpolitischer Hinsicht als gewaltiger Kraftakt bezeichnet und gewürdigt werden muss. Während dieses Kongresses präsentierten die deutschen Archäologen die Ergebnisse ihrer Nachkriegsforschungen, wobei wiederum die Stadtkern- und Burgwallforschungen wegen ihrer Prominenz, aber auch wegen ihrer Anschaulichkeit die Vorträge und Exkursionen dominierten.

Anfang April 1956 dankte der Bundespräsident Bersu bei dessen Eintritt in den Ruhestand zum 31. März 1956 für die geleistete Arbeit<sup>774</sup>. Einen Monat später beschloss die vorläufige Kommission der RGK bei ihrer Jahressitzung am 1. Mai 1956 in Würzburg zum einen, den Präsidenten des DAI nochmals um die Verlängerung von Bersus Arbeitsvertrag bis zum 31. Oktober 1956 zu bitten, „damit gemäß dem Beschluss der Kommission die Einweihung des Neubaus in Frankfurt und die damit verbundene wissenschaftliche Arbeitstagung noch unter seinem Vorsitz stattfinden kann.“<sup>775</sup> Außerdem bat man um die Bereitstellung von Sondermitteln für eine würdige Wiedereröffnung des Gebäudes der RGK Ende Oktober 1956<sup>776</sup>. Und schließlich wählte man „Herrn Dr. W. Krämer, Direktor der Abteilung für Vor- und Frühgeschichte beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege in München in Anbetracht seiner wissenschaftlichen und organisatorischen Qualifikation zum Ersten Direktor der RGK.“<sup>777</sup> Zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zeichnete sich damit ab, dass die engen inhaltlichen und institutionellen Verflechtungen der Archäologien in den beiden deutschen Staaten nicht länger so eng bleiben würden. Diskussionen über die Zuständigkeiten der *Germania* und der in Gründung befindlichen Zeitschrift *Ausgrabungen und Funde*, das als Nachrichtenblatt für die ostdeutsche Archäologie und Denkmalpflege fungieren sollte, begannen bereits 1955 und teilten die deutsche Archäologie nun auch publizistisch vor dem Hintergrund der deutschen Zweistaatlichkeit<sup>778</sup>.

Diejenige Generation von Fachvertretern, die noch ein gesamtdeutsches Archäologieverständnis vertraten wie Bersu, Unverzagt oder von Merhart bildete zum Teil diejenige Generation aus, die an diesem Selbstbild aus politischen oder methodischen Gründen nicht länger festhalten wollte oder konnte. Alle verantwortlichen Stelleninhaber waren an die sich ideologisch verschärfende Wissenschafts- und Kulturpolitik ihrer Länderregierungen gebunden und es sollte teilweise bis in die 1980er Jahre dauern, bis gemeinsame Tagungsteilnahmen ost- und westdeutscher Archäologen oder gegenseitige Vortragsreisen wieder möglich wurden. 1956 formulierte Unverzagt deshalb vorsichtig unter Bezug auf seinen Festvortrag am Leibniztag 1952: „Damals wies ich darauf hin, ‚dass kaum eine Wissenschaft so sehr einer ständigen engen kollegialen Fühlungnahme bedarf wie gerade die Vorgeschichtsforschung. Die Grenzen der alten Kulturen fallen nicht mit denen der heutigen politischen Gebiete zusammen. Je weiter die zu lösenden Probleme in der Zeit zurückliegen, um so weiter muss auch der Umkreis der Forschung gezogen werden. Wenn es sich um die letzten Fragen der Menschwerdung und der Entstehung der menschlichen

<sup>774</sup> Bundespräsident an Bersu, 3.4.1956: Archiv RGK, Nachlass Gerhard Bersu, blaue Mappe, unpag.

<sup>775</sup> Protokoll Kommissionssitzung am 1.5.1956, Beschluss Anlage 3: RGK-Sitzung 1956, Archiv RGK 2.409, unpag.

<sup>776</sup> Protokoll Kommissionssitzung am 1.5.1956,

Beschluss Anlage 2: RGK-Sitzung 1956, Archiv RGK 2.409, unpag.

<sup>777</sup> Protokoll Kommissionssitzung am 1.5.1956, Beschluss Anlage 4: RGK-Sitzung 1956, Archiv RGK 2.409, unpag.

<sup>778</sup> GRUNWALD 2017, 29–30.

Kultur handelt, dann muss sich dieses Zusammenwirken von Südafrika bis nach Sibirien und China hin erstrecken. So erweist sich die Vorgeschichtsforschung weit über politische Grenzen hinaus in besonderem Masse als eine völkerverbindende Wissenschaft, deren Fragen nur in einer friedlichen, vertrauensvollen Zusammenarbeit der Fachvertreter gelöst werden können.“<sup>779</sup>

### Abkürzungsverzeichnis

ABBAW	Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (seit 1992)
APM Unteruhldingen	Archiv Pfahlbaumuseum Unteruhldingen
DAI	Deutsches Archäologisches Institut
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1946–1972)
DFG	Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung, kurz: Deutsche Forschungsgemeinschaft; bis 1929 Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft
HStaA	Hauptstaatsarchiv
LfA	Landesamt für Archäologie, Dresden
OA	Ortsakte
PA	Personalakte
RGK	Römisch-Germanische Kommission
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SMAD	Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland
SMB–PK/MVG Archiv	Staatliche Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz / Museum für Vor- und Frühgeschichte Archiv
ZD DAI	Zentraldirektion des Deutschen Archäologischen Institutes
ZIAGA	Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie

### Zitierte Literatur

ADAMS 1954

F. W. ADAMS, *Tabula Imperii Romani*. Am. Journal Arch. 58, 1954, 45–51.

AHRENS 2010

R. AHRENS, Von der „Säuberung“ zum Generalpardon. Die Entnazifizierung der westdeutschen Wirtschaft. *Jahrb. Wirtschaftsgesch.* 2, 2010, 25–45.

ALTHOFF / JAGUST 2016

J. ALTHOFF / F. JAGUST, Theodor Wiegand (1864–1936). In: G. Brands / M. Maischberger (Hrsg.), *Lebensbilder. Klassische Archäologen und der Nationalsozialismus 2*. Forschungscluster 5, *Geschichte des DAI im 20. Jahrhundert* (Rahden / Westf. 2016) 1–37.

<sup>779</sup> Vortrag Unverzagt „10 Jahre Vor- und Frühgeschichtsforschung in der Deutschen Demokratischen Republik“ 1956 – 5 Seiten; SMB-PK/MVF Archiv IX f 3, b–2/Bl. 244–248; 248. – Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der RGK, allen voran E. Bánffy und K. P. Hofmann, für ihr Interesse an diesem Thema und ihre Unterstützung bei diesem Forschungsprojekt. F. Fless danke ich für die Möglichkeit, das Manuskript zeitnah abzuschließen. S. von Schnurbein danke

ich ein weiteres Mal herzlich für seine Diskussionsbereitschaft und dem anonymen Gutachter für zahlreiche Hinweise. H. Junker vom Archiv des Museums für Vor- und Frühgeschichte / Stiftung Preußischer Kulturbesitz danke ich für die Bereitstellung von Fotografien aus dem Nachlass Unverzagt. Und B. Sielhorst danke ich schließlich für anregende Gespräche und ihre Gastfreundschaft im Berliner Büro.

## ANDREAE 1988

B. ANDREAE, Friedrich Matz d. J. 1890–1974. In: R. Lullies / W. Schiering (Hrsg.), Archäologenbildnisse. Porträts und Kurzbiographien von Klassischen Archäologen deutscher Sprache (Mainz 1988) 250–251.

## ASH 2010

M. ASH, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: R. vom Bruch / B. Kaderas (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts (Stuttgart 2002) 32–51.

## BALLERSTEDT 2002

M. BALLERSTEDT, Priegnitz, Wilhelm Franz Werner. In: G. Heinrich / G. Schandera (Hrsg.), Magdeburger Biographisches Lexikon 19. und 20. Jahrhundert (Magdeburg 2002) 557–558.

## BELTRÁN 1956

Antonio BELTRÁN (Red.), International Congress of Prehistoric and Protohistoric Sciences. Actas de la IV sesión, Madrid 1954 (Zaragoza 1956).

## BEMMANN 2013

J. BEMMANN, Kurt Tackenberg und die Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie an der universität Bonn. Die Jahre 1937–1945. In: J. Kunow / Th. Otten / J. Bemann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945. Mat. Bodendenkmalpfl. Rheinland 24 (Bonn 2013) 353–385.

## BENZ 1999

W. BENZ, Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch (Berlin 1999).

## BIDDISCOMBE 2007

P. BIDDISCOMBE, The Denazification of Germany. A History, 1945–1950 (Stoud 2007).

## BIEMEL ET AL. 2003

W. BIEMEL / G. NICHOLSON / H. SANER (eds), The Heidegger-Jaspers Correspondence (1920–1963) (Amherst 2003).

## BITTEL 1979

K. BITTEL, Abteilung Istanbul. In: K. Bittel u. a., Beiträge zur Geschichte des Deutschen Archäologischen Instituts von 1929 bis 1979. Teil 1 (Mainz 1979) 65–91.

## BITTEL 1988

K. BITTEL, Martin Schede. In: R. Lullies / W. Schiering (Hrsg.), Archäologenbildnisse. Porträts und Kurzbiographien von Klassischen Archäologen deutscher Sprache (Mainz 1988) 220–221.

## BLAICH 2010

M. C. BLAICH, Rezeption der Grabungen in der Pfalz Werla in Archäologie und Geschichtswissenschaft. In: U. Ickerodt / F. Mahler (Hrsg.), Archäologie und völkisches Gedankengut: Zum Umgang mit dem eigenen Erbe (Frankfurt 2010) 45–54.

## BLAICH / GESCHWINDE 2015

DERS. / M. GESCHWINDE (Hrsg.), Werla 1 – Die Königspfalz. Ihre Geschichte und die Ausgrabungen 1875–1964. Monogr. RGZM 126 (Mainz 2015).

## BLAICH / WEBER 2008

M. C. BLAICH / J. WEBER, Im Banne des Zeitgeistes – Hermann Schroller und die Ausgrabungen auf der Pfalz Werla von 1936 bis 1939. Die Kunde N. F. 59, 2008, 147–188.

## BÖRKER 1988

CHR. BÖRKER, Friedrich Wilhelm Goethert 1907–1978. In: R. Lullies / W. Schiering (Hrsg.), Archäologenbildnisse. Porträts und Kurzbiographien von Klassischen Archäologen deutscher Sprache (Mainz 1988) 299–300.

## BOTT 2009

M.-L. BOTT, Die Haltung der Berliner Universität im Nationalsozialismus. Max Vasmer's Rückschau 1948. Neues aus der Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 1 (Berlin 2009).

## BRACKMANN 1937

A. BRACKMANN, Magdeburg als Hauptstadt des deutschen Ostens im frühen Mittelalter (Leipzig 1937).

## BRACKMANN/UNVERZAGT 1936

DERS. / W. UNVERZAGT (Hrsg.), Zantoch. Eine Burg im deutschen Osten. Teil 1: Zantoch in der schriftlichen Überlieferung und die Ausgrabungen 1932/33. Deutschland und der Osten. Quellen und Forschungen zur Geschichte ihrer Beziehungen 1 (Leipzig 1936).

- BRANDS 2012**  
G. BRANDS, Archäologen und die deutsche Vergangenheit. In: G. Brands / M. Maischberger (Hrsg.), *Lebensbilder. Klassische Archäologen und der Nationalsozialismus 1* (Rahden / Westf. 2012) 1–34.
- BRÄUNING 2007**  
A. BRÄUNING, Bittel, Kurt, Prähistoriker, Vorderasiatischer Archäologe. In: *Baden-Württembergische Biographien 4* (Stuttgart 2007) 17–22.
- BRIER 2002**  
R. BRIER, Der polnische „Westgedanke“ nach dem Zweiten Weltkrieg 1944–1950. *Digitale Osteuropa-Bibliothek: Geschichte 3* (München 2003).
- VOM BROCKE / LAITKO 1996**  
B. VOM BROCKE / H. LAITKO (Hrsg.), *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Entwicklung: Das Harnack-Prinzip* (Berlin, New York 1996).
- VOM BRUCH 2006**  
R. VOM BRUCH, Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (Stuttgart 2006).
- VOM BRUCH / HENNING 1999**  
R. VOM BRUCH / E. HENNING (Hrsg.), *Wissenschaftsfördernde Institutionen im Deutschland im 20. Jahrhundert. Beitr. Tagung Lehrstuhls Wissenschaftsgesch. HU Berlin u. Archiv Gesch. MPG 1999* (Berlin 1999).
- VOM BRUCH / KADERA 2002**  
R. VOM BRUCH / B. KADERAS (Hrsg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts* (Stuttgart 2002).
- BRYANT 2010**  
TH. BRYANT, Der deutsche „Volkkörper“ im Spannungsfeld zwischen „Volksgesundheit“ und „Volkskrankheit“. *Bevölkerungswissenschaftliche Pathologisierungsparadigmen und biopolitische Medikalisierungsstrategien zur demographischen Alterung im 20. Jahrhundert. Virus. Beitr. Sozialgesch. Medizin 9*, 2010, 11–24.
- BUCHHEIM 1988**  
CHR. BUCHHEIM: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. *Vierteljahresschr. Zeitgesch.* 36 1988, 189–231.
- BUDDRUS / FRITZLAR 2007**  
M. BUDDRUS / S. FRITZLAR (Hrsg.), *Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon* (München 2007) 264–265.
- BURLEIGH 1988**  
M. BURLEIGH, Albert Brackmann (1871–1952) Ostforscher. *The Years of Retirement. Journal Contemp. Hist.* 23, 1988, 573–588.
- CONZE 2013**  
E. CONZE, *Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart* (München 2013) 109–112.
- CÜPPERS U. A. 1972**  
H. CÜPPERS U. A., *Rettet das römische Trier. Denkschrift der Archäologischen Trier-Kommission mit einer Kartenbeilage der archäologischen Schutzzonen* (Trier 1972).
- DAW 1967**  
Präsidium der DAW (Hrsg.), *Oktoberrevolution und Wissenschaft. Hrsg. aus Anlass des 50. Jahrestages der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution* (Berlin 1967).
- DEFRANCE U. A. 2018**  
C. DEFRANCE / B. GREINER / U. PFEIL (Hrsg.), *Die Berliner Luftbrücke. Erinnerungsort des Kalten Krieges* (Berlin 2018).
- DEICHMANN 1985**  
F. W. DEICHMANN, Theodor Klauser, 25. Februar 1894 – 24. Juli 1984. *Mitt. DAI, Röm. Abt.* 92, 1985, 1–8.
- DÍAZ-ANDREU 2007**  
M. DÍAZ-ANDREU, Internationalism in the invisible college: political ideologies and friendships in archaeology. *Journal Social Arch.* 7, 2007, 29–48.
- DÍAZ-ANDREU 2009**  
DÍAZ-ANDREU, Childe and the International Congresses of Archaeology. *Europ. Journal Arch.* 12, 2009, 91–122.
- DIDZUNEIT U. A. 1994**  
V. DIDZUNEIT / M. UNGER / M. MIDDELL (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Leipzig. Heinrich Sproemberg* (Leipzig 1994).



- DIEDRICH / KOWALCZUK 2005  
T. DIEDRICH / I.-S. KOWALCZUK (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft. Militärgesch. DDR 11 (Berlin 2005).
- DIRKS 1947  
W. DIRKS, Mut zum Abschied. Zur Wiederherstellung des Frankfurter Goethehauses (1947). Reprint in: J. F. Hanselmann (Hrsg.), Rekonstruktion in der Denkmalpflege. Texte aus Geschichte u. Gegenwart (Stuttgart 2009).
- EICKHOFF 2015  
M. EICKHOFF, Replik auf Klaus Junker oder: Warum die Geschichte der Klassischen Archäologie im „Dritten Reich“ nicht gleichzeitig Fachgeschichte sein kann. Jahrb. DAI 130, 2015, 411–418.
- ENGEL 1951  
F. ENGEL, Stadtgeschichtsforschung mit archäologischen Methoden, ihre Probleme und Möglichkeiten. Bl. Dt. Landesgesch. 88, 1951, 205–209.
- ENGELMANN / KOWALCZUK 2005  
R. ENGELMANN / I.-S. KOWALCZUK (Hrsg.), Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953. Analysen u. Dokumente 27 (Göttingen 2005).
- FEHR 2010  
H. FEHR, Germanen und Romanen im Merowingerreich. Frühgeschichtliche Archäologie zwischen Wissenschaft und Zeitgeschehen. ErgRGA 68 (Berlin 2010).
- FLACHOWSKY 2004  
S. FLACHOWSKY, Neuaufbau und Wiederbeginn. Der Wissenschaftsorganisator Johannes Stroux an der Berliner Universität 1945–1947. Jahrb. Universitätsgesch. 7, 2004, 191–214.
- FLACHOWSKY 2012a  
DERS., Kampfbund für Deutsche Kultur. In: W. Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart 5. Organisationen, Institutionen, Bewegungen (Berlin, Boston 2012) 350–352.
- FLACHOWSKY 2012b  
DERS., Lehr- und Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe In: W. Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart 5. Organisationen, Institutionen, Bewegungen (Berlin, Boston 2012) 371–373.
- FÖLLMER 2001  
M. FÖLLMER, Der „Kranke Volkskörper“. Industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik. Gesch. u. Ges. 27, 2001, 41–67.
- FREI 2012  
N. FREI, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit (München 2012).
- FREIMÜLLER 2009  
T. FREIMÜLLER, Max Horkheimer und die Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main nach 1945. In: M. Boll / R. Gross (Hrsg.), Die Frankfurter Schule und Frankfurt. Eine Rückkehr nach Deutschland (Göttingen 2009) 150–158.
- FREIMÜLLER 2010  
DERS., Frankfurt am Main – intellektuelles Zentrum jüdischen Lebens in der Bundesrepublik. Münchner Beitr. jüd. Gesch. u. Kultur 4, 2010, 78–90.
- GLUM 1936  
F. GLUM, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. In: M. Planck (Hrsg.), 25 Jahre Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Handbuch (Berlin 1936) 1–21.
- GOESSLER 1940  
P. GOESSLER, Mogontiacum. Karte des Römischen Reiches auf der Grundlage der Internationalen Karte 1 : 1 000 000, Blatt M 32 Mainz. Römisch-Germanische Kommission (Frankfurt am Main 1940).
- GOLTERMANN 2009  
S. GOLTERMANN, Die Gesellschaft der Überlebenden. Deutsche Kriegsheimkehrer und ihre Gewalterfahrungen im Zweiten Weltkrieg (München 2009).
- GRANDA 2017  
J. GRANDA, Hermann Kellenbenz (1913–1990). Ein internationaler (Wirtschafts-)Historiker im 20. Jahrhundert (Berlin 2017).
- GRAY 2003  
W. G. GRAY, Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949–1969 (Chapel Hill 2003).

- GRIMM 1968  
P. GRIMM, Tilleda. Eine Königspfalz am Kyffhäuser 1. Die Hauptburg. DAW Schr. Sektion Vor- u. Frühgesch. 24 (Berlin 1968).
- GRIMM 1990  
DERS., Tilleda. Eine Königspfalz am Kyffhäuser 2. Die Vorburg und Zusammenfassung. DAW Schr. Ur- u. Frühgesch. 40 (Berlin 1990).
- GRÜNERT 2002  
H. GRÜNERT, Gustaf Kossinna (1858–1931). Vom Germanisten zum Prähistoriker. Ein Wissenschaftler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Vorgesch. Forsch. 22 (Rahden / Westf. 2002).
- GRUNWALD 2009  
S. GRUNWALD, »Die Aufteilung der Burgen auf die Geschichte wird eine Änderung erfahren müssen«. Zur Geschichte der Zantoch-Idee. Acta Praehist. et Arch. 41, 2009, 231–262.
- GRUNWALD 2012  
DIES., Der Schlossberg von Zantoch als Lern- und Geschichtsort. Acta Praehist. et Arch. 44, 2012, 161–202.
- GRUNWALD 2015  
DIES., Archäologische Reviere. Individuelle Forschungsräume in der Ur- und Frühgeschichtlichen Archäologie. In: K. P. Hofmann / St. Schreiber (Hrsg.), Raumwissen und Wissensräume. Beiträge des interdisziplinären Theorie-Workshops für Nachwuchswissenschaftler\_Innen. eTopoi Journal Ancient Stud. 5, 2015, 213–241.
- GRUNWALD 2016  
DIES., Das sozialistische Mittelalter. Zur Entwicklung der kulturwissenschaftlichen Mittelalterforschung und Mittelalterrezeption in der DDR. Gesch. Wiss. u. Unterricht 67, 2016, 537–557.
- GRUNWALD 2017a  
DIES., Gustaf Kossinna. In: M. Fahlbusch u. a. (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften 2 (München 2017) 286–291.
- GRUNWALD 2017b  
DIES., Prähistorische Archäologie. In: Ebd. 1104–1114.
- GRUNWALD 2017c  
DIES., Der archäologische Fundplatz als Erbmasse – Der Turm von Zantoch an der Warthe. In: U. Ickerodt / K. P. Hofmann u. a. (Hrsg.), Kulturerbe = Kulturpflicht? Theoretische Reflexionen zum Umgang mit archäologischen Orten in Deutschland. Sektion der AG Theorien in der Archäologie und des AKs „Archäologie kann Gesellschaft“ i. Gr. bei der 81. Verbandstagung des West- und Süddeutschen Verbandes für Altertumsforschung vom 29. Mai bis 2. Juni 2012 in Friedrichshafen (Schleswig 2017) 91–122.
- GRUNWALD 2017d  
DIES., 100 Jahre Germania. Eine Fachzeitschrift als Identifikationsanker, Prestigeobjekt und polygrafisches Produkt. Germania 95, 2017, 1–41.
- GRUNWALD 2019  
DIES., Burgwallforschung in Sachsen. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Prähistorischen Archäologie zwischen 1900 und 1961. Universitätsforsch. Prähist. Arch. 331 (Bonn 2019).
- GUTH 2005  
ST. GUTH, Geschichte als Politik. Der deutsch-polnische Historikerdialog im 20. Jahrhundert. Ordnungssysteme 45 (München 2005).
- HAAR 2000  
I. HAAR, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. Krit. Stud. Geschichtswiss. 143 (Göttingen 2000).
- HAAR 2002  
DERS., Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. Krit. Stud. Geschichtswiss. 1432 (Göttingen 2002).
- HALLE 2002  
U. HALLE, „Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch!“ Prähistorische Archäologie im Dritten Reich. Sonderveröff. Naturwiss. u. Hist. Ver. Land Lippe 68 (Bielefeld 2002).
- HALLE 2007  
DIES., Die „alte Pfalz Kaiser Ottos“ in Magdeburg. Die Ergebnisse einer Ausgrabung im Bundesarchiv zur Vorgeschichte der Domplatzgrabungen in Magdeburg (1938). In: G. H. Jeute / J. Schneeweiss / C. Theune (Hrsg.), aedificatio terrae. Beiträge zur Um-

- welt- und Siedlungsarchäologie Mitteleuropas. Festschr. E. Gringmuth-Dallmer. Internat. Arch. Studia honoraria 26 (Rahden / Westf. 2007) 169–176.
- HÄNSEL 1988  
B. HÄNSEL, Horst Kirchner 75 Jahre. Prähist. Zeitschr. 63, 1988, 133.
- HARTKOPF / WANGERMANN 1991  
W. HARTKOPF / G. WANGERMANN, Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990 (Heidelberg u. a. 1991).
- HAUSMANN 1998  
F.-R. HAUSMANN, „Deutsche Geisteswissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Aktion Ritterbusch“ (1940–1945) (Dresden 1998).
- HAWKES 1950  
CHR. F. C. HAWKES, The International Congress of Prehistoric and Protohistoric Sciences. Third Session, Zurich, August 1950. *Man* 49, 1950, 139.
- HEISS / PAPACOSMA 2008  
M. A. HEISS / S. V. PAPACOSMA (Hrsg.), NATO and the Warsaw Pact – Intra-bloc Conflicts (Kent 2008).
- HENSEL 1968  
W. HENSEL, Anfänge der Städte bei den Ost- und Westslawen (Bautzen 1968).
- HOFMANN / STOCKHAMMER 2017  
K. P. HOFMANN / PH. W. STOCKHAMMER, Beyond antiquarianism. A review of current theoretical issues in German-speaking prehistoric archaeology. *Arch. Dialogues* 24, 2017, 1–25.
- HOSSFELD U. A. 2007  
U. HOSSFELD / T. KAISER / H. MESTRUP (Hrsg.), Hochschule im Sozialismus: Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990) (Köln, Weimar 2007).
- HÜBENER 1978  
W. HÜBENER, Karolingerzeitliche Siedlungen und Befestigungen in Nordwestdeutschland. In: C. Ahrens (Hrsg.), Sachsen und Angelsachsen. Veröff. Helms-Mus. 32 (Hamburg 1978) 423–431.
- JANKUHN 1954  
H. JANKUHN, Der Beitrag der Archäologie zur Erforschung des frühmittelalterlichen Städtewesens im 7.–11. Jahrhundert. In: Frühe Burgen und Städte. Beiträge zur Burgen- und Stadtkernforschung. Wilhelm Unverzagt zum 60. Geburtstag. DAW Schr. Sektion Vor- u. Frühgesch. 2 (Berlin 1954) 213–223.
- JASPERS 1946  
K. JASPERS, Die Schuldfrage (Heidelberg 1946).
- JESSEN / VOGEL 2002  
R. JESSEN / J. VOGEL, Die Naturwissenschaften und die Nation. Perspektiven einer Wechselbeziehung in der europäischen Geschichte. In: R. Jessen / J. Vogel (Hrsg.) Wissenschaft und Nation in der europäischen Geschichte (Frankfurt a. M. 2002) 7–37.
- JUNKER 1997  
K. JUNKER, Das Archäologische Institut des deutschen Reiches zwischen Forschung und Politik. Die Jahre 1929 bis 1945 (Mainz 1997).
- JUNKER 2015  
DERS., Klassische Archäologie, Nationalsozialismus und Gegenwart. *Jahrb. DAI* 130, 2015, 377–410.
- KAEGBEIN / RÖRIG 1959  
P. KAEGBEIN / F. RÖRIG (Hrsg.), Wirtschaftskräfte im Mittelalter. *Abhandl. Stadt- u. Hansegesch.* (Köln u. a. 1959).
- KAHLERT 2012  
T. KAHLERT, ‚Große Projekte‘: Mommsens Traum und der Diskurs um Big Science und Großforschung. In: H. Müller / F. Eßer (Hrsg.), Bedingungen wissenschaftlicher Wissenskulturen (Kassel 2012) 67–86.
- KÄMPER 2005  
H. KÄMPER, Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945 (Frankfurt a. M. 2005).
- KASACK 1978  
W. KASACK, Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Überblick über Geschichte und Struktur (Boppard 1978).
- KLAMMT 2014  
A. KLAMMT, Die Entdeckung der Hammaburg in der Nachkriegszeit. In: R.-M. Weiss / A. Klammt (Hrsg.), Mythos Hammaburg. Archäologische Entdeckungen zu den An-

- fängen Hamburgs. Veröff. Helms-Mus., Arch. Mus. Hamburg, Stadtmus. Harburg 107 (Hamburg 2014) 61–66.
- KNABE 2001  
H. KNABE, Frontstadt Berlin. Die geheimen Propagandaaktionen der Stasi. Die politische Meinung 381, 2001, 33–36.
- KOCKA U. A. 2002  
J. KOCKA / P. NÖTZOLDT / P. TH. WALTHER (Hrsg.), Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland, 1945–1990. Forschungsber. Interdisziplinären Arbeitsgruppen Berlin-Brandenburgische Akad. Wiss. 9 (Berlin 2002).
- KOSSERT 2009  
A. KOSSERT, Kalte Heimat (München 2009).
- KOTT 2006  
CHR. KOTT, Préserver l'art de l'ennemi? La patrimoine artistique en France et Belgique occupées 1914–1918 (Brüssel 2006).
- DIES. 2017  
CHR. KOTT, „Kunstschutz“ an der Westfront, ein transnationales Forschungsfeld? Methoden, Quellen, Perspektiven. In: R. Born / B. Störtkuhl (Hrsg.), Apologeten der Vernichtung oder »Kunstschützer«? Kunsthistoriker der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg (Köln u. a. 2017) 29–42.
- KOWALCZUK 1997  
I.-S. KOWALCZUK, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (Berlin 1997).
- KRÄMER 1977  
W. KRÄMER, Fünfundszwanzig Jahre Römisch-Germanische Kommission. Vortrag bei der Festsitzung der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen archäologischen Instituts in Frankfurt am 13. April 1977. Festschr. z. 75jährigen Bestehen der RGK. Ber. RGK Beih. 58 (Mainz 1977) 5–18.
- KRÄMER 2001  
DERS., Gerhard Bersu – ein deutscher Prähistoriker, 1889–1964. Ber. RGK 82, 2001, 5–101.
- KRAUS 2014  
U. KRAUS, Ein Beispiel für die Entwicklung des Faches Ur- und Frühgeschichte in der SBZ/DDR. Der Leipziger Lehrstuhl unter Friedrich Behn (1948–1963). Ethn.-Arch. Zeitschr. 55, 2014, 7–51.
- KRUMME / VIGENER 2016  
M. KRUMME / M. VIGENER, Carl Weickert (1885–1975). In: G. Brands / M. Maischberger (Hrsg.), Lebensbilder. Klassische Archäologen und der Nationalsozialismus 2. Forschungscluster 5, Geschichte des DAI im 20. Jahrhundert (Rahden / Westf. 2016) 203–222.
- KÜAS 1976  
H. KÜAS, Das alte Leipzig in archäologischer Sicht (Berlin 1976)
- KUNOW 2002  
J. KUNOW, Die Entwicklung von archäologischen Organisationen und Institutionen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert und das »öffentliche Interesse« – Bedeutungsgewinne und Bedeutungsverluste und deren Folgen. In: P. F. Biel / A. Gramsch (Hrsg.), Archäologien Europas / Archaeologies of Europe. Geschichte, Methoden und Theorien / History, Methods and Theories. Tübinger Arch. Taschenb. 3 (Münster u. a. 2002) 147–183.
- LA BAUME 1955  
W. LA BAUME, Ostdeutschland im Altertum. In: G. Rhode (Hrsg.), Die Ostgebiete des Deutschen Reiches (Würzburg 1955) 19–22.
- LEMBERG 2015  
J. LEMBERG, Der Historiker ohne Eigenschaften. Eine Problemgeschichte des Mediävisten Friedrich Baethgen (Frankfurt a. M. 2015).
- LEMKE 2008  
M. LEMKE (Hrsg.), Konfrontation und Wettbewerb: Wissenschaft, Technik und Kultur im geteilten Berliner Alltag (1948–1973) (Berlin 2008).
- LEUBE 2007  
A. LEUBE, Zur Berliner Prähistorie in den Jahren nach 1945. Wilhelm Unverzagt und die Universität. In: G. H. Jeute / J. Schneeweiss / C. Theune (Hrsg.), aedificatio terrae. Beiträge zur Umwelt- und Siedlungsarchäologie Mitteleuropas. Festschr. E. Gringmuth-Dallmer. Internat. Arch. Studia honoraria 26 (Rahden / Westf. 2007) 269–279.

- LEUBE 2016  
DERS., Wilhelm Unverzagt und die Prähistorie nach 1945 – die Jahre 1945–1948. In: F. Biermann / Th. Kersting / A. Klammt (Hrsg.), Die frühen Slawen – von der Expansion zu gentes und nationes. Beitr. Ur- u. Frühgesch. Mitteleuropas 81/2 (Langenweißbach 2016) 221–237.
- LINDEMANN 2016  
A. LINDEMANN, Auf dem Weg zu einem marxistisch-leninistischen Urgeschichtsbild. Die Ausstellung zur „Geschichte der Urgesellschaft“ am Museum für Deutsche Geschichte Berlin in den 1950er-Jahren. Arch. Informationen 39, 2016, 1–20.
- LINGELBACH U. A. 2001  
G. LINGELBACH / M. MIDDELL / F. HADLER, Institutionalisierung historischer Forschung und Lehre. Einführende Bemerkungen und Fragen. In: Dies. (Hrsg.), Historische Institute im Vergleich (Leipzig 2001) 9–38.
- LUDOWICI 2003  
B. LUDOWICI, Die Grabungen 1959–68 auf dem Domplatz in Magdeburg als Quelle zur Geschichte eines frühen Herrschaftszentrums im Westen der »Germania Slavica«. Bericht zum Stand der Befundanalyse. In: Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e. V. (Hrsg.), Archäologische Forschung am GWZO. Berichte und Beiträge 2003 (Leipzig 2003) 9–20.
- LUDOWICI 2014  
DIES., Hamburg, Magdeburg und die Suche nach den »spätsächsischen« Befestigungen. Bemerkungen zu einem Forschungsproblem. In: H.-J. Beier / Th. Weber (Hrsg.), Altes und Neues – Vom Museum in den Landtag. Festschr. V. Schimpff (Langenweissbach 2014) 182–187.
- LULLIES 1988  
R. LULLIES, Guido Kaschnitz von Weinberg 1890–1958. In: Ders. / W. Schiering (Hrsg.), Archäologenbildnisse. Porträts und Kurzbiographien von Klassischen Archäologen deutscher Sprache (Mainz 1988) 248–249.
- MÄHLERT 2016  
U. MÄHLERT (Hrsg.), Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema (Berlin 2016).
- MAHSARSKI 2011  
D. MAHSARSKI, Herbert Jankuhn (1905–1990). Ein deutscher Prähistoriker zwischen nationalsozialistischer Ideologie und wissenschaftlicher Objektivität (Rahden / Westf. 2011).
- MAI 2000  
G. MAI, Staatsgründungsprozeß und nationale Frage als konstitutive Elemente der Kulturpolitik der DDR. In: L. Ehrlich u. a. (Hrsg.), Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht (Köln u. a. 2000) 31–60.
- MAISCHBERGER 2016  
M. MAISCHBERGER, Martin Schede (1883–1947). In: G. Brands / M. Maischberger (Hrsg.), Lebensbilder. Klassische Archäologen und der Nationalsozialismus 2. Forschungscluster 5, Geschichte des DAI im 20. Jahrhundert (Rahden / Westf. 2016) 161–201.
- MAUBACH / MORINA 2016  
F. MAUBACH / CHR. MORINA (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland. Beitr. Gesch. 20. Jh. 21 (Göttingen 2016).
- MEIER 2017  
CHR. MEIER, Matthias Gelzer. In: E. Brockhoff / B. Heidenreich / M. Maaser (Hrsg.), Frankfurter Historiker (Göttingen 2017).
- MEISER 2013  
I. MEISER, Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953). Veröff. Archiv Max-Planck-Ges. 23 (Berlin 2013).
- MERTEN 1982  
J. MERTEN, Bibliographie Reinhard Schindler. Trierer Zeitschr. 45, 1982, 11–22.
- MERTEN 2001  
DERS., Von Breslau und Danzig über Hamburg nach Saarbrücken und Trier. Stationen des Archäologen Reinhard Schindler (1912–2001). Trierer Zeitschr. 64, 2001, 297–321.
- MINGUS 2017  
M. D. MINGUS, Remapping Modern Germany after National Socialism, 1945–1961 (Syracuse 2017).
- MÜLLER 2010  
U. MÜLLER, Die „Kieler Schule“ – ur- und frühgeschichtliche Forschung zwischen 1927 und 1945. Altertum 55, 2010, 105–126.

- VON MÜLLER / NAGEL 1959  
A. VON MÜLLER / W. NAGEL (Hrsg.), Gandert-Festschrift. Berliner Beitr. Vor- u. Frühgesch. 2 (Berlin 1959).
- VON MÜLLER 1984/1985  
DERS., Otto-Friedrich Gandert. *Acta Praehist. et Arch.* 16/17, 1984/1985, 7–8.
- MÜLLER-SCHESSEL 2011  
N. MÜLLER-SCHESSEL, Animosity among the Participants of the Congrès International d'Anthropologie et d'Archéologie Préhistoriques. In: A. Gramsch / U. Sommer (eds), *A history of central European Archaeology Theory, Methods, and Politics* (Budapest 2011) 57–87.
- NICKEL 1960  
E. NICKEL, Ein mittelalterlicher Hallenbau am Alten Markt in Magdeburg. *Schr. Sektion Vor- u. Frühgesch.* 8 (Berlin 1960).
- NIEDERHUT 2009  
J. NIEDERHUT, Grenzenlose Gemeinschaft? Die scientific community im Kalten Krieg. *Osteuropa* 10, 2009, 57–58.
- NOODT 2007  
B. NOODT, Fritz Rörig (1882–1952). Lübeck, Hanse und die Volksgeschichte. *Zeitschr. Ver. Lübeckische Gesch. u. Altkd.* 87, 2007, 155–180.
- NUBER 1995  
H. U. NUBER, Provinzialrömische Archäologie an deutschen Universitäten. In: W. Czysz u. a. (Hrsg.), *Provinzialrömische Forschungen. Festschr. G. Ulbert* (Espelkamp 1995) 397–406.
- OBERMAYER 2014  
H. P. OBERMAYER, „A man with a host of friends“ – Karl Lehmann-Hartleben. In: Ders. (Hrsg.), *Deutsche Altertumswissenschaftler im amerikanischen Exil. Eine Rekonstruktion* (Berlin u. a. 2014) 108–132.
- OSTERLOH / VOLLNHALS 2011  
J. OSTERLOH / C. VOLLNHALS (Hrsg.), NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. *Schr. Hannah-Arendt-Inst.* 45 (Göttingen 2011).
- PÄFFGEN U. A. 2014  
B. PÄFFGEN / H. PÖPELMANN / H. SCHWARZBERG, Magdeburg um 1200: Bemerkungen zu Stadtgeschichte und Archäologie. In: H.-J. Beier / Th. Weber (Hrsg.), *Altes und Neues – Vom Museum in den Landtag Festschr. V. Schimpff* (Langenweissbach 2014) 133–159.
- PALETSCHKE 2002  
S. PALETSCHKE, Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Universität Tübingen. In: R. vom Bruch / B. Kaderas (Hrsg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts* (Stuttgart 2002) 393–408.
- PANTELEON 2015  
I. A. PANTELEON, Eine Archäologie der Direktoren. Die Erforschung Milets im Namen der Berliner Museen 1899–1914. *Mittelmeerstudien* 5 (Paderborn 2015).
- PAUL 1988  
E. PAUL, Herbert Koch. In: R. Lullies / W. Schiering (Hrsg.), *Archäologenbiographien. Porträts und Kurzbiographien von Klassischen Archäologen deutscher Sprache* (Mainz 1988) 206–207.
- PAULSEN 2017  
R. PAULSEN, Fritz Rörig. In: M. Fahlbusch u. a. (Hrsg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften* 2 (München 2017) 657–661.
- PERSCHKE 2016  
R. PERSCHKE, Zwischen Kollaboration und Widerstand. Die Museen von Carnac und Vannes während der Besetzung der Bretagne 1940–1944. In: T. Baensch / K. Kratz-Kessemeier / D. Wimmer (Hrsg.), *Museen im Nationalsozialismus. Akteure – Orte – Politik* (Köln u. a. 2016) 323–338.
- PINSKER 2000  
B. PINSKER, 100 Jahre West- und Süddeutscher Verband für Altertumforschung. Ferdinand Kutsch und der West- und Süddeutsche Verband für Altertumforschung (1931–1962). *Arch. Nachrbl.* 5, 2000, 49–80.
- PINSKER 2001  
DERS., Ferdinand Kutsch und der West- und Süddeutsche Verband für Altertumforschung (1931–1962). *Nassau. Ann.* 112, 2001, 497–500.

- PIPER 2005  
E. PIPER, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologie (München 2005).
- PISKORSKI 2003  
J. M. PISKORSKI, Volksgeschichte à la polonaise. Vom Polonozentrismus im Rahmen der sogenannten polnischen Westforschung. In: M. Hettling (Hrsg.), Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit (Göttingen 2003) 239–271.
- PISKORSKI U. A. 2002  
DERS. / J. HACKMANN / R. JAWORSKI (Hrsg.), Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich. Dt. Ostforsch. u. Polnische Westforsch. 1 (Osnabrück, Poznań 2002).
- POMMERIN 1989  
R. POMMERIN, Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1946 (Köln, Wien 1989).
- PRIEMEL / STILLER 2013  
K. CHR. PRIEMEL / A. STILLER (Hrsg.), NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtsschöpfung (Hamburg 2013).
- RAUTENBERG 2014  
E. C. RAUTENBERG, Die Demontage des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer. Nicht nur eine Kritik der Biographie von Ronen Steinke. Neue Justiz 9, 2014, 269–276.
- REBENICH 2004  
ST. REBENICH, Die Erfindung der „Großforschung“. Theodor Mommsen als Wissenschaftsorganisator. In: H.-M. von Kaenel u. a. (Hrsg.), Geldgeschichte versus Numismatik. Theodor Mommsen und die antike Münze (Berlin 2004) 5–20.
- REBENICH 2007  
DERS., „Die Urgeschichte unseres Vaterlandes.“ Theodor Mommsen, die Reichs-Limeskommission und die Rolle der Archäologie bei der Konstruktion der deutschen Nationalgeschichte im 19. Jahrhundert. In: M. Reddé / St. von Schnurbein (Hrsg.), Alesia et la bataille du Teutoburg. Un parallèle critique des sources (Paris 2007) 105–120.
- REBENICH 2009  
DERS., Vom Nutzen und Nachteil der Großwissenschaft. Altertumswissenschaftliche Unternehmungen an der Berliner Akademie und Universität im 19. Jahrhundert. In: A. M. Baertschi / C. G. King (Hrsg.), Die modernen Väter der Antike. Die Entwicklung der Altertumswissenschaften an Akademie und Universität im Berlin des 19. Jahrhunderts (Berlin 2009) 397–422.
- REBENICH 2014  
DERS., Die Altertumswissenschaften an der Preußischen Akademie der Wissenschaften in der Zeit von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff (1848–1931), Adolf von Harnack (1851–1930) und Eduard Meyer (1855–1930). *Hyperboreus* 19, 2013, 44–71.
- REINSBERG 1994  
C. REINSBERG, Guido Freiherr von Kaschnitz-Weinberg. In: M. Herfort-Koch u. a. (Hrsg.), Begegnungen. Frankfurt und die Antike. Arbeitskreis Frankfurt und die Antike (Frankfurt a. M. 1994) 359–369.
- RHODE 1955  
G. RHODE (Hrsg.), Die Ostgebiete des Deutschen Reiches (Würzburg 1955).
- RODENWALDT 1929  
G. RODENWALDT, Archäologisches Institut des Deutschen Reiches, 1829–1929 (Berlin 1929).
- ROGGENBRUCH 2008  
F. ROGGENBRUCH, Das Berliner Grenzängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau (Berlin 2008).
- ROHDE 1988  
E. ROHDE, Gerda Bruns 1905–1970. In: R. Lullies / W. Schiering (Hrsg.), Archäologenbildnisse. Porträts und Kurzbiographien von Klassischen Archäologen deutscher Sprache<sup>2</sup> (Mainz 1988) 295–296.
- ROHDE 1988  
DIES., Karl Anton Neugebauer 1886–1945. In: R. Lullies / W. Schiering (Hrsg.), Archäologenbildnisse. Porträts und Kurzbiographien von Klassischen Archäologen deutscher Sprache<sup>2</sup> (Mainz 1988) 238–239.
- SATJUKOW / GRIES 2004  
S. SATJUKOW / R. GRIES (Hrsg.), Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus (Leipzig 2004).

- SHEMBS 2014  
K. SCHEMBS, Korporativismus, Arbeit und Propaganda im faschistischen Italien (1922–1945). In: M. Buggeln / M. Wildt (Hrsg.), Arbeit im Nationalsozialismus (München 2014) 141–164.
- SCHINDLER 1958  
R. SCHINDLER, Ausgrabungen in Alt Hamburg. Neue Ergebnisse zur Frühgeschichte d. Hansestad (Hamburg 1958).
- SCHINDLER 1975  
DERS., „Archäologie in Not. Was ist Bodendenkmalpflege? 30 Jahre archäologische Denkmalpflege in den Landern der Bundesrepublik Deutschland.“ Das neue Bild der alten Welt. Archäologische Bodendenkmalpflege und archäologische Ausgrabungen in der Bundesrepublik Deutschland von 1945–1975. Kölner Römer-Illustrierte 2, 1975, 5–11.
- SCHLESINGER 1963  
W. SCHLESINGER, Merseburg – Versuch eines Modells künftiger Pfalzbearbeitungen. In: A. Gauert (Hrsg.), Deutsche Königspfalzen 1. Veröff. Max-Planck-Inst. Gesch. 11/1 (Göttingen 1963) 158–206.
- VON SCHNURBEIN 2001  
S. VON SCHNURBEIN, Abriß der Entwicklung der Römisch-Germanischen Kommission unter den einzelnen Direktoren von 1911 bis 2002. Ber. RGK 82, 2001, 137–289.
- SCHÖBEL 2002  
G. SCHÖBEL, Hans Reinerth. Forscher – NS-Funktionär – Museumsleiter. In: A. Leube (Hrsg.), Prähistorie und Nationalsozialismus. Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933–1945. Stud. Wiss.- u. Universitätsgesch. 2 (Heidelberg 2002) 321–396.
- SCHUCHHARDT 1934  
C. SCHUCHHARDT, Zur Entstehungsgeschichte der Römisch-Germanischen Kommission (Berlin 1934).
- SCHUCHHARDT 1944  
DERS., Aus Leben und Arbeit (Berlin 1944).
- SCHULZ 2010  
T. SCHULZ, „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975) (Köln u. a. 2010).
- SCHWAB 2007  
M. SCHWAB, Walter von Stokar-Neuforn (1901–1959). Biographie eines Prähistorikers. (Magisterarbeit, Univ. Bonn 2007).
- SIEGLER 1969  
K. G. SIEGLER, Die Tore von Kalabsha (Wiesbaden 1969).
- SILBERMAN 2000  
N. A. SILBERMAN, Sukenik, Eleazar L. In: L. H. Schiffman / J. Vanderkam (eds), Encyclopedia of the Dead Sea Scrolls (New York 2000) 902–903.
- SPROCKHOFF 1956  
E. SPROCKHOFF, Zum Corpus deutscher Wall- und Wehranlagen. Lauenburg. Heimat N. F. 1956/12, 31–40.
- STEUdTNER / GRUNWALD 2015  
K. STEUDTNER / S. GRUNWALD, Impuls oder Feigenblatt? Zu den Auswirkungen des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975 auf die archäologische Denkmalpflege in Deutschland. In: M. Falser / W. Lipp (Hrsg.), Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Zum 40. Jubiläum des Europäischen Denkmalschutzjahres (1975–2015). ICOMOS Monumenta 3 (Berlin 2015) 159–170.
- SÜNDERHAUF 2004  
E. S. SÜNDERHAUF, Griechensehnsucht und Kulturkritik. Die deutsche Rezeption von Winckelmanns Antikenideal 1840–1945 (Frankfurt am Main 2004).
- SÜNDERHAUF 2009  
DIES., Am Schaltwerk der deutschen Archäologie. Gerhart Rodenwaldts Wirken im Nationalsozialismus. Jahrb. DAI 124, 2009, 283–362.
- TALBERT 2018  
R. J. A. TALBERT, Challenges of Mapping the Classical World (London 2018).
- TIKHOMIROV 2007  
A. TIKHOMIROV, Stalin-Bild(er) in der SBZ/DDR. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft im Spannungsfeld zwischen Propaganda und Erfahrung. In: H. Timmermann (Hrsg.), Historische Erinnerung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung (Münster 2007) 467–509.



- UMBACH 2005  
F. UMBACH, *Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Pakts, 1955–1991* (Berlin 2005).
- UNGER 2007  
C. R. UNGER, *Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945–1975* (Stuttgart 2007).
- UNVERZAGT 1952  
W. UNVERZAGT, *Wege und Ziele der Vorgeschichtsforschung*. *Wiss. Ann.* 1, 1952, 476–491.
- UNVERZAGT 1956a  
DERS., *Die Verordnung zum Schutze und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer vom 28. Mai 1954*. *Ausgr. u. Funde* 1, 1956, 3–7.
- UNVERZAGT 1956b  
DERS., *Dienstanweisung zur Regelung von Ausgrabungen*. *Ausgr. u. Funde* 1, 1956, 103–105.
- UNVERZAGT 1960  
DERS., *Ergebnisse der archäologischen Stadtkernforschung in Magdeburg 1–2* (Berlin 1960).
- UNVERZAGT 1962  
DERS., *15 Jahre Vor- und Frühgeschichtsforschung bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. *Ausgr. u. Funde* 7, 1962, 155–259.
- UNVERZAGT 1985  
M. UNVERZAGT, *Wilhelm Unverzagt und die Pläne zur Gründung eines Institutes für die Vorgeschichte Ostdeutschlands*. *Das Deutsche Archäologische Institut. Geschichte und Dokumente* 8 (Mainz 1985).
- VIGENER 2012a  
M. VIGENER, „Ein wichtiger kulturpolitischer Faktor“. *Das Deutsche archäologische Institut zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, 1918–1954*. *Forschungscluster 5. Geschichte des DAI im 20. Jahrhundert. Menschen – Kulturen – Traditionen* 7 (Rahden / Westf. 2012).
- VIGENER 2012b  
DIES. „Schäbigste Opportunität und Charakterschwäche?“ *Nachkriegssituation und die Diskussion um Mitgliederstreichungen beim Deutschen Archäologischen Institut 1938/39 und 1953*. In: R. Smolnik (Hrsg.), *Umbruch 1945? Die prähistorische Archäologie in ihrem politischen und wissenschaftlichen Kontext*. *Arb.- u. Forschber. Sächs. Bodendenkmalpfl. Beih.* 23 (Dresden 2012) 128–137.
- VIGENER 2016  
DIES., Erich Boehringer (1897–1971). In: G. Brands / M. Maischberger (Hrsg.), *Lebensbilder. Klassische Archäologen und der Nationalsozialismus 2. Forschungscluster 5, Geschichte des DAI im 20. Jahrhundert* (Rahden / Westf. 2016) 309–325.
- VOGT o.J.  
H. VOGT, *Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland in der provisorischen Hauptstadt Bonn 1949/1950*. *Internetportal Rheinische Geschichte*. <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-anfaenge-der-bundesrepublik-deutschland-in-der-provisorischen-hauptstadt-bonn-19491950/DE-2086/lido/57d130731aba22.31860853> (abgerufen am 03.09.2018).
- VOIGT 2018  
W. VOIGT, *Warum der NS-Staat die zerstörte Frankfurter Altstadt unbedingt als Ruinenpark bewahren wollte*. *Die Zeit* Nr. 35, 2018, 23. August 2018.
- VOLLNHALS 1991  
C. VOLLNHALS (Hrsg.), *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949* (München 1991).
- VORSTEHER 2002  
D. VORSTEHER (Hrsg.), *Deutschland im Kalten Krieg 1945–1963*. *Deutsches Historisches Museum* (Berlin 2002).
- WEBER 1919  
M. WEBER, *Politik als Beruf* (München, Leipzig 1919) 505–560
- WEBER 1922  
DERS., *Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft*. *Preuß. Jahrb.* 187, 1922, 1–12.
- WEGER 2009  
T. WEGER, *Bolko Freiherr von Richtigthofen und Helmut Preidel. Eine doppelte Fallstudie zur Rolle von Prähistorikern und*

- Archäologen in den Vertriebenenorganisationen nach 1945. In: J. Schachtmann / M. Strobel / Th. Widera (Hrsg.), *Die prähistorische Archäologie zwischen 1918 und 1989. Schlesien, Böhmen und Sachsen im Vergleich* (Dresden 2009) 125–148.
- WEGNER 2002  
G. WEGNER, Auf vielen und zwischen manchen Stühlen. Bemerkungen zu den Auseinandersetzungen zwischen Karl Hermann Jacob-Friesen und Hans Reinerth. In: A. Leube (Hrsg.), *Prähistorie und Nationalsozialismus. Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933–1945* (Heidelberg 2002) 397–418.
- WEHGARTNER 2016  
I. WEHGARTNER, Gerda Bruns (1905–1970). In: G. Brands / M. Maischberger (Hrsg.), *Lebensbilder. Klassische Archäologen und der Nationalsozialismus 2. Forschungscluster 5, Geschichte des DAI im 20. Jahrhundert* (Rahden / Westf. 2016) 391–404.
- WEISS / KLAMMT 2014  
R.-M. WEISS / ANNE KLAMMT (Hrsg.), *Mythos Hammaburg. Archäologische Entdeckungen zu den Anfängen Hamburgs*. Veröff. Helms-Mus., Arch. Mus. Hamburg, Stadtmus. Harburg 107 (Hamburg 2014).
- WERNER 1991  
J. WERNER, Kurt Bittel, 5. Juli 1907–30. Januar 1991. *Jahrb. Bayer. Akad. Wiss.* 1991, 213–218.
- WOJAK 2004  
I. WOJAK (Hrsg.), *Auschwitz-Prozeß*. 4 Ks 2/63 (Frankfurt a. M. u. a. 2004).
- WÖLLHAF 2008  
J. WÖLLHAF, Albert Brackmann. In: I. Haar / M. Fahlbusch (Hrsg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen* (München 2008) 76–81.
- ZIMMERMANN 1988  
K. ZIMMERMANN, Gottfried von Lücken 1883–1976. In: R. Lullies / W. Schiering (Hrsg.), *Archäologenbildnisse. Porträts und Kurzbiographien von Klassischen Archäologen deutscher Sprache* (Mainz 1988) 218–219.

Beispiellose Herausforderungen.  
Deutsche Archäologie zwischen Weltkriegsende und Kaltem Krieg

Zusammenfassung · Summary · Résumé

ZUSAMMENFASSUNG · In der Geschichte der Archäologien dürfen die Herausforderungen, denen sich die Vertreter der Prähistorischen und Provinzialrömischen Archäologie in Deutschland zwischen 1945 und 1955 gegenübersehen, als beispiellos gelten: Der Mangel an Konzepten dafür, wie man in einem besetzten Land navigiert, verstorbene Kollegen ersetzt und Emigranten wieder integriert, politisch diskreditierte Forschungen fortsetzt, Institutionen wieder herrichtet und neue Ordnungen erlässt. Obwohl die Herausforderungen neu und gewaltig waren, war doch ebenso wie nach dem Ersten Weltkrieg die „Fortsetzung“ die Strategie der Stunde, in diesem Fall am besten die Fortsetzung all dessen, was die Archäologien vor 1933 gekennzeichnet hatte. Personelle Kontinuitäten und die geglückte Überlieferung zahlreicher Ortsakten und Dokumentationen als wirkmächtige epistemische Speichermedien sind die praktischen Gründe dafür, dass nach 1945 trotz weitreichender politischer Veränderungen keine Wende hinsichtlich der einstigen Forschungsziele, des Arbeitsgebietes oder des wissenschaftlichen Selbstverständnisses vollzogen wurde. Damit sollte man erfolgreich sein, denn ebenso wie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges oder nach dem Machtwechsel 1933 wurde auch nach 1945 kein einheitlicher Plan für die Fortführung oder Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaften entwickelt. In diesem wissenschaftspolitischen Vakuum standen einstige Forschungen kaum auf dem Prüfstein. Es existierten deshalb bei allen Härten und Unwägbarkeiten der Nachkriegszeit genügend Spielräume, um wissenschaftliche Traditionen, umformuliert als Visionen, fortzuführen und Reviere neuerlich abzustecken. Was die Entnazifizierungsverfahren hinsichtlich der Aufarbeitung der jüngsten Fachvergangenheit hätten leisten können, wurde durch aktive Netzwerke und gegenseitige entlastende Stellungnahmen meist neutralisiert. So büßten die genannten Einrichtungen ihr wissenschaftliches Renommee nicht ein und deren zurückkehrende Protagonisten blieben wissenschaftlich und beruflich weitgehend handlungsfähig.

Die beschriebenen Aushandlungsprozesse und Initiativen der deutschen Nachkriegsarchäologie können unter den Stichworten Zentralisierung, Interdisziplinarität, Internationalisierung und deutsche Teilung zusammengefasst werden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges teilten die genannten Protagonisten die Überzeugung, dass eine Zentralisierung der Prähistorischen Archäologie der Archäologie als Ganzes dienlich wäre, sofern eine politische Einflussnahme auf die Forschungsmethoden und -inhalte ausgeschlossen werden könnte. In der Bundesrepublik diskutierte man vor allem die Frage der behördlichen Zuordnung von DAI und RGK lebhaft, sah sich aber inhaltlich frei von politischer Indoktrinierung. Umso mehr wurden die Reorganisation der RGK und die Einweihung des Neubaus in Frankfurt 1956 als ein angemessener Treff- und Arbeitsort für die deutsche Archäologie begrüßt. Unverzagt dagegen navigierte mit seiner Forschungseinheit an der Ost-Berliner Akademie unter großen Anstrengungen durch die ideologischen Eruptionen des Kalten Krieges, die in Berlin deutlicher spürbar waren als z. B. in Hamburg oder Frankfurt. Da sich aber die älteren Vorstellungen von zentralisierter Forschung und Denkmalpflege nach einheitlichen Richtlinien als kompatibel zum Wissenschaftsverständnis der ostdeutschen Politik erwiesen, konnten zahlreiche lang diskutierte Maßnahmen wie ein einheitliches Bodendenkmalschutzgesetz in der DDR realisiert werden.

Als Beispiel für die Entwicklung interdisziplinärer Forschungsansätze darf die Stadtkernarchäologie gelten, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit als ein Forschungsfeld zwischen Archäologie und Mediävistik etabliert wurde. Sie wirkte in disziplinärer wie kulturpolitischer Hinsicht integrativ, indem ihre Vertreter Forschungsfragen der älteren Deutschen Ostforschung weiterführten und das geteilte Deutschland noch lange als einen gemeinsamen Forschungsraum betrachteten. Die älteren Fragestellungen zur Stadtgründung und Ostexpansion sowie zum Miteinander von deutschsprachigen und slawischen Siedlern bestimmten die Debatten ebenso wie die nach der Stadtentwicklung aus Burgen und Pfalzen heraus. Ausgrabungen in kriegszerstörten Städten wie Hamburg und Magdeburg bestätigten und stärkten dieses Forschungskonzept, das in verschiedenen, gesamtdeutsch konzipierten Arbeitsgemeinschaften verfolgt wurde.

Die inhaltlichen Entwicklungen waren in beiden Teilen Deutschlands mit dem Ausbau internationaler Kontakte verbunden. Von der Ost-Berliner Akademie aus nahm man ab Mitte der 1950er Jahre systematisch den Kontakt auf zu vergleichbaren Institutionen in den benachbarten sozialistischen Staaten. Gegenseitige Kongressbesuche waren schon seit Anfang der 1950er Jahre wieder üblich. Einen wesentlichen Schritt zur erhofften (Wieder-)Anerkennung der deutschen archäologischen Forschungen durch die internationale Forschergemeinschaft erfolgte gewiss auch durch die Vergabe des fünften Internationalen Kongresses für Prähistorische Archäologie, der Ende August / Anfang September 1958 in Hamburg stattfand. Er führte die etwa 90 Teilnehmer im Anschluss an das Vortragsprogramm in Hamburg auf eine mehrtägige Exkursion durch die DDR und bot den Gästen einen breiten Überblick über die Themen und Potentiale der Archäologien in Deutschland.

Zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zeichnete sich allerdings ab, dass die engen inhaltlichen und institutionellen Verflechtungen der deutschen Archäologien nicht länger so eng bleiben würden. Die Fachvertreter, die noch ein gesamtdeutsches Archäologieverständnis vertraten, bildeten nun diejenige Generation aus, die an diesem Selbstbild aus politischen oder methodischen Gründen nicht länger festhalten wollte oder konnte. Alle verantwortlichen Stelleninhaber waren an die sich ideologisch verschärfende Wissenschafts- und Kulturpolitik ihrer Länderregierungen gebunden und es sollte teilweise bis in die 1980er Jahre dauern, bis gemeinsame Tagungsteilnahmen ost- und westdeutscher Archäologen oder gegenseitige Vortragsreisen wieder möglich wurden.

SUMMARY · The challenges faced by the representatives of prehistoric and Roman provincial archaeology in Germany between 1945 and 1955 can be considered unparalleled in the history of archaeology: there was no template for navigating an occupied country, replacing deceased colleagues, reintegrating emigrants, carrying on with discredited research projects, reinstating institutions and issuing new regulations. Although these were new and daunting challenges, “to keep on going” was the order of the day, as it had been after the First World War, and in this case it was considered best policy to continue what archaeologists had begun before 1933. Continuity with regard to staff and researchers on the one hand, and the preservation of numerous local records and documentations as efficacious epistemic storage media on the other were the practical reasons behind the fact that, although extensive political change took place after 1945, there was no turnabout with regard to erstwhile research goals, fields of activity or scientific self-conception. This would prove successful, since much like after the end of the First World War and after the change of government in 1933, there was no uniform plan in place in 1945 for the continuation or further development of German scientific research. This vacuum with regard to the politics of science meant that previous research was hardly subjected to any scrutiny. Therefore, despite all the hardships and imponderabilities of the post-war period, there was

enough leeway to maintain scientific traditions, having redefined them as visions, and to stake out new territories. What could have been achieved by the denazification processes with regard to the reappraisal of the discipline's recent past, was largely neutralised by active networks and bilateral exculpatory statements. As a consequence, the institutions mentioned did not lose their scientific reputation and the protagonists that were coming back effectively remained capable of acting, both scientifically and professionally.

These negotiation processes and initiatives of German post-war archaeology can be subsumed under the keywords centralisation, interdisciplinarity, internationalisation and the partition of Germany.

After the end of the Second World War the protagonists mentioned shared the conviction that it would be of benefit to archaeology overall if prehistoric archaeology was centralised, provided it would be possible to exclude political interference in its research methods and contents. In the Federal Republic of Germany the question of which authority the DAI and RGK should be answerable to was discussed with particular fervour, though there was no question of political indoctrination with regard to the subjects that would be examined. The reorganisation of the RGK and the inauguration of its new building in Frankfurt in 1956 was thus welcomed all the more as an appropriate meeting point and place of work for German archaeologists. The research unit of the East Berlin Academy, on the other hand, undauntedly navigated the great upheavals and ideological eruptions of the Cold War, which were much more keenly felt in Berlin than, for example, in Hamburg or Frankfurt. However, because the more antiquated ideas of centralised research and heritage management according to uniform guidelines were revealed to be compatible with the concept of science ascribed to by East German politics, various measures that had long been discussed, such as joint legislation concerning the preservation and care of archaeological heritage, were actually put into practice in the GDR.

Urban archaeology is one example of how an interdisciplinary scientific approach can be developed. Situated between archaeology and medieval studies, this field of research was established immediately after the Second World War. It had an integrative impact, both from the point of view of the discipline itself and of cultural politics, since its proponents continued to study the questions examined by the older East German researchers and to view Germany as a joint area of research even after its partition. Older questions concerning the founding of cities and the eastward expansion, as well as the issue of how German-speaking and Slavic settlers had lived side by side, ruled the debates just as much as questions regarding the evolution of cities out of castles and palaces. Excavations mounted in war-ravaged cities such as Hamburg and Magdeburg confirmed and reinforced this concept of research which was pursued in various pan-German working groups.

The advancements with regard to content were linked in both parts of Germany with the expansion of international contacts. In the mid-1950s, the Academy in East Berlin began to systematically contact comparable institutions in neighbouring socialist states. Reciprocal visits to each other's congresses had already become commonplace from the early 1950s onwards. The choice of Hamburg as the venue for the fifth International Congress of Prehistoric Archaeology in late August/early September 1958 was most certainly a crucial step towards the hoped-for (renewed) recognition of German archaeological research by the international research community. At the end of the programme of lectures in Hamburg, the approximately 90 participants were taken on an excursion through the GDR, which lasted several days and offered a comprehensive overview of the themes and possibilities of German archaeological research.

Ten years after the end of the Second World War, however, it was already becoming apparent that the interrelations with regard to content and organisation between the German

archaeological institutions on both sides of the Iron Curtain would not remain as close as they had been for much longer. The proponents of the discipline who still represented a pan-German view of archaeological research now formed the generation that no longer would or could hold on to that self-conception, either for political or methodological reasons. Those who held top positions were bound to the ideologically intensified scientific and cultural politics of their respective countries, and in some cases it would take until the 1980s for joint conferences between East and West German archaeologists and for reciprocal lecture tours to be possible once again.

RESUMÉ · Les défis auxquels durent faire face les représentants de l'archéologie préhistorique et provinciale romaine en Allemagne entre 1945 et 1955 furent certainement sans précédent: absence de stratégies pour circuler dans un pays occupé, remplacer les collègues décédés, intégrer des émigrants, continuer des recherches discréditées, rétablir des institutions et adopter de nouveaux règlements. Ces défis étaient certes nouveaux et immenses, mais la "continuité" appliquée après la Première Guerre mondiale restait la stratégie à suivre, dans le cas présent la poursuite de tout ce qui avait caractérisé les archéologies avant 1933. La continuité du personnel dans bien des cas et la transmission de nombreux documents administratifs et documentations, véritables supports de stockage épistémiques, sont à l'origine de la poursuite des objectifs de recherche, du maintien du domaine d'activité ou de l'identité de la science, malgré les profonds changements politiques intervenus après 1945. Cette stratégie devait être couronnée de succès, car, comme à la fin de la Première Guerre mondiale ou après le changement de pouvoir en 1933, aucun plan global ne fut mis en place après 1945 pour faire évoluer la science en Allemagne. Les recherches d'avant-guerre échappaient pratiquement à tout contrôle dans cette absence de politique scientifique. Malgré toutes les difficultés et aléas de l'après-guerre, il y avait encore assez de possibilités pour perpétuer des traditions scientifiques, reformulées sous forme de visions, et pour redéfinir des domaines. Des réseaux actifs et des déclarations se déchargeant mutuellement ont le plus souvent neutralisé ce que des processus de dénazification auraient pu réaliser quant au travail de mémoire sur le passé récent de la discipline. Les institutions mentionnées n'ont ainsi pas perdu leur renommée scientifique et leurs protagonistes réinstallés ont pu continuer de travailler et de faire de la recherche.

Les processus de négociation et initiatives de l'archéologie allemande d'après-guerre peuvent se résumer par: centralisation, interdisciplinarité, internationalisation et division de l'Allemagne. Les protagonistes mentionnés plus haut étaient convaincus, après la Deuxième Guerre mondiale, qu'il serait avantageux de réunir l'archéologie préhistorique et l'archéologie sous une même coupole, pour autant que soit exclue toute intervention politique dans les méthodes et les objectifs de recherche. En République fédérale d'Allemagne, on a surtout débattu de la question du rattachement administratif du DAI et de la RGK, mais libre de toute endoctrinement politique quant au contenu. On salua donc d'autant plus la réorganisation de la RGK et l'inauguration à Francfort en 1956 du nouveau bâtiment comme lieu de rencontre et de travail pour l'archéologie allemande. Par contre, Unverzagt et son unité de recherche à l'Académie des Sciences de Berlin-Est traversaient avec beaucoup de difficultés les éruptions idéologiques de la Guerre Froide, bien plus marquées à Berlin qu'à Hambourg ou Francfort par exemple. Mais, en RDA, de nombreuses mesures discutées longuement, comme une loi uniforme pour la protection du patrimoine archéologique, ont pu être réalisées grâce à une adéquation des anciennes idées sur une recherche et protection des monuments centralisées et celle que se faisaient de la science les autorités de l'Allemagne de l'Est.

L'archéologie urbaine, qui est née de l'archéologie et de la médiévistique juste après la guerre, peut être considérée comme un exemple du développement d'approches scientifiques interdisciplinaires. En ce qui concerne la discipline et la politique culturelle, elle exerça un rôle d'intégration, car ses spécialistes continuèrent de creuser les questions abordées par l'ancienne Deutsche Ostforschung et considérèrent encore longtemps l'Allemagne divisée comme une aire de recherche globale. Les vieilles questions touchant aux fondations urbaines et à l'expansion vers l'est, tout comme à la cohabitation des colons germanophones et slaves, dominèrent les débats, comme d'ailleurs celles touchant à la naissance des villes à partir de châteaux forts et de résidences impériales. Les fouilles menées dans des villes détruites par la guerre comme Hambourg et Magdebourg ont confirmé et donné encore plus de soutien à cette stratégie de recherche poursuivie par plusieurs groupes de travail constitués pour l'ensemble du territoire allemand.

Le développement des contenus dans les deux Allemagnes était lié à l'établissement de contacts internationaux. L'Académie des Sciences de Berlin-Est prit systématiquement contact avec les institutions comparables des pays socialistes voisins dès le milieu des années 1950. Les visites réciproques à l'occasion de congrès étaient redevenues normales dès le début des années 1950. Un pas décisif vers la reconnaissance internationale de la recherche archéologique allemande fut certainement franchi en accordant l'organisation du 5<sup>e</sup> Congrès international des sciences préhistoriques et protohistoriques à Hambourg fin août/début septembre 1958. Après les conférences, les quelque 90 participants à ce congrès furent emmenés pour une excursion de plus jours à travers la RDA qui leur offrit un large aperçu des thèmes et potentiels des archéologies allemandes.

Mais, dix ans après la fin de la Deuxième Guerre mondiale, il devenait de plus en plus clair que les liens étroits stratégiques et institutionnels des deux archéologies ne pourraient plus se maintenir. Les spécialistes, qui avaient encore une vision globale de l'archéologie allemande, durent alors former la génération qui ne voulait ou ne pouvait plus adhérer à cette perception pour des raisons politiques ou méthodiques. Tous les titulaires responsables étaient liés à une politique scientifique et culturelle d'une idéologie toujours plus dure de la part de leurs gouvernements et il faudra attendre les années 1980 pour pouvoir organiser des conférences réciproques ou des congrès ouverts aux archéologues des deux Allemagnes.

Anschrift der Verfasserin  
Susanne Grunwald  
mrs.susanne.grunwald@gmail.com

